

DIMITROFF

Georgi Dimitroff  
Leipzig 1933

MINISTERPRÄSIDENT GÖRING

DER GERICHTETE

Fotomontage: John Heartfield

# Leipzig 1933

### MINISTERPRÄSIDENT GÖRING

## DER GERICHTETE

Teilnehmer: John Hestfield

**Georgi Dimitroff: Leipzig 1933**

Sofia-Press, Sofia o. J. [wahrscheinlich 1972]

**VORWORT**

*Am 18. Juni 1972 jährt sich zum 90. Mal der Geburtstag des großen Sohnes des bulgarischen Volkes und eines der hervorragendsten Funktionäre der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung, des Helden von Leipzig im Jahre 1933, Georgi Dimitroff.*

*In den Reihen der Arbeiterklasse aufgewachsen und erzogen, schloß er sich schon in seiner Jugend ihren revolutionären Kämpfen an. Im Laufe eines halben Jahrhunderts setzte er als Führer der Gewerkschaftsbewegung in Bulgarien und als Mitglied des ZK der BKP (seit 1909) seine ganze Energie, seine revolutionäre Leidenschaft, seinen kühnen Geist und sein Geschick für die glückliche Zukunft der Werktätigen ein.*

*Nach der Niederschlagung des ruhmreichen Septemberaufstandes der bulgarischen Arbeiter und Bauern im Jahre 1923 war Dimitroff gezwungen, sein Vaterland zu verlassen und seine revolutionäre Tätigkeit als Emigrant und illegal fortzusetzen.*

*In den Jahren 1923–1933 reifte Georgi Dimitroff zu einem unbeugsamen proletarischen Revolutionär heran. In den revolutionären Kämpfen sammelte er reiche organisatorische und politische Erfahrungen. Unermüdlich förderte er die kommunistische Bewegung in Bulgarien und auf dem Balkan. Daneben leitete er das Westeuropäische Büro der Komintern und erfüllte außerdem viele verantwortungsvolle Aufträge des EKKI.*

*Auf dem historischen Leipziger Prozeß, der nach der provokatorischen Inbrandsetzung des Reichstags durch die deutschen Hitlerfaschisten inszeniert wurde, verwandelte Georgi Dimitroff die Anklagebank in eine Tribüne, von der aus er den Faschismus entlarvte. Im Gerichtssaal kam es zu einem unvergeßlichen Zweikampf zwischen dem Faschismus und dem Kommunismus. den alle ehrlichen Menschen in der Welt mit verhaltenem Atem verfolgten. Dem Faschismus wurde die Maske abgerissen und er [6] erlitt ein vollständiges Fiasko. Der Name Georgi Dimitroff wurde jedoch zum Symbol des Kampfes und leuchtenden Beispiel für alle, die gegen Unterdrückung, Sklaverei und Elend, für Licht und Fortschritt auf begehren.*

*Das Leben und die revolutionäre Tätigkeit Georgi Dimitroffs sind ein lehrreiches Beispiel für die heranwachsenden Generationen. Sein Vorbild flößt allen Kämpfern Glauben und Kräfte ein, die die Sache, für die Georgi Dimitroff seine ganze Energie und sein Leben eingesetzt hat zum siegreichen Ende führen wollen.*

*Dieser Band enthält Dokumente, die einen der angespanntesten und dynamischsten Momente in der revolutionären Tätigkeit Georgi Dimitroffs – den historischen Reichstagsbrandprozeß – widerspiegeln. Die hier abgedruckten Briefe, die Georgi Dimitroff aus dem faschistischen Gefängnis an seine Angehörigen, den Gerichtspräsidenten, den Offizialverteidiger und an andere Personen schrieb, decken die gesamte politische Linie auf, die er von seiner Verhaftung an bis zum letzten Tag im Gefängnis konsequent verfolgte. Aus den Briefen geht hervor, zu welchen mittelalterlichen inquisitorischen Maßnahmen man im faschistischen Gefängnis Zuflucht nahm, um den Willen und die Energie des Gefangenen zu brechen.*

*Ein Teil der Stenogramme der Gerichtsverhandlungen sind ebenfalls im Band enthalten. Die Aufzeichnungen zur ersten Rede vor Gericht, die Aufzeichnungen zur Schlußrede und die Schlußrede selbst haben historische Bedeutung erlangt. In ihnen äußert sich die Kühnheit Georgi Dimitroffs, mit der er seine Ehre als Kommunist, seine Ideen und die große Sowjetunion verteidigte. Diese Dokumente zeichnen sich nicht nur durch ihre unwiderlegbare Beweiskraft, die glänzende Analyse der politischen Lage, sondern auch durch die klaren Hinweise für die taktische Linie der KPD und der anderen kommunistischen und Arbeiterparteien in ihrem Kampf gegen den Faschismus aus.*

*In dem Band ist nur ein Teil des reichen Archivmaterials über dieses große Geschehen veröffentlicht. Dokumente vom Reichstagsbrandprozeß in deutscher Sprache wurden zum ersten Mal im Jah-*

*re 1935 in Moskau veröffentlicht, später erschienen noch einige Ausgaben ebenfalls auf Deutsch in der UdSSR und in der DDR.*

*Überdies sind hier auch einige bisher nicht veröffentlichte Dokumente aufgenommen, die auf den gigantischen Kampf Georgi Dimitroffs während des Prozesses neues Licht werfen.*

*Die vor etwa vier Jahrzehnten geschriebenen Briefe und die [7] anderen Beweismaterialien sind auch heute noch aktuell. Sie sind ein mächtiger Appell zum Kampf gegen die Gefahr des wiederauflebenden Faschismus.*

*Die reaktionären revanchistischen Kräfte versuchen, die große Rolle und Bedeutung des mutigen Kampfes Georgi Dimitroffs zu vermindern, den Nationalsozialismus für schuldlos zu erklären, die Wahrheit über den Reichstagsbrand zu vertuschen und die nötigen Lehren aus der Geschichte zu ziehen.*

*Deshalb ist es notwendig, daß breite Kreise der Öffentlichkeit die Dokumente über den Reichstagsbrandprozeß kennenlernen.*

[9]

## **Erklärung an die polizeiliche Untersuchungsbehörde\***

Am Abend des 27. Februar 1933 brach im Gebäude des Deutschen Reichstages ein Brand aus. Noch am gleichen Tage spätabends teilte der deutsche Rundfunk mit, daß im Reichstagsgebäude ein Brandstifter, der „holländische Kommunist“ van der Lubbe<sup>1</sup>, festgenommen worden sei, bei dem man angeblich ein Mitgliedsbuch der Kommunistischen Partei gefunden hätte.

Am nächsten Tage wurde eine vom preußischen Innenminister Göring inspirierte Meldung veröffentlicht, daß die Reichstagsbrandstiftung ein Werk der Kommunistischen Partei Deutschlands sei, die damit angeblich das Signal zum bewaffneten Aufstand geben wollte. Gleich danach wurde eine Notverordnung zur Unterdrückung „kommunistischer, staatsgefährdender Gewaltakte“ herausgegeben, wurden eine Reihe von Artikeln der Weimarer Verfassung aufgehoben und die kommunistischen und sozialdemokratischen Zeitungen verboten. Der deutsche Faschismus benutzte die Reichstagsbrandstiftung um einen Terrorfeldzug gegen die Kommunistische Partei, die Arbeiterbewegung und die Demokratie in Deutschland zu beginnen.

Am 9. März 1933 wurden Dimitroff und zwei andere Bulgaren<sup>2</sup> in Berlin verhaftet. Torgler<sup>3</sup>, der Vorsitzende der kommunistischen Reichstagsfraktion, hatte sich am Tage nach dem Reichstagsbrand ohne Einverständnis des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands „zum Zwecke der Rehabilitierung selbst bei der Polizei gestellt und war dort verhaftet worden. Der formale Vorwand für die Verhaftung Dimitroffs war eine Denunziation des nationalsozialistischen Kellners Hellmer, [10] der erklärte, daß er angeblich Dimitroff mit van der Lubbe gesehen habe.

Vom 9. bis 28. März wurde die Untersuchung von einem Kommissar des Berliner Polizeipräsidiums geführt. Dimitroff befand sich damals im Gefängnis des Polizeipräsidiums.

---

\* Das hier veröffentlichte Dokument ist das einzige, das in bulgarischer Sprache abgefaßt ist. Alle übrigen Dokumente schrieb Dimitroff deutsch.

<sup>1</sup> MARINUS VAN DER LUBBE (1909–1934) – Holländer, Lumpenproletarier, Abenteurer. Eine Zeitlang war er Mitglied des Holländischen Kommunistischen Jugendverbandes mit der Absicht, Karriere in der kommunistischen Bewegung zu machen. Doch nachdem seine Versuche, einen verantwortungsvollen Posten einzunehmen, scheiterten, trat er Anfang 1931 aus dem Kommunistischen Jugendverband aus. Seine Einstellung zur Kommunistischen Partei war feindlich. 1931–1934 war er mehrere Male in Deutschland, wo er Verbindung zu namhaften Nationalsozialisten aufnahm. Im Auftrag der Hitlerfaschisten beteiligte er sich an der provokatorischen Brandstiftung des Reichstagsgebäudes. Die Polizei verhaftete und erklärte ihn für einen „Kommunisten“, und den Reichstagsbrand stellte sie als ein Werk der Kommunistischen Partei Deutschlands hin. Auf dem Leipziger Prozeß entlarvte Georgi Dimitroff vollständig van der Lubbe als Handlanger der Nazis, der tatsächlichen Brandstifter des Reichstagsgebäudes. Von dem Leipziger Reichsgericht zum Tode verurteilt, wurde er am 10.1.1934 hingerichtet.

<sup>2</sup> Die zwei anderen, im Restaurant „Bayernhof“ zusammen mit Georgi Dimitroff am 9. März verhafteten Bulgaren waren: BLAGOI SIMEONOV POPOV (1902–1968) – Funktionär der BKP, deren Mitglied er seit 1922 war. Er nahm an der Vorbereitung des Septemberaufstandes im Jahre 1923 teil. Zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Emigrierte 1924 nach Jugoslawien und später nach der UdSSR. Ende 1929 kehrte er illegal nach Bulgarien zurück und wurde Mitglied des ZK der BKP und Sekretär des ZK des Komsomol. 1930–1931 bekleidete er einen verantwortungsvollen Posten in der Kommunistischen Jugendinternationale. 1931–1932 Mitglied des Politbüros des ZK der BKP. Zusammen mit G. Dimitroff und V. Tanev verhaftet und als Teilnehmer an der Brandstiftung des Reichstagsgebäudes vor Gericht gestellt. Nach der Freilassung aus dem faschistischen Gefängnis lebte er in der UdSSR. 1954 kehrte er nach Bulgarien zurück, wo er verschiedene Posten im Komitee für Wissenschaft, Kunst und Kultur und im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten bekleidete.

VASSIL TANEV (1897–1941) – Funktionär der BKP. Schuhmacher. Mitglied der BKP seit 1919, nahm er an der Vorbereitung des Septemberaufstands im Jahre 1923 teil. 1923–1933 lebte er als Emigrant in Jugoslawien und der UdSSR. Mehrere Male kam er nach Bulgarien zurück, um illegale Aufgaben zu erledigen. Vor seiner Heimreise wurde er am 9. März zusammen mit G. Dimitroff und B. Popov verhaftet und als Angeklagter in den Reichstagsbrandprozeß einbezogen. Von 1934 bis 1941 lebte er in der UdSSR, wo er administrative Stellungen und Parteiposten innehatte. Im Herbst 1941 kehrte er mit einer Gruppe Fallschirmjäger illegal nach Bulgarien zurück und fiel in einem Gefecht gegen die Faschisten.

<sup>3</sup> ERNST TORGLER (geb. 1893[–1963]) – einer der Angeklagten im Leipziger Prozeß. Seit 1910 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 1920 wurde er Mitglied der KPD. Vorsitzender der kommunistischen Reichstagsfraktion. Während des Reichstagsbrandprozesses gab er den Kampf auf. Nachdem er auf jegliche antifaschistische Tätigkeit verzichtete, wurde er von den Nazis freigelassen. 1935 wurde er als Renegat aus der KPD ausgeschlossen. Er schrieb Artikel über den Reichstagsbrandprozeß, in denen er Georg Dimitroffs heldenhaften Kampf leugnete.



Während der polizeilichen Verhöre weigerte sich Dimitroff, die Untersuchungsprotokolle zu unterschreiben, wobei er erklärte, daß er gegen die Beschuldigung einer Gemeinschaft mit van der Lubbe protestiere, daß er nicht das geringste Vertrauen zur deutschen Polizei und zur Polizei überhaupt habe und daß er alles, was er zu sagen für notwendig finde, in einer von ihm selbst aufgesetzten Erklärung niederlegen werde. Diese Erklärung wurde am 20. März 1933 geschrieben und der Polizeibehörde übergeben.

[11]

## AN DIE POLIZEILICHE UNTERSUCHUNGSBEHÖRDE

Im Zusammenhang mit meiner Verhaftung erkläre ich folgendes:

1. Ich, Georgi Dimitroff, ehemaliger bulgarischer Abgeordneter, ehemaliger Sekretär des Gewerkschaftsbundes Bulgariens und Mitglied des ZK der KP Bulgariens seit 1910, bin politischer Emigrant seit Oktober 1923 und wurde in Bulgarien im Zusammenhang mit dem Aufstand vom September 1923 in meiner Abwesenheit verurteilt. Meine politischen Gegner bedrohten mich mit Ermordung auch im Ausland, so daß ich in Europa nicht unter meinem richtigen Namen leben konnte und gezwungen war, unter anderem Namen zu leben. So kam es, daß ich unter dem Namen Dr. Rudolf Hediger verhaftet wurde.

2. Als im Frühjahr 1932 in Bulgarien von neuem die Frage einer Amnestie für die noch in Sachen der Ereignisse von 1923 verurteilten Gebliebenen auftauchte und im Zusammenhang damit in Bulgarien ein großer politischer Kampf entbrannte, beschloß ich, die Sowjetunion, wo ich mich damals aufhielt, zu verlassen und nach Europa zurückzukehren, um unmittelbar vom Auslande aus an der Kampagne für eine volle politische Amnestie mitzuwirken. Ende Juni 1932 kam ich in Berlin an und unternahm von hier aus Reisen nach Wien, Prag, Amsterdam, Paris und Brüssel, wo ich angesehene Persönlichkeiten wie Zweig<sup>4</sup> u. a. in Österreich, Prof. Nejedly<sup>5</sup> u. a. in der Tschechoslowakei, Barbusse<sup>6</sup>, Romain Rolland<sup>7</sup> u. a. in Frankreich, diverse Zeitungs- und Zeit-[12]schriftenredaktionen. Assoziationen – kulturelle, wissenschaftliche usw. – dafür zu gewinnen suchte, die Amnestieforderung moralisch und politisch zu unterstützen. Zu diesem Zweck verfaßte ich über diese Frage Informationsmaterialien, veröffentlichte Briefe an angesehene Persönlichkeiten, an Redaktionen und Organisationen und schrieb eine Reihe von Artikeln über die wirtschaftliche und politische Lage Bulgariens, über seine innere und äußere Politik usw. für die Auslandspresse sowie für die „Internationale Pressekorrespondenz“, die in Paris in französischer, in London in englischer und in Berlin in deutscher Sprache erscheint. Zu diesem Zwecke verfolgte ich die bulgarische Presse und Literatur wie auch die Meldungen über Bulgarien in der ausländischen Presse, sammelte statistische und andere Materialien in der Preußischen Bibliothek und anderen Institutionen, was aus den in meiner Wohnung gefundenen bulgarischen und anderen Zeitungen, Zeitschriften und Büchern, Zeitungsausschnitten und übrigen Drucksachen zu ersehen ist.

3. Meinen persönlichen Unterhalt sowie auch die Ausgaben für meine Reisen bestritt ich aus dem Honorar für meine Artikel sowie Übersetzungen aus dem Deutschen und Russischen. Die bei mir

---

<sup>4</sup> STEFAN ZWEIG (1881–1942) – österreichischer Schriftsteller. In den zwanziger Jahren besuchte er die UdSSR. Ein Kenner der russischen Literatur. 1934 emigrierte er nach England und später nach Brasilien. Durch den Krieg und den Faschismus deprimiert, begingen er und seine Frau in Brasilien Selbstmord.

<sup>5</sup> ZDENĚK NEJEDLY (1878–1962) – namhafter tschechoslowakischer Geschichts- und Musikwissenschaftler, Politiker und Teilnehmer am öffentlichen Leben. Mitglied der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften und Künste (1904) Akademiemitglied (1952). Seit 1929 Mitglied der KPČ und seit 1946 Mitglied des ZK der KPČ und dessen Sekretariats. Nach der Oktoberrevolution begann er am politischen Leben teilzunehmen. Er wirkte an antifaschistischen Organisationen mit und beteiligte sich an Aktionen zur Verteidigung G. Dimitroffs. Von 1939 bis 1945 lebte er als Emigrant in der UdSSR, wo er aktiv am gesellschaftlichen und politischen Leben teilnahm. Nach seiner Rückkehr in die Tschechoslowakei bekleidete er eine Reihe verantwortungsvoller Posten wie Minister für Bildungswesen und Kultur, stellvertretender Minister für Arbeit und Sozialfürsorge, stellvertretender Ministerpräsident u. a. Träger des Georgi-Dimitroff-Ordens.

<sup>6</sup> HENRI BARBUSSE (1873–1935) – namhafter französischer kommunistischer Schriftsteller und aktiver Teilnehmer am öffentlichen Leben. Seit 1923 Mitglied der Kommunistischen Partei Frankreichs. Einer der Organisatoren der internationalen antifaschistischen und Antikriegsbewegung, die in den dreißiger Jahren ins Leben gerufen wurde. Nach dem Reichstagsbrand verteidigte Barbusse tatkräftig die verhafteten Kommunisten. Er wirkte an der Organisation des Gegenprozesses in London mit und trug zur Herausgabe des „Braunbuchs“ wie auch zur Entlarvung der Nazis als Brandstifter des Reichstagsgebäudes bei.

<sup>7</sup> ROMAIN ROLLAND (1866–1944) – namhafter französischer Schriftsteller und Teilnehmer am öffentlichen Leben, Kämpfer gegen den Krieg und den Faschismus. Mitglied des Komitees zur Verteidigung der Opfer des weißen Terrors auf dem Balkan, einer der Organisatoren der antifaschistischen und Antikriegsbewegung in den dreißiger Jahren. Während des Leipziger Prozesses setzte er sich in Artikeln, Reden auf Kundgebungen und Versammlungen, in Aufrufen usw. für G. Dimitroff ein. In den Jahren des zweiten Weltkriegs und der Besetzung Frankreichs durch die Deutschen stand Romain Rolland aufseiten der Widerstandsbewegung.

bei der Verhaftung vorgefundene Summe von 350 RM und 10 Dollar ist mein ganzes in den 10 Jahren Emigration erworbenes Vermögen.

4. Während meines Aufenthaltes in Deutschland habe ich mich in die inneren deutschen Angelegenheiten nicht eingemischt. Ich habe weder mittelbar noch unmittelbar am politischen Kampf dieses Landes teilgenommen. Ich habe mich restlos der Aufgabe gewidmet, die für mich als bulgarischen Politiker eine Lebensfrage ist: soweit es meine Kräfte gestatten, zur möglichst raschen Er kämpfung einer vollen politischen Amnestie in Bulgarien beizutragen, damit ich nach zehnjähriger Emigration in mein Land frei zurückkehren und dort, meinen Überzeugungen und meinem Ideal gemäß, meinem Volke dienen kann. Die bei mir vorgefundenen Dokumente, [13] der Aufruf der Kommunistischen Internationale über die Einheitsfront und der Aufruf über die Einberufung eines internationalen antifaschistischen Kongresses, hatten für mich eine informative Bedeutung. Sie sind in der ganzen kommunistischen Weltpresse veröffentlicht und stellen keine illegalen Dokumente dar. Überhaupt habe ich in Deutschland kein einziges Dokument verfaßt oder verbreitet, das die Lage in Deutschland und deutsche Fragen beträfe.

5. Von dem Reichstagsbrand erfuhr ich am 28. Februar morgens aus den Zeitungen im Zuge München-Berlin, ebenso wie alle anderen Passagiere des Zuges. Den Namen und die Fotografie des „Brandstifters“ sah ich zum erstenmal in den deutschen Zeitungen nach ihrer Bekanntgabe. Ihn selbst habe ich in meinem Leben weder gesehen noch gesprochen. Als Kommunist, als Mitglied der Kommunistischen Partei Bulgariens und der Kommunistischen Internationale bin ich prinzipiell gegen den individuellen Terror, gegen jedwede solcher unsinnigen Brandstiftungen, da solche Akte unvereinbar sind mit den kommunistischen Grundsätzen und Methoden der Massenarbeit und mit dem wirtschaftlichen und politischen Massenkampf und weil solche Akte der Freiheitsbewegung des Proletariats, der Sache des Kommunismus nur schaden. Programm und Satzungen aller kommunistischen Parteien und der Kommunistischen Internationale verbieten den individuellen Terror unter Androhung des Ausschlusses jedes Mitgliedes, das zu Methoden des individuellen Terrors greift. Alle in Bulgarien verübten Terrorakte, darunter auch die Sprengung der Kathedrale in Sofia im April 1925, wurden von mir persönlich sowie auch von der Partei, der ich angehöre, und von der Kommunistischen Internationale öffentlich und aufs schärfste verurteilt. Wir sind Kommunisten und keine Anarchisten. Nach meiner tiefen Überzeugung kann die Inbrandsetzung des Reichstages nur das Werk verrückter Leute oder aber der ärgsten Feinde des Kommunismus sein, die durch diesen Akt eine günstige Atmosphäre für die [14] Zertrümmerung der Arbeiterbewegung und der Kommunistischen Partei Deutschlands schaffen wollten. Ich bin aber weder verrückt noch ein Feind des Kommunismus.

6. Außerdem war ich zu der Zeit, als der Reichstagsbrand stattfand, nicht einmal in Berlin, sondern in München, wo ich am 26. Februar morgens eintraf und von wo ich am 27. Februar abends mit dem D-Zug im Schlafwagen III. Klasse nach Berlin zurückfuhr.

7. Ich weise mit tiefer Entrüstung jeden Verdacht einer direkten oder indirekten Beteiligung an dieser antikomunistischen Handlung, an dieser von jedem Standpunkt aus verwerflichen Übeltat zurück und protestiere energisch gegen die unerhörte Ungerechtigkeit, die an mir begangen wurde, indem man mich aus Anlaß und im Zusammenhang mit diesem Verbrechen verhaftet hat.

Eine Verletzung der deutschen Gesetze durch mich besteht einzig darin, daß ich als politischer Emigrant, dem Ermordung drohte, illegal in Deutschland lebte.

8. Ich protestiere ebenfalls dagegen, daß man mich wie einen Kriegsgefangenen behandelt, dem man aus seinen eigenen Mitteln keinen Pfennig Geld für die Befriedigung der allernotwendigsten Bedürfnisse gelassen hat und der sogar der elementarsten Rechtshilfe beraubt ist.

*G. Dimitroff*

Berlin, 20. März 1933

P. S. Was die bei mir und in meiner Wohnung gefundenen Bücher betrifft, so erkenne ich als unbestritten meine nur diejenigen an, die in meinem persönlichen Beisein festgestellt wurden. Die Haus-suchung in meiner Wohnung wurde in meiner Abwesenheit vorgenommen. [15]

**AN HERRN HENRI BARBUSSE**

*Paris durch die Redaktion der „L'HUMANITÉ“*

Berlin, 5. April 1933

Mein lieber Freund Barbusse!

Ich muß Ihnen eine traurige Mitteilung machen:

Seit dem 9. März bin ich in Haft.<sup>8</sup> Obwohl ich, wie Sie gut wissen, mich nur um meine bulgarischen Angelegenheiten kümmere (die Frage der politischen Amnestie), bin ich unglücklicherweise unter die Anschuldigung, ein politisches Verbrechen in Deutschland begangen zu haben, gestellt.

Wie mir gestern von der zuständigen gerichtlichen Stelle offiziell mitgeteilt wurde, wurde ich in Haft genommen wegen der Anschuldigung

„zu Berlin innerhalb nicht rechtsverjährter Zeit, insbesondere am 27. Februar, gemeinschaftlich mit dem Maurer Marinus van der Lubbe durch eine und dieselbe fortgesetzte Handlung:

- a) es unternommen zu haben, die Verfassung des Deutschen Reiches gewaltsam zu ändern;
- b) vorsätzlich das Reichsgebäude, welches zur Wohnung von Menschen dient, in Brand gesetzt zu haben, und zwar, indem er die Brandstiftung in der Absicht begangen hat, um unter Begünstigung derselben einen Aufruhr zu erregen.“

Ich hoffe, daß der furchtbare Irrtum geklärt werden wird, aber wie es gewöhnlich in solchen komplizierten Fällen der Fall ist, wird sich die Sache eine geraume Zeit hinziehen.

Das Schlimmste ist, daß meine Gesundheit ohnedies stark erschüttert ist, und dabei habe ich momentan keine Mittel für die notwendige Zusatz-[16]nahrung und die Befriedigung anderer persönlicher Bedürfnisse im Gefängnis.

Ich bitte Sie, über meine Lage auch Herrn Romain Rolland zu benachrichtigen, da ich seine jetzige Adresse nicht kenne.

Mit bestem kameradschaftlichem Gruß

*G. Dimitroff*  
(gewesener bulgarischer  
kommunistischer Abgeordneter)

P. S. Wie meine Behandlung ist, läßt sich aus folgenden Tatsachen ersehen:

- a) mein persönliches Geld wurde beschlagnahmt, und ich sitze fast ohne einen Pfennig, manchmal sogar, ohne das Porto für meine Briefe zahlen zu können;
- b) ich bekomme keine Zeitung;
- c) ein Monat ist bereits verflossen, und ich konnte noch keinen Rechtsanwalt bekommen;
- d) niemand wird zu mir gelassen;
- e) sogar meine *Brille* wurde mir weggenommen.

[17]

---

<sup>8</sup> Am 28. März 1933 wurde Georgi Dimitroff vom Gefängnis des Polizeipräsidiums in das Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit übergeführt. Am 3. April teilte ihm der Untersuchungsrichter Vogt offiziell mit, daß er der Reichstagsbrandstiftung beschuldigt werde.

Georgi Dimitroff machte namhaften Politikern und Persönlichkeiten von der gegen ihn erhobenen provokatorischen Beschuldigung schriftlich Mitteilung und ließ diese Briefe, den geltenden Bestimmungen entsprechend, durch den Untersuchungsrichter befördern. Wie sich später aber herausstellte, hatte sie der Untersuchungsrichter Vogt mit Ausnahme dieses Briefes an Henri Barbusse nicht befördern lassen.

**AN HERRN MARCEL CACHIN<sup>9</sup>,**

*Deputé, Paris*

22. April 1933

Lieber Marcel Cachin!

Wenn es auch ganz unglaublich ist, so ist es leider Tatsache, daß ich seit dem 9. März 1933 in Haft<sup>10</sup> bin, und zwar unter der Anschuldigung, mit der Reichstagsbrandstiftung etwas zu tun zu haben. Die offizielle Begründung des Haftbefehls lautet:

„Weil er (Dimitroff) dringend verdächtig ist, zu Berlin innerhalb nicht rechtsverjährter Zeit, insbesondere am 27. Februar 1933, gemeinschaftlich mit dem Maurer Marinus van der Lubbe durch eine und dieselbe fortgesetzte Handlung:

- a) es unternommen zu haben, die Verfassung des Deutschen Reiches gewaltsam zu ändern;
- b) vorsätzlich das Reichstagsgebäude, welches zur Wohnung von Menschen dient, in Brand gesetzt zu haben, und zwar, indem er die Brandstiftung in der Absicht begangen hat, um unter Begünstigung derselben einen Aufruhr zu erregen.“

Da die deutsche und ausländische Presse die unrichtige Behauptung verbreitet hat, daß ich mit dem Reichstagsbrandstifter in Verbindung gestanden habe – eine Behauptung, die meine politische und persönliche Ehre als kommunistischer Schriftsteller, Mitglied des ZK der KP Bulgariens und der Exekutive der Kommunistischen Internationale tief schädigt –, bitte ich Sie, in der Öffentlichkeit und speziell durch die „Internationale Pressekorrespondenz“ bekanntzugeben, daß:

ich nie in meinem Leben den Reichstagsbrandstifter Lubbe gesehen, getroffen oder gesprochen habe Und daß ich natürlich keine, weder direkte noch indi-[18]rekte Beziehungen zu der Reichstagsbrandstiftung – diesem wahnsinnigen, verbrecherischen volksfeindlichen und ausgesprochen anti-kommunistischen Unternehmen – gehabt habe.

Besonders wichtig für mich ist, daß diese meine kategorische Erklärung in Bulgarien selbst bekannt wird und daß meine bulgarischen Volksgenossen und Freunde im Ausland von ihr Kenntnis bekommen.

Mit bestem Gruß  
*G. Dimitroff*

P. S. Da mein persönliches Geld beschlagnahmt worden ist, befinde ich mich in großen materiellen Schwierigkeiten und erwarte von meinen Freunden eine möglichst rasche Unterstützung. Wenn meine bulgarischen Freunde die Möglichkeit haben, etwas Geld zu schicken, mögen sie es bitte an Rechtsanwalt Werner Wille (für mich) oder direkt an das Untersuchungsgefängnis Moabit adressieren.

[19]

---

<sup>9</sup> MARCEL CACHIN (1869–1958) – namhafter Funktionär der französischen und internationalen kommunistischen Bewegung. Einer der Begründer der Kommunistischen Partei Frankreichs (1920). Mitglied des ZK und des Politbüros der KPF. Langjähriger Redakteur und Direktor von „L’Humanité“ Parlamentsabgeordneter. 1924 wurde er zum Mitglied des EKKI und später zum Mitglied des Präsidiums des EKKI gewählt. Cachin war einer der Organisatoren der internationalen Kampagne zur Verteidigung G. Dimitroffs und seiner Genossen während des Reichstagsbrandprozesses.

<sup>10</sup> Die Briefe an Marcel Cachin und an Henri Barbusse hatten zum Ziel, die Öffentlichkeit über den von den Faschisten geplanten provokatorischen Prozeß zu informieren und die in der Presse veröffentlichte Mitteilung der Untersuchungsbehörde zu entlarven; von dieser Mitteilung hatte G. Dimitroff aus einer zufällig in seine Hände geratenen Seite der „Morgenpost“ vom 2. April erfahren, auf der die Aufnahmen der der Reichstagsbrandstiftung Angeschuldigten zu sehen waren und eine Mitteilung des Untersuchungsrichters Vogt stand, in der er behauptete, daß die Verbindung der betreffenden Personen mit van der Lubbe nachgewiesen worden sei.

Um dies zu dementieren, schrieb G. Dimitroff schon damals mehrere Briefe, darunter auch einen an Marcel Cachin, der aber nicht weiterbefördert wurde.



## AN DEN HERRN UNTERSUCHUNGSRICHTER<sup>11</sup>

26. April 1933

Gestatten Sie mir bitte, Sie daran zu erinnern, daß ich immer noch Bescheid erwarte über:

1. eine Besprechung mit meinem Rechtsanwalt;
2. die Überweisung der freigegebenen 5 Mark von meinem beschlagnahmten Geld an die Kasse des Untersuchungsgefängnisses;
3. den nicht abgesandten Brief an Fräulein K.;
4. das deutsche Lehrbuch.\*

Ferner habe ich bereits festgestellt, daß ich die an mich gerichtete Korrespondenz oft mit großer Verspätung bekomme. Gestern z.B. habe ich wieder einen Brief vom 19. April, also am 6. Tage, erhalten.

Ich verstehe wohl, daß für die Kontrolle eine gewisse Frist notwendig ist, aber eine fast einwöchige Verspätung ist doch mit diesem Grund nicht zu erklären und noch weniger zu rechtfertigen.

Ich bitte um Ihre Anordnung, meine Korrespondenz nach Möglichkeit regelmäßig befördern zu wollen.

Endlich erinnere ich Sie daran, daß meine Hände immer noch Tag und Nacht gefesselt sind. Gefesselt muß ich lesen und schreiben, sitzen und schlafen. Genügt es Ihnen nicht, daß ich schon fast einen [20] Monat diese moralische und physische Qual ertrage? Ist es nicht an der Zeit, diese barbarische Maßnahme aufzuheben?

Hochachtungsvoll  
G. Dimitroff

[21]

---

<sup>11</sup> Die faschistischen Kerkermeister hatten sich zum Ziel gesetzt, den revolutionären Kampfgeist des eingekerkerten Dimitroff zu brechen. Er wurde systematisch und raffiniert schikaniert: ein großer Teil seiner Korrespondenz wurde nicht weitergeleitet, es wurden ihm keine Besuche genehmigt, die ihm von seiner Mutter geschickten Lebensmittel wurden ihm nicht ausgehändigt. Das ganze Geld wurde ihm abgenommen, so daß er sich keine Zeitungen kaufen oder Lebensmittel beschaffen konnte; sogar seine Brille wurde ihm nicht gelassen.

Als Dimitroff nach beharrlichem Kampf durchsetzte, auf eigene Kosten faschistische Zeitungen zu halten, konnte er von dieser Erlaubnis so lange keinen Gebrauch machen, bis von seinen Angehörigen aus dem Ausland Geld an die Gefängniskasse überwiesen wurde.

Vom 4. April bis 31. August war G. Dimitroff bei Tag und Nacht gefesselt. In diesem Zustand erledigte er die ganze Vorbereitungsarbeit zum Prozeß, schrieb er seine Briefe, las Bücher und machte Auszüge aus ihnen, was ihm große Schmerzen verursachte. Die faschistischen Behörden, die dem niederen Gefängnispersonal offenbar nicht trauten, ließen regelmäßig nachprüfen, ob die Fesseln auch fest genug zugeschraubt waren.

Sich auf die in Deutschland geltenden Gesetze stützend, führte Dimitroff den Kampf gegen das Gefängnisregime, wandte sich mit Protesten an den Untersuchungsrichter und später an den Präsidenten des Strafsenats, verteidigte seine Rechte und bestand darauf, daß ihm ein Treffen mit seinem Verteidiger gewährt, die Fesselung abgenommen, seine Brille zurückgegeben und Schreibzubehör gegeben werde.

Die Briefe an den Untersuchungsrichter Vogt zeigen Momente dieses Kampfes gegen die grausame Behandlung seitens der Gefängnisbehörde.

\* G. Dimitroff hatte wiederholt darum ersucht, ihm von seinem beschlagnahmten Geld eine deutsche Sprachlehre zu besorgen.

**AN FRAU PARASCHKEVA DIMITROVA<sup>12</sup>  
UND MAGDALINA BARAMOVA<sup>13</sup>**

*Samokov, Bulgarien*

Berlin-Moabit, 10. Mai 1933

Meine liebe Mutter und Schwester!

Eure Briefe habe ich erst am 5. Mai erhalten. Die Summe leider noch nicht. Besonders habe ich mich über den Brief unserer geliebten Mama gefreut. Daß sie trotz allem, so tapfer, mutig und hoffnungsvoll ist, ist für mich eine große moralische Erleichterung und ein bedeutender Trost.

Ich bin auf unsere Mutter wegen ihres edlen Charakters, wegen ihrer Festigkeit und ihrer aufopfernden Liebe immer stolz gewesen und bin es jetzt noch mehr. Ich wünsche ihr noch für lange Jahre eine recht gute Gesundheit und Lebensfrische und die bisherige Tapferkeit und Zuversicht. Ich bin auch sicher, daß wir uns wiedersehen und glücklich sein werden.

Über meine Lage könnt Ihr Euch vielleicht von Zeit zu Zeit durch meinen Rechtsanwalt, Herrn Werner Wille, informieren lassen. Er weiß besser als ich selbst, was um mich herum vorgeht. Es wäre notwendig, ihm sofort eine Summe, vorläufig wenigstens 50 Mark, als Vorschuß auf sein Honorar zu schicken. Ich konnte ihm bis jetzt leider kein Geld geben.

Es ist selbstverständlich, daß ich – „ähnlich wie der Apostel Paulus“ wie Mama schreibt! – mit dem [22] nötigen Mut, mit Geduld und Festigkeit mein Kreuz tragen werde. Wenn nur meine Gesundheit nicht versagt – alles andere wird gut gehen!

Ich bemühe mich, meine Gefangenschaft im Rahmen des Möglichen gut auszunutzen. Augenblicklich bin ich mit dem gründlichen Studium der so lehrreichen deutschen Geschichte beschäftigt. Zu meinem Glück gibt es in der Gefängnisbücherei einige Bücher über diese Frage. Dieses Studium gibt mir viel auch zum richtigen *Verständnis* und zur Erkenntnis der internationalen Bedeutung der jetzigen Ereignisse in Deutschland.

Es bedrückt mich schwer, daß ich nichts über die Lage in meiner Heimat erfahren kann. Bulgarische Zeitungen bekomme ich selbstverständlich gar nicht zu sehen. Deutsche Zeitungen lese ich nur ab und zu, und sie bringen gewöhnlich keine Informationen über Bulgarien.

Da ich aller Wahrscheinlichkeit nach noch eine Zeitlang hier werde bleiben müssen – solche politischen Prozesse dauern leider gewöhnlich sehr lange! – wäre ich Euch sehr dankbar, wenn Ihr mir einige in den letzten Jahren neu erschienene bulgarische Bücher über bulgarische Geschichte, über Bulgarien im Balkan- und Weltkrieg und über die wirtschaftliche und politische Lage Bulgariens

---

<sup>12</sup> PARASCHKEVA DIMITROVA (1862–1944) – Mutter Georg Dimitroffs. Als sie, die bereits drei revolutionär gesinnte Söhne verloren hatte, den Brief ihres vierten Sohnes aus dem faschistischen Gefängnis erhielt, tat sie alles in ihren Kräften Stehende zu seiner Verteidigung. Sie schickte ihm aufmunternde Briefe, Pakete, Geld. Sie fuhr ins Ausland, erzählte auf Massenversammlungen von seinem Leben, wies nach, daß er völlig unschuldig und nicht imstande gewesen sei, das ihm von den Faschisten zugeschriebene Verbrechen zu verüben. Sie erzwang eine Zusammenkunft mit ihrem Sohn, war auf dem Prozeß anwesend und half Dimitroff in seinem heroischen Kampf mit allen ihren Kräften. Durch ihren aktiven Kampf verdiente sie sich die heiße Sympathie der Werktätigen.

Die Briefe G. Dimitroffs an seine Mutter und seine Verwandten waren fast seine einzige Verbindung zur Außenwelt, die von den faschistischen Behörden, wenn auch stark eingeschränkt, gestattet worden war. Dimitroff benutzte diesen Briefwechsel, um die Öffentlichkeit über seine Lage und die für den Kampf gegen die provokatorische Anschuldigung notwendigen Maßnahmen zu informieren.

<sup>13</sup> MAGDALINA BARAMOVA – Lina (1884–1971) – Schwester G. Dimitroffs, Mitglied der BKP. Während des Reichstagsbrandprozesses reiste sie mit ihrer Mutter, Paraschkeva Dimitrova ins Ausland. Sie nahm an den zur Verteidigung Georgi Dimitroffs und seiner Genossen in Frankreich organisierten Protestkundgebungen teil und war bei einigen Gerichtsverhandlungen anwesend. Sie bemühte sich außerordentlich, Dimitroffs, Popovs und Tanevs schwere Lage im Gefängnis zu erleichtern. In ihren Wohnungen in Samokov und Sofia fanden viele illegale Kommunisten Unterschlupf und Unterstützung.

schicken könnten. Es sind einige Bücher von Dr. Michaltschev<sup>14</sup>, Dr. Sakarov<sup>15</sup>, Prof. Slatarski<sup>16</sup>, Prof. Zankov<sup>17</sup> und anderen erschienen. Versucht auch, mir die Zeitschrift der „Ökonomischen Vereinigung“ sowie „Svesda“<sup>18</sup> zu schicken. Vielleicht auch anderes, was für mich von Interesse ist. Herr Rechtsanwalt Dr. Djugmedshiev<sup>19</sup> wird bestimmt wissen, was in dieser Beziehung für mich passend ist. Ich hoffe, daß man mir erlauben wird, diese geschichtlichen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Bücher in bulgarischer Sprache zu empfangen und daß man sie mir ausliefern wird.

Von Lena<sup>20</sup> habe ich noch keine Antwort auf meinen Brief. Ich weiß auch nicht, was mit Ljuba<sup>21</sup> geschehen ist. Laut einer Nachricht, die ich kurz vor [23] meiner Verhaftung erhielt, sollte die Arme auf dem Sterbebett liegen. Ihr wißt sehr wohl, was dieser Verlust für mich bedeuten würde. Das ist der größte Verlust und der schwerste Schlag, den ich in meinem ganzen Leben erhalten habe.

Schreibt mir bitte öfter!

Herzliche Grüße an Stefan, Ljuba, Boris und die Kinder.

Mit Grüßen und Küssen  
Euer Sohn und Bruder *Georgi*

[24]

<sup>14</sup> DIMITER MICHALTSHEV (1880–1967) – bulgarischer idealistischer Philosoph, Akademienmitglied (1932). Gesandter in der UdSSR (1934–1936 und 1944–1946). Trotz mancher positiven Züge seiner gesellschaftlichen Tätigkeit war er ein Gegner des Marxismus.

<sup>15</sup> NIKOLA SAKAROV (1881–1943) – Sekretär der Bulgarischen Sozialdemokratischen Studentengruppe in Berlin, wo er studierte. Nach seiner Rückkehr nach Bulgarien wurde er Mitglied der Bulgarischen Sozialdemokratischen Partei. 1908 wurde er aus der Partei ausgeschlossen. 1920 trat er der BKP (Engsozialisten) erneut bei. Er wurde zum Volksvertreter gewählt. Wegen seiner liquidatorischen Stellungnahme nach dem Septemberaufstand wurde er wiederum ausgeschlossen.

<sup>16</sup> VASSIL SLATARSKI (1866–1935) – bulgarischer Historiker. Akademienmitglied. Er hat große Verdienste um die Sammlung und Systematisierung der Materialien über die mittelalterliche bulgarische Geschichte. Er hat über 200 wissenschaftliche Werke veröffentlicht.

<sup>17</sup> ALEXANDER ZANKOV (1879–1959) – reaktionärer bulgarischer Politiker und Staatsmann. Als Vorsitzender der Partei „Naroden Sgovor“ (Volkseintracht) war er einer der Hauptorganisatoren des militärfaschistischen Staatsstreichs am 9. Juni 1923. Er bildete die erste faschistische Regierung der „Demokratischen Eintracht“ (Demokratitscheski Sgovor), die 1923 den antifaschistischen Septemberaufstand grausam unterdrückte und nach den Ereignissen im April 1925 den weißen Terror in Bulgarien organisierte. Wegen seiner volksfeindlichen Tätigkeit wurde er in Abwesenheit vom Volksgericht zum Tode verurteilt.

<sup>18</sup> SVESDA (Stern) – legale theoretische Parteizeitschrift unter der Redaktion von Georg Bakalov. Erschien seit August 1932. Nach dem 19. Mai 1934 verboten.

<sup>19</sup> DR. LJUBEN DJUGMEDSHIEV (1882–1967) – kommunistischer Rechtsanwalt. Parteimitglied seit 1905. Ständiger Mitarbeiter der „Rabotnitscheski Vestnik“ (Arbeiterzeitung) und „Novo Vreme“ (Neue Zeit). Nach 1923 war er Verteidiger vieler angeklagter Antifaschisten. Mitbegründer der ersten Gesellschaft für Bulgarisch-Sowjetische Freundschaft und der bulgarischen Sektion des Internationalen Juristenverbands. 1939 Sekretär der Parlamentsfraktion der BKP. Verfolgt und in Konzentrationslager eingesperrt. Nach dem 9. September 1944 entfaltete er eine aktive gesellschaftspolitische Tätigkeit.

<sup>20</sup> ELENA DIMITROVA – Lena (geb. 1903[–1994]) – Schwester Georgi Dimitroffs. Seit 1923 Mitglied der BKP. 1925–1945 politische Emigrantin in der UdSSR. Während des Reichstagsbrandprozesses entfaltete sie eine aktive Tätigkeit: verfaßte Aufrufe und hielt Reden auf Kundgebungen in Paris, London, Brüssel. Sie war Zeugin auf dem Gegenprozeß in London und auf dem Reichstagsbrandprozeß, wo sie G. Dimitroff und seine Genossen verteidigte.

<sup>21</sup> LJUBA IVOSEVIC DIMITROVA (1881–1933) – namhafte Funktionärin der revolutionären Gewerkschafts- und Frauenbewegung in Bulgarien, proletarische Dichterin, Gattin von Georgi Dimitroff. Sie wurde in Jugoslawien geboren und nahm als Näherin bereits in ihrer Jugend an der serbischen Arbeiterbewegung teil. Nach ihrer Ankunft in Bulgarien (1902) setzte sie sich mit der revolutionären Bewegung im Lande in Verbindung und wurde Mitglied der Bulgarischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Von 1909 bis 1912 war sie Redakteur der Zeitung „Schivaschki Rabotnik“ (Näher) und Mitglied des Zentralvorstands des Näharbeiterverbandes in Bulgarien. 1914 wurde sie zum Mitglied des Zentralen Frauenausschusses beim ZK der Partei gewählt. 1920 war sie Delegierte der BKP auf dem Parteitag der Kommunistischen Partei Jugoslawiens.

**AN FRAU PARASCHKEVA DIMJTROVA**

*Samokov, Bulgarien*

Berlin-Moabit, 28. Mai 1933

Meine teure, unvergeßliche Mama!

Deinen Brief vom 10. Mai wie auch den früheren vom 25. April habe ich mit großer Freude und tiefem Dank erhalten. Ich habe mich besonders über Deine ermutigenden Worte gefreut, weil die für mich ein Beweis sind, daß Du auch jetzt wie immer – trotz aller Schicksalsschläge – eine tapfere Mutter mit festem Willen, frischem Geist und Unerschütterlichem Glauben bist. Ich wünsche Dir von ganzem Herzen, uns allen – Kindern und Enkeln! – noch viele Jahre recht gesund zu bleiben.

Du hast recht: mein Schicksal ist in gewissen Beziehungen dem des Apostels Paul ähnlich. Er ist aber von Saul in *Paul* umgewandelt worden. Ich bin von Anfang an nur ein „proletarischer Paul“ gewesen und geblieben. Hoffentlich wird sich auch ein anderer Unterschied ergeben, nämlich der, daß mein Lebensende nicht so tragisch wie das von Paul sein wird.

Es ist mir sehr schwer, daß ich immer noch keine Nachricht von Lena aus Moskau habe, und ich leider nicht genau wissen kann, was mit Ljuba geschehen ist. Wie Du weißt, war sie noch im Jahre 1930 schwer erkrankt, und man konnte keine Besserung mehr erreichen. Die letzte Nachricht vor meiner Verhaftung lautete, daß ich mich auf ihr baldiges Ableben [25] vorbereiten soll. Am wahrscheinlichsten ist, daß das auch schon geschehen ist ... Jedenfalls habe ich meine unersetzliche Lebenskameradin faktisch in dem Moment verloren, als ich sie am meisten krauchte! Ich erinnere mich, wie Du Dir oft Gewissensbisse nach dem Tode unseres Vaters gemacht hast, daß Du nicht noch mehr für ihn zu seinen Lebzeiten getan hast. Ich mache mir jetzt in meiner Gefängniszelle fortwährend ähnliche Gewissensbisse in bezug auf Ljuba und bestimmt mit tausendmal mehr Gründen als Du in bezug auf den Vater ...

Vielen Dank für den Kaschkaval und den Lokum. Sie haben mir nicht nur sehr gut geschmeckt, sondern mich auch richtig an meine Heimat erinnert. Solche Sachen habe ich jahrelang nicht gesehen!

Bis jetzt haben weder ich noch mein Rechtsanwalt das Geld von Euch erhalten. Und ich riskiere, wenn das Geld nicht bald ankommt, ohne Rechtsanwalt zu bleiben, da er mir unlängst erklärt hat, daß er nicht lange auf sein Honorar warten kann. Dabei brauche ich selbst auch etwas Geld für Zusatznahrungsmittel, Porto, Zeitungen usw.

Glücklicherweise habe ich eine befreundete Familie in Berlin – eine alleinstehende Frau mit zwei Töchterchen – die sich als ein Schutzengel für mich in dieser schweren Zeit gezeigt hat. Alle 10 Tage schickt sie mir etwas zu essen und zu rauchen. Sie ist aber selbst leider zu arm, und bei bestem Willen kann sie nicht besonders viel und das auch für di~ Dauer machen. Daher wäre es gut, wenn bei der ersten Möglichkeit eine kleine Summe an sie geschickt würde, damit sie verschiedene Dinge für mich besorgen kann. Ihre Adresse ist: Frau Any Krüger, Berlin N., Griebenowstraße 7/II. Auch wenn Ihr Kaschkaval und etwas anderes an ihre Adresse schicken könnt, sie wird mir das mit ihrem Paket ins Gefängnis übersenden.

Es wäre gut, wenn sich Herr Dr. Djugmedshiev mit meinem Rechtsanwalt (Herr Werner Wille, Berlin N. 20, Heidebrinkerstraße 6) direkt in Verbindung [26] setzt und auch ihm eine Abschrift von meinen gerichtlichen Urteilen in Bulgarien schickt.

In meiner Lage ist noch keine Änderung eingetreten. Die Voruntersuchung ist bereits vor dem Abschluß. Da ich in der Sache vollständig unschuldig bin und eigentlich nur wegen falschen Passes und unangemeldeten Wohnens in Deutschland zur gerichtlichen Verantwortung gezogen werden soll, ist zu erwarten, daß ich dafür verurteilt werde, und dann kommt die Frage meiner Ausweisung aus Deutschland auf die Tagesordnung. Aber da alles von vielen und verschiedenen juridischen und politischen Erwägungen abhängt, kann niemand mit Bestimmtheit sagen, wie und wann die Sache endgültig erledigt werden wird.

Ich bin selbstverständlich auf alles gefaßt und werde alles mit dem mir angeborenen Stoizismus aushalten.

An alle zu Hause, besonders an Lina und Stefan, beste Grüße!

Dich grüßt und küßt herzlichst Dein Sohn

*Georgi*

[27]

## ERKLÄRUNG AN DIE RICHTERLICHE UNTERSUCHUNGSBEHÖRDE<sup>22</sup>

*Im Zusammenhang mit der richterlichen Vernehmung v. 12., 13., 19. und 20. Mai 33\**

30. Mai 1933

*Über meinen Aufenthalt in Deutschland.* Ich bin im Jahre 1921 das erstemal mit meiner Frau in Deutschland (Berlin) gewesen, unter meinem richtigen Namen und als bulgarischer Sobranje-Abgeordneter (Parlamentsmitglied). Im Jahre 1927 und 1928 hielt ich mich auf der Durchreise von Wien kurze Zeit in Berlin auf. Seit Ende 1929 habe ich in Berlin als politischer Emigrant unangemeldet gelebt, mit öfteren, kurzen und auch monatelangen Unterbrechungen. So war ich von Dezember 1929 bis Mai 1930 und auch von November 1931 bis Mitte Juni 1932 nicht in Deutschland.

*Über meinen Namen.* Wie ich bereits in meiner Erklärung vom 20. März 1933 angegeben habe, mußte ich als in Bulgarien zum Tode verurteilter politischer Mann und als oft Verfolgter, der auch im Auslande von seinen bulgarischen Gegnern mit Todesdrohungen verfolgt wurde, unter fremdem Namen und unangemeldet leben. Bis Ende 1930 habe ich unter dem Namen Dr. Schaafsma und nachher unter dem Namen Dr. Hediger gelebt. Für die Leute aber, die [28] mich von früher her als Schaafsma kannten, bin ich auch weiter unter diesem Namen geblieben.

*Über meine Tätigkeit in Deutschland.* Ich wiederhole meine Aussage vom 20. März, daß ich in Deutschland mit meinen bulgarischen Fragen und meiner bulgarischen schriftstellerischen Arbeit beschäftigt war (hauptsächlich mit der Lage der politischen Emigration, der Kampagne für die politische Amnestie in Bulgarien usw.).

Den bei mir gefundenen Aufruf der Kommunistischen Internationale und den Aufruf für einen internationalen antifaschistischen Arbeiterkongreß, die in der „Internationalen Pressekorrespondenz“ sowie in der kommunistischen Weltpresse veröffentlicht wurden, habe ich von der Redaktion der „Inprekorr“ zur Information erhalten.

Die mir vom Herrn Untersuchungsrichter gezeigte Pressenachricht der KPD über die Reichstagsbrandstiftung habe ich bei dieser Gelegenheit zum erstenmal gesehen. So ein Schriftstück habe ich nie in meinen Händen gehabt und auch nie gelesen.

*Über meine politischen Verbindungen in Deutschland.* Ich war in Verbindung mit der Redaktion der „Internationalen Pressekorrespondenz“, wo ich auch meine Artikel veröffentlicht habe. Ich war auch von Zeit zu Zeit in Verbindung mit der „Internationalen Arbeiterhilfe“, bzw. mit ihrem Generalsekretär Münzenberg wegen verschiedener Fragen der bulgarischen Sektion der IAH. In der Frage der bulgarischen politischen Emigration habe ich direkt die gelegentlich notwendigen Verbindungen mit dem Internationalen Sekretariat der Roten Hilfe gehabt. Andere Verbindungen in Deutschland brauchte ich für meine Arbeit überhaupt nicht.

Ich kenne persönlich die führenden deutschen Kommunisten, die an den verschiedenen Tagungen der Kommunistischen Internationale in Moskau während meiner Anwesenheit dort teilgenommen haben und öffentlich aufgetreten sind, wie z. B. Thälmann, Pieck, Heckert.

Neubauer habe ich nie gesehen noch gesprochen. [29] Ich habe nur manchmal seine Artikel über Deutschland in der „Internationalen Pressekorrespondenz“ gelesen.

Torgler kenne ich ebenfalls nicht persönlich. Ich weiß nur, daß er im Reichstag oft im Namen der kommunistischen Fraktion aufgetreten ist.

---

<sup>22</sup> Georg Dimitroff verweigerte die Unterzeichnung der Protokolle sowohl des Polizeiverhörs als auch der Voruntersuchung, die von Dr. Paul Vogt, Untersuchungsrichter und Reichsgerichtsrat, geleitet wurde. Um den Willen G. Dimitroffs zu brechen, verordnete er seine Fesselung, die fünf Monate dauerte, verbot, ihm die Pakete von seinen Angehörigen und Zeitungen auszuhändigen, und die Briefe an ihn wurden beschlagnahmt. In sein in Moabit geführtes Tagebuch schrieb G. Dimitroff über ihn: „Vogt ist ein Jesuit von kleinem Wuchs. Er eignet sich für die Führung unbedeutender Strafverfahren. Für einen historischen Prozeß vor der Weltöffentlichkeit ist er viel zu unbedeutend.“

\* Einige, unwesentliche Details betreffende Stellen dieser Erklärung sind gekürzt.

Ich muß ausdrücklich betonen, daß ein Kriminalpolizeikommissar mir bei dem Abschluß der polizeilichen Vernehmung alle bei mir gefundenen Schriftstücke und Notizen gezeigt und in meiner Anwesenheit besonders notiert und nummeriert hat. Das Schreiben an Helmut, der Umschlag mit dem Namen Ferdi, die Quittung für ein Telegramm an Inner, die Pressenachricht der KPD – alle diese Sachen waren damals nicht dabei, befanden sich nicht unter meinen Sachen.

Ogleich ich es für eine große Ehre halte, ein sowjetrussischer Angestellter oder Funktionär zu sein, bin ich jedoch nicht ein solcher gewesen.

In meinem Reisefahrplan habe ich *Reichstag* und *Schloß* nie durch Zeichen kenntlich gemacht. Das brauchte ich auch gar nicht. Ich war im Jahre 1921 als bulgarischer Abgeordneter im Reichstag gewesen und wußte genau, wo der Reichstag liegt.

Ich unterstreiche meine kategorische Erklärung vom 20. März, die ich schon bei jeder Gelegenheit mit allem Nachdruck betont habe, daß ich als parteidisziplinierter, verantwortlicher und führender bulgarischer Kommunist weder in direkter noch indirekter Beziehung zu der Reichstagsbrandstiftung stehen konnte und tatsächlich auch nicht gestanden habe. Den Brandstifter selbst habe ich nie in meinem Leben gesehen, nie getroffen, nie gesprochen.

Eine solche Tat wie die Reichstagsbrandstiftung kann nur von geistig verrückten Leuten oder von ärgsten politischen Feinden oder Provokateuren zum Schaden des Kommunismus begangen werden.

Ich habe selbstverständlich auch nichts zu tun gehabt mit irgendwelchen Plänen in bezug auf die Organisation eines Aufstandes im Februar zur gewaltsamen Änderung der Verfassung in Deutschland. Von [30] solchen angeblich kommunistischen Plänen habe ich erst bei der Vernehmung gehört. Es ist aber allgemein bekannt, daß auf Grund der Beschlüsse der Kommunistischen Internationale und der KPD selbst die ganze kommunistische Politik und Tätigkeit in dieser Periode in der Linie der politischen Mobilisierung der Massen gegen den Faschismus, der Herstellung der Einheitsfront des deutschen Proletariats, des wirtschaftlichen und politischen Massenkampfes zur Verteidigung der Lebensinteressen und der Rechte aller Werktätigen und damit auf die Durchführung der Aufgabe, die Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kommunismus zu erobern, eingestellt war. Diese politische Linie und diese konkrete Orientierung der kommunistischen Politik in Deutschland, festgelegt in den für alle kommunistischen Parteimitglieder obligatorischen Beschlüssen, schließen vollständig jede terroristische Aktion und jegliche abenteuerlichen, aufrührerischen Pläne von kommunistischer Seite aus. Diese werden von der Kommunistischen Internationale und der KPD ausdrücklich und entschieden als unzulässig, unsinnig und schädlich für den Kommunismus und das Proletariat erklärt und verurteilt.

Die Behauptung, daß mich jemand mit dem Reichstagsbrandstifter gesehen hat, kann nur auf einer Täuschung beruhen, wie das bei einer Zeugin der Fall gewesen ist. Wie bekannt ist, hat sie bei der polizeilichen Vernehmung ganz kategorisch behauptet, daß sie mich mit van der Lubbe am 26. Februar um 3 Uhr nachmittags in einem Lokal in der Düsseldorferstraße gesehen habe. Nachdem aber festgestellt wurde, daß ich zu jener Zeit gar nicht in Berlin gewesen bin, ist diese Zeugin mit ihrer felsenfesten Behauptung vom Schauplatz der Untersuchung verschwunden.

Es ist begreiflich, daß ich keine näheren Auskünfte über meine Verbindungen mit bulgarischen politischen Emigranten im Auslande Sowie mit meinen Freunden in Bulgarien geben kann, weil sie wegen ihrer politischen Tätigkeit verfolgt werden. Aus diesem Grunde kann ich auch den Namen [31] meines *bulgarischen Freundes*, mit dem ich am 26. und 27. Februar 1933 eine Besprechung in München gehabt habe – die noch im Dezember 1932 in Paris zwischen uns verabredet worden war –, nicht angeben.

Meine *Schuld* gegenüber den deutschen Gesetzen während meines ganzen Aufenthaltes in Deutschland besteht *einzig und allein* darin, daß ich als bulgarischer politischer Emigrant unter *fremdem Namen*, mit *falschem Paß und unangemeldet gelebt habe*. Ich konnte und durfte aber nicht anders leben!

Im Zusammenhang mit allen polizeilichen und richterlichen Vernehmungen muß ich ausdrücklich betonen, *daß ich für die Richtigkeit meiner Angaben und Aussagen, die in meinen eigenen schriftlichen Erklärungen vom 20. März und 30. Mai 1933 enthalten sind, die volle Verantwortung trage.* Eine solche Verantwortung in bezug auf die Vernehmungsprotokolle lehne ich jedoch ab.

*G. Dimitroff*

[31]



**AN HERRN DR. WILLE<sup>23</sup>**

*Rechtsanwalt, Berlin*

7. Juni 1933

Sehr geehrter Herr Doktor!

In Erwartung Ihres baldigen Besuches möchte ich Ihnen nur in einer Frage schreiben. Ich bin seit 4. April 1933, d. h. über zwei Monate, bei Tag und Nacht gefesselt. Ich kenne leider die deutschen Gesetze nicht, aber ich kann nicht glauben, daß eine solche Maßnahme in meinem Falle genug gesetzliche Begründung und Rechtfertigung hat, davon zu schweigen, daß sie praktisch, als Sicherheitsmaßnahme, vollkommen unsinnig ist.

Übrigens ist im schriftlichen Reglement des Gefängnisses folgendes zu lesen (Paragraph 18):

„Als Sicherheitsmaßregeln sind ... nur zulässig: ...“

Es liegt auf der Hand, daß diese Bestimmung bei mir auf keinen Fall Anwendung finden kann.

Jetzt, nachdem die Voruntersuchung geschlossen ist, glaube ich, ist eine Überprüfung der angeordneten Maßnahme zum Zwecke ihrer endgültigen Aufhebung noch mehr am Platze.

Ich bitte Sie um entsprechende Aufklärungen sowie auch um Untersuchung der gebotenen Schritte zur Aufhebung der Handfesselung.

Jedenfalls habe ich meines Erachtens das Recht, genau zu wissen, aus welchen Gründen ich gefesselt [33] bin und wer persönlich die Verantwortung für diese inquisitorische Maßnahme trägt.

Eine andere Frage ist, ob das nicht auch zum System der sogenannten Ausrottung des Kommunismus, d.h. der physischen Vernichtung der führenden Kommunisten gehört. Dann aber muß das offen und klar gesagt werden.

Hochachtungsvoll  
G. Dimitroff

[34]

---

<sup>23</sup> Schon am Tag nach seiner Verhaftung wandte sich G. Dimitroff mit einem Brief an den Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld, der ihm aus der Verteidigung bulgarischer politischer Emigranten bekannt war, seine Verteidigung zu übernehmen. Rosenfeld verwies ihn an den Rechtsanwalt Dr. Werner Wille. Wille war der erste und einzige deutsche Rechtsanwalt, dessen Dienste

G. Dimitroff in Anspruch zu nehmen beschloß, um die Verbindung zu seiner Familie und seinen Bekannten herzustellen und die notwendige juristische Beratung zu erhalten. Mit dem Rechtsanwalt Werner Wille hatte Georg Dimitroff zwei Zusammenkünfte am 12. April und am 22. Mai. Aber noch vor Beginn des Prozesses gab Wille unter dem Druck der Nazis die Verteidigung auf.

**AN FRAU MAGDALINA BARAMOVA**

*Samokov, Bulgarien*

Berlin-Moabit, 11. Juli 1933

Meine liebe Schwester!

Die Briefe vom 17. und 25. Juni habe ich dankend erhalten; leider konnte ich nicht gleich antworten, bloß wegen Mangel an Porto. Früher habe ich oft von Frau Krüger (Any) Briefmarken erhalten. Mit der armen Frau ist aber bestimmt irgendwelches Unglück passiert. Seit 22. *Juni* (nach einem verzweifelten Brief von ihr) habe ich keinen neuen Brief, kein Lebenszeichen von ihr mehr erhalten. Ich befürchte, daß ich den einzigen Menschen, der etwas für mich machen konnte und eine moralische Stütze in meiner fremden Gefangenschaft war, verloren habe! Und in der Tat: Frau Krüger hat, trotz der herrschenden ungünstigen Stimmung, in der schwersten Zeit mit außergewöhnlichem Mut und seltener Opferwilligkeit auf meiner Seite gestanden und hat mir auch – bei ihrer Armut – *viel* geholfen (Nur für Pakete mit Lebensmitteln, Rauchware usw. hat sie bestimmt über 50 Mark ausgegeben!). Ich fühle mich der Frau Krüger gegenüber *sehr* verpflichtet und bitte doch, wenn einmal jemand von unserer Familie oder von unseren Verwandten und Freunden nach Berlin kommt, gib ihm bitte unbedingt Auftrag, die Frau (wenn sie, die Arme, nur noch lebt!) und die Kinder – Adelheid – 11 Jahre und Anneliese – 10 Jahre alt (Berlin Nord, Griebenowstraße 7/II) *aufzusuchen und ihnen möglichst Hilfe zu gewahren versuchen*.

[35] Von dem Rechtsanwalt habe ich die Mitteilung, daß er von Dir 100 Mark erhalten habe. Er hat mir aber von diesem Geld nichts geschickt. Offenbar betrachtet er diese Summe nur als eigenes Honorar. Übrigens, ich weiß nicht, was überhaupt mit ihm los ist. Nach unserer letzten Unterredung am 22. Mai hat er sich über einen Monat gar nicht gemeldet, trotz mehrerer Briefe von mir. Am 30. Juni hat er mir geschrieben, daß er mich im Laufe der nächsten Woche aufsuchen wird, er ist aber bis jetzt nicht gekommen. Dabei hat er mir in dem Brief vom 30. Juni mitgeteilt, daß er aller Voraussicht nach meine Vertretung in der Hauptverhandlung nicht übernehmen wird und versuchen will, für eine anderweitige Vertretung Sorge zu tragen.

Gegen 200 Leva habe ich 4,20 Mark von der Kasse des Gefängnisses erhalten. Es ist wenig, aber immerhin eine Hilfe. Besten Dank! Da meine Gesundheit ohne Zusatznahrungsmittel nicht aushalten kann (die letzte ärztliche Untersuchung meiner Lungen hatte ein bedenkliches Ergebnis!) bitte ich Dich, *umgehend* eine größere Summe zu schicken. Wenn ich *fünf* Mark wöchentlich habe, kann ich mir von der Gefängniskantine wenigstens die allernotwendigsten Sachen kaufen. Vielleicht kannst Du jemanden in Berlin beauftragen, auf Deine Rechnung für mich an der Gefängniskasse eine Summe bis 50 Mark einzuzahlen. Bei meiner Lage *ist sogar die geringste Summe von Bedeutung!*

Wie ich schon geschrieben habe, ist die Zusendung von Lebensmitteln aus dem Ausland nicht gestattet. Die bulg. Zeitungen sind mir auch nicht ausgehändigt worden. Es hat also keinen Zweck, weiter zu schicken.

Am 26. Juni habe ich den Brief von Mutter (vom 15. Juni) beantwortet und die von ihr erwünschte Vollmacht für meine Versicherungspolice nach Sofia geschickt.

In bezug auf Ljubtscho, das Wichtigste ist jetzt, seine Gesundheit aufrecht zu erhalten, und daß er selber die Gefangenenzzeit nach Möglichkeit zum [36] Lernen (Studieren) recht gut ausnutzt. Sei mutig! Es ist doch ein vorübergehendes Unglück ...

Meine *größte Bitte* an Dich und Lena ist, Sorge zu tragen, daß alle Gedichte Ljubas, die zu verschiedenen Zeiten veröffentlicht worden waren, sowie die unveröffentlichten, ausgesucht, gesammelt und in einem Büchlein herausgegeben werden. Das wird das beste Denkmal für unsere unvergeßliche Ljuba sein und ein gewisser Trost für mich über den unermeßlichen Verlust, den ich schon mit ihrer katastrophalen Erkrankung vor Jahren erlebt habe. Schreibe darüber auch an Lena!

Als Revolutionär, meine liebe Schwester, ertrage ich alles tapfer, und werde ich bestimmt den Mut bis zu meinem letzten Atemzug nicht verlieren, aber als Mensch leide ich tief und fortwährend durch diesen schwersten Schlag in meinem Leben ...

In meiner Lage hier ist noch keine Änderung eingetreten. Ich warte immer noch auf die Anklage. Da in den politischen Prozessen die politische Zweckmäßigkeit des Moments gewöhnlich entscheidet, kann man nicht wissen, *wann* die Sache ein Ende nehmen wird und *was* überhaupt kommen wird. Herzliche Grüße an alle zu Hause!

Dich küßt Dein Bruder  
*Georgi*

[37]

**AN MAGDALINA UND STEFAN BARAMOV**

*Samokov, Bulgarien*

Berlin-Moabit, 26. Juli 1933

Meine liebe Lina und Stefan!

Eure Briefe vom 6. Juli habe ich mit großem Dank und Freude am 12. Juli erhalten.

Ich hoffe, daß Ljubtschos<sup>24</sup> Prozeß, der gerade am heutigen Tag zur Verhandlung kommt, günstig beendet werden wird, was ich herzlichst wünsche und mit Ungeduld die Nachricht über das endgültige Ergebnis erwarte.

Der bulgarische Rechtsanwalt, Herr Detschev<sup>25</sup>, hat sich in Eurem Auftrag brieflich gemeldet. Ich habe ihm die notwendige Vollmacht als mein Vertreter und Verteidiger am 20. Juli geschickt und vom Herrn Untersuchungsrichter um eine Unterredung mit Herrn Detschev ersucht. Darauf wurde mir mitgeteilt, daß eine Unterredung mit Herrn Detschev erst gestattet ist, wenn er vom Reichsgericht als Verteidiger zugelassen ist.

Inzwischen hat mir Herr Wille mitgeteilt, daß er nicht mehr in der Lage ist, meine Verteidigung weiter zu übernehmen, und daß er alles an Herrn Detschev übergeben hat.

Von Herrn Detschev habe ich auch 10 Mark, in Eurem Auftrag, dankend erhalten. Da aber ohne Zusatznahrungsmittel meine Gesundheit bestimmt zugrunde geht (bis jetzt habe ich schon sieben Kilo [38] abgenommen!), bitte ich Euch, mir durch Herrn Detschev noch eine größere Summe zur Verfügung zu stellen. Dabei brauche ich ungefähr 50 Mark auch für den Zahnarzt, weil ich mit meinen sehr schlechten Zähnen nicht richtig essen kann, und ich oft große Schmerzen habe.

In meiner Lage ist immer noch keine Änderung eingetreten. Es ist alles dasselbe. Ich warte immer noch auf die Anklageschrift. Wenn sich die Anklage auf die Reichstagsbrandstiftung bezieht (was ich immer noch für unglaublich halte, weil ich mit dieser Sache absolut nichts zu tun gehabt habe!), dann wird der Prozeß bestimmt sehr lange dauern.

Ich habe Euch schon geschrieben, daß die Aushändigung der bulg. Zeitungen, die für mich geschickt worden sind, nicht genehmigt ist. Es hat also keinen Zweck, die Zeitungen weiter zu schicken.

Ich wünsche Euch alles Gute.  
Herzlichste Grüße an alle zu Hause!  
*Georgi*

P.S.: Ich hoffe, daß Ihr meinen Brief vom 21. Juli rechtzeitig erhalten habt.

Von Lena habe ich immer noch keine Antwort!

Meine geliebte Mutter!

Deinen Brief vom 6. Juli habe ich mit großer Freude erhalten. Es freut mich sehr, daß Boris jetzt viel besser und vernünftiger geworden ist. Er war für Dich immer ein Schmerzenskind.

---

<sup>24</sup> LJUBOMIR BARAMOV – Ljubtscho (1914–1944) – aktiver Funktionär der Jugendbewegung und der BKP, Sohn von Magdalena Baramova 1933–1935 politischer Häftling. 1935 reiste er in die UdSSR, wo er die Internationale Leninschule besuchte. Nach seiner Heimkehr nahm er an der illegalen Tätigkeit der Partei teil. 1941–1943 in einem Konzentrationslager. Seit dem Frühjahr 1944 war er politischer Kommissar des II. Bataillons der 1. Sofioter Partisanenbrigade. In einem Gefecht mit der Gendarmerie wurde er verwundet und festgenommen. Am 13. Mai 1944 wurde er von den faschistischen Henkern ermordet.

<sup>25</sup> STEFAN DETSCHEV (1891–1941) – kommunistischer Rechtsanwalt. 1925 wurde er auf Grund des Staatsschutzgesetzes verurteilt. Von 1926 bis 1930 lebte er in Paris, kehrte dann nach Bulgarien zurück. 1933 fuhr er nach Deutschland, um die Verteidigung der Angeklagten Dimitroff, Popov und Tanev zu organisieren. Er wohnte dem Prozeß bis zum 14. Oktober 1933 bei, als er verhaftet wurde. Bald darauf wurde er von der faschistischen Regierung aus Deutschland ausgewiesen. Er beteiligte sich an der zur Unterstützung der Angeklagten im Reichstagsbrandprozeß in Paris, London und Brüssel organisierten Kampagne. In Bulgarien setzte er seine Arbeit in der Partei fort.

Sei bitte um mich unbesorgt. Ich halte alles tapfer aus. Bloß die Gesundheit muß mit eurer materiellen Hilfe aufrecht erhalten werden. Jetzt ist das das Wichtigste.

Ich wünsche Dir alles Gute und vor allem, recht gesund zu sein.

Herzliche Grüße!  
Dein Sohn  
*Georgi*

[39]

**AN HERRN DR. PAUL TEICHERT**<sup>26</sup>

*Rechtsanwalt, Leipzig*

1. August 1933

Sehr geehrter Herr Doktor!

Ihren Brief vom 27. Juli habe ich heute erhalten und von der Mitteilung, daß Sie mir vom Reichsgericht als Verteidiger beigeordnet worden sind, Kenntnis genommen.

Ich teile Ihnen mit, daß ich am 20. Juli den bulgarischen Rechtsanwalt Herrn Stefan Detshev (z. Z. in Paris, Palace Hôtel) mit meiner Verteidigung betraut habe, ferner, daß durch meine Schwester in meinem Auftrag die französischen Rechtsanwälte, die Herren Giafferi, Campinchi und Torrès, als meine Verteidiger engagiert worden sind. Diese werden sich wahrscheinlich mit Ihnen in Verbindung setzen.

Was meinen Fall anbetrifft, so bin ich sehr erstaunt, im Zusammenhang mit der Reichstagsbrandstiftung vom Reichsgericht angeklagt zu werden. Dem Sachverhalt nach sollte die Voruntersuchung unbedingt zu dem Ergebnis führen, daß ich absolut nichts mit diesem verrückten und provokatorischen Verbrechen zu tun gehabt habe. Es scheint aber, daß wir drei bulgarischen politischen Emigranten bestimmt sind, die Plätze der nicht zu findenden wirklichen Täter auszufüllen. In den politischen Prozessen kommt ja am besten zum Ausdruck, wie die Justiz als ein Instrument der Politik gehandhabt wird.

[40] In meinen *schriftlichen Erklärungen* vom 20. März und 30. Mai, die ich dem Herrn Untersuchungsrichter des Reichsgerichts, Reichsgerichtsrat Vogt, abgegeben habe, habe ich alles Wesentliche in meiner Sache gesagt. Ich bitte Sie, sich mit diesen Schriftstücken näher bekannt zu machen.

Ich bin sehr gespannt zu erfahren, wie die Reichsanwaltschaft eine Anklage wegen Hochverrats aus Anlaß der Inbrandsetzung des Reichstagsgebäudes gegen einen politischen Mann, der tatsächlich in keiner, aber auch in gar keiner Beziehung dazu gestanden hat, zu begründen versuchen wird.

Irgendwelche Beweisanträge lassen sich erst dann formulieren, wenn ich den Text der Anklage selbst, die, wenn sie wirklich wegen Reichstagsbrandstiftung erhoben wird, ein Kunstwerk der deutschen Justiz sein muß, in Händen haben werde.

Hochachtungsvoll  
*G. Dimitroff*

[41]

---

<sup>26</sup> DR. PAUL TEICHERT [1897–nach 1945] – deutscher Rechtsanwalt, am 25. Juli 1933 zum Pflichtverteidiger der drei bulgarischen Kommunisten ernannt. G. Dimitroff verzichtete wegen grundsätzlicher Unterschiede in ihrer Auffassung von der Methode und dem Charakter der Verteidigung auf ihn und verteidigte sich auf dem Prozeß selbst.

**AN HERRN DR. PAUL TEICHERT**

*Rechtsanwalt, Leipzig*

Berlin, 8. August 1933

Sehr geehrter Herr Doktor!

Ich habe gestern Ihren Brief vom 3. August d. J. erhalten. Wie ich Ihnen schon geschrieben habe (4. August), ist mir auch die Anklageschrift zugestellt worden.

In bezug auf die Beweisanträge teile ich Ihnen folgendes mit:

Seit dem Jahre 1921 bin ich *nie* im Reichstagsgebäude gewesen. Torgler habe ich nie (bis heute auch nicht) *persönlich gesehen*. Ich bin ihm sogar während der ganzen Vernehmung nicht gegenübergestellt worden. Wie kann ich aber *Zeugen* namhaft machen, die bestätigen können, daß ich *wirklich* nicht im Reichstagsgebäude gewesen bin? Es ist fast unmöglich, mit Zeugen zu beweisen, was überhaupt nicht geschehen ist. Ich kann nur beweisen, daß ich ungefähr 10 Tage, bis zu meiner Abreise nach München (am 25. Februar), erkrankt war, täglich bis 12 oder 1 Uhr am Tage zu Hause geblieben (bei Mansfeld, Klingsorstraße 96) und abends gegen 8, 9, 10 Uhr zurückgekommen bin. Am Sonntag dieser Tage war ich fast den ganzen Tag zu Hause. Nachmittags war ich gewöhnlich in meiner Arbeitsstelle (bei Koch, Zähringerkorso 7), von wo ich abends nach Hause gefahren bin. In dieser Zeit hatte ich auch furchtbare Zahnschmerzen und bin auf Empfehlung [42] des Herrn Mansfeld dreimal zu einem ihm befreundeten Zahnarzt, *Dr. Sonnenfeld* (oder Sonnenbach?), Retinstraße 20 (oder 21), gegangen und habe mir zwei Zähne herausnehmen lassen.

In bezug auf meine Zusammenkünfte im „Bayernhof“ kann Herr Jakobus Rosner<sup>27</sup>, österreichischer Schriftsteller (wohnhaft in Berlin-Wittenau – die genaue Adresse weiß ich nicht) bestätigen, daß er bis Weihnachten mit mir häufig im „Bayernhof“ gewesen ist und daß nie in unserem Kreis *van der Lubbe* gewesen ist, den ich auch *nie* (bis heute auch nicht) *persönlich gesehen* habe.

Auf Grund der Photographie des *van der Lubbe*, die ich erst in den Zeitungen gesehen habe, nehme ich an, daß eine gewisse *äußerliche Ähnlichkeit* zwischen Rosner und Lubbe vorhanden ist, daß bei dem Zeugen *Hellmer* (Anklageschrift S. 175) eine *Personenverwechslung* vorgekommen sei.

Ich beantrage ferner, die folgenden Zeugen zu laden:

- *Alexander Malinov*<sup>28</sup>, Vorsitzender des bulgarischen Parlaments und gewesener bulgarischer Ministerpräsident;
- bulgarischer Minister *Muraviev*<sup>29</sup>;
- bulgarischer Minister *Vergil Dimov*<sup>30</sup>;
- bulgarischer Minister *Dimiter Gitschev*<sup>31</sup>;

---

<sup>27</sup> JAKOBUS ROSNER (1890–1970) – Funktionär der Kommunistischen Partei Österreichs und ihr Mitglied seit 1919. Von 1927 bis 1933 war er Helfer G. Dimitroffs in Wien und Berlin. Auf dem Prozeß in Leipzig erschien er als freiwilliger Zeuge, um die falschen Aussagen des Kellners Hellmer zu widerlegen. Später war er Mitarbeiter im Apparat des EKKI. Nach seiner Rückkehr nach Österreich wurde er Redakteur der Zeitung „Volksstimme“ und Mitglied des ZK der KPÖ. 1948 wohnte er als Delegierter der KPÖ dem V. Parteitag der BKP bei. Träger des Georgi-Dimitroff-Ordens.

<sup>28</sup> ALEXANDER MALINOV (1867–1938) – bulgarischer bürgerlicher Politiker. Seit 1903 Führer der Demokratischen Partei. 1908, 1918 und 1931 Ministerpräsident Bulgariens.

<sup>29</sup> KONSTANTIN MURAVIEV (1893–1965) – bulgarischer bürgerlicher Politiker vom rechten Flügel des Bulgarischen Bauernbundes. Kriegsminister im Kabinett Alexander Stambolijski. Mitglied der Regierungen Malinov und Muschanov (1931–1934). Am 2. September 1944 bildete er eine Regierung aus Vertretern der „legalen Opposition“, die den Rückzug der Hitler-truppen zu erleichtern suchte, um die Sowjetarmee in Bulgarien nicht einmarschieren zu lassen und die Besetzung des Landes durch die Anglo-Amerikaner vorzubereiten. Nach dem 9. September 1944 wurde er vom Volksgericht zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.

<sup>30</sup> VERGIL DIMOV (geb. 1901) – Politiker vom rechten Flügel des Bulgarischen Bauernbundes. Minister im Kabinett Muschanov (1931–1934) und Innenminister im Kabinett Muraviev (2.–8. September 1944).

<sup>31</sup> DIMITER GITSCHEV – Funktionär des rechten Flügels des Bulgarischen Bauernbundes. Minister im Kabinett Malinov und Muschanov (1931–1934) und im Kabinett Muraviev (2.–8. September 1944)

- bulgarischer Minister a. D. *Nedjalko Athanasov*<sup>32</sup>;
- bulgarischer Minister a. D. *Christo Stojanov*<sup>33</sup>;
- *Dr. Nikola Sakarov*, Direktor der landwirtschaftlichen Bank;
- *Anton Straschimirov*<sup>34</sup>, bulgarischer Schriftsteller;

– alle wohnhaft in Sofia.

Sie sollen bestätigen:

- a) daß am 9. Juni 1923 durch einen *Militärputsch* (mit Unterstützung der bewaffneten mazedonischen Organisation) die *konstitutionelle Bauernregierung Stambolijski*<sup>35</sup> gegen den Willen der überwiegenden Mehrheit des bulgarischen Volkes *gestürzt* und eine Terrorregierung eingesetzt wurde; [43]
- b) daß Tausende und aber Tausende Arbeiter, Bauern und Intellektuelle (auch Ministerpräsident Stambolijski und andere Minister) meuchlings ermordet worden sind;
- c) daß die größten Parteien im Lande – der Bauernbund und die Kommunistische Partei – sowie ihre Anhänger unter bestialische Verfolgungen gestellt wurden;
- d) daß die politischen Rechte des Volkes *aufgehoben wurden* und eine *militärfaschistische Diktatur aufgerichtet wurde*;
- e) daß die dadurch geschaffene unerträgliche Lage im Lande unvermeidlich zu der *Volkserhebung am 23. September 1923* geführt hat;
- f) daß ich im Zusammenhang mit diesem Aufstand in meiner *Abwesenheit* einige Monate später, zum Tode verurteilt worden bin, deshalb nicht nach dem Lande wieder zurückkehren und mich dort politisch betätigen kann;
- g) daß ich auch im Auslande mit Todesanschlügen seitens meiner politischen Gegner (besonders der faschistischen Mazedonier) verfolgt war und *deswegen nicht unter meinem eigenen Namen als politischer Emigrant in Deutschland leben konnte*;
- h) daß im Herbst 1932 im bulgarischen Parlament ein neues Amnestiegesetz eingebracht wurde und *auch die Frage meiner Amnestierung wieder aufgerollt wurde*;
- i) daß ich im Auslande mit der *Sache der bulgarischen politischen Emigration und der Amnestiekampagne beschäftigt war* und für meine Amnestierung gearbeitet habe;
- k) daß ich Parlamentsabgeordneter, Gemeinderat von Sofia, Generalsekretär des Zentralkomitees des Allgemeinen Arbeitergewerkschaftsbundes und politischer Schriftsteller gewesen bin.

Ich beantrage als Zeugen auch:

- *Henri Barbusse* (französischer Schriftsteller) – Redaktion „L’Humanité“, Paris, der bestätigen soll:

- [44] a) daß ich mit der Sache der bulgarischen politischen Emigration im Auslande beschäftigt war;
- b) daß ich mich mit ihm in Amsterdam (August 1932) und Paris (Dezember 1932) beraten habe über die Entfaltung der ausländischen Kampagne zugunsten der politischen Amnestie in Bulgarien;

---

<sup>32</sup> NEDJALKO ATHANASSOV – ein ehemaliger Führer des Bulgarischen Bauernbundes.

<sup>33</sup> CHRISTO STOJANOV – Funktionär des Bulgarischen Bauernbundes. Minister des Innern und für Gesundheitswesen im Kabinett Stambolijski (1923).

<sup>34</sup> ANTON STRASCHIMIROV (1872–1937) – bekannter bulgarischer Schriftsteller. 1890– 1900 war er Lehrer, wurde jedoch wegen seiner aktiven Teilnahme an der Aktion gegen den Zehnten entlassen. Er ließ sich in Sofia nieder und widmete sich voll und ganz literarischer Tätigkeit. Nach dem Umsturz vom 9. Juni 1923 bezog er offen antifaschistische Positionen.

<sup>35</sup> ALEXANDER STAMBOLIJSKI (1879–1923) – namhafter Politiker, Führer des Bulgarischen Bauernbundes. Anhänger der falschen Theorie von einer selbständigen Bauernmacht. Republikaner und Kämpfer gegen den Monarchismus und gegen das autoritäre Regime Zar Ferdinands. Wegen seines mutigen Kampfes gegen die Einbeziehung Bulgariens in den ersten Weltkrieg wurde er zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. 1918 amnestiert, nahm er an der Ausrufung der Republik von Radomir teil. 1919–1923 war er Ministerpräsident. Stambolijski führte eine Reihe von Reformen durch, die zwar die Interessen der Großbourgeoisie verletzten, jedoch nicht gegen die Grundfesten des Kapitalismus gerichtet waren. Am 14. Juni 1923 wurde er von den faschistischen Umstürzern bestialisch ermordet.



c) daß ich von meinen politischen Gegnern auch im Auslande mit dem Tode bedroht war und deswegen illegal, unter fremdem Namen und in strengem Inkognito leben mußte

– Marcel Cachin Chefredakteur der „L’Humanité“, Paris, der bestätigen soll, daß ich ständiger Mitarbeiter der „L’Humanité“ bis zu meiner Verhaftung (Anfang März 1933) gewesen bin.

– Berlioz<sup>36</sup> Redaktion der „Internationalen Pressekorrespondenz“, Paris, (Redaktion der „L’Humanité“), der bestätigen soll, daß ich ständiger Mitarbeiter der „Internationalen Pressekorrespondenz“ bis zu meiner Verhaftung gewesen bin.

Im Zusammenhang mit dem politischen Teil der Anklageschrift beantrage ich folgende Zeugen:

– Manuïlski<sup>37</sup>

– Kuusinen<sup>38</sup>

– Pjatnizki<sup>39</sup>

(Alle Moskau – Komintern)

Sie können bestätigen:

a) daß die Kommunistische Internationale *eine einheitliche Welpartei* ist, deren Beschlüsse für alle Sektionen und jedes einzelne Parteimitglied in den verschiedenen Ländern *obligatorisch* sind;

b) daß Ende 1932 und Anfang 1933 *die Aufgabe des unmittelbaren Kampfes um die Macht durch einen bewaffneten Aufstand in Deutschland nicht gestellt worden ist*;

c) daß in dieser Periode die *Hauptaufgabe* der Kommunistischen Partei Deutschlands war: die Herstellung der proletarischen Einheitsfront, der Kampf für die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse in Deutschland durch tägliche Massennarbeit und konkreten Kampf zur Verteidigung der Interessen der Arbeiter und aller Werktätigen; [45]

d) daß jegliche Art *individueller Terror* und partielle bewaffnete Aktionen für *unzulässig und schädlich* für den Kommunismus und das Proletariat gehalten und deshalb scharf verurteilt werden;

e) daß Parteimitglieder, die an solchen Aktionen sich beteiligen, keinen Platz mehr in der Kommunistischen Internationale und ihren Sektionen haben.

Als Beweisdokumente beantrage ich:

a) die *Beschlüsse des XII. Plenums der Exekutive der Kommunistischen Internationale* (September 1932)<sup>40</sup>;

---

<sup>36</sup> JOIGNY BERLIOZ (geb. 1892) – Funktionär der Kommunistischen Partei Frankreichs. Bis 1959 war er Mitglied des ZK der KPF.

<sup>37</sup> DIMITRIJ SACHAROWITSCH MANUÏLSKI (1883–1959) – Funktionär der KPdSU und sowjetischer Staatsmann. Seit 1903 Mitglied der SDAPR. Wegen seiner aktiven Teilnahme an der revolutionären Bewegung in den Jahren 1905–1906 wurde er in die Verbannung geschickt. Nach der Oktoberrevolution nahm er verantwortungsvolle staatliche und diplomatische Posten ein. Er wurde zum Mitglied des ZK der KPdSU (B) gewählt. Seit 1924 war er Mitglied des Präsidiums des EKKI und von 1928 bis 1943 einer der Sekretäre des EKKI, worauf er verantwortungsvolle Posten in der Ukraine bekleidete. Von 1946 bis 1953 war er stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der USSR.

<sup>38</sup> OTTO WILHELM KUUSINEN (1881–1964) – Funktionär der KPdSU und der internationalen Arbeiterbewegung, sowjetischer Staatsmann. Begründer der Kommunistischen Partei Finnlands. Er nahm am I., am III. und an allen folgenden Weltkongressen der Komintern teil. Auf dem III. Weltkongreß der Komintern wurde er zum Mitglied des ZK gewählt, und von 1921 bis 1939 war er einer der Sekretäre der Komintern. Seit 1941 Mitglied des ZK der KPdSU, seit Juni 1957 Mitglied des Präsidiums des ZK und Sekretär des ZK der KPdSU. 1958 wurde er Akademiemitglied.

<sup>39</sup> JOSSIF (OSSIP) ARONOWITSCH PJATNIZKI (1882–1939) – Funktionär der KPdSU. Seit 1898 Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands. Wegen aktiver Teilnahme an der revolutionären Bewegung wurde er wiederholt verhaftet und in die Verbannung geschickt. Als Emigrant organisierte er die Entsendung illegaler Literatur und Parteifunktionäre nach Rußland. Er nahm an der Ersten russischen Revolution teil. Seit 1921 war er in der Komintern tätig. 1923 wurde er Sekretär des EKKI. Auf dem XV. Parteitag der KPdSU(B) (1927) wurde er zum Mitglied des ZK gewählt. 1937 wurde er das Opfer einer Verleumdung, später aber rehabilitiert.

<sup>40</sup> Am Vorabend einer neuen Reihe von Kriegen und Revolutionen und unter den Bedingungen einer sehr schweren Weltwirtschaftskrise, als das Ende der zeitweiligen Stabilisierung des Kapitalismus neue Erschütterungen in den bürgerlichen Ländern hervorrief, tagte das XII. Plenum des EKKI. [Fortsetzung der Fußnote auf nächster Seite.]

- b) den *Aufruf der deutschen. polnischen und italienischen RGO zur Einberufung eines internationalen Arbeiterkongresses gegen den Faschismus* (Berlin 25. Februar 1933);
- c) den *Aufruf des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale für den Einheitskampf des Proletariats* (Moskau 5. März 1933);
- d) das *Programm und Statut der Kommunistischen Internationale*.

Alle diese Dokumente sind durch die Exekutive der Kommunistischen Internationale (Moskau) zu beschaffen.

Aus diesen Dokumenten ist zu ersehen und zu bestätigen, daß in der Zeit der Reichstagsbrandstiftung die KPD sich keineswegs auf einen bewaffneten Aufstand orientiert, sondern ihre Kräfte auf eine systematische Massenarbeit und den Massenkampf – wirtschaftlicher und politischer Natur – sowie auf die *Verteidigung* ihrer offenen Existenz und die Aufrechterhaltung ihrer Verbindungen mit den Massen unter allen Umständen (aktive Anteilnahme an den Wahlen am 5. März) konzentriert hat, daß die Reichstagsbrandstiftung nur als eine antikommunistische Unternehmung geplant werden konnte und daß die Urheber und Täter außerhalb der Reihen der Angehörigen der Komintern und der KPD zu suchen sind.

Wenn die von mir beantragten Zeugen nicht *offi*-[46]*ziell* eingeladen werden, dann möchte ich auf Grund des § 220 der Strafprozeßordnung diese Zeugen privat unmittelbar von mir einladen lassen.

Hochachtungsvoll  
G. Dimitroff

[47]

---

Die Arbeit des Plenums dauerte vom 27. August bis zum 15. September 1932. Auf der Tagesordnung des Plenums stand folgendes:

1. Die internationale Lage und die Aufgaben der Sektionen der Komintern; 2. Die Lehren aus den Wirtschaftsstreiks und der Kampf der Arbeitslosen; 3. Der Krieg im Fernen Osten und die Aufgaben der Kommunisten im Kampf gegen den imperialistischen Krieg und die militärische Intervention gegen die UdSSR; 4. Der sozialistische Aufbau in der UdSSR.

Beim Verhör der kommunistischen Zeugen analysierte G. Dimitroff die Einstellung der Kommunisten hinsichtlich des Terrors und erinnerte an die unmittelbaren Aufgaben, die den Beschlüssen des XII. Plenums entsprechend zu dieser Zeit vor der Kommunistischen Partei Deutschlands standen: Verwirklichung der Einheitsfront aller Werktätigen gegen den faschistischen Terror und gegen die Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges.

**AN FRAU MAGDALINA BARAMOVA**

*Samokov, Bulgarien*

Berlin-Moabit, 9, August 1933

Meine liebe, teure Schwester!

Deinen Brief vom 1. August habe ich dankend erhalten. Am 26. Juli habe ich auch 50 RM und das Paket von Magdeburg erhalten. Es war bestimmt eine *große Hilfe* zur *rechten* Zeit! Gesundheitlich fühle ich mich jetzt wieder besser. Für alles Dir, Stefan, Mutter und Ljubomir<sup>41</sup> meinen besten Dank!

Hoffentlich wird die Berufung eine Erleichterung in der Lage Ljubtschos bringen. Es ist anzunehmen, daß der Umstand, daß er mein Neffe ist, eine große, wenn nicht sogar entscheidende Rolle bei der scharfen Verurteilung gespielt hat. Hier ist aber leider nichts zu machen. – Darf man doch nicht vergessen, daß in der ganzen Geschichte der Menschheit oft die besten Leute durch die Gefängnisse gegangen sind. Und das ist jetzt um so mehr der Fall, als wir eine besonders stürmische und wandelbare Übergangsepoche erleben müssen. Der Kampf für eine große Idee ist nie ohne Opfer möglich gewesen. So war es mit dem Christentum einmal, so war es mit Galilei, Giordano Bruno, Hus, Kopernikus, Thomas Müntzer und unzähligen Menschen der Wissenschaft und der Politik, so war es mit den bürgerlichen Revolutionen und den verschiedenen Befreiungsbewegungen (besonders Russische Oktoberrevolution!), so ist es jetzt auch mit dem Kommunismus der Fall!

[48] Die Hauptsache ist, daß Ljubtscho gesund bleibt und daß *er selber* die Zeit zum Studium (Lesen, Lernen, Nachdenken!) fleißig und vernünftig auszunutzen versteht. Er soll sich auch an mir ein Beispiel nehmen: trotz meiner 51 Jahre und außerordentlich schweren Haft, nutze ich auch die geringste Möglichkeit aus, immer weiter zu lernen und immer wieder zu lernen. Du mußt ihm das in meinem Namen sagen lassen und ihm auch meine herzlichen Grüße ausrichten. Und: Mut, Mut und wieder Mut! Goethe sagt: „Gut verloren – *etwas* verloren; Ehre verloren – *viel* verloren; Mut verloren – *alles* verloren!“

Von Lena habe ich aus Paris einen Brief erhalten. Auch 50 Mark. Zu meiner Verteidigung hat sie die französischen Rechtsanwälte Moro Giafferi, Campinchi und Torrès engagiert. Es ist aber zweifelhaft, ob ausländische Rechtsanwälte vor dem Reichsgericht zugelassen werden.

Du hast mir geschrieben, daß Herr Wille Dir mitgeteilt hat, er mußte den größten Teil von den erhaltenen 100 Mark für meine rückständigen Mietschulden zahlen. Hier liegt aber bestimmt ein Mißverständnis vor, da meine Wirte (Frau und Herr Mansfeld, Berlin-Steglitz, Klinsorstraße 96) *keinen Pfennig* von Herrn Wille erhalten haben. Es ist daher notwendig, bei Herrn Wille nachzufragen, wie die Sache steht, und da sich meine Wirte in einer schweren Notlage befinden, auch etwas zu unternehmen, damit sie in kürzester Zeit wenigstens 50 *Mark* bekommen können. Meine Schuld ist ungefähr 90–100 Mark. Vielleicht kannst Du darüber an Herrn Detschev schreiben.

Endlich habe ich die Anklageschrift erhalten. Ich muß *ehrlich* sagen, daß ich, trotz aller entgegengesetzten Vermutungen, doch bis zum letzten Augenblick gehofft habe, daß ich nur wegen Paßvergehens und unangemeldeten Wohnens (was eigentlich meine einzige Schuld dem Gesetz gegenüber ist) angeklagt werde. Jetzt sehe ich aber, daß ich wegen Hochverrates im Zusammenhang mit der Reichstagsbrandstiftung angeklagt worden bin. Es bleibt mir nichts [49] übrig, als in der Hauptverhandlung die Wahrheit klarzustellen und meine Unschuldigkeit zu beweisen. Wie mein offizieller Verteidiger (Dr. Teichert, Leipzig, Otto-Schill-Straße 2) mir mitgeteilt hat, wird die Hauptverhandlung voraussichtlich in der ersten Septemberhälfte beginnen. Nun wollen wir hoffen, daß es wirklich der Fall sein wird!

Es wäre vielleicht gut, wenn Du Dich mit Dr. Teichert in Verbindung setzen würdest, damit er Dich über den Verlauf des Prozesses nach Möglichkeit informieren kann. (Inzwischen hat Herr Wille meine weitere Vertretung abgesagt.)

---

<sup>41</sup> Die in einigen Briefen G. Dimitroffs an seine Angehörigen erwähnten Ljubomir und Boris sind seine jüngeren Brüder, die inzwischen verstorben sind; Stefan ist der Ehemann Magdalina Baramovas und Ljuba die Ehefrau seines Bruders Boris.

In der Anklageschrift steht unter anderem auch eine große Unwahrheit, die als gewisse Verletzung meiner persönlichen Ehre anzusehen ist, nämlich die folgende Behauptung:

„Obwohl Dimitroff verheiratet ist, hat er sich unter dem Namen Dr. *Schaafsma-Schmidt* (!?) mit der geschiedenen Frau Krüger verlobt und auch Verlobungsanzeigen drucken lassen. Eine solche Karte befindet sich bei den Akten.“

Da ich *niemals* mit Frau Krüger (die eigentlich eine gute und von mir sehr geschätzte Freundin ist) eine *Verlobung* vollzogen habe und noch weniger unter *keinem* Namen *Verlobungsanzeigen* drucken lassen habe, so handelt es sich bestimmt um ein *böswilliges Falsifikat*. Ich habe schon meinen offiziellen Verteidiger ersucht, diese famose Karte persönlich in den Akten nachzusehen und festzustellen zu versuchen, von wo und von *wem* dieses so sonderbare wie auch unsinnige „Beweisdokument“ der Anklageschrift *stammen kann*. Gleichzeitig soll er, wenn diese *Legende* Platz in der Presse findet, *meine entschiedene Widerlegung veröffentlichen lassen*.

Meine herzlichsten Grüße an alle zu Hause!

der heldenmütigen Mutter und Dir vor allem!

Dein Bruder *Georgi*

Ich bin wie ein Löwe im Käfig und wie ein Vogel, der Flügel hat und sie nicht gebrauchen kann! ...

[50]

**AN HERRN DR. PAUL TEICHERT**

*Rechtsanwalt, Leipzig*

10. August 1933

Sehr geehrter Herr Doktor!

Zur Ergänzung meines gestrigen Briefes teile ich Ihnen noch folgendes mit:

Bei verschiedenen Zeugen ist eine Personenverwechslung in bezug auf mich vorhanden. Das ist ersichtlich aus folgendem:

a) Man behauptet, daß man mich schon im Sommer 1932 mit Popov und Tanev gesehen habe, obwohl Popov nach Berlin *erst Anfang November 1932* gekommen ist und Tanev sich *erst Ende Februar auf der Durchreise nach Frankreich in Berlin aufgehalten hat*. Beide waren vorher in Moskau wohnhaft, was einwandfrei durch die betreffenden Moskauer Behörden bestätigt werden kann.

b) Die Anklageschrift gibt selbst zu, daß ein solcher Irrtum bei dem Zeugen Theel (S. 179), der mich angeblich *am Tage des Reichstagsbrandes* vor dem Reichstagsgebäude gesehen hat, vorhanden ist. Wäre ich aber nicht zufällig in dieser Zeit in München gewesen, so hätte die Aussage dieses Zeugen bestimmt in der Anklageschrift eine *entscheidende Rolle* gespielt und wäre gar nicht als *Irrtum* angesehen worden.

c) Besonders charakteristisch in dieser Beziehung ist der folgende Fall:

Am Anfang der Vernehmung wurde eine Zeugin gebracht, die behauptete, daß sie mich mit van der Lubbe in einem Restaurant in der Düsseldorferstraße am *26. Februar. 3 Uhr nachmittags* gesehen habe.

[51] Aus diesem Anlaß hat der untersuchende Beamte mir *triumphierend* gesagt: „*Jetzt haben wir alles. Das fehlte uns nur!*“ Dieselbe Zeugin hat angeblich die erste Anzeige gemacht, *daß sie einen Mann, der mein Aussehen* hatte, mit van der Lubbe gesehen habe. Auf Grund dieser Anzeige ist meine Verhaftung erfolgt und der Verdacht entstanden, auf Grund dessen die Anklage gegen mich als Reichstagsbrandstifter aufgebaut worden ist.

Nachdem aber festgestellt wurde, daß ich am 26. Februar gar nicht in Berlin gewesen bin, ist diese Zeugin verschwunden, und über ihre Anzeige ist kein Wort mehr in der Anklageschrift zu finden! Sie können sich aber leicht vorstellen, welcher großer Wert auf die Aussagen dieser Zeugin gelegt worden wäre, wenn ich in dieser Zeit in Berlin gewesen wäre.

Man hat bei der Vernehmung im Zusammenhang mit dieser Zeugin auch *ein Zeichen* in meinem *Berliner Stadtplan* an der Stelle der *Düsseldorfer Straße* „ausfindig“ gemacht als einwandfreien Beweis, daß ich wirklich in dem genannten Restaurant gewesen bin!

Ich bitte Sie auch alle diese Nachrichten entsprechend auswerten zu wollen.

Hochachtungsvoll  
G. Dimitroff

P. S. Da ich keinen gewählten Rechtsanwalt in Berlin haben kann, bitte ich Sie, sich mit meinen Angehörigen in Verbindung zu setzen und so gut zu sein, meine Mutter und Schwester über meine Lage und den Verlauf meiner Sache nach Möglichkeit zu informieren. Die Adresse meiner Mutter und Schwester ist:

Magdalina Dimitrova-Baramova, Samokov (Bulgarien)

[52]

**AN HERRN DR. PAUL TEICHERT**

*Rechtsanwalt, Leipzig*

12. August 1933

Sehr geehrter Herr Doktor!

Ich habe Ihnen am 8. und 10. August d. J. geschrieben und eine Reihe von Beweisanträgen und Nachrichten in meiner Strafsache unterbreitet. Hoffentlich haben Sie meine Briefe erhalten und werden Sie rechtzeitig die notwendigen Maßnahmen treffen können.

Es ist, glaube ich, ein Ding der Selbstverständlichkeit (aber um etwaige unerwünschte Mißverständnisse zu vermeiden, möchte ich es ausdrücklich betonen), daß ich nur für solche Ihrer Schritte und Vorschläge in meiner Strafsache Verantwortung tragen kann, die auf meine ausdrückliche Veranlassung oder mit meinem vorherigen Einverständnis und im Sinne meiner Auffassung und meiner Vorschläge Ihrerseits als meinem Verteidiger gemacht worden sind. Gegenüber allen sonstigen Ihrer Handlungen in bezug auf meine Strafsache, die Sie evtl. trotzdem unternehmen, behalte ich mir das Recht vor, sie zu akzeptieren oder abzulehnen.

Ich bitte Sie, von dieser meiner Erklärung Notiz nehmen zu wollen.

Ich habe gestern den Beschluß des Reichsgerichts (IV. Strafsenat) vom 10. August in bezug auf den Rechtsanwalt Stefan Detschev, der Ihnen wohl schon bekannt sein wird, erhalten und habe mich mit Herrn *Detschev* in Verbindung gesetzt um eine baldige Besprechung mit ihm.

Hochachtungsvoll  
*G. Dimitroff*

[53]

## AN FRAIJLEIN ROSY FLEISCHMANN

Berlin-Moabit, 16. August 1933

Liebes Fräulein Fleischmann!

Nach fünf Monaten seit meiner Verhaftung (9. März) habe ich endlich die Anklageschrift erhalten, und wie mein offizieller Verteidiger (Dr. Paul Teichert, Leipzig) mitteilt, wird die Hauptverhandlung voraussichtlich in der ersten Hälfte des September beginnen. Ich warte mit Ungeduld und Sehnsucht darauf, daß das vorgekommene ungeheure Mißverständnis endgültig liquidiert wird und ich meine Freiheit wieder erreichen kann.

Die Anklage lautet auf Hochverrat im Zusammenhang mit der Reichstagsbrandstiftung, entgegen meiner Erwartung, daß ich nur wegen Paßvergehens und unangemeldeten Wohnens als politischer Emigrant (was meine eigentliche Schuld dem deutschen Gesetz zufolge ist) angeklagt werde.

Da ich aber mit diesem Verbrechen gar nichts zu tun gehabt habe, so konnte die Anklageschrift selbstverständlich keine positiven, einwandfreien Beweise gegen mich erbringen. Dabei war ich während des Reichstagsbrandes sogar nicht in Berlin, sondern in München.

Ich bemühe mich, meine Gefangenenzzeit nach Möglichkeit auszunutzen, und bin seit Monaten schon hauptsächlich mit einem näheren Studium der deutschen Geschichte beschäftigt. Dieses Studium ist sehr interessant und lehrreich und zeigt dabei klar [54] den Zusammenhang zwischen der Vergangenheit des deutschen Volkes und den jetzigen weltumspannenden Ereignissen in Deutschland und bringt viel zur richtigen Aufklärung dieser Ereignisse ‘und ihres vorübergehenden Charakters als ein Rückfall in vielen Hinsichten in die Vergangenheit.

Mir persönlich geht es natürlicherweise nicht leicht. Oft fühle ich mich als ein *gefesselter Vogel*, der Flügel hat und sie nicht gebrauchen kann.

Ich erinnere mich oft an die witzigen Byron-Verse:

„Ich bin so hilflos, als der Teufel wünschen kann:  
Mich zu verdammen, ist nicht mehr Gewinn  
Als einen Fisch ans Land zu ziehen, der an der Angel hängt,  
Ein Lamm zur Schlachtbank hinzuführen, das dem Fleischer nicht entrann.  
  
Doch paß’ ich schlecht zu so erhabener Kost  
Und sehne mich noch wenig auf den Rost!“

Und wenn es mir manchmal besonders schwerfällt, so singe ich leise das berühmte Gedicht Goethes:

„Feiger Gedanken  
Bängliches Schwanken,  
Weibisches Zagen,  
Ängstliches Klagen  
*Wendet kein Elend,  
Macht dich nicht frei!*  
Allen Gewalten zum Trotz sich erhalten,  
*Nimmer sich beugen, kräftig sich zeigen*  
Rufet die Arme der Götter herbei!“

Und besonders tröste ich mich mit dem ausgezeichneten Goethespruch:

„Gut verloren – etwas verloren,  
Ehre verloren – viel verloren,  
Mut verloren – alles verloren!“

Ja, so ist es, *Mut, Mut und immer wieder Mut!* Und mit Volldampf voraus – trotz alledem!

Sehr oft bin ich mit meinen Gedanken in Wien und der Wiener Umgebung – angefangen mit dem Augarten über Kahlenberg, Kirling, Hermannskogel, [55] Grinzing (Papagei „Dora“), Prater, Vöslau, Wachau, Krems (riesige Klosterbibliothek), große Donau, Diana, Union, Baden usw. – bis zu Klosterneuburg (das mir als meine zweite Heimat gilt!)

Inzwischen, am 27. Mai, ist meine Frau einer langjährigen unheilbaren Krankheit erlegen. Die Arme hat in den letzten Jahren gelebt und ist gestorben als eine *wirkliche Märtyrerin*! Meine Schwester wird jetzt ihre Gedichte sammeln und in einem Büchlein, als bestes Denkmal, veröffentlichen lassen.

Ihnen wünscht alles Gute, mit bestem Gruß  
G. Dimitroff

[55]



**AN HERRN DR. PAUL TEICHERT**

*Rechtsanwalt, Leipzig*

Berlin, 18. August 1933

Sehr geehrter Herr Doktor!

Ich bitte Sie, meinen aufrichtigen Dank an den französischen Schriftsteller *Romain Rolland* wegen seiner entschlossenen Verteidigung meiner Unschuld, wie das aus dem Brief des Herrn Oberreichsanwalts zu ersehen ist, übermitteln zu wollen und gleichzeitig ihm mitteilen zu lassen, daß die Behandlung im Gefängnis mir gegenüber sonst menschlich ist bis auf *Handfesselung*, unter welcher ich schon seit bald fünf Monaten leiden muß.

Es wäre angebracht, auch die konkrete Begründung der Beschuldigungen, die die Anklageschrift gegen mich erhoben hat, dem Herrn Romain Rolland bekanntzugeben. Übrigens ist es zu bedauern, daß die Anklageschrift jetzt noch nicht wortwörtlich veröffentlicht werden kann. Ihre Veröffentlichung wäre bestimmt der beste und interessanteste Beweis für meine Unschuld.

Hochachtungsvoll  
*G. Dimitroff*

[57]

**AN HERRN DR. PAUL TEICHERT**

*Rechtsanwalt, Leipzig*

18. August 1933

Sehr geehrter Herr Doktor!

Seit dem 4. April d. J. bis zum heutigen Tage bin ich Tag und Nacht mit gefesselten Händen.<sup>42</sup> Meine mehrmaligen Proteste gegen diese Maßnahmen sowie meine Ersuchen, daß sie aufgehoben werde, blieben ergebnislos.

Am 26. Juli habe ich wieder den Herrn Untersuchungsrichter des Reichsgerichts ersucht, wenn es nicht möglich ist, die Fesselung völlig aufzuheben, so wenigstens nur in der Nacht gefesselt zu sein, *wie das bei den zum Tode verurteilten Gefangenen der Fall ist*. Darauf habe ich Antwort erhalten, daß in der Frage der Fesselung zur Zeit eine Änderung nicht eintreten kann.

Im Zusammenhang mit der notwendigen Anfertigung meiner schriftlichen Verteidigungsarbeiten habe ich den Herrn Untersuchungsrichter ersucht, einige Tage (täglich einige Stunden) mit entfesselten Händen zu sein. Darauf habe ich folgende Antwort erhalten:

„Seine Entfesselung ohne Aufsicht kann nicht gestattet werden.“

Da gewöhnlich Zeit zum Schreiben nur 1/2 bis 1 Stunde ist, war ich gezwungen, sogar einen großen Teil meiner Briefe an Sie *mit gefesselten Händen zu schreiben*. bei in solchem Fall unvermeidlichen Handschmerzen.

[58] Es ist klar, daß auf diese Weise die Vorbereitung meiner Verteidigung bedeutend gestört ist und mich in meinem gesetzlichen Recht außerordentlich beschränkt, um nicht zu sagen –, daß es mir faktisch genommen wird.

Übrigens, diese Maßnahme ist in meinem Fall überhaupt nicht zu rechtfertigen, weil ich keinen Fluchtversuch unternommen habe noch Selbstmordabsichten gezeigt oder haben kann. Gerade durch diese schweren und in vielen Hinsichten sehr peinliche Maßnahme kann ein Gefangener mit schwachen Nerven zu Selbstmordgedanken kommen!

Ich bitte Sie, mögliche Schritte in dieser Frage unternehmen zu wollen und so gut zu sein, mich zu benachrichtigen.

Hochachtungsvoll  
*G. Dimitroff*

---

<sup>42</sup> Trotz mehrfacher Proteste G. Dimitroffs blieben seine Hände Tag und Nacht gefesselt.

Nachts verursachte ihm jede Bewegung Schmerzen und riß ihn aus dem Schlaf. Am Tage mußte G. Dimitroff gefesselt seine ganze Arbeit verrichten. Die Handfesseln wurden nur für einige Minuten am Morgen und tagsüber während der Mahlzeiten abgenommen. Die Wunden an seinen Handgelenken verheilten erst lange nach seiner Befreiung aus dem Gefängnis.

**AN HERRN DR. PAUL TEICHERT**

*Rechtsanwalt, Leipzig*

Berlin, 24. August 1933

Ich lese im § 116 (Abs. 3) der Strafprozeßordnung folgendes:

„Fesseln dürfen im Gefängnis dem Verhafteten nur dann angelegt werden, wenn es wegen besonderer Gefährlichkeit seiner Person, namentlich zur Sicherung anderer erforderlich erscheint, oder wenn er einen *Selbstentleibungs-* oder *Entweichungsversuch gemacht oder vorbereitet* hat. Bei der Hauptverhandlung soll er entfesselt sein.“

Da in meinem Falle diese Maßnahme weder „zur Sicherung“ anderer erforderlich erscheint, noch ich „einen Selbstentleibungs- oder Entweichungsversuch gemacht oder vorbereitet“ habe, so ist zu schließen, daß die Anwendung der Fesselung auch *bisher gesetzwidrig war*.

Außerdem macht mein Verhalten im Gefängnis, wie das ganze Gefängnispersonal (vom Herrn Vorsteher bis zum letzten Aufsichtsbeamten) bestätigen kann, *eine solche Sicherheitsmaßnahme vollständig überflüssig*.

Ich hoffe, daß der obengenannte Paragraph auch jetzt in Kraft ist, und bitte Sie, noch einmal die notwendigen Schritte *unverzüglich* unternehmen zu wollen, damit die *Fesselung so bald wie möglich aufgehoben wird*.

Hochachtungsvoll  
*G. Dimitroff*

[60]

**AN FRAU PARASCHKEVA DIMITROVA UND MAGDALINA BARAMOVA,**

*Samokov, Bulgarien*

Berlin, 25. August 1933

Meine liebe Mutter und Schwester!

Die Hauptverhandlung ist schon auf den 21. September festgesetzt. Die wird voraussichtlich 3–4 Wochen dauern. Ruhig, geduldig und mit Zuversicht warte ich auf die Hauptverhandlung, die zu meiner Freilassung führen muß, wenn nur gewisse besondere politische Faktoren nicht anders bestimmen werden.

Mein früherer gewählter Verteidiger hat schon am 19. Juli das Mandat niedergelegt. Detschev war als mein Wahlverteidiger von dem Gericht nicht zugelassen. Das Gericht hat auch meinen Antrag, daß die französischen Rechtsanwälte Giafferi, Campinchi, und Torrès als meine Verteidiger zugelassen werden, abgelehnt.

Das Gericht hat mir einen bestellten, offiziellen Verteidiger (Dr. Teichert – Leipzig) beigeordnet. Vorgestern war er bei mir, und wie er versichert, hat er schon alle notwendigen Maßnahmen zu meiner Verteidigung getroffen.

Gesundheitlich geht es mir bedeutend besser.

Hoffentlich habt Ihr meinen Brief vom 9. August bereits längst erhalten. Damals habe ich auch den Empfang der 50 Mark und Oliven, Kaschkaval, Halva, Lukanki bestätigt.

Es wäre besonders gut, wenn ich wieder ein sol-[61]ches Paket erhalten kann. So was ist eine große Hilfe für mich in bezug auf meine Gesundheit.

Viele herzliche Grüße an Euch und alle zu Hause, besonders an Ljubtscho und Stefan!

Euer Sohn und Bruder  
*Georgi*

P. S.: Von Lena habe ich bisher nur einen Brief erhalten. Wie Detschev mir gesagt hat, sollte sie von Paris nach Berlin kommen und mich besuchen. Bis jetzt hat sie sich aber leider noch nicht gemeldet.

[62]

**AN DEN HERRN PRASIDENTEN DES IV. STRAFSENATS DES REICHSGERICHTS, DR. BÜNGER<sup>43</sup>**

28. August 1933

Sehr geehrter Herr Präsident!

Seit dem 4. April d.J. bin ich bei Tag und Nacht mit gefesselten Händen. Meine mehrmaligen Gesuche, diese Maßnahme aufzuheben, sind ohne Ergebnis geblieben.

Am 26. Juli habe ich den Herrn Untersuchungsrichter des Reichsgerichts wieder ersucht, wenn es schon nicht möglich wäre, die Fesselung völlig aufzuheben, mich dann wenigstens nur in der Nacht gefesselt zu halten, wie das bei den zum Tode verurteilten Gefangenen üblich ist. Ich habe darauf die Antwort erhalten, daß „in der Frage der Fesselung zur Zeit eine Änderung nicht eintreten kann“.

Am 18. August habe ich mich an den mir gestellten Verteidiger, Herrn Dr. Teichert, mit der Bitte gewandt, die notwendigen Schritte zur Aufhebung der Fesselung unternehmen zu wollen.

Da ich bis jetzt keine Antwort erhalten habe und die gesundheitsschädliche und furchtbar peinvolle Fesselung weiter andauert, habe ich mich entschlossen, mich an Sie zu wenden, um eine gesetzmäßige Entscheidung herbeizuführen.

Ich lese in der Strafprozeßordnung ( § 116) folgenden Absatz: [63]

„Fesseln dürfen im Gefängnis dem Verhafteten nur dann angelegt werden, wenn es wegen besonderer Gefährlichkeit seiner Person, *namentlich zur Sicherung* anderer, erforderlich erscheint, oder wenn er einen *Selbstentleibungs- oder Entweichungsversuch gemacht oder vorbereitet hat*. Bei der Hauptverhandlung soll er entfesselt sein.“

Daraus geht hervor, daß die Anwendung der Fesselung bei mir keine gesetzliche Unterlage und Rechtfertigung hat.

Hochachtungsvoll  
G. Dimitroff

[64]

---

<sup>43</sup> WILHELM BUNGER [1870–1937] – deutscher bürgerlicher Jurist und Politiker. War Justizminister und sächsischer Ministerpräsident.

**AN HERRN DR. PAUL TEICHERT**

*Rechtsanwalt, Leipzig*

6. September 1933

Sehr geehrter Herr Doktor!

Ihren Brief vom 2. September habe ich dankend erhalten und freue mich sehr, daß auch Sie eine Kampfnatur besitzen.

Es handelt sich aber nicht um die Frage, wer besser beurteilen kann, wie die Verteidigung zu führen ist, und noch weniger um überreizte Nerven, sondern um die Tatsache, daß ich Wert darauf lege, daß ein Landsmann von mir, der mich persönlich und meine politische Laufbahn genau kennt und deswegen mit 100prozentiger Sicherheit an meine Unschuld glauben kann, an der Verteidigung – direkt oder indirekt – teilnehmen kann. Das ist ein Ding der Selbstverständlichkeit. Da Sie immer erklären, daß Sie die Verteidigung ganz ernst führen wollen und Ihre Hände in dieser Hinsicht durch nichts gebunden fühlen, können Sie auch nichts dagegen haben; eine solche Mitbeteiligung müßte Ihrerseits im Gegenteil nur begrüßt werden.

Dem Herrn Detschev wurde eine gewisse *indirekte* Beteiligung an meiner Verteidigung (durch Sie) vor Gericht genehmigt. Es ist aber klar, daß, wenn er keine Kenntnis von der *konkreten* Begründung der Beschuldigungen, die durch die Anklageschrift gegen mich erhoben worden sind, haben kann, er auch nichts Positives zu meiner Ver-[65]teidigung beitragen kann. Und gerade die Informationen über die konkrete Begründung der Beschuldigungen (nicht die Namen der Zeugen oder andere „Geheimnisse“ aus der Anklageschrift!) konnte er von Ihnen – wie er schreibt – nicht erhalten.

Das ist, finde ich – mit Ihrer Erlaubnis – sehr bedauernswert und sogar in Widerspruch mit dem Sinn des Beschlusses des Reichsgerichts selbst.

Da ich nicht auf die Beteiligung eines bulgarischen Rechtsanwalts an der Verteidigung verzichten kann, habe ich mich wiederholt an das Reichsgericht mit der Bitte gewandt, den bulgarischen Rechtsanwalt Herrn *Peter Grigorov*<sup>44</sup>, zur Zeit in der Schweiz, *der der deutschen Sprache mächtig ist*, zur gemeinschaftlichen Verteidigung zuzulassen.

Ich bitte Sie, dem Gericht das gesetzlich notwendige Einverständnis Ihrerseits als deutscher Verteidiger geben zu wollen.

Hochachtungsvoll  
*G. Dimitroff*

P. S. Obwohl ich kein Jurist bin, glaube ich doch so viel zu verstehen, daß der bestellte Verteidiger sich nicht vom Angeklagten Vorschriften machen zu lassen braucht. Und natürlich habe ich eine solche Absicht nie gehabt. Der offizielle Verteidiger ist andererseits aber auch kein Vorgesetzter dem Angeklagten gegenüber und kann in diesem Falle nicht nach dem sogenannten „Führerprinzip“ handeln. Hier ist unbedingt notwendig eine gegenseitige Verständigung zwischen dem Verteidiger und dem Verteidigten. Sonst kann der Angeklagte auf den Segen einer eigenwilligen Verteidigung ruhig verzichten und eine, wenn auch sehr mangelhafte, Selbstverteidigung vorziehen.

[66]

---

<sup>44</sup> PETER GRIGOROV (1891–1962) – kommunistischer Rechtsanwalt, Mitglied der BKP seit 1918. Er nahm aktiv an den Kämpfen der Partei teil. Von 1925 bis 1931 lebte er als Emigrant in Frankreich und Deutschland, kehrte anschließend nach Bulgarien zurück. In Verbindung mit dem Leipziger Prozeß reiste er nach Deutschland, um die Verteidigung G. Dimitroffs und seiner Genossen zu übernehmen. Das faschistische Gericht lehnte ihn ab. Im Oktober 1933 wurde er aus Deutschland ausgewiesen. Er beteiligte sich an der Organisation einer breiten Kampagne in der Schweiz zur Befreiung der angeklagten Kommunisten. Nach dem 9. September 1944 nahm er verantwortungsvolle Posten im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten ein.

**AN FRAU PARASCHKEVA DIMITROVA**

*Samokov, Bulgarien*

Berlin-Moabit, 13. September 1933

Meine liebe Mutter!

Deinen lieben Brief vom 30. August (samt den 200 Leva) habe ich mit Freude und Dank erhalten. Ich war schon wieder unruhig geworden, weil ich dachte, daß Du erkrankt seist oder zu Hause irgendein Unglück passiert sei, und daß deswegen niemand schreibe. Gott sei Dank sehe ich jetzt, daß alles in Ordnung verläuft, und daß Du – was für mich besonders wichtig ist – trotz aller Anstrengungen und Strapazen gesund bist.

Gestern war Herr Rechtsanwalt Detshev bei mir, der mir unter anderem mitgeteilt hat, daß Lena bald nach Berlin kommen soll. Ich freue mich sehr, sie wieder einmal zu sehen und zu sprechen.

Die Arme, sie hat sich große Mühe gegeben, Verteidiger für mich zu besorgen. Das Reichsgericht ist aber viel eifriger als sie – in seiner Ablehnung aller bis jetzt vorgeschlagenen Rechtsanwälte. Es laufen zwar vor dem Reichsgericht noch drei Anträge für die Zulassung des bulgarischen Rechtsanwalts Peter Grigorov, des amerikanischen Rechtsanwalts Leo Gallagher und des deutschen Rechtsanwalts Lehmann aus Saarbrücken als Verteidiger, aber ich befürchte, daß diese Anträge kein glücklicheres Schicksal haben werden als die früheren.

In jedem Brief beklagt sich Lena, daß ich ihr nicht geantwortet habe. Und dabei vergißt sie [67] immer, mir ihre Adresse anzugeben! Wie kann ich ihr ohne genaue Adresse nach Paris schreiben. Paris ist ja groß, und unsere Lena ist zwar sehr tüchtig, aber sie ist doch bei weitem noch keine so weltberühmte Persönlichkeit geworden, daß der Pariser Post ihr Name auf einem Briefumschlag genügt, um sie ausfindig zu machen. So ist unsere gute Lena eigentlich immer gewesen – eine richtige zerstreute Professorin!

Ich habe Euch schon einige Male geschrieben, daß die bulgarischen Zeitungen für mich zwar regelmäßig eingehen, aber leider nicht in meine Hände kommen. Ich bekam nicht die Bewilligung, bulgarische Zeitungen zu erhalten und zu lesen. Es scheint, daß meine „Vorgesetzten“ sehr um meine Ruhe besorgt sind und nicht wollen, daß ich mich auch noch über die bulgarischen Ereignisse ärgere. Vielleicht denken sie, daß der Ärger über die deutschen Ereignisse mir vollkommen genügt ... Es hat daher keinen Zweck, mir weitere Zeitungen zu schicken.

Ich wünsche Dir, meine liebste Mama, und allen zu Hause alles Gute und vor allem recht gute Gesundheit. Was meine Gesundheit betrifft, so ist sie befriedigend. Mir geht es jetzt unvergleichlich besser, nachdem seit dem 31. August durch einen Beschluß des Reichsgerichts endlich die Handfesselung aufgehoben worden ist, unter der ich fünf Monate lang Tag und Nacht leiden mußte.

Herr Detshev hat mir gesagt, daß Lina wegen der Verurteilung Ljubtschos zu Gefängnis nach Varna abgereist ist.

Viele herzliche Grüße an sie und den tapferen Ljubtscho. Ich brauche mich seiner nicht zu schämen. Ganz im Gegenteil! Und auch Lina, als seine Mutter, kann nur stolz sein.

Dir meine besten Grüße!

Es küßt Dich Dein Sohn  
*Georgi*

[68] P. S. 13. September

Soeben erhielt ich den Brief von Lina und von Dir vom 5. September. Besten Dank! Lina hat recht, wenn sie schreibt: „Die Mutter ist wirklich eine Heldin“. Eine zweite in unserer Familie war es bestimmt auch, unsere unvergeßliche Ljuba! Wir können uns an Dir und Ljuba alle ein gutes Beispiel nehmen.

Noch einmal viele, viele Küsse

Dein *Georgi* [69]

**AN HERRN DR. PAUL TEICHERT**

*Rechtsanwalt, Leipzig*

18. September 1933

Sehr geehrter Herr Doktor!

Ich hatte im Moabiter Untersuchungsgefängnis die Genehmigung des Untersuchungsrichters des Reichsgerichts, meinen Füllfederhalter, Tinte, Papier, meine schriftlichen Sachen und Notizen, deutsche Grammatik, eine Zeitung, meine Wäsche usw. zu haben. Alles das wurde mir hier abgenommen, und es scheint, daß eine neue besondere Genehmigung wegen dieser Sachen notwendig ist.

Da ich besonders die schriftlichen Sachen im Zusammenhang mit der Hauptverhandlung *dringend brauche*. bitte ich um *sofortige Intervention*, damit ich so bald wie möglich die Sachen bei mir haben kann.

Außerdem, trotz der Versicherung von Moabit, daß mein Geld mitgenommen und im Leipziger Gefängnis übergeben wird, erfahre ich jetzt, daß das Geld mit der Post geschickt werden soll. Ich weiß aus Erfahrung, daß solche Dinge leider nicht schnell gehen. Daher bitte ich Sie, wenn es Ihnen möglich ist, einige Mark an die Gefangenenkasse für mich zu zahlen, um etwas zu rauchen, Schreibmaterialien zu kaufen und eine Zeitung für eine Woche für mich bestellen zu können.

Ich erwarte Ihre baldige Beantwortung.

*G. Dimitroff*

[70]



## AUFZEICHNUNGEN ZUR ERSTEN REDE VOR GERICHT<sup>45</sup>

23. September 1933

Geboren am 18. Juni 1882 zu Radomir bei Sofia.

Die Schule nach der 6. Klasse verlassen, bis 1904 als Schriftsetzer gearbeitet.

Sohn der Arbeiterklasse Bulgariens.

Erwachsen und erzogen in den Reihen der revolutionären Arbeiterbewegung (seit meinem 15. Lebensjahre bin ich in dieser Bewegung tätig.)

Seit 30 Jahren Mitglied der bulgarischen KP (früher Partei der sogenannten „Engherzigen“ – linke Sozial.).

Seit 23 Jahren Mitglied des ZK der BK Bulgariens.

Von 1904 bis 1923 Sekretär des Gew.-Bundes.

Von 1913 bis 1923 Abgeordneter der Partei aus Sofia im bulgarischen Parlament – auch Vertreter der Partei im Sofioter Gemeinderat, Sofioter Kreisrat (Landtag)

Gleichzeitig war ich als Redner und Schriftsteller der Partei tätig.

*9. Juni 1923 – Militärputsch – Sturz der*

*Regierung Stambolijski – Offiziere und mazedonische Terroristen. (Patronat des Königs selbst); Sozialdem., ausl. Hilfe. – Tausende und aber Tausende Bauern, Arbeiter, Intellektuelle ermordet; Stambolijski ermordet.*

[71] Größte Parteien – Bauernbund und KP – aufgelöst.

Alle Rechte und Freiheiten der Volksmassen aufgehoben.

Militärfaschistisches Regime eingeführt.

Grenzenlose Entrüstung – Erhebung der Volksmassen unvermeidlich.

*23. September – Aufstand der Arbeiter und Bauern unter Führung der KP gegen die Volkspeiniger und Machtusurpatoren. für die Arbeiter- und Bauernregierung.*

An diesem Aufstand habe ich als *Beauftragter* meiner Partei *aktiv und führend* teilgenommen.

Nach einer Woche bewaffnetem Kampf war der Aufstand niedergeschlagen. Mit ungefähr tausend Mitkämpfern bin ich, Schritt um Schritt kämpfend, auf *das jugoslawische Territorium* übergetreten.

Dort wurden wir anfangs als politische *Gefangene* und nachher als politische *Emigranten* behandelt.

Seither – genau zehn Jahre schon – lebe ich im Auslande als politischer Emigrant und politischer Schriftsteller – unangemeldet und unter falschem Namen, weil auch im Auslande durch meine Gegner mit dem Tode bedroht.

---

<sup>45</sup> Nach einer mehrmonatigen Vorbereitung begann am 21. September in Leipzig der Reichstagsbrandprozeß vor dem IV. Strafsenat des Reichsgerichts. Bei den Gerichtsverhandlungen waren 82 Korrespondenten ausländischer und 42 Korrespondenten deutscher Zeitungen anwesend. Den Korrespondenten kommunistischer, sozialdemokratischer und sogar linksbürgerlicher Zeitungen wurde die Teilnahme nicht gestattet. Ebenfalls nicht zugelassen wurden die Vertreter der sowjetischen Presse, doch nachdem von der sowjetischen Regierung gegenüber deutschen Korrespondenten in der UdSSR Gegenmaßnahmen ergriffen worden waren, erhielten die sowjetischen Korrespondenten die Möglichkeit, dem zweiten Teil des Prozesses beizuwohnen.

In der Hoffnung, den Prozeß zu einer antikommunistischen Propaganda ausnutzen zu können, ließen die faschistischen Machthaber die Gerichtsverhandlungen durch den Rundfunk übertragen. Doch nach dem ersten Auftreten Dimitroffs wurden diese Übertragungen am 23. September eingestellt.

Die erste Rede G. Dimitroffs hinterließ bei allen einen außerordentlich starken Eindruck. Vom ersten Augenblick an klagte er das Gericht, die faschistischen Behörden und das ganze faschistische Regime an.

Die internationale fortschrittliche Presse brachte ausführliche Informationen über die erste Rede G. Dimitroffs, selbst die deutsche Presse konnte nicht umhin, den gewaltigen Eindruck, den die Haltung Georgi Dimitroffs auf die Weltöffentlichkeit gemacht hatte, zuzugeben.

Einige Monate nach dem Septemberaufstand war ich *in meiner Abwesenheit* – wie damals die Presse mitgeteilt hat – *zum Tode verurteilt worden*. Ich habe mein Urteil nie zu Gesicht bekommen.

*Ich bin stolz auf den heroischen Aufstand!*

Ich bedaure nur, daß ich und meine Partei damals noch nicht *richtige Bolschewiki* gewesen sind. Deswegen konnten wir diese *geschichtliche* Volkserhebung mit dem *Proletariat* an der Spitze nicht *erfolgreich organisieren und führen*.

Unsere unbolschewistische Organisation, Politik und Taktik, das Fehlen der revolutionären Erfahrung und insbesondere unsere opportunistische, sogenannte neutrale Haltung am 9. Juni beim militärfaschistischen Umsturz, haben den bulgarischen Volksmördern und Henkern, den Usurpatoren der Staatsmacht [72] viel geholfen, den Aufstand der Massen niederzuschlagen.

Die Partei hat aber die blutige Lehre daraus gezogen und ausgewertet, und der Befreiungskampf der bulgarischen Arbeiter und Bauern, unter Führung der KP, durch die große Erfahrung des Septemberaufstandes beleuchtet, geht unbeugsam weiter zum endgültigen Sieg.

Um den *Kommunismus auszurotten*, haben die faschistischen Regierungsbanden unmittelbar nach dem Aufstande – und in zwei Jahren – über 20.000 Arbeiter, Bauern und Intellektuelle bestialisch ermordet. Auch mein Bruder wurde im Polizeigefängnis ermordet. Und trotzdem hat der Kommunismus in Bulgarien jetzt unvergleichlich tiefere und festere Wurzeln als im Jahre 1923 – bestimmt eine gute Warnung für alle eifrigen Ausrotter des Kommunismus in anderen Ländern, für die verschiedenartigsten modernen Cervantes-Helden!

*1. Oktober 1923 bin ich nach Wien abgereist.*

Unterstützung für meine *leidenden Kampfkameraden in Jugoslawien*. Kampagne für Verteidigung verfolgter und viehisch hingeschlachteter Klassengenossen in Bulgarien.

Hier habe ich auch das Parteiorgan „Arbeiter-Zeitung“<sup>46</sup> drei Monate redigiert und herausgegeben.

Zwei Broschüren gegen den blutigen weißen Terror in Bulgarien in bulgarischer, deutscher und englischer Sprache veröffentlicht.

*Im Frühjahr 1924 nach Moskau als politischer Emigrant und politischer Schriftsteller bis Ende 1926.*

Im Jahre 1927 im Zusammenhang mit der bevorstehenden Amnestie wieder in *Wien* bis Herbst 1929. Ich wurde nicht amnestiert.

Herausgabe der Parteizeitung „Kommunistische Fahne“\*, Verbindung mit einzelnen Parteizeitungen.

*Seit Herbst 1929 nach Berlin übersiedelt* – viel [73] weniger bulgarische Emigranten und daher sicheres Inkognito.

Zwei längere Unterbrechungen: von November 1929 bis Mai 1930, von Dezember 1931 bis Juni 1932 in Sowjetrußland.

Im Zusammenhang mit dem letzten *Amnestiegesetzentwurf* Sommer 1932 bin ich speziell nach *Berlin* zurückgekommen, um die Amnestiekampagne persönlich zu organisieren.

Reisen nach Wien, Amsterdam, Paris.

In die *deutsche Politik* habe ich mich nicht eingemischt – keine Verbindung mit KPD. Das war für meine Arbeit nicht nötig.

---

<sup>46</sup> Es handelt sich um die Wiener Ausgabe der Zeitung „Rabotnitscheski Vestnik“ (Arbeiterzeitung), die auf Beschluß des Zentralkomitees der BKP nach dem Septemberaufstand im Ausland erschien, bis sie wieder in Bulgarien gedruckt werden konnte. Vom 27. Oktober 1923 bis 26. Januar 1924 waren 12 Nummern erschienen. Die ganze Arbeit in Verbindung mit der Zeitung – Redaktion, technische Arbeit u.a. – wurde unter der Leitung und unmittelbaren Mitarbeit Georgi Dimitroffs durchgeführt. In fast jeder Nummer veröffentlichte er Artikel über aktuelle politische und Parteifragen.

\* Theoretische Zeitschrift, illegales Organ der BKP.

Ich sage aber offen, wenn ich diese Verbindung für meine Arbeit gebraucht hätte, so hätte ich bestimmt Verbindungen mit der KPD gehabt.

Verbindung nur mit „Internationaler Pressekorrespondenz“ wegen meiner Artikel.

Es ist wahr, daß ich ein Bolschewik, ein proletarischer Revolutionär bin. Ich muß *proletarischer* Revolutionär unterstreichen, weil jetzt eine verkehrte Zeit ist, wo sogar der deutsche Kronprinz sich als Revolutionär zu proklamieren pflegt, und es gibt auch solche verrückte „Revolutionäre“ wie z.B. van der Lubbe!

Wahr ist auch, daß ich als Mitglied des ZK der Bulgarischen KP und Mitglied der Exekutive der KI ein *verantwortlicher und führender Kommunist* bin.

Und ich bin gern bereit, *für alle Beschlüsse. Dokumente und Handlungen meiner bulgarischen Partei und der KI volle Verantwortung zu tragen. Aber gerade deswegen bin ich kein terroristischer Abenteurer. kein Putschist und kein Brandstifter!*

Es stimmt ferner vollkommen, daß ich für die *proletarische Revolution und für die Diktatur des Proletariats* bin. Ich bin fest überzeugt, daß das der einzige *Ausweg und die Rettung* aus der *Wirtschaftskrise und Kriegskatastrophe* des Kapitalismus ist.

*Und der Kampf für die Diktatur des Proletariats [74] und für den Sieg des Kommunismus* ist zweifellos mein Lebensinhalt. Ich möchte noch wenigstens 20 Jahre für den Kommunismus leben und dann ruhig sterben. *Aber gerade deswegen bin ich entschiedener Gegner der Methode des individuellen Terrors und des Putschismus.*

Und das nicht etwa aus sentimentalischen Erwägungen und Humanität. In Übereinstimmung mit unserer leninistischen Lehre und mit den Beschlüssen und der Disziplin der KI, die das höchste Gesetz für mich und jeden wirklichen Kommunisten sind, bin ich gegen den individuellen Terror und putschistische Treibereien vom Standpunkt der *revolutionären Zweckmäßigkeit*, im Interesse der proletarischen Revolution und des Kommunismus selbst.

Ich bin wirklich ein *begeisterter Anhänger und Bewunderer der sowjetischen Kommunistischen Partei*, weil diese Partei das größte Land der Welt, einen sechsten Teil der Erde regiert und so heldenhaft und erfolgreich den Sozialismus aufbaut.

*Aber ich bin nie ein Abgesandter der sowjetischen KP in Deutschland gewesen. wie die Anklageschrift deuten will. Meine einzige gesetzwidrige Handlung in Deutschland besteht darin, daß ich unangemeldet und unter falschem Namen gelebt habe.*

*Ich konnte aber leider nicht anders leben!*

Mit der Reichstagsbrandstiftung habe ich *absolut nichts* – weder direkt noch indirekt – zu tun gehabt. Den Reichstagsbrandstifter van der Lubbe sehe ich hier in diesem Saal zum erstenmal. Als ich am 28. Februar früh morgens im Zuge von München nach Berlin in den Zeitungen über den Reichstagsbrand las, war ich gleich der Meinung, daß die Ausführer dieser Tat entweder *niederträchtige Provokateure oder geistig und politisch verrückten Leute* sind. auf alle Fälle dem deutschen Proletariat und dem Kommunismus gegenüber Verbrecher gewesen sind.

Jetzt bin ich mehr geneigt, anzunehmen, daß die Reichstagsbrandstiftung – dieses antikomunistische Unternehmen – durch einen *Zweibund von [75] Provokation und Verrücktheit* entstanden sein muß.

*Es war kaum ein schwererer Angriff* auf meine revolutionäre, politische und persönliche Ehre möglich als der *Verdacht und die Beschuldigung*, daß ich an diesem volks- und kommunistenfeindlichen Verbrechen beteiligt gewesen bin.

Mein Trost war und ist jetzt, daß meine bulgarischen Kampfbrüder, die Klassengenossen im Auslande, die revolutionären Proleten in Deutschland und alle, die mich einigermaßen kennen, *keinen Augenblick an meiner Unschuld zweifeln konnten!* Ich kann ruhig sagen, daß ich mit der Reichstagsbrandstiftung ebensoviel zu tun gehabt habe wie zum Beispiel jeder ausländische Korrespondent in diesem Saale oder *die Herren Richter selbst* haben konnten.

Dabei möchte ich mit allem Nachdruck unterstreichen, daß ich *gar keine* sogar *keine zufällige*. auch *keine ganz entfernte* Beziehung zu diesem Verbrechen gehabt habe.

Während der Voruntersuchung habe ich zwei schriftliche Erklärungen – am 20. März und am 30. Mai – abgegeben, wo fast alles Wesentliche zu meiner Verteidigung bereits gesagt worden ist.

Die Vernehmungsprotokolle dagegen habe ich nicht unterschrieben, weil sie unvollständig und tendenziös waren.

Die ganze Voruntersuchung gegen mich wurde unter der Voraussetzung. und mit der ausdrücklichen Absicht geführt, *um jeden Preis* trotz dagegensprechender Tatsachen aus mir einen Reichstagsbrandstifter für das Reichsgericht zu fabrizieren, nachdem diese monatelange Voruntersuchung nicht imstande war – wie das jetzt für mich klar ist –, die wirklichen Täter ausfindig zu machen.

[76]

**AN HERRN DR. PAUL TEICHERT**

*Rechtsanwalt, Leipzig*

25. September 1933

Sehr geehrter Herr Doktor!

Ich brauche von Ihnen folgende schriftliche Sachen oder Abschriften:

1. *Die Erklärungen Görings* nach der Reichstagsbrandstiftung für die deutsche und ausländische Presse.<sup>47</sup>
2. *Die offiziellen Mitteilungen* über die Reichstagsbrandstiftung und über die Voruntersuchung.
3. Die wichtigsten Presseartikel über die Reichstagsbrandsache.
4. Den Pressebericht über den Prozeß gegen *Drushelowski*<sup>48</sup> (russischen Weißgardisten) wegen der Fälschung politischer Dokumente sowie *das Urteil* in diesem Prozeß.
5. Den letzten Brief *Brantings*<sup>49</sup> an den Oberreichsanwalt, der durch die deutsche Presse nicht *wörtlich* bekanntgegeben worden ist.
6. Das *Communiqué* der „Londoner Untersuchungskommission“ über den Reichstagsbrand.<sup>50</sup>

---

<sup>47</sup> Es handelt sich um die Erklärungen Görings am 1. März im Berliner Rundfunk. Am 17. Februar 1933 befahl der preußische Innenminister Göring die Besetzung des Parteihauses „Karl Liebknecht“. Die Haussuchung brachte jedoch nicht die gewünschten Ergebnisse. Am 24. Februar wurde eine neue Haussuchung vorgenommen. In den darauffolgenden Tagen waren die Zeitungen voller sensationeller „Enthüllungen“ aus den „Katakomben“ des Parteihauses.

Am 1. März sprach Göring im Berliner Rundfunk über die Beweisstücke. Er erklärte auf „Ehrenwort“, wenn das deutsche Volk diese Dokumente in ihrer ganzen Reichweite begreifen würde, würde es die Kommunisten mit Feuer und Schwert vernichten.

<sup>48</sup> DRUSHELOWSKI – Weißgardist, beschäftigte sich mit dem Fabrizieren von „Dokumenten“ mit antisowjetischem und antikommunistischem Inhalt, die er reaktionären Regierungen in den kapitalistischen Ländern verkaufte. Er war der Autor des gefälschten „Aufrufs der Komintern“ zum bewaffneten Aufstand in Bulgarien und zur Durchführung terroristischer Aktionen. Dieser „Aufruf“ wurde von der Regierung Zankov als Anlaß zur Verfolgung der BKP benutzt. 1927 schlich sich Drushelowski als imperialistischer Agent in die UdSSR ein, wo er gefaßt und verurteilt wurde.

<sup>49</sup> GEORG BRANTING (1887–1965) – bekannter Jurist, Politiker, Antifaschist. Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Beteiligte sich an der Verteidigung von Kommunisten und Demokraten in vielen Prozessen sowohl in Schweden als auch im Ausland. Während des Reichstagsbrandprozesses arbeitete er als aktives Mitglied der Internationalen Untersuchungskommission zum Reichstagsbrand. Seit 1931 gehörte er ununterbrochen dem Parlament an. 1936–1938 war er Vorsitzender der schwedischen Kommission zur Unterstützung der Spanischen Republik. Als Vorsitzender der Schwedisch-Bulgarischen Gesellschaft besuchte er 1947 zusammen mit seiner Frau Bulgarien und lernte G. Dimitroff persönlich kennen.

<sup>50</sup> Im April 1933 bildete das Komitee zur Unterstützung der Opfer des Hitlerfaschismus eine Kommission zur Untersuchung des Falls der Reichstagsbrandstiftung, der sich aus bekannten unabhängigen Juristen aus vielen Ländern zusammensetzte. Das Sekretariat der Kommission vernahm im Laufe von 5 Monaten mehr als 100 Zeugen. Ein Ausschuß arbeitete vom 5. bis 7. September in Holland zur Klärung des Falls van der Lubbe. Vor Beginn des Prozesses veröffentlichte das Sekretariat des Ausschusses ein Bulletin in mehreren Sprachen unter dem Titel: „Die Reichstagsbrandstiftung“. Die gesammelten Dokumente dienten als Grundlage für das „Antifaschistische Archiv“.

Am 14. September 1933 eröffnete der Kronanwalt D. N. Pritt in dem Sitzungssaal der englischen Juristischen Gesellschaft (Law Society) die Verhandlungen der Untersuchungskommission in London, die 5 Tage dauerten. Es wurden 30 Sachverständige und Zeugen, darunter namhafte bürgerliche Politiker, Sozialdemokraten, Schriftsteller, Dichter und Kommunisten vernommen. Vor der Untersuchungskommission in London erschien auch die Schwester G. Dimitroffs Elena Dimitrova.

Der Gegenprozeß der Untersuchungskommission in London wurde von der Weltöffentlichkeit als der tatsächliche Reichstagsbrandprozeß anerkannt.

Am 20. September 1933 verkündete die Untersuchungskommission das Urteil, das wie folgt schloß:

„Nach den vorgenommenen Untersuchungen gelangte die Kommission zu folgenden Schlußfolgerungen:

I. Van der Lubbe ist kein Mitglied, sondern ein Gegner der Kommunistischen Partei.

Es gibt keinerlei Spur einer Verbindung der Kommunistischen Partei Deutschlands mit dem Reichstagsbrand.

Die Angeklagten Torgler, Dimitroff, Popov und Tanev sind nicht nur unschuldig an dem Verbrechen, das ihnen zugeschrieben wird, sondern sind weder direkt noch indirekt an diesem Verbrechen beteiligt.

7. Das sogenannte *Braunbuch*.<sup>51</sup>

8. Das Bulletin des Pariser „Verteidigungskomitees für den Reichstagsbrandprozeß“

Hochachtungsvoll  
G. Dimitroff

[77]

---

II. Die Dokumente und mündlichen Aussagen wie auch die anderen Materialien, über die die Kommission verfügt, beweisen, daß dieses Verbrechen nicht von van der Lubbe allein begangen wurde.

III. Die Untersuchung aller Möglichkeiten für das Betreten und Verlassen des Reichstags weist auf die Wahrscheinlichkeit hin, daß die Brandstifter den unterirdischen Gang zwischen dem Reichstag und dem Palais des Reichstagspräsidenten benutzt haben ...“

Das Londoner Urteil, das einen Tag vor Beginn des Reichstagsbrandprozesses verkündet wurde, wurde noch am gleichen Abend im Rundfunk verlesen. In ganz Europa kam es zu großartigen Kundgebungen und Versammlungen, auf denen das Londoner Urteil begrüßt wurde.

<sup>51</sup> Das Braunbuch enthält eine Sammlung von Dokumenten und Materialien, mit denen der provokatorische Charakter der Brandstiftung des Reichstagsgebäudes entlarvt und der vom deutschen Faschismus gegen die Arbeiterklasse ausgeübte Terror scharf verurteilt wird. Das Buch wurde von Funktionären der deutschen illegalen Widerstandsbewegung mit Hilfe des Welt-komitees zur Unterstützung der Opfer des Hitlerfaschismus im Sommer 1933 in Paris zusammengestellt. Am 1. August 1933 erschien es in deutscher Sprache. Das Braunbuch wurde von der ganzen fortschrittlichen Menschheit mit großem Interesse aufgenommen. Innerhalb kurzer Zeit wurde es in 17 Sprachen übersetzt und in den verschiedenen Ländern mehrmals aufgelegt. In Deutschland wurde es heimlich vertrieben.

**AUS DEM STENOGRAMM DER GERICHTSVERHANDLUNG<sup>52</sup>  
AM 26. SEPTEMBER 1933**

Aus der Vernehmung des Angeklagten van der Lubbe

*Dimitroff:* Ich will eine Protesterklärung gegen die verfälschte Wiedergabe meiner Worte in der faschistischen Presse abgeben.

*Präsident:* Halt! Sie haben nicht das Wort. Wann Erklärungen abgegeben werden, bestimme ich.

*Dimitroff:* Ich möchte erklären, daß am Sonnabend ...

*Präsident:* Ich lasse die Erklärung jetzt nicht zu.

*Dimitroff:* Ich stelle fest, daß man mir die Möglichkeit nimmt ...

*Präsident:* Ruhe! Sie haben hier nichts festzustellen. Wenden Sie sich an Ihren Verteidiger!

*Dimitroff:* Ich verteidige mich selbst!

*Präsident:* (zu van der Lubbe, nachdem er ihm aus den Untersuchungsprotokollen den angeblichen Hergang bei den drei kleineren Brandstiftungen vorgehalten, aber keine oder nur einsilbige Antworten erhalten hat):

Warum haben Sie diese drei Brände gelegt?

*Van der Lubbe (nach längerem Schweigen, durch den Dolmetscher):* Aus eigenen Ideen.

*Präsident:* Was wollten Sie damit beweisen?

*Van der Lubbe:* Das habe ich damals selber nicht gewußt.\* [78]

*Präsident:* Sollte es nicht ein öffentlicher Protest gegen den Kapitalismus sein?

(*Van der Lubbe schweigt.*)

*Dimitroff:* Es ist unbegreiflich, daß van der Lubbe früher so ausführliche Aussagen vor dem Untersuchungsrichter gemacht hat und hier in öffentlicher Verhandlung schweigt und keine Antworten gibt. Wenn er wirklich normal ist, wie es die sachverständigen Professoren behaupten, so gibt es nur eine Hypothese ...

*Oberreichsanwalt Werner und Präsident (unterbrechend):* Sie haben hier keine Hypothesen aufzustellen, sondern lediglich Fragen im Zusammenhang mit den augenblicklich erörterten Brandstiftungen zu stellen.

*Dimitroff:* Das werde ich gleich tun. Jedenfalls muß ich erst einmal meine Auffassung sagen. Van der Lubbe war ein einfacher, ziemlich guter Junge. Er war Maurer, er hat Wanderungen unternommen, Reisen gemacht, und dann hat er dieses Verbrechen begangen. Da gibt es nur eine Hypothese. Entweder ist van der Lubbe ein verrückter Mann oder aber er ist normal. Wenn er dann schweigt, so schweigt er unter der ungeheuren Last des Verrats an der Arbeiterschaft. Ich stelle folgende Frage an van der Lubbe: *Hat dieser Mann einmal in seinem Leben meinen Namen gehört?*

*Präsident:* Diese Frage lasse ich nicht zu. Sie gehört nicht hierher.

---

<sup>52</sup> Die Gerichtsverhandlungen wurden stenographiert und auf Schallplatten aufgenommen. Die Stenogramme nahmen einige tausend maschinengeschriebene Seiten ein.

Die stenographischen Protokolle standen den Mitgliedern des Gerichts, der Anklagevertretung und den Rechtsanwälten zur Verfügung. Die Angeklagten erhielten keine Einsicht in diese Protokolle.

Nach beharrlichem Kampf gelang es G. Dimitroff, die Stenogramme einiger Gerichtsverhandlungen zu bekommen. Auszüge aus diesen Stenogrammen schrieb er in seine Hefte nieder.

In einigen Sitzungen stenographierten die anwesenden Korrespondenten mit. Diese Stenogramme wurden damals in der ausländischen progressiven Presse veröffentlicht.

\* In den Untersuchungsprotokollen aber steht: „Van der Lubbe sagte, er wollte die Arbeiter aufrütteln, es müsse Revolution gemacht werden, ehe es zu spät sei, er freue sich, vor Gericht eine zündende Rede zu halten etc.“

Die in diesem Buch veröffentlichten Stenogramme sind Auszüge aus den Protokollen.

*Dimitroff: (laut zu van der Lubbe): Er soll sagen, was wahr ist!*

*Präsident: Sie haben gar nichts zu fragen, ich frage. (Van der Lubbe schweigt.)*

*Dimitroff: Ich stelle eine weitere Frage an van der Lubbe.*

*Präsident: Welche denn?*

*Dimitroff: Warum benimmt er sich hier so? Warum hat er einmal „ja“ gesagt und einmal „nein“, ein drittes Mal „ja“ und „nein“ und ein viertes Mal gar nichts? Hat er das verstanden oder nicht? Wirklich großartig! Komisch! [79]*

*Präsident: Hören Sie mal, Sie können hier nicht in die Verhandlung eingreifen. Sie treten ja so auf, als ob Sie an der Verhandlung direkt beteiligt wären. Ich lehne Ihre Frage ab.*

*Dimitroff: Eine dritte Frage. Hat van der Lubbe mit jemandem von diesen Bränden gesprochen?*

*Präsident: Was soll diese Frage?*

*Dimitroff: Ob er mit jemandem Vereinbarungen darüber getroffen hat!*

*Präsident: Diese Frage wird abgelehnt.*

*Dimitroff: Eine letzte Frage: Warum hat er dieses ungeheure Verbrechen gegen die Arbeiterklasse in Deutschland gemacht und mit wem hat er es gemacht?*

*Präsident: Also ich lehne nun Ihre Fragen ab. Wir haben das alles schon gehört. Er hat es allein getan und die Gründe hat er teils genannt, teils nicht. Schluß mit dieser Fragerei. (Das Gericht zieht sich eilig zur Beratung zurück. Nach seiner Rückkehr gibt der Präsident bekannt): Weitere Fragen des Angeklagten Dimitroff werden nicht zugelassen, weil er mit dem Fragerecht Mißbrauch getrieben hat und seine Fragen nur stellt, um kommunistische Propaganda zu treiben. (Dimitroff will trotzdem weiterreden. Ein Polizeibeamter zerrt ihn auf den Stuhl.)*

*Präsident: Damit ist nun Schluß, Dimitroff!*

*Dimitroff: Ich protestiere dagegen!*

*Einige Tage später. am 4. Oktober, richtete Dimitroff während des Verhörs Torglers erneut einige Fragen an van der Lubbe.*

*Dimitroff: Warum war es Ihnen nicht möglich, daß kleine Wohlfahrtsamt anzuzünden, dagegen das große steinerne Reichstagsgebäude, und zwar in einer knappen Viertelstunde?*

*Dr. Sack<sup>53</sup>: Ach, Dimitroff möchte jetzt wohl den Angeklagten van der Lubbe als Sachverständigen vernehmen?*

*Präsident: Es ist ganz klar, daß man eine solche Frage stellen muß. Was haben Sie dazu zu sagen, van der Lubbe?*

*(Van der Lubbe schweigt.) [80]*

*Dimitroff: Die Kommunistische Internationale will völlige Klarheit haben über die Frage des Reichstagsbrandes. Millionen warten auf Antwort!*

*Präsident: Wer ist hier der Vorsitzende? Schweigen Sie sofort!*

*Dimitroff: Millionen warten auf eine klare Antwort!*

*Präsident: Ich dulde das länger nicht! Sie haben zu schweigen, wenn ich es Ihnen befehle, sonst lasse ich Sie aus dem Verhandlungssaal abführen. [81]*

---

<sup>53</sup> A. SACK – deutscher Rechtsanwalt, Mitglied der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und des Stahlhelms. Er war als Verteidiger von Fälschern und Mördern berüchtigt. Pflichtverteidiger Torglers auf dem Reichstagsbrandprozeß.



**AN DEN HERRN PRASIDENTEN DES  
IV. STRAFSENATS DES REICHSGERICHTS, DR. BÜNGER**

Leipzig, 28. September 1933

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich bedaure, daß es bei der Hauptverhandlung durch mein Auftreten schon einige Male zu unerwünschten Störungen und Zusammenstößen gekommen ist.<sup>54</sup> Ich muß aber entschieden die Auslegung ablehnen, daß ich mein Fragerecht absichtlich zur Propaganda mißbraucht habe. Daraufhin, daß von der Reichsanwaltschaft mein Kopf verlangt wird, glaube ich als völlig unschuldiger Angeklagter das natürliche und gesetzliche Recht zu haben, mich mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln zu verteidigen.

Ich gebe zu, daß verschiedene Fragen meinerseits dem Zeitpunkt und der Form nach nicht immer richtig gestellt worden sind. Das aber läßt sich nur daraus erklären, daß ich mit dem deutschen Recht nicht vertraut bin. Ferner beteilige ich mich in meinem Leben zum erstenmal an einer solchen gerichtlichen Hauptverhandlung.

Hätte ich einen *Wahlverteidiger* gehabt, so hätte ich bestimmt solche für meine eigene Verteidigung nachteiligen Vorkommnisse zu vermeiden gewußt.

Ich erinnere aber daran, daß alle meine Anträge für Wahlverteidiger (Rechtsanwälte: Detschev, Giafferi, Campinchi, Torrès, Grigorov, Lee Gallagher und Dr. Lehmann – Saarbrücken) einer nach dem andern, unter verschiedenen Begründungen, von dem [82] Reichsgericht abgelehnt worden sind und dem Herrn Detschev sogar – wie es scheint – eine Eintrittskarte verweigert worden ist.

Ich habe gegenüber Herrn Dr. Paul Teichert als Person und Rechtsanwalt kein persönliches Mißtrauen, aber ich kann hinsichtlich seiner Rolle als offizieller Verteidiger unter den heutigen Zuständen in Deutschland nicht das nötige Vertrauen haben, und deswegen versuche ich mich selbst zu verteidigen, wobei ich bestimmt manchmal juristisch unrichtige Schritte mache.

Im Interesse meiner Verteidigung vor dem Reichsgericht sowie – glaube ich – auch im Interesse des normalen Verlaufes der Hauptverhandlung, wende ich mich noch einmal – und zum letztenmal – an das Reichsgericht mit der Bitte, dem von meiner Schwester neuerdings beauftragten Rechtsanwalt *Herrn Marcel Willard* die Erlaubnis zu erteilen, an meiner Verteidigung mitarbeiten zu dürfen.

Sollte bedauerlicherweise auch dieser mein letzter Antrag abgelehnt werden, dann bleibt mir nichts übrig, als mich, so wie ich es kann und wie ich es verstehe, selbst zu verteidigen.

Hochachtungsvoll  
*G. Dimitroff*

[83]

---

<sup>54</sup> Am 27. September erklärte G. Dimitroff bei der Zeugenvernehmung der Polizeikommissare und des Untersuchungsrichters des Reichsgerichts Vogt, daß die ganze polizeiliche Beweisaufnahme tendenziös sei. Das Gericht entzog Georgi Dimitroff das Wort.

Im Zusammenhang damit beantragte Dimitroff die Zulassung des von ihm vorgeschlagenen Rechtsanwalts Marcel Willard. Das Gericht lehnte diesen Antrag ebenso wie alle früheren Anträge Dimitroffs auf Zulassung von Wahlverteidigern ab.

**AN HERRN DR. PAUL TEICHERT**

*Rechtsanwalt, Leipzig*

Leipzig, 30. September 1933

Sehr geehrter Herr Doktor!

Im Zusammenhang mit der Berichterstattung<sup>55</sup> über den Reichstagsbrandprozeß, worin leider viel Unrichtiges über meine Person und über meine Vernehmung am 23. September gesagt worden ist, bitte ich Sie, die beiliegende Erklärung an die Redaktion der „Leipziger Neueste Nachrichten“ übergeben zu wollen sowie für ihre Veröffentlichung Sorge zu tragen und sie auch den anderen Berichterstattem bei dem Reichstagsbrandprozeß bekannt zu machen.

Ich bitte Sie auch, meinem bulgarischen Rechtsanwalt Grigorov die Erklärung bekannt zu geben.

Ich habe die Erklärung an den Herrn Präsidenten des Reichsgerichts geschickt mit der Bitte, Sorge für die Veröffentlichung der Erklärung tragen zu wollen.

Hochachtungsvoll  
*G. Dimitroff*

[84]

---

<sup>55</sup> Nach dem ersten Auftreten Georgi Dimitroffs während der ersten Tage des Prozesses entfaltete die faschistische Presse eine noch wüstere Hetz- und Verleumdungskampagne gegen die angeklagten Kommunisten. G. Dimitroff, der zu dieser Zeit die Möglichkeit hatte, nationalsozialistische Zeitungen zu lesen, sandte an den Senatspräsidenten und seinen Verteidiger einen schriftlichen Einspruch mit der Forderung, eine von ihm verfaßte Widerlegung der Lügen der faschistischen Presse in den Zeitungen zu veröffentlichen. Das Gericht lehnte diese Forderung ab.

**AN HERRN PETER GRIGOROV,**

*Rechtsanwalt,*

Leipzig, 3. Oktober 1933

Lieber Herr Grigorov!

Ich brauche folgende Sachen:

1. *Die Erklärungen Görings* unmittelbar nach der Reichstagsbrandstiftung;
2. *Die offiziellen Mitteilungen* über die Reichstagsbrandstiftung und über die Voruntersuchung;
3. Die *wichtigsten* Presseartikel über die Reichstagsbrandsache in folgenden Zeitungen: „Völkischer Beobachter“<sup>56</sup>, „Deutsche Allgemeine Zeitung“<sup>57</sup>, „Berliner Tageblatt“<sup>58</sup> und „Vossische Zeitung“<sup>59</sup> von Anfang März 1933.
4. *Das Urteil* (oder der Pressebericht) über den Prozeß gegen *Drushelowski* (russischer Weißgardist) wegen der Fälschung politischer Dokumente.
5. Das Datum von *Panizas*<sup>60</sup> Ermordung im Wiener Burgtheater und von *Tschaulev*<sup>61</sup> in Rom.
6. Die von mir und Kolarov als Vertreter der KP Bulgariens (April 1925) veröffentlichte *Erklärung* über das *Attentat* in der Sofioter Kathedrale.

Ich habe durch meinen offiziellen Verteidiger, Herrn Dr. Teichert, eine *Erklärung* für die „Leipziger Neueste Nachrichten“ abgegeben.

Ich bitte Sie, Sorge tragen zu wollen, daß diese Erklärung rechtzeitig *Platz* in der *bulgarischen* Presse findet.

Ich bitte Sie ferner, (per Post) eine Summe bis zu 20 Mark an meine Adresse im *Moabiter Untersuchungsgefängnis* schicken zu wollen, damit ich dort gleich nach meiner Ankunft etwas Geld zur Verfügung habe.

Mit bestem Gruß  
G. Dimitroff

[85]

---

<sup>56</sup> „Völkischer Beobachter“ – Zentralorgan der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, erschien täglich in München.

<sup>57</sup> „Deutsche Allgemeine Zeitung“ – 1919 mit Namensänderung aus der 1861 gegründeten „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ hervorgegangene Tageszeitung der deutschen Groß-bourgeoisie. 1945 eingestellt.

<sup>58</sup> „Berliner Tageblatt“ – bürgerliche Informationszeitung mit illustrierten Beilagen, erschien zweimal täglich. Wurde 1872 gegründet.

<sup>59</sup> „Vossische Zeitung“ – bürgerliche Berliner Zeitung, wurde 1751 von Ch. F. Voß gegründet.

<sup>60</sup> TODOR PANIZA (1879–1925) – Genosse und Mitkämpfer des Revolutionärs Jane Sandanski, Funktionär der Inneren Makedonischen Revolutionären Organisation, wurde am 8. Mai 1925 von makedonischen Terroristen in Wien ermordet.

<sup>61</sup> PETER TSCHAULEV (1880–1924) – einer der aktiven Funktionäre der makedonischen Befreiungsbewegung. Mitglied des ZK der Inneren Makedonischen Revolutionären Organisation. Teilnehmer am Aufstand am Iliastag im Jahre 1903, wurde in Mailand ermordet.

**AN HERRN DR. PAUL TEICHERT**

*Rechtsanwalt, Leipzig*

Leipzig, 8. Oktober 1933

Sehr geehrter Herr Doktor!

Ich bitte Sie, so gut zu sein, nach unserer Ankunft in Berlin Zeit für eine Unterredung mit mir frei halten zu wollen.

Zu dieser Unterredung bitte ich Sie auch, das Material (Aktenauszüge und Daten), um das ich Sie schon früher ersucht habe, mitnehmen zu wollen.

Sie haben selbst gesehen, daß Torgler bei seiner Vernehmung von seinem Rechtsanwalt verschiedene Aktenauszüge und Informationen in eigener Verfügung hatte.

Das ist ein Beweis dafür, daß die Zustellung von solchem Material an den Angeklagten nicht unzulässig ist.

Beiliegend ein Schreiben an den Herrn Präsidenten des IV. Strafsenats des Reichsgerichts. Ich bitte Sie, davon Kenntnis zu nehmen und zugleich meine Bitte unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll  
*G. Dimitroff*

[86]

**AN DEN HERRN PRASIDENTEN DES  
IV. STRAFSENATS DES REICHSGERICHTS, DR. BÜNGER**

Berlin, 8. Oktober 1933

Sehr geehrter Herr Präsident!

Seit dem ersten Tage der Hauptverhandlung ist es oft vorgekommen, sowohl seitens der Vertreter der Anklage als auch seitens der Verteidigung, daß das sogenannte Braunbuch über die Reichstagsbrandsache zitiert und widerlegt wurde.

Mir ist unverständlich, wie es möglich ist, daß von dem Inhalt einer *öffentlichen Publikation*, die schon zum gewissen Gegenstand der Behandlung seitens der Reichsanwaltschaft und der Verteidigung geworden ist, die Angeklagten selbst keine Ahnung haben.

Als Angeklagter und Beteiligter an dem Reichstagsbrandprozeß bitte ich Sie, Herr Präsident, genehmigen zu wollen, daß dieses Buch durch den offiziellen Verteidiger der Bulgaren, Herrn Dr. Teichert, mir auf meine Kosten zugestellt wird.

Hochachtungsvoll  
G. Dimitroff

[87]

**AN HERRN DR. PAUL TEICHERT**

*Rechtsanwalt, Leipzig*

Berlin-Moabit, 13. Oktober 1933

Sehr geehrter Herr Doktor!

Ich habe gestern an den Herrn Präsidenten, Dr. Bünger, folgendes Schreiben geschickt und bitte Sie, davon Kenntnis zu nehmen:

„Nachdem das Reichsgericht alle acht von mir beantragten Wahlverteidiger abgelehnt hat, bleibt mir nichts anderes übrig, als mich allein, wie ich kann und wie ich es verstehe, zu verteidigen. Dadurch bin ich gezwungen, in doppelter Eigenschaft vor dem Reichsgericht aufzutreten: erstens als *Angeklagter Dimitroff* und zweitens als *Verteidiger des Angeklagten Dimitroff*.

Ich gebe zu, daß ich sowohl als Angeklagter als auch als Selbstverteidiger unangenehm und unbequem für meine Ankläger und für ihre Auftraggeber bin. Ich kann aber nichts dafür. Nachdem die Anklagebehörden so unvorsichtig waren, mich ganz unschuldig als Ersatzreichstagsbrandstifter auf die Anklagebank vor dem Reichsgericht zu setzen, müssen sie jetzt auch meine für sie unangenehme Verteidigung in Kauf nehmen. Sie haben sich also einen Brei gekocht, den sie jetzt auch essen müssen. Ob es ihnen schmeckt oder nicht, ist nicht meine Sache; das interessiert mich gar nicht.

Ich nehme an, daß ich vor dem Reichsgericht als *politischer Angeklagter* stehe, nicht aber als Soldat in einer Kaserne oder als Kriegsgefangener in einem Konzentrationslager.

[88] Ich bin jetzt überzeugt, daß van der Lubbe in diesem Prozeß sozusagen nur ein *Reichstagsbrand-Faust* ist; er hat hinter sich bestimmt einen *Reichstagsbrand-Mephisto* gehabt. Der klägliche „Faust“ steht jetzt vor den Schranken des Reichsgerichts, aber der „Mephisto“ ist verschwunden!

Als zufälliger und unschuldiger Angeklagter und noch mehr als Kommunist und Mitglied der Kommunistischen Internationale habe ich das allergrößte Interesse, daß die Reichstagsbrandsache völlig und allseitig geklärt wird und daß man gleichzeitig den verschwundenen *Mephisto* der Brandlegung ans Licht kommen läßt.

Meine Fragen in der Hauptverhandlung bezwecken *nur das* und *nichts anderes*. Ich brauche vor dem Reichsgericht keine Propaganda zu machen. Umso mehr, da die beste Propaganda für den Kommunismus schon gemacht ist, und zwar nicht durch mich, sondern durch die Tatsache, daß unschuldige Kommunisten als Reichstagsbrandstifter angeklagt werden, sowie auch durch die klassische Anklageschrift des Herrn Dr. Parrisius.<sup>62</sup>

Ich habe ein natürliches Recht, mich zu verteidigen und an der Hauptverhandlung als Angeklagter und Selbstverteidiger teilzunehmen. Es ist klar, daß kein Ausschluß aus den Sitzungen und Lokalterminen des Reichsgerichts imstande ist, mich in dieser Hinsicht einzuschüchtern. Ein solcher Ausschluß *gerade* von den wichtigsten Sitzungen und Terminen, der an und für sich eine offene Beraubung meines Verteidigungsrechts bedeutet, wird nur der Welt zeigen, daß meine Ankläger sich selbst nicht besonders sicher bei dieser Sache fühlen, wird auch vielen Kritiklosen die Augen öffnen und ist daher geeignet, der kommunistischen Propaganda neue Nahrung zu geben.

Wenn aber eine solche für mich unerträgliche Behandlung fortgesetzt wird, dann, und das muß ich offen sagen, werde ich mich gezwungen sehen, mir zu überlegen, ob es überhaupt noch einen Zweck hat, mich weiter vor dem Reichsgericht erscheinen zu lassen, abgesehen davon, was für Folgen sich daraus ergeben werden.

Hochachtungsvoll  
*G. Dimitroff*

---

<sup>62</sup> PARRISIUS – Rechtsanwalt. Vertrat die Anklage gegen Georgi Dimitroff und seine Genossen auf dem Reichstagsbrandprozeß.

Ich bin heute wieder nicht zur Sitzung des Reichsgerichts zugelassen worden. Für mich ist klar, warum. Bei den wichtigsten Sitzungen *darf* ich nicht anwesend sein!

Das betrachte ich aber als eine *schwere Verletzung* meines Verteidigungsrechtes und meiner Interessen als Angeklagter. So etwas ist bestimmt bei keinem anderen *politischen Prozeß* in der Welt vorgekommen!

Hochachtungsvoll  
*G. Dimitroff*

P. S. Ich bitte Sie, beiliegenden Brief an Herrn Grigorov übergeben zu wollen.

[90]

**AN FRAU PARASCHKEVA DIMITROVA**

*Samokov, Bulgarien*

Berlin-Moabit, 15. Oktober 1933

Meine geliebte, teure Mutter!

Ich habe von Dir sowie von Lina schon lange keinen Brief mehr erhalten. Ich möchte doch hoffen, daß der Grund nicht in irgendwelcher Erkrankung von Dir oder anderen unangenehmen Vorkommnissen zu Hause liegt.

Mir geht es nicht schlechter als früher. Im Gegenteil – kann ich ruhig sagen – in gewisser Hinsicht bestimmt besser. Die Hauptsache ist, daß ich trotz alledem gesundheitlich noch imstande bin, die begreiflicherweise ziemlich großen Anstrengungen im Zusammenhang mit der Hauptverhandlung recht gut auszuhalten. Bei der Hauptverhandlung fühle ich mich oft wie ein „Frosch im Wasser“. Es ist nur zu bedauern, daß ich nicht immer dort anwesend sein kann. Letztes Mal war ich sogar *vier Tage* „beurlaubt“. Durch mein Auftreten und meine „Schwäche“, immer die Dinge beim rechten Namen zu nennen, bin ich bestimmt ein unangenehmer und unbequemer Angeklagter geworden.

Sonst warte ich mit Sehnsucht auf das Endergebnis der Hauptverhandlung und freue mich sehr darauf.

Ich war besonders glücklich, wieder einmal – obwohl für kurze Zeit – Lena sehen und sprechen zu können.

[91] Gesundheitlich schaute sie mir gut aus, obwohl ermüdet durch die vielen Reisen und Strapazen meiner Sache wegen.

Ich wünsche allen zu Hause und an erster Stelle *Dir* – der ich meine angeborene Energie und großen Mut hauptsächlich verdanke – alles, alles Gute und vor allem recht gesund zu sein.

Herzliche Grüße an Lina, Stefan, Ljuba, Boris, die  
Kinder, Ljubtscho im Gefängnis!  
*Dir* – unzählige Küsse!  
Dein Sohn  
*Georgi*

[92]



**AN DEN HERRN PRASIDENTEN DES IV. STRAFSENATS  
DES REICHSGERICHTS, DR. BÜNGER**

15. Oktober 1933

Sehr geehrter Herr Präsident!

Am 14. Oktober habe ich folgendes Schreiben von der Geschäftsstelle des IV. Strafsenats erhalten:

„Auf Anordnung wird Ihnen mitgeteilt, daß ein mit Romain Rolland, Henri Barbusse unterzeichnetes Telegramm nicht ausgehändigt wird,<sup>63</sup> da durch Aushändigung eine Gefährdung der Ordnung im Gefängnis zu besorgen ist.“

Ich bin leider nicht soweit unterrichtet, um verstehen zu können, wie durch Aushändigung eines Telegramms von Romain Rolland, Henri Barbusse –weltberühmte Schriftsteller – die Ordnung im Gefängnis gefährdet werden kann, aber nachdem die zuständige Stelle davon überzeugt ist, bitte ich, daß der Text des Telegramms mir von einem Gerichtsbeamten im Reichsgerichtssaal selbst *mündlich* übermittelt wird.

Hochachtungsvoll  
*G. Dimitroff*

[93]

---

<sup>63</sup> Gleich nach Beginn des Prozesses, als Dimitroff vor aller Welt die faschistischen Reichstagsbrandstifter entlarvte, schickten viele Antifaschisten aus allen Ländern Hunderte von Briefen an Dimitroff, in denen sie ihre Sympathie für ihn zum Ausdruck brachten. Darunter waren auch Briefe von hervorragenden Repräsentanten der Wissenschaft und Kultur. Die faschistische Gefängnisverwaltung händigte ihm diese Briefe nicht aus, sondern machte ihm nur hin und wieder von ihrem Eingang Mitteilung.

Als Georgi Dimitroff erfuhr, daß ihm das Telegramm von R. Rolland und H. Barbusse nicht ausgehändigt wurde, wandte er sich an den Senatspräsidenten mit dem Antrag, ihm den Inhalt des Telegramms wenigstens mündlich mitzuteilen. Das Gericht antwortete ablehnend.

**AN HERRN VASSIL KOLAROV<sup>64</sup>**

Moskau

Berlin-Moabit, 24. Oktober 1933

Mein lieber Vassil!

Ich brauche *dringend* ein Exemplar von unserer gemeinsamen Erklärung, die wir als Vertreter der Kommunistischen Partei Bulgariens anlässlich des Attentats in der Sofioter Kathedrale im April 1925 von Moskau aus veröffentlicht haben.

Ebenso brauche ich die Beschlüsse der Exekutive der Kommunistischen Internationale (XII. und XIII. Plenum).

Ich würde besonders dankbar sein, wenn Du imstande wärest, mir auch das Material über den Fälschungsprozeß des Weißgardisten Drushelowski und über den berühmten „Sinowjew-Brief“<sup>65</sup> in England zu beschaffen.

Ich bitte dich, so rasch wie möglich alle diese Dokumente mir schicken zu wollen.

Viele Grüße an Dich, an Zveta und  
Kitty und alle unsere Freunde!  
Dein Georgi

[94]

---

<sup>64</sup> VASSIL KOLAROV (1877–1950) – namhafter Funktionär der bulgarischen internationalen Arbeiterbewegung Mitglied des ZK der BKP seit 1905. Nahm an den internationalen Sozialistenkongressen und -konferenzen in Stuttgart (1907), Kopenhagen (1910), Zimmerwald (1915), Stockholm (1917) teil, wo er eine prinzipielle Stellung gegen den Revisionismus, Reformismus und Sozialchauvinismus einnahm. 1919 wurde er zum Sekretär des ZK der BKP gewählt. 1922 wählte ihn der IV. Weltkongreß der Komintern zum Generalsekretär des Exekutiv-komitees. Zusammen mit G. Dimitroff leitete er den Septemberaufstand in Bulgarien (1923).

In den Tagen des Reichstagsbrandprozesses entfaltete Kolarov eine aktive Tätigkeit zur Befreiung G. Dimitroffs und seiner Genossen. 1941–1944 arbeitete er aktiv für die Organisierung des Widerstandskampfes des bulgarischen Volkes gegen die hitlerfaschistischen Aggressoren und die bulgarischen Monarchofaschisten. Nach seiner Rückkehr nach Bulgarien war er Präsident der Volksversammlung und zeitweiliger Präsident der Republik. Nach dem Tod G. Dimitroffs wurde er Ministerpräsident Bulgariens.

<sup>65</sup> Falsifikat, das von den englischen Konservativen im Oktober 1924 als „Sinowjew-Brief“ veröffentlicht wurde, in dem angeblich Anweisungen der Komintern an die Kommunistische Partei Englands gegeben wurden, für die Ratifizierung des anglosowjetischen Vertrages vom 8. August 1924 zu agitieren und einen bewaffneten Aufstand zum Sturz der Macht der Bourgeoisie in England zu organisieren. Diese Provokation wurde von den englischen Konservativen bei den zu dieser Zeit stattfindenden Wahlen ausgenutzt.

**AUS DEM STENOGRAMM DER GERICHTSVERHANDLUNG  
AM 25. OKTOBER 1933**

*Aus der Vernehmung des Zeugen Karwahne\**

*Dimitroff:* Der Zeuge ist nationalsozialistischer Reichstagsabgeordneter, und es ist anzunehmen, daß er eine ziemlich wichtige politische Persönlichkeit in seiner Partei ist. Hat er bei der ersten Nachricht von dem Reichstagsbrand gleich die Überzeugung gehabt, daß der Brand nur von der Kommunistischen Partei angelegt sein kann? Hat er dafür irgendwelche Anhaltspunkte gehabt?

*Karwahne:* Ich habe diese feste Überzeugung schon gehabt in dem Augenblick, wo ich durch die Zeitungsnachricht erfuhr, daß der Reichstag brennt.

*Dimitroff:* Der Zeuge ist vom Reichstag in den „Bayernhof“, dann ins Café „Vaterland“, dann ins Innenministerium und dann ins Polizeipräsidium gegangen. Hat er an diesen Stellen und auf der Straße ir-[95]gendein Merkmal dafür beobachtet, daß ein bewaffneter Aufstand vorbereitet wurde?

*Karwahne:* Nein. Wenn die Kommunisten einen bewaffneten Aufstand vorbereiten, so kann man das nicht auf der Straße sehen. Ich hätte überhaupt nicht geglaubt, daß der Reichstag brennt, wenn ich nicht die polizeiliche Absperrung vor dem Reichstagsgebäude beobachtet hätte.

*Dimitroff:* Hat er bei seinen Unterhaltungen mit den verschiedenen Beamten irgend etwas gehört oder beobachtet darüber, daß Gegenmaßnahmen gegen einen Aufstand im Zusammenhang mit dem Reichstagsbrand getroffen worden sind?

*Karwahne:* Nicht das geringste von solchen Gegenmaßnahmen habe ich gesehen.

*Dimitroff:* Ist die Gruppe Iwan Katz im Jahre 1925 auf Beschluß der Kommunistischen Internationale nicht aus der Kommunistischen Partei hinausgeschmissen worden als unzuverlässig, verdächtig und anarchistisch, weil verbrecherische Elemente in ihr waren? Als Provokateure und Agenten der Politischen Polizei gegen die Kommunistische Partei in Deutschland?

*Präsident:* Dimitroff, ich warne Sie! Hier sind keine politischen Dispute zwischen Ihnen und dem Zeugen zugelassen, sondern nur einfache Fragen.

[96]

---

\* Unter den meineidigen Zeugen im Leipziger Prozeß befanden sich neben Polizeiagenten und aus der Verbrecherwelt angeworbenen Provokateuren auch trotzkistische Agenten des Faschismus. Ein solcher war Karwahne, dem die faschistischen Behörden eine ganz besondere Rolle in der provokatorischen Anklage gegen die Kommunisten zugedacht hatten.

Der entlarvte Trotzkist Karwahne war einige Jahre vor dem Prozeß zusammen mit der trotzkistischen Gruppe Katz aus der Kommunistischen Partei Deutschlands hinausgeworfen worden.

Dimitroff entlarvte durch seine Fragen das Verhalten dieses faschistisch-trotzkistischen Provokateurs vor Gericht und zog die niederträchtigen Dienste ans Tageslicht, die die trotzkistische Meute für ihre faschistischen Herren leistete.

**AN DEN HERRN PRASIDENTEN DES IV. STRAFSENATS DES  
REICHSGERICHTS, DR. BÜNGER**

27. Oktober 1933

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich bitte um Ihre Anordnung, ein Exemplar der stenografischen Protokolle der Hauptverhandlung mir auszuhändigen.

Ich möchte, ähnlich wie die Vertreter der Anklage und die Verteidiger, die Möglichkeit haben, bei der Weiterverhandlung die stenografischen Protokolle der früheren Sitzungen berücksichtigen und entsprechend ausnutzen zu können.

Da diese Protokolle wenigstens für alle an dem Reichstagsbrandprozeß Beteiligten zugänglich sind, so sehe ich keine Hindernisse für eine solche Genehmigung.

Ich bin andererseits sicher, daß, wenn ich diese Protokolle zur Verfügung habe, ich leichter vermeiden werde, schon beantwortete Fragen wiederholt zu stellen, und meine neuen, meiner Auffassung nach notwendigen Fragen richtiger formulieren und zur rechten Zeit stellen werde können.

Hochachtungsvoll  
*G. Dimitroff*

[97]

**AUS DEM STENOGRAMM DER GERICHTSVERHANDLUNG  
AM 27. OKTOBER 1933**

*Aus der Vernehmung des Zeugen Kroyer\**

*Dimitroff:* Der Herr Zeuge wohnt in Österreich. Wir wissen alle, daß die Nationalsozialistische Partei in Österreich verboten ist, daß ihre Mitglieder illegal leben und illegal tätig sind.

*Präsident:* Diese Bemerkungen sind überflüssig.

*Dimitroff:* Ich frage: Weiß der Zeuge, daß jetzt in Österreich Nationalsozialisten unter falschen Namen und unangemeldet wohnen?

*Präsident:* Ich weise diese Frage zurück.

*Dimitroff:* Weiß der Zeuge, daß nationalsozialistische Flüchtlinge nach Deutschland mit falschen Pässen reisen?

*Präsident:* Diese Frage wird abgelehnt.

*Dimitroff:* Weiß der Zeuge, daß in Deutschland Flugschriften und Agitationsschriften für Österreich hergestellt werden?

*Kroyer:* Das hat nichts mit diesem Prozeß zu tun.

*Präsident:* Angeklagter Dimitroff, was soll diese Befragung?

*Dimitroff:* Weil Herr Parrisius mir in der Anklageschrift den Vorwurf gemacht hat, daß ich als bulgarischer Kommunist in Deutschland illegal gelebt habe, mit falschen Pässen, und für die bulgarische Kommunistische Partei illegal gearbeitet habe.

*Parrisius:* Ich bitte den Angeklagten zu belehren, [98] daß er mich nicht immer mit meinem Namen anzusprechen hat.

*Kroyer:* Es ist ein großer Unterschied zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten!

*Dimitroff:* Daß ein Unterschied zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten besteht, weiß ich sehr gut. (*Heiterkeit im Saal.*) Ich wollte nur zeigen, daß Illegalität und falsche Pässe keine Spezialität der Kommunisten sind.

*Präsident:* Schweigen Sie!

[99]

---

\* Österreichischer Nationalsozialist.

**AUS DEM STENOGRAMM DER GERICHTSVERHANDLUNG  
AM 31. OKTOBER 1933**

*Aus der Vernehmung des Zeugen Lebermann*

*Dimitroff:* Ich habe eine Frage zu stellen.

*Präsident:* Jetzt haben Sie das Recht, eine Frage zu stellen.

*Dimitroff:* Ich möchte wissen, weil das von Bedeutung für den Prozeß ist: wer hat diesen Zeugen hier geladen? Ist dieser Zeuge ein solcher der Anklagevertretung?

*Präsident:* Ich habe bereits gesagt: Dieser Zeuge hat eines Tages, am 13. Oktober, an die Gefängnisverwaltung eine Eingabe gerichtet, und daraufhin ist er von der Staatsanwaltschaft vernommen worden. Das habe ich aber schon gesagt.

*Dimitroff:* Das habe ich gehört.

*Präsident:* Darauf ist eine Vorladung als Zeuge beantragt worden.

*Dimitroff:* Von wem?

*Präsident:* Von der Reichsanwaltschaft. Aber ich will Ihnen gleich sagen: Ergehen Sie sich nicht an Kritiken, die ganz zwecklos sind. Sie können doch die Reichsanwaltschaft nicht hindern und auch das Gericht nicht, wenn ein Zeuge etwas mitteilt, ihn vorzuladen.

*Dimitroff:* Das will ich nicht.

*Präsident:* Das ist also ganz vergeblich, wenn Sie nach dieser Richtung hin irgendwelche Ausführungen machen. [100]

*Dimitroff:* Das will ich nicht. Aber ich möchte nur, Herr Präsident und meine Herren Richter, bemerken, daß der Kreis der Zeugen (Hauptzeugen) der Anklagevertretung gegen uns kommunistische Angeklagte heute mit diesem Zeugen geschlossen ist. Angefangen mit Reichstagsabgeordneten der Nationalsozialistischen Partei, mit nationalsozialistischen Journalisten und beendet mit einem Dieb.

*Oberreichsanwalt Dr. Werner:* Ist das eine Frage?

*Präsident:* Das alles ist hervorgehoben.

*Dimitroff:* Der Kreis ...

*Präsident: (unterbrechend):* Dimitroff. Ich habe Ihnen schon öfter gesagt, daß Sie nach der Vernehmung von Zeugen Fragen zu stellen haben, nicht stückweise uns Plädoyers vorzusetzen haben. Dazu ist eine andere Zeit vorgesehen. Jetzt erlaube ich nichts, als daß Sie Fragen stellen. Welche Fragen wollen Sie stellen? Aber an den Zeugen nicht an die Reichsanwaltschaft.

*Dimitroff:* Eine Frage an den Zeugen des Dr. Parrisius.\*

*Präsident:* Nein! Was wollen Sie für eine Frage an den Zeugen stellen?

*Dimitroff:* Ich frage folgendes, Herr Präsident!

*Präsident:* Sie haben also keine Fragen?

*Dimitroff:* Ich habe diese Frage.

*Präsident:* Dann sagen Sie die Frage endlich.

*Dimitroff:* Er hat am 13. Oktober Anzeige gemacht, das steht fest, nachdem er die Zeitungen gelesen hat über den Reichstagsbrandprozeß. Das hat er auch gesagt. Er ist in Haft, er ist kein freier Mann. Er ist in die dritte Stufe gekommen. Er hat Hoffnung, jetzt entlassen zu werden auf Grund dieser Lügen hier. Ich frage: Wer hat ihn beeinflußt, diese schändlichen und schimpflichen ...

---

\* Der Zeuge Lebermann war auf Veranlassung von Parrisius vorgeladen.

*Präsident: (unterbrechend):* Ruhe! Sie sollen sich nicht auf das Gebiet von Beleidigungen von Zeugen [101] begeben ... *(Zu Lebermann):* Hat Sie jemand beeinflußt?

*Lebermann:* Es hat mich keiner beeinflußt.

*Präsident:* Die Frage ist beantwortet.

*Dimitroff:* Ich beglückwünsche Sie, Herr Reichsanwalt, zu diesem Zeugen!

[102]

**DURCH HERRN DR. TEICHERT, RECHTSANWALT AN DEN  
HERRN PRÄSIDENTEN DES IV. STRAFSENATS DES  
REICHSGERICHTS, DR. BÜNGER**

1. November 1933

Sehr geehrter Herr Präsident!

Im Zusammenhang mit der Aussage des Zeugen Dr. Dröscher<sup>66</sup> und dem Schlußsatz des Berichtes des „Völkischen Beobachters“ vom 31. Oktober, wo ausdrücklich gesagt ist:

„Er (Dr. Dröscher) erkennt aber auch in Dimitroff den berüchtigten kommunistischen Drahtzieher wieder, der in Sofia in Abwesenheit zum Tode verurteilt wurde, weil er den Anschlag auf die dortige Kathedrale sowie die Attentate auf König Boris und den bulgarischen Kriegsminister veranlaßt hat. Damals hieß dieser Mann *Stefan Dimitrov*,<sup>67</sup> heute nennt er sich *Georgi Dimitroff*“,

beantrage ich, den bulgarischen Emigranten *Stefan Dimitrov* (z. Z. in Moskau) als Zeugen zu vernehmen.

*Beweisthema:*

1. daß *Stefan Dimitrov* in Abwesenheit und im Zusammenhang mit dem Kathedrale-Attentat verurteilt worden ist;
2. daß *Stefan Dimitrov* und *Georgi Dimitroff* *zwei verschiedene* Personen sind;
3. daß *Georgi Dimitroff* wegen des Kathedrale-Attentats *weder angeklagt noch verurteilt worden ist*.

Hochachtungsvoll  
*G. Dimitroff*

[103]

---

<sup>66</sup> Die faschistische Presse, die schon vor dem Prozeß ein wildes Kesseltreiben gegen G. Dimitroff veranstaltete, erdachte eifrig alle möglichen Lügen.

Eine dieser Lügen war der Artikel Dr. Dröschers, Redakteur des „Völkischen Beobachters“, der in der Zeitung unter dem Namen Job Zimmermann behauptete, G. Dimitroff habe an dem Kathedrale-Attentat in Sofia teilgenommen und sei dafür von den bulgarischen Gerichten verurteilt worden.

Auf dem Prozeß sollte Dröscher-Zimmermann die Verbindung zwischen G. Dimitroff und Torgler beweisen.

Bei der Vernehmung des Zeugen Dröscher am 30. Oktober fragte ihn G. Dimitroff, ob er etwas mit dem Redakteur des „Völkischen Beobachters“ und Zimmermann gemein habe. Dröscher verneinte jede Verbindung und Gemeinsamkeit mit Zimmermann. Da schlug G. Dimitroff, um Dröscher zu entlarven, dem Gericht vor, auch Zimmermann zu laden. Das Gericht lehnte ab. Der Name des Korrespondenten der faschistischen Zeitung „Zimmermann“ hörte auf, in der Zeitung zu erscheinen. G. Dimitroff wendete sich, fast ein Monat später, erneut an das Gericht mit der Forderung festzustellen, ob der Zeuge Dröscher – Leiter der nationalsozialistischen Presse – und der Korrespondent „J. Zimmermann“ identisch sind. Der Lüge und des Meineids vor dem Gericht überführt, versuchte Dröscher, die ganze Angelegenheit zu verwischen. Die faschistische Presse hörte wie auf Kommando auf, über ihn zu schreiben. Das Gericht bemühte sich ebenfalls trotz des Antrags G. Dimitroffs, nicht auf diese Frage zurückzukommen.

Doch trotz alledem erreichten die Forderungen und Erklärungen G. Dimitroffs ihren Zweck: Der offizielle faschistische Angestellte – die Presse – wurde vor den Augen der zahlreichen Zeitungskorrespondenten, die an dem Prozeß teilnahmen, der Lüge überführt.

<sup>67</sup> STEFAN (STANKE) DIMITROV-MAREK (1889–1944) – namhafter Funktionär der BKP. Mitglied der Bulgarischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei seit 1904. Mitglied des Partei-rates des ZK der BKP (1920–1923). Von 1923 bis 1925 Mitglied des ZK der BKP und Organisationssekretär des Zentralkomitees. 1925 fuhr er in die Sowjetunion. Von 1925 bis 1935 Dozent an der Kommunistischen Universität der nationalen Minderheiten aus dem Westen und der Internationalen Lenin-Schule. Mitarbeiter der Komintern und des Auslandsbüros der BKP. 1935 kehrte er illegal nach Bulgarien zurück und arbeitete als Sekretär des ZK der BKP aktiv für die Durchsetzung des neuen Leninschen Kurses. 1937 kehrte er nach der UdSSR zurück. Während des zweiten Weltkrieges, 1941–1944, war er Leiter des Senders „Naroden Glas“ (Volksstimme). Er kam am 26. August 1944 bei einer Flugzeugkatastrophe auf dem Weg nach Bulgarien um.



**AN DEN HERRN PRÄSIDENTEN DES IV. STRAFSENATS DES  
REICHSGERICHTS DR. BÜNGER**

2. November 1933

Sehr geehrter Herr Präsident!

Beweisantrag

Das Redaktionsmitglied des „Völkischen Beobachters“ und Berichterstatter über den Reichstagsbrandprozeß für diese Zeitung, Herr Job Zimmermann, hat im „Völkischen Beobachter“ vom 1.12. Oktober einen Artikel veröffentlicht.

In diesem Artikel macht Herr Zimmermann sehr wichtige Bemerkungen und erzählt u. a.:

„Ich wurde damals, kurz nach der Hinrichtung des Küsters und der beiden anderen von der Polizei ergriffenen ausführenden Kreaturen, von vielen namhaften Politikern des Landes, so dem damaligen Ministerpräsidenten Ljaptschev<sup>68</sup>, im Parlament empfangen. Auch ein vom deutschen Gesandten Rümelin vermittelter Empfang beim regierenden König Boris von Bulgarien kam zustande ... Beide, sowohl der Monarch als auch der Ministerpräsident, sprachen mir mehrmals die Empörung, ihre schmerzliche Entrüstung darüber aus, daß die eigentlichen Organisatoren des Attentats, die *eigentlichen Drahtzieher* des Aufstandes, dem Zugriff des Staates sich rechtzeitig entzogen und das Bezahlen der Rechnung bescheidenerweise ihren verführten Anhängern überlassen hatten. *Unter diesen Drahtziehern nannte man mir an erster Stelle den damaligen kommunistischen Abgeordneten und heutigen Angeklagten Dimitroff* Er war vom Sofioter Kreisgericht in Abwesenheit zum Tode durch den Strang verurteilt worden. Sein Steckbrief und sein Bild hingen an allen öffentlichen Staatsgebäuden. Das ist der Herr, der damals nicht gehängt wurde und der jetzt in Leipzig die *gekränkte Unschuld* und den friedfertigen Putschgegner spielt.“

[104] Ich erwarte, daß die Reichsanwaltschaft Herrn Zimmermann als Zeugen beantragen wird, damit er seine so wichtigen Bemerkungen vor dem Reichsgericht selbst machen kann.

Es ist möglich, daß das auch geschehen ist, aber da ich über eine Ladung des Herrn Zimmermann bis jetzt keine Mitteilung habe, beantrage ich meinerseits, *das Redaktionsmitglied des „Völkischen Beobachters“, Herrn Job Zimmermann, als Zeugen zu vernehmen.*

Hochachtungsvoll  
G. Dimitroff

[105]

---

<sup>68</sup> ANDREJ LJAPTSCHEV (1866–1933) – bürgerlicher Politiker, leitender Funktionär der Demokratischen Partei. Nach dem ersten Weltkrieg war er einer der Führer des „Konstitutionsblocks“ und nach dem Putsch vom 9. Juni 1923 einer der Führer des „Demokratitscheski Sgovor“ (Demokratischen Eintracht). Nach dem Sturz Zankovs (1926–1931) wurde er Ministerpräsident Bulgariens.

**AN DEN HERRN PRÄSIDENTEN DES IV. STRAFSENATS DES  
REICHSGERICHTS, DR. BÜNGER**

3. November 1933

Sehr geehrter Herr Präsident!

Im Zusammenhang mit der Behauptung, daß van der Lubbe auch nach seinem Ausschluß aus der Kommunistischen Partei Hollands in Verbindung mit der Partei gestanden und sogar verschiedene Aufträge der Partei ausgeführt haben soll, beantrage ich, daß der Vorsitzende der holländischen Kommunistischen Partei, Abgeordneter *Louis de Visser*, als Zeuge vernommen wird:

*Beweisthema:*

1. Ist es wahr, daß van der Lubbe schon vor Jahren wegen seines anarchistischen Verhaltens aus der Partei ausgeschlossen worden ist?
2. Ist es wahr, daß van der Lubbe sich gegenüber der Partei feindlich verhalten hat?
3. Ist es wahr, daß van der Lubbe schon seit Jahren in keiner Verbindung mit der Partei gestanden und keine Parteaufträge bekommen hat?

Ferner beantrage ich, die von der Kriminalkommission genannten holländischen Freunde van der Lubbes, *Albada, Hegefeld und Vink*, als Zeugen zu vernehmen

*Beweisthema:*

1. Welche politischen Ansichten hatte van der Lubbe in Holland? [106]
2. Welche Beziehungen hatte er zur sogenannten Gruppe der „Internationalen Kommunisten“ in Holland?
3. Welche Differenzen bestanden und bestehen zwischen dieser Gruppe und der holländischen Kommunistischen Partei?

Hochachtungsvoll  
*G. Dimitroff*

[107]

## AUS DEM STENOGRAMM DER GERICHTSVER HANDLUNG AM 4. NOVEMBER 1933

*Aus der Vernehmung Görings*

*Dimitroff:* Graf Helldorf<sup>69</sup> hat hier ausgesagt, daß er am 27. Februar gegen 11 Uhr abends auf eigene Initiative einen Befehl herausgegeben hat, die kommunistischen und sozialdemokratischen Führer und Funktionäre zu verhaften. Ich frage nun den Herrn Ministerpräsidenten: Hat damals Graf Helldorf mit Herrn Göring über diese Maßnahme gesprochen oder nicht?

*Göring:* Die Frage ist eigentlich schon beantwortet. Als Graf Helldorf von dem Brand hörte, war ihm wie jedem von uns klar, daß die Kommunistische Partei es gewesen sein mußte. Er hat nun in seiner nächsten Umgebung schon die Anordnungen getroffen. Aber ich betone noch einmal: Ich habe ihn dann selbstverständlich in mein Zimmer geholt und ihm gesagt, daß ich ihn jetzt bitten müsse, seine SA ebenfalls zur Verfügung zu stellen, worauf er mir auch gesagt hat, das habe er zum Teil schon angeordnet. Ich habe damit eine Anordnung, die er getroffen hatte, die aber noch nicht gelaufen war, übernommen und mit der Staatsautorität noch einmal bekräftigt.

*Dimitroff:* Ich möchte nur wissen, ob zwischen 11 und 12 Uhr eine persönliche Besprechung zwischen dem Grafen Helldorf und Ministerpräsident Göring gewesen ist. [108]

*Göring:* Das haben Sie ja eben gehört: Jawohl, er war bei mir. \*

*Dimitroff:* Die Reichstagsabgeordneten der Nationalsozialistischen Partei, Herr *Karwahne* und Herr *Frey*, haben hier ausgesagt, daß sie gegen 11 Uhr im Preußischen Innenministerium gewesen sind und dort mitgeteilt haben, daß sie beide und ein österreichischer Nationalsozialist *Kroyer* am Tage des Brandes *Torgler* mit *van der Lubbe* gesehen hätten. Haben diese Reichstagsabgeordneten damals mit Ministerpräsident Göring gesprochen?

*Göring:* Nein.

*Dimitroff:* Wußte der Herr Ministerpräsident, daß Herr *Karwahne* und Herr *Frey* eine solche Mitteilung gemacht haben?

*Göring:* Ich habe am Tage nach dem Brand erfahren, daß sie diese Mitteilung gemacht haben.

*Dimitroff:* Am Morgen oder noch in der Nacht?

*Göring:* Am Vormittag oder vielleicht auch am Nachmittag.

*Dimitroff:* Also am Vor- oder am Nachmittag?

*Göring:* Wann mir diese Zeugenaussagen zuerst mitgeteilt wurden, kann festgestellt werden durch die Vernehmung des Ministerialrates *Diels*. \*\*

*Dimitroff:* Ich möchte festgestellt sehen, daß *Karwahne* auf meine Anfrage bestimmt erklärt hat, er hätte diese Mitteilung nach Mitternacht gleich nach dem Brand gemacht.

*Göring:* Die drei Leute haben im Ministerium ihre Aussagen Beamten gegenüber gemacht, nicht mir. Das kann ich ja gar nicht wissen. Das konnte des Nachts oder auch vormittags gewesen sein. Wann man mir dies mitgeteilt hat, erinnere ich mich nicht.

*Dimitroff:* Am 28. Februar hat Ministerpräsident Göring ein Interview über die Reichstagsbrandstiftung gegeben, in dem es hieß: Der „holländische Kommunist“ *van der Lubbe* hat bei der Verhaftung außer seinem Paß auch ein Parteimitgliedsbuch bei [109] sich getragen. Woher wußte damals der Herr Ministerpräsident Göring, daß *van der Lubbe* ein Parteimitgliedsbuch bei sich hatte?

---

<sup>69</sup> GRAF HEINRICH VON HELLDORF – namhaftes Mitglied der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. 1931 Führer der SA in Berlin, 1933 Polizeipräsident von Potsdam. Zeuge der Anklage im Leipziger Prozeß.

\* Helldorf hatte in seinen unter Eid gemachten Aussagen vor Gericht diese Begegnung mit Göring geleugnet.

\*\* Der damalige Leiter der Gestapo.

*Göring:* Ich muß sagen, ich habe mich bisher um den Prozeß hier nicht sehr gekümmert, das heißt, ich habe die Berichte nicht alle durchgelesen. Ich habe nur manchmal gehört, daß Sie *(zu Dimitroff)* ein besonders schlauer Mann sind. Deshalb habe ich angenommen, daß die Frage, die Sie hier gestellt haben, für Sie schon längst geklärt ist, nämlich, daß ich mich mit der Untersuchung dieser Sache überhaupt nicht befaßt habe. Ich laufe nicht selber herum und ziehe den Leuten die Sachen aus der Tasche. Falls Ihnen *(zu Dimitroff)* das noch nicht bekannt sein sollte, sage ich Ihnen: Die Polizei untersucht alle Schwerverbrecher und macht mir Mitteilung darüber, was Sie gefunden hat.

*Dimitroff:* Die drei Kriminalbeamten, die van der Lubbe verhaftet und als erste vernommen haben, haben übereinstimmend ausgesagt, daß kein Parteimitgliedsbuch bei Lubbe gefunden worden ist. Woher dann die Mitteilung über das Buch gekommen ist, möchte ich wissen.

*Göring:* Das kann ich Ihnen ganz genau sagen. Diese Mitteilung ist mir amtlich vorgelegt worden. Wenn in dieser ersten Nacht auch Dinge mitgeteilt worden sind, die vielleicht nicht so rasch nachzuprüfen waren, wenn bei dem einen Beamten vielleicht auf Grund einer Erklärung davon die Rede war, Lubbe habe ein Parteibuch bei sich gehabt, und man konnte das nicht nachprüfen, hat es also vielleicht als Tatsache genommen, so wurde mir das selbstverständlich mitgeteilt. Ich habe diese Mitteilung der Presse schon am nächsten Vormittag gegeben, da war die abschließende Vernehmung noch nicht fertig. An sich ist das ja auch belanglos, weil hier in dem Prozeß festgestellt zu sein scheint, daß van der Lubbe kein Parteibuch hatte.

*Dimitroff:* Der Zeuge ist Ministerpräsident, Innenminister und Reichstagspräsident, und der Minister trägt die Verantwortung für seine Polizei? [110]

*Göring:* Jawohl!

*Dimitroff:* Ich frage: Was hat der Herr Innenminister am 28. und 29. Februar oder an den nächstfolgenden Tagen getan, damit durch die polizeiliche Untersuchung der Weg von van der Lubbe von Berlin nach Henningsdorf, sein Aufenthalt im Asyl in Henningsdorf, seine Bekanntschaft mit zwei anderen Leuten dort festgestellt und so die wahren Komplizen ausfindig gemacht werden? Was hat Ihre Polizei getan?

*Göring:* Ich habe mich selbstverständlich als Minister nicht wie ein Detektiv auf die Spuren begeben, sondern ich habe meine Polizei.

*Dimitroff:* Nachdem Sie als Ministerpräsident und Innenminister die Erklärung abgegeben hatten, daß die Kommunisten die Brandstifter seien, daß die Kommunistische Partei Deutschlands mit Hilfe von van der Lubbe, als ausländischem Kommunisten, das gemacht habe, mußte da nicht diese Ihre Einstellung für die polizeiliche Untersuchung und weiterhin für die richterliche Untersuchung die bestimmte Richtung festlegen und die Möglichkeit ausschalten, *andere Wege zu suchen* und die richtigen Reichstagsbrandstifter ausfindig zu machen?

*Göring:* Gesetzlich ist für die Kriminalpolizei von vornherein die Anweisung festgelegt, daß sie bei allen Verbrechen ihre Untersuchungen in jeder Richtung vorzutreiben hat, gleichgültig, wohin sie führen, überall, wo Spuren sichtbar werden. Ich selbst aber bin nicht Kriminalbeamter, sondern verantwortlicher Minister, und für mich war es deshalb nicht so wichtig, den einzelnen kleinen Strolch festzustellen, sondern die Partei, die Weltanschauung, die dafür verantwortlich war. Die Kriminalpolizei wird *allen* Spuren nachgehen, beruhigen Sie sich. Ich hatte nur festzustellen: Ist das Verbrechen außerhalb der politischen Sphäre begangen worden oder ist es ein politisches Verbrechen. Für mich war es ein politisches Verbrechen und ebenso war es meine Überzeugung, daß die Verbrecher in Ihrer *(zu Dimitroff)* Partei zu suchen sind. *(Schüttelt die Fäuste gegen Dimitroff [111] und schreit):* Ihre Partei ist eine Partei von Verbrechern, die man vernichten muß! Und wenn die richterliche Untersuchung sich in dieser Richtung hat beeinflussen lassen, so hat sie nur in der richtigen Spur gesucht.

*Dimitroff:* Ist dem Herrn Ministerpräsidenten bekannt, daß diese Partei, die „man vernichten muß“, den sechsten Teil der Erde regiert, nämlich die Sowjetunion, daß diese Sowjetunion diplomatische, politische und wirtschaftliche Beziehungen mit Deutschland unterhält und daß ihre wirtschaftliche Bestellungen Hunderttausenden von deutschen Arbeitern zugute kommen?

*Präsident (zu Dimitroff):* Ich verbiete Ihnen, hier kommunistische Propaganda zu betreiben!

*Dimitroff:* Herr Göring betreibt hier nationalsozialistische Propaganda. (*Wendet sich sodann zu Göring*): Diese bolschewistische Weltanschauung herrscht in der Sowjetunion, in dem größten und besten Lande der Welt, und hat hier, in Deutschland, Millionen Anhänger in Person der besten Söhne des deutschen Volkes. Ist das bekannt ...

*Göring (brüllend):* Ich will Ihnen sagen, was im deutschen Volke bekannt ist. Bekannt ist dem deutschen Volke, daß Sie sich hier unverschämt benehmen, daß Sie hierhergelaufen sind, um den Reichstag anzustecken. Aber ich bin hier nicht dazu da, um mich von Ihnen wie von einem Richter vernehmen und mir Vorwürfe machen zu lassen! Sie sind in meinen Augen ein Gauner, der direkt an den Galgen gehört.

*Präsident:* Dimitroff, ich habe Ihnen bereits gesagt, daß Sie hier keine kommunistische Propaganda zu treiben haben. Sie dürfen sich dann nicht wundern, wenn der Herr Zeuge derartig aufbraust! Ich untersage Ihnen diese Propaganda auf das strengste. Sie haben rein sachliche Fragen zu stellen.

*Dimitroff:* Ich bin sehr zufrieden mit der Antwort des Herrn Ministerpräsidenten.

*Präsident:* Ob Sie zufrieden sind, ist mir gleichgültig. Ich entziehe Ihnen jetzt das Wort. [112]

*Dimitroff:* Ich habe noch eine sachliche Frage zu stellen.

*Präsident (noch schärfer):* Ich entziehe Ihnen jetzt das Wort.

*Göring (brüllt):* Hinaus mit Ihnen, Sie Schult!

*Präsident (zu den Polizisten):* Führt ihn hinaus!

*Dimitroff (den die Polizeibeamten bereits gepackt hatten):* Sie haben wohl Angst vor meinen Fragen, Herr Ministerpräsident?

*Göring (Dimitroff nachrufend):* Warten Sie nur, bis wir Sie außerhalb der Rechtsmacht dieses Gerichtshofes haben werden! Sie Schuft, Sie!

[113]

**AN DEN HERRN PRÄSIDENTEN DES IV. STRAFSENATS DES  
REICHSGERICHTS, DR. BÜNGER**

6. November 1933

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich bitte den Senat, zu meinem folgenden Beweisantrag Stellung zu nehmen.

*Beweisantrag*<sup>70</sup>

Im Zusammenhang mit der bekannten These der Anklageschrift, daß der Reichstagsbrand als Auftakt eines kommunistischen bewaffneten Aufstandes zu betrachten ist, sowie im Zusammenhang mit der Erklärung des preußischen Innenministers und Ministerpräsidenten Herrn Göring, daß er seit dem 1. Februar bereits irgendwelche bewaffnete Aktionen seitens der KPD erwartet habe, beantrage ich als Beweismittel *von der Kanzlei des preußischen Kabinetts, vom preußischen Innenministerium, vom Kriegsministerium und vom Berliner Polizeipräsidium authentische Dokumente bezüglich damals getroffener Gegenmaßnahmen herbeizuschaffen.*

Durch diese Dokumente (Beschlüsse des Kabinetts, Befehle des Innen- und Kriegsministeriums, Anordnung der Polizeipräsidenten usw.) soll man versuchen, klarzustellen:

1. Ob zwischen dem 1. Februar und 5. März (Tag der Reichstagswahlen) und insbesondere am Vorabend des Reichstagsbrandes, in der Nacht nach dem Brande und am darauffolgenden Tag die betreffenden staatlichen Behörden und die bewaffneten Kräfte des Staates, in Erwartung eines bestimmten [114] Aufstandes, tatsächlich eingesetzt worden sind, und wenn ja, von welcher Seite diese Gefahr damals erwartet wurde, sowie, ob irgendwelche tatsächlichen Versuche zu solchem Aufstand oder anderen bewaffneten Aktionen in dieser Zeit festgestellt worden sind.

2. Ob nicht im Gegenteil alle damaligen Maßnahmen auf die Unterdrückung der Wahlkampagne der Kommunistischen Partei, der Sozialdemokratie und sogar anderer oppositioneller Parteien gerichtet waren (Massenverhaftungen, Verbot der Presse, Beschlagnahme von Wahlmaterialien, Schließung der Parteihäuser und Wahllokale, Einschüchterung der oppositionellen Wählermassen usw.) und in erster Linie auf die Ausrottung der sogenannten bolschewistischen und marxistischen Pest, und gerade zu diesem Zweck auch der Reichstagsbrand selbst als sehr günstiger Anlaß ausgenutzt worden ist.

G. Dimitroff

[115]

---

<sup>70</sup> Die ganze Anklage der faschistischen Behörden gegen G. Dimitroff und die KPD stütze sich auf die provokatorische These, daß die Reichstagsbrandstiftung als Signal für den bewaffneten Aufstand im ganzen Land dienen sollte, den angeblich die Komintern zum Sturz der bestehenden Staatsordnung vorbereitet habe. Auf dem Prozeß waren sowohl die faschistischen Führer wie Göring, Goebbels und Helldorf als auch die Angestellten niederen Ranges wie Lösche und Heller und die einfachen Polizeibeamten eifrig bemüht, in ihren Aussagen diese These zu bekräftigen.

Gegen diese Behauptung richtete G. Dimitroff seinen Schlag: Durch die Forderung nach Dokumenten, die von den von der Regierung getroffenen Maßnahmen gegen den angeblich vorbereiteten Aufstand zeugen könnten, durch seinen Antrag auf Ladung des Verfassers der von den Faschisten fabrizierten Broschüre „Bewaffneter Aufstand“, durch seine Fragen an die Zeugen Lösche, an Kriminalbeamte, an Göring und Goebbels führte er den Nachweis, daß niemand in den regierenden Kreisen Deutschlands einen Aufstand erwartet hatte und daß daher auch keine Maßnahmen zu seiner Vereitelung getroffen worden waren. Damit war die völlige Haltlosigkeit und Verlogenheit dieser These der faschistischen Anklage bewiesen.

**AUS DEM STENOGRAMM DER GERICHTS VERHANDLUNG  
AM 8. NOVEMBER 1933**

*Aus der Vernehmung Goebbels*

*Dimitroff:* Der Zeuge hat erklärt, daß nach Überzeugung des ganzen Kabinetts die Reichstagsbrandstiftung ein Auftakt zum bewaffneten Aufstand seitens der KPD sein sollte. Ich möchte wissen, ob am 26. Februar, am 27. Februar oder an den nächsten Tagen nach dem Reichstagsbrand ein Beschluß des Kabinetts für die Einsetzung aller Behörden und aller bewaffneten Kräfte gegen einen erwarteten Aufstand seitens des deutschen Proletariats und der deutschen Kommunistischen Partei gefaßt worden ist. *Gibt es einen solchen Beschluß*, ein authentisches Dokument oder nicht?

*Goebbels:* Das war Sache des Polizeiministers.

*Dimitroff:* Weiß der Zeuge, ob damals im Polizeiministerium und im Kriegsministerium der Einsatz bewaffneter Kräfte gegen den zu erwartenden kommunistischen Aufstand angeordnet war?

*Goebbels:* Herr Dimitroff scheint mich mit dem Kriegsminister oder dem Polizeiminister zu verwechseln. Ich bin aber der Propagandaminister und habe mit der Kriegsführung nichts zu tun. Ich nehme an, daß der Polizeiminister die entsprechenden Maßnahmen getroffen hat, der Wehrminister wahrscheinlich nicht. Herr Dimitroff scheint die kommunistische Gefahr bei uns doch für zu groß und gefährlich anzusehen, wenn er meint, daß dagegen die deutsche Armee aufgeboten werden müßte. Es genügt vollkom-[116]men, die SA und SS einzusetzen, um die Kommunisten bei uns in einem Moment niederzuwerfen.

*Präsident:* Dem Zeugen ist darin beizutreten, daß er nicht verpflichtet ist, über andere Ressorts Auskunft zu geben.

*Dimitroff:* Ich werde nachher einen Beweisantrag in dieser Richtung stellen. Als Reichspropagandaminister und Propagandaleiter der NSDAP weiß aber der Zeuge wohl, daß die Reichstagsbrandstiftung sofort seitens der Regierung und besonders des Propagandaministeriums ausgenutzt wurde als Auftakt für die Unterdrückung der Wahlagitation der Kommunistischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei und anderer oppositioneller Parteien?

*Goebbels (bestreitet, daß besondere propagandistische Maßnahmen nach dem Brande durch geführt wurden).*

*Dimitroff:* Hat der Zeuge nicht selbst im Rundfunk nicht nur die Kommunistische Partei, sondern auch die Sozialdemokratische Partei als Urheberin des Brandes hingestellt? Nach diesen Reden sowie nach den Erklärungen des Ministers Göring und anderer Regierungsmänner waren die Urheber des Brandes nicht nur die Kommunisten, sondern auch die Sozialdemokratische Partei.

*Präsident:* Inwiefern steht das im Zusammenhang mit der Frage, wer den Reichstag in Brand gesetzt hat?

*Goebbels:* Ich will die Frage gern beantworten. Ich habe den Eindruck, daß Dimitroff vor diesem Gericht Propaganda für die Kommunistische bzw. Sozialdemokratische Partei machen und sie verteidigen will. Ich weiß, was Propaganda ist, und er braucht nicht den Versuch zu machen, mich durch solche Fragen aus der Ruhe zu bringen. Das wird ihm nicht gelingen. Wenn wir die Kommunisten der Urheberschaft anklagen, so war die ununterbrochene Verbindung zur Sozialdemokratie gegeben. Für uns bestehen die Unterschiede beider Parteien nur in der Taktik und im Tempo, nicht aber im Grundsatz. Wenn wir also den Kommunismus als schärfste [117] Form des Marxismus, als Urheber des Reichstagsbrandes betrachten, so war damit selbstverständlich auch unsere Aufgabe gegeben, mit der Kommunistischen Partei auch die Sozialdemokratie zu vernichten.

*Dimitroff:* Im Herbst 1932 unter der Regierung Papen<sup>71</sup> und Schleicher<sup>72</sup> sind eine Reihe von Bombenattentaten in Deutschland unternommen worden. Deswegen waren auch Prozesse, und es wurden einige Todesurteile über Nationalsozialisten gefällt. Ich frage, ob diese Terrorakte im Jahre 1932 nicht die Sache der Nationalsozialisten sind?

*Goebbels:* Es ist möglich, daß von außen Provokateure in die NSDAP hineingeschickt worden sind. Um die Einhaltung ihrer legalen Linie zu sichern, hat die Nationalsozialistische Partei sogar eine schwere Krise auf sich genommen bei der Ausschließung des radikalen Stennesflügels.

*Dimitroff:* Nationalsozialisten, die einen Gegner ermordet hatten und deshalb zum Tode verurteilt wurden, sind vom Reichskanzler Hitler feierlich und demonstrativ begrüßt worden. Ist das dem Zeugen bekannt?

*Goebbels:* Der Führer glaubte, diese Leute, die ja subjektiv im Interesse des Vaterlandes richtig zu handeln geglaubt haben, vor dem Schafott nicht im Stich lassen zu dürfen, und er hat ihnen deshalb ein Begrüßungstelegramm geschickt.

*Dimitroff:* Ist er richtig, daß die Nationalsozialistische Partei eine Amnestievorlage durchgesetzt hat für alle Terrorakte, die zum Zweck der nationalsozialistischen Bewegung gemacht worden sind?

*Goebbels:* Wenn Leute sich gegen den roten Terror zur Wehr setzen, so konnten wir diese Männer, die zur Rettung der deutschen Nation ihre Taten begangen hatten, nicht ins Gefängnis wandern lassen.

*Dimitroff:* Weiß der Zeuge, daß in Deutschland viele politische Morde begangen wurden? Es wurden die kommunistischen Führer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordet ... [118]

*Präsident:* Halt! Halt! Wir haben hier aufzuklären, wer den Reichstag in Brand gesteckt hat. Da kann man nicht so weit in die Vergangenheit zurückkehren.

*Goebbels:* Es wäre zweckmäßiger, wenn wir bei Adam und Eva anfangen. Als diese Morde geschehen, existierte unsere Bewegung noch nicht.

*Dimitroff:* Weiß der Zeuge, daß deutsche Staatsmänner wie Erzberger<sup>73</sup> und Rathenau<sup>74</sup> von Kreisen der Rechten ...

*Präsident (unterbricht)* Ich werde diese Frage sofort zurückweisen, es sei denn, daß der Minister darauf zu antworten wünscht ...

*Goebbels:* Ich will mich nicht an diesen Fragen vorbeidrücken. Die Ermordung Erzbergers und Rathenaus ist nicht von nationalsozialistischen Kreisen geschehen. Damals war diese Bewegung noch eine ganz kleine Gruppe ...

*Präsident:* Dimitroff, daß ist die zweite Frage, die ich zurückweisen muß. Sie erinnern sich vielleicht früherer Vorgänge ...\*

*Dimitroff:* Sind die Kreise, die solche Dinge in Deutschland gemacht haben, nicht jetzt die Verbündeten der Nationalsozialisten?

*Goebbels:* Ich weiß im einzelnen nicht, wer die Täter waren. Zum Teil sind sie ins Ausland geflüchtet, zum Teil von der preußischen Polizei erschossen worden, oder sie haben sich selbst erschossen. Die Leute existieren zum größten Teil nicht mehr, und ich interessiere mich für sie nicht.

---

<sup>71</sup> FRANZ VON PAPEN (1879–1969) – 1932 Reichskanzler; ebnete der faschistischen Diktatur in Deutschland den Weg. 1933/34 Hitlers Vizekanzler. Während des zweiten Weltkrieges Botschafter in der Türkei, von wo aus er die deutsche Spionage und die antisowjetischen Provokationen leitete. Vom Nürnberger Gericht verurteilt, doch auf Fürsprache der amerikanischen, englischen und französischen Mitglieder des Gerichts 1949 aus dem Gefängnis entlassen.

<sup>72</sup> KURT VON SCHLEICHER (1882–1934) – General und Staatsmann. 1932 Reichswehrminister im Kabinett Papen, nach dessen Rücktritt Reichskanzler.

<sup>73</sup> MATTHIAS ERZBERGER (1875–1921) – deutscher Staatsmann, Führer des linken Flügels der Zentrumspartei.

<sup>74</sup> WALTHER RATHENAU (1867–1922) – deutscher Politiker. Trat für eine Verständigung mit der Entente und gleichzeitig für eine Annäherung an die UdSSR ein. Während der Weltwirtschaftskonferenz in Genua (1922) unterzeichnete er den Rapallovertrag mit der Sowjetunion. 1922 wurde er von den Faschisten ermordet.

\* Der Präsident meint die Entfernung Dimitroffs aus dem Gerichtssaal, weil er Fragen gestellt hatte, durch die die faschistischen Reichstagsbrandstifter entlarvt wurden.



*Oberreichsanwalt Dr. Werner:* Ich finde es sehr entgegenkommend, daß der Minister diese Frage beantwortet, aber ich glaube, es wäre doch richtiger, diese Fragen überhaupt nicht beantworten zu lassen, denn sie werden nur gestellt, um in einer gewissen Richtung Propaganda zu treiben!

*Goebbels:* Ich beantworte die Fragen Dimitroffs nur, damit ich ihm und der Weltpresse nicht Gelegen-[119]heit gebe zu behaupten, daß ich mich vor der Beantwortung einer Frage verkrochen und gedrückt hätte. Ich habe anderen Leuten Rede und Antwort gestanden als diesem kleinen kommunistischen Agitator.

*Dimitroff:* Alle diese Fragen hängen zusammen mit der politischen Anklage gegen mich. Meine Ankläger behaupten, daß durch den Reichstagsbrand eine gewaltsame Änderung der deutschen Verfassung erreicht werden sollte. Ich frage, welche Verfassung am 30. Januar und am 27. Februar in Deutschland herrschte?

*Goebbels:* Es herrschte die Verfassung von Weimar. Ob sie gut oder schlecht war, ist belanglos. Aber sie war legal, und wir haben sie anerkannt. Die Änderung wollten wir nicht den Kommunisten überlassen, sondern wir haben sie uns selbst vorbehalten. Die bereits vorgenommenen Verfassungsänderungen hielt ich für ungenügend.

*Dimitroff:* Das ist ein Beweis, daß Sie nicht die deutsche Verfassung respektieren.

*Präsident (schreit):* Lassen Sie die Verfassungsfrage beiseite!

*Dimitroff:* Herr Minister, ist Ihnen bekannt, daß in Österreich und der Tschechoslowakei Ihre Gesinnungsgenossen, die Nationalsozialisten, auch illegal arbeiten müssen, illegale Propaganda machen müssen und mit falschen chiffrierten Adressen und chiffrierter Korrespondenz arbeiten?

*Goebbels:* Es scheint, daß Sie die nationalsozialistische Bewegung beleidigen wollen. Ich antworte Ihnen mit Schopenhauer: „Jeder Mensch verdient, daß man ihn ansieht, aber nicht, daß man mit ihm redet.“

*Dimitroff:* Ich stelle einen Beweisantrag. Die These von dem Reichstagsbrand als Auftakt zum bewaffneten Aufstand soll in Zusammenhang gebracht werden mit den Aussagen von Göring und Goebbels ...

*Präsident:* Stellen Sie den Antrag schriftlich.

*Dimitroff:* Nach der Strafprozeßordnung kann das auch mündlich geschehen. [120]

*Präsident:* Nein. Jetzt soll erst die Vernehmung des Ministers Goebbels abgeschlossen werden.

*Dimitroff:* Ich möchte mit dem Beweisantrag ...

*Präsident:* Ich verbiete Ihnen, den Inhalt des Beweisantrages vorzutragen. Der Senat wird über Ihren schriftlichen Antrag beschließen.

[121]

## AUS DEM STENOGRAMM DER GERICHTSVERHANDLUNG AM 13. NOVEMBER 1933

*Fragen an van der Lubbe\**

*Dimitroff:* Herr Präsident, hat Lubbe nicht verstanden, daß diese Anklage über die Reichstagsbrandsache eigentlich als eine Anklage gegen den deutschen Kommunismus und gegen den Weltkommunismus beabsichtigt ist, wie die deutsche Presse schreibt? Hat er das verstanden oder nicht?

*Präsident:* Ja, was ist daraus zu folgern? Nehmen wir mal an, er hätte es verstanden, was ist das für eine Schuldfrage?

*Dimitroff:* Wenn er das verstanden hat, möchte ich van der Lubbe doch fragen, warum er als ein Mann, als ein Arbeiter, der, wie er sagt, mit ehrlichen Absichten gehandelt hat, warum er zwei Monate in dieser Hauptverhandlung mit seiner Schweigsamkeit, mit seinem besonderen Verhalten diese ungeheure Hetze gegen den Kommunismus geduldet hat.

*Präsident:* Ruhe!

*Dimitroff:* Die Anklageschrift ist ausgenützt für [122] eine solche Hetze gegen den Kommunismus in Deutschland.

Ich möchte noch einige Fragen stellen! Erste Frage: Ist van der Lubbe in Deutschland einmal unter einem anderen Namen gewesen? Unter dem Namen van Bergen?

*Van der Lubbe:* Nein!

*Dimitroff:* Van der Lubbe hat bei seiner Festnahme und seiner ersten polizeilichen Vernehmung gesagt, er sei Mitglied der holländischen Kommunistischen Partei. Hat er so etwas gesagt?

*Van der Lubbe:* Das habe ich niemals gesagt.

*Rechtsanwalt Seuffert:* Das ist auch nie behauptet worden.

*Dimitroff:* Er hat aber dieses Vernehmungsprotokoll unterschrieben.

*Präsident:* Wir müssen erst feststellen, ob diese Äußerung auch tatsächlich im Protokoll enthalten ist.

*Dimitroff:* Hat van der Lubbe ausgesagt, daß er Kommunist ist?

*Präsident:* Dazu müssen wir erst mal die Protokolle selbst einsehen, sonst stoßen wir in der Luft herum ...

*Dimitroff:* Ich habe früher einmal ausdrücklich erklärt, ich persönlich als Kommunist und Revolutionär würde van der Lubbe nie fragen, wer seine Komplizen gewesen seien, wenn seine Tat eine revolutionäre Tat gewesen wäre. Weil aber diese Tat eine konterrevolutionäre Tat ist, deswegen habe ich immer schon verlangt und darauf gedrängt, daß er über seine Mittäter oder Hintermänner klare Aussagen macht. Das hat er bis jetzt nie getan. Er verneint, daß jemand anders mit ihm gewesen ist. Hier sitzen aber vier andere Angeklagte, die der Beteiligung am Reichstagsbrand beschuldigt sind. Van der Lubbe hat auch gehört, was der Ministerpräsident Göring an meine Adresse gesprochen hat. Er hat gehört, daß Herr Göring mich als Reichstagsbrandstifter bezeichnet hat, den man an den Galgen schicken müßte ... Ich frage, warum hat van der Lubbe, der jetzt zwei [123] Monate mit uns auf einer Anklagebank sitzt und allen Verhandlungen beigewohnt hat, noch nicht ganz klar und deutlich alles, was notwendig ist, zur Aufklärung des Sachverhalts ausgesagt, damit mit dem Prozeß endlich Schluß gemacht werden kann? Er hat selbst, Herr Präsident, sich beklagt, daß er schon acht Monate dauert.

---

\* Am gleichen Tage, am 13. November 1933, wurden zwei Landstreicher, Müller und Organistka, als Zeugen vernommen, mit denen van der Lubbe angeblich schon ein Jahr früher zusammengetroffen war und, wie der Oberreichsanwalt behauptete, „revolutionäre Gespräche“ geführt haben sollte. Nach dem Verhör dieser Landstreicher richtete Dimitroff an van der Lubbe eine Reihe von Fragen, um das Manöver des Anklagevertreters und die von ihm vorgeschobenen Zeugen zu entlarven.

*Präsident:* Ja, ja, das wissen wir ja alles.

*Dimitroff:* Nun bitte, warum?

*Van der Lubbe:* Weil ich einen gewöhnlichen Prozeß erwartete, an einen solchen Prozeß dachte und ihn wünschte.

*Präsident:* Das war nicht sehr klar. Aber das sind innere Tatsachen.

*Dimitroff:* Keine Antwort!

*Präsident:* Nein, nein!

*Dimitroff:* Noch keine Antwort! ... Ich habe eine letzte Frage: Ist es möglich, daß es bei der Brandlegung so gewesen ist, daß van der Lubbe mit jemand über eine Protestaktion gesprochen hat gegen ein System, eine Gesellschaftsordnung oder dergleichen? Diese Protestaktion sollte die Ansteckung des Reichstages selbst sein. Dann ist van der Lubbe in den Reichstag eingestiegen, hat den Brand angelegt. In derselben Zeit aber hat dieser Jemand auf einem anderen Wege den Plenarsaal erreicht und durch andere Mittel das Feuer im Plenarsaal vorbereitet, vielleicht auch selbst angesteckt. Wenn das so ist, kann van der Lubbe die anderen Leute persönlich nicht kennen.

*Präsident:* Das wissen wir ja alles.

*Dimitroff:* Er wird vielleicht auch denjenigen, mit dem er vereinbart hat, persönlich nicht kennen. Ich möchte ihn fragen, durch Sie, Herr Präsident, ob eine solche Sache nicht vorgekommen ist, ob van der Lubbe nicht ein mißbrauchtes Werkzeug gewesen ist.

[124]

**AUS DEM STENOGRAMM DER GERICHTSVER HANDLUNG  
AM 13. NOVEMBER 1933**

*Aus der Vernehmung des Zeugen Gärtner\**

*Dimitroff:* Erlauben Sie, Herr Präsident! Ich stelle den Beweisantrag, den Chefredakteur des „Völkischen Beobachters“ und den Berichterstatter über den Reichstagsbrandprozeß als Zeugen hier zu vernehmen. Beweisthema: Wann und in welchem Sinne, in welcher Form wurde vom „Völkischen Beobachter“ die deutsche öffentliche Meinung informiert?

*Präsident:* Halt! Wann und in welchem Sinne wurde die öffentliche Meinung vom „Völkischen Beobachter“ über den Reichstagsbrand informiert? So lautet Ihr Beweisantrag?

*Dimitroff:* Zweitens: Wann hat die Redaktion des „Völkischen Beobachters“ die Mitteilung oder das Interview oder die Erklärung von Herrn Ministerpräsidenten Göring erhalten, in welcher Stunde, möglichst in welcher Minute?

*Präsident:* Ich habe Ihnen schon gesagt, daß es praktisch ist, diesen Beweisantrag schriftlich zu stellen, weil es sonst zu lange aufhält.

*Dimitroff:* Ich stelle ihn auch schriftlich.

*Präsident:* Wir wollen sehen, ob es auch mündlich geht. – Nun kommt der dritte.

*Dimitroff:* Wann und zu welcher Stunde hat der „Völkische Beobachter“ ein Interview des Ministers [125] Göring gehabt? Nämlich dieses Interview, diese Erklärung des Ministerpräsidenten, wo ganz falsch, irrtümlich, tendenziös darüber gesprochen wurde, daß ein Parteimitgliedsbuch bei dem van der Lubbe gefunden worden sei und diese Erklärung, wo ganz irrtümlich ...

*Präsident:* Wir haben schon verstanden!

*Dimitroff:* Diese Erklärung, wo ganz irrtümlich über eine Verbindung von Torgler mit der Reichstagsbrandsache gesprochen wurde. Wann und in welcher Stunde?

*Präsident:* Sie brauchen den Zeugen gar nicht zu fragen. Es ist noch nicht beschlossen, daß diesem Beweisantrag stattgegeben wird.

*Dimitroff:* Drittens ...

*Präsident:* Nein, das war schon drittens.

*Dimitroff:* Eine weitere Frage, ob der Berichterstatter des „Völkischen Beobachters“, Job Zimmermann, der einen Artikel in dieser Zeitung veröffentlicht hat, der selbst persönlich mit dem bulgarischen König Boris und mit dem bulgarischen Ministerpräsidenten nach dem Kathedrale-Attentat gesprochen hat und dem der König Boris und der Ministerpräsident gesagt haben, daß Georgi Dimitroff, der Drahtzieher, der Urheber des Sofioter Kathedrale-Attentats, zum Tode verurteilt ist, wegen des Sofioter Kathedrale-Attentats, ob dieser Job Zimmermann, dessen Ladung ich als Zeugen beantragt habe, was der Hohe Senat abgelehnt hat, nicht Herr Dr. Dröscher selbst ist. Eine andere Frage werde ich noch stellen, wenn er kommt.

*Präsident:* Über diesen Beweisantrag wird der Senat beraten.

*Dimitroff:* Ich bitte, meinen Antrag anzunehmen. Dazu möchte ich folgende Fragen an den Herrn Oberreichsanwalt stellen, ob für meine Herren Ankläger, für die Reichsanwaltschaft, nach Vorlesung der offiziellen Mitteilung der bulgarischen Regierung über meine Vorstrafen feststeht, daß ich, Georgi Dimitroff, wegen des Sofioter Kathedrale-Attentats weder angeklagt noch verurteilt bin, steht das fest? [126]

*Oberreichsanwalt Dr. Werner:* Ich habe gar nichts festzustellen. Aber ich kann nur sagen, daß heute eine offizielle Mitteilung der bulgarischen Regierung bei mir eingegangen ist, wonach Georgi Dimitroff und der in dem Kathedrale-Attentat verurteilte Stefan Dimitrov nicht identisch sind.

---

\* Redakteur des „Völkischen Beobachters“.

*Dimitroff:* Brauchen Sie Beweismaterial dafür, daß ich wegen dieser Sache nie angeklagt und nicht verurteilt bin?

*Oberreichsanwalt Dr. Werner:* Das habe ich nie behauptet, daß Sie deswegen angeklagt und deswegen verurteilt worden sind.

*Dimitroff:* Sagen Sie das dem „Völkischen Beobachter“ und der ganzen deutschen Presse, Herr Oberreichsanwalt!

*Präsident:* Nun schweigen Sie!

[127]

## AUS DEM STENOGRAMM DER GERICHTSVERHANDLUNG AM 15. NOVEMBER 1933

*Dimitroff:* Dazu habe ich an den Herrn Präsidenten eine Bitte. Ich habe wiederholt gesagt: Ich verteidige mich allein. Ich möchte bitten, von jeder Vormundschaft hier vor dem Gericht befreit zu werden. Ich brauche stenographische Protokolle wie andere Verteidiger und wie meine Ankläger. Ich habe am 27. Oktober eine schriftliche Bitte an den Herrn Präsidenten in dieser Frage gerichtet. Bis jetzt habe ich keine direkte Antwort. Inzwischen hat mir Herr Dr. Teichert einen Brief an ihn adressiert, gezeigt, wo steht, nach seinem Ermessen werde ich Einsicht in die stenographischen Protokolle bekommen. Das halte ich für eine Benachteiligung meiner Selbstverteidigung durch das Reichsgericht. Ich bitte, Schluß zu machen mit ...

*Präsident (ruft ihn zur Ordnung).*

*Dimitroff:* Ich möchte, Herr Präsident, nur mein natürliches und gesetzliches Recht, mich zu verteidigen, wie ich es verstehe, wie ich will, wie ich es beabsichtige, wie es mein Drang ist, wie es mein Interesse ist. Die Möglichkeit möchte ich haben; wie Dr. Teichert mich offiziell verteidigt, interessiert mich nicht so sehr. Ich mache ihm keine Vorwürfe. Ich möchte mit einem bulgarischen Sprichwort antworten ...

*Präsident:* Lassen Sie die Sprichwörter beiseite und sagen Sie jetzt, was Sie denn nun wollen. Dann werden wir darüber noch mal beschließen. [128]

*Dimitroff:* Ich brauche, Herr Präsident, die stenographischen Protokolle, die ja keine Geheimnisse sind.

*Präsident:* Also erstens: Sie wollen die stenographischen Protokolle haben. Die ganzen?

*Dimitroff:* Die ganzen.

*Präsident:* Und zweitens, was noch?

*Dimitroff:* Daß man mir das „Braunbuch“ nicht aushändigt, verstehe ich. Ich kann aber nicht verstehen, daß man die stenographischen Protokolle.

*Präsident:* Also zweitens:

*Dimitroff:* Ich brauche eine Reihe Auszüge aus den Akten selbst. Ob das durch Dr. Teichert geschehen wird oder unmittelbar an mich durch einen Beamten des Gerichts, das ist gleichgültig.

*Präsident:* Also Auszüge woraus? Aktenauszüge?

*Dimitroff:* Aktenauszüge.

*Präsident:* Weiter. – Also weiter ist nichts.

*Dimitroff:* Das ist das Wichtigste. Das brauche ich für meine Verteidigung.

*Präsident:* Darüber wird der Senat beraten. – Wir gehen jetzt weiter ...

*Dimitroff:* Ich möchte bemerken: Das sehr wichtige stenographische Protokoll der Sitzung vom 7. November – die Aussage des Zeugen Hellmer und die Gegenüberstellung\* – habe ich erst am 13. oder 14. November von Herrn Dr. Teichert bekommen. Und wenn ich mich daran erinnere, wie man mir gesagt hat, daß man mich als Angeklagten korrekt behandeln will, dann wundere ich mich, daß Herr Dr. Teichert mir dieses Protokoll nicht schon am nächsten oder übernächsten Tage gegeben hat. Deswegen möchte ich von dieser Vormundschaft befreit werden ...

*Reichsanwalt:* Ich bitte, den Angeklagten Dimitroff mal zu fragen, ob der Anzug, den er jetzt trägt, aus der Zeit her stammt, in der er noch viel korpulenter war. Er sitzt nach meiner Meinung wie angegossen, so daß er eigentlich wenn er diesen Anzug früher [129] trug, nicht erheblich korpulenter gewesen sein könnte als heute.\*\*

---

\* Es handelt sich um die Aussage an dem Tage, als Dimitroff aus der Gerichtssitzung ausgeschlossen war.

\*\* Einer der von der Staatsanwaltschaft speziell „abgerichteten“ Zeugen hatte behauptet, er habe Dimitroff im Reichstag kurz vor dem Brande gesehen und ihn im Gerichtssaal erkannt. Daraufhin richtete Dimitroff an ihn die Frage, woran

*Präsident:* Haben Sie den Anzug früher schon getragen?

*Dimitroff:* Diesen Anzug habe ich vor 5 oder 6 Jahren getragen, eine kurze Zeit, wo ich wirklich auch magerer gewesen bin, und jetzt ist er mir sogar sehr weit, sehr breit. Sie können, Herr Reichsanwalt, im Gefängnis durch unsern Doktor feststellen lassen, wieviel Pfund ich abgenommen habe. Über 20 Pfund leichter bin ich in dieser Zeit geworden. Über 10 Kilo Gewichtabnahme! Das macht, glaube ich, schon etwas aus.

*Präsident:* Es ist gut!

*Dimitroff:* Wenn Sie schlank werden wollen, kommen Sie nach Moabit! (*Heiterkeit im Saal*)

[130]

---

der Zeuge ihn erkannt haben könnte, denn er sei stark abgemagert und habe sich während der Gefängnishaft äußerlich sehr verändert.

Um die Lage zu retten, stellte der Reichsanwalt an Dimitroff mehrere Fragen auch bezüglich des Anzuges, und erhielt die gebührende Antwort.

**AUS DEM STENOGRAMM DER GERICHTSVERHANDLUNG  
AM 23. NOVEMBER 1933**

*Aus der Vernehmung des Angeklagten van der Lubbe*

*Dimitroff:* Herr Präsident! ...

*Präsident:* Ich will Ihnen von vornherein folgendes sagen: lediglich kurze Anträge bei mir, worüber ich ihn fragen soll, ohne jede Einleitung! Das ist Punkt 1. Punkt 2 ist, daß Sie nicht, wie heute vormittag schon von Ihnen angefangen wurde, gewissermaßen ein Plädoyer halten, auch nicht annähernd. Das Dritte ist, daß Sie nicht so tun, als wenn Sie den Angeklagten vernehmen wollten, Sie wissen ganz genau, was ich meine, Dimitroff. Diese drei Dinge müssen Sie vermeiden, sonst könnte ich Sie nicht weiter zum Wort zulassen.

*Dimitroff:* Es ist heute leider nicht viel herausgekommen, aber ich möchte doch einige Fragen stellen.

*Präsident:* An mich, Anträge.

*Dimitroff:* Erstens möchte ich wissen, ob van der Lubbe vor der Hauptverhandlung die Anklageschrift studiert, gelesen und verstanden hat. Hat er sie in holländischer Übersetzung gehabt oder nur den deutschen Text, wie alle anderen Angeklagten die Anklageschrift gehabt haben?

*Präsident:* Das ist zwar keine Frage zur Sache. Die Fragen, die die Prozeßordnung meint, betreffen, wie ich auch schon gesagt habe, die Schuldfrage und nichts anderes; aber trotzdem will ich fragen: Haben [131] Sie die Anklageschrift verstanden, die Ihnen doch zugestellt worden ist? Haben Sie sie selbst verstehen können, oder ist sie Ihnen übersetzt worden, oder ist Ihnen der wesentliche Inhalt mitgeteilt worden?

*Dolmetscher:* „Die Anklageschrift“, sagte er zunächst. Dann: „Als ich festgenommen wurde, hatte ich klar eine Vorstellung davon.“ – Dann kommen verschiedene einzelne Sätze, die er nicht zu Ende bringt, und dann sagt er nachher: „Im Gefängnis war etwas mit den Stimmungen oder Stimmen von Leuten. Nachher konnte ich es selbständig nicht mehr lesen, weil da die Wächter waren. Aber ich habe es wohl bis zu Ende gelesen.“

*Präsident:* Ob er das verstanden hat, was ihn betrifft?

*Van der Lubbe:* Nein, nicht gänzlich! Was ich daraus gelesen habe, habe ich nicht gänzlich verstanden.

*Präsident:* Aber er ist ja sehr oft in der Voruntersuchung vernommen worden. Da ist ihm doch alles vorgehalten worden.

*Dimitroff:* War denn der Herr holländische Übersetzer nicht beauftragt, dem van der Lubbe die Anklageschrift in die holländische Sprache zu verdolmetschen?

*Präsident:* Vielleicht kann Herr Rechtsanwalt Seuffert darüber Auskunft geben, wie das gehalten worden ist. Sie haben doch mit dem Angeklagten öfter mal gesprochen.

*Rechtsanwalt Seuffert:* Ich habe es einmal versucht, da hat er mich glatt abgewiesen. Er hat mit mir überhaupt nicht gesprochen, und bei jeder Gelegenheit hat er mich wieder abgewiesen.

*Präsident:* Ach so, er hat ja gesagt, er wolle keinen Verteidiger haben.

*Dimitroff:* Also er hat die Anklageschrift nicht verstanden.

*Präsident:* Das hat er ja nicht gesagt. Herr Dolmetscher, wiederholen Sie, was er gesagt hat! Hat er die Sachen verstanden, die ihn betreffen? [132]

*Dolmetscher:* Da sagte er: „Nicht gänzlich.“ – Jetzt sagt er: „Ich habe sie nicht ganz verstanden.“

*Präsident:* Er sagte doch mal, er hätte die Hälfte allein gelesen. Es kommt ja an sich nicht darauf an, denn es ist ihm ja nichts verborgen geblieben, was ihm zur Last gelegt wird. Er hat den Tatbestand, der ihn betrifft, ganz genau verstanden.



*Dimitroff:* Hat van der Lubbe durch die Anklageschrift verstanden, daß die These, der Reichstagsbrand sei ein Auftakt oder ein Signal zum bewaffneten Aufstand, auf seine angeblichen Aussagen während der Untersuchung aufgebaut oder gegründet ist? Hat er das verstanden?

*Präsident:* Haben Sie aus der Anklageschrift gesehen, daß da so etwas drin steht – ich habe Sie heute auch schon darüber gefragt –, daß dieser Brand ein Signal oder ein Zeichen sein sollte für einen Aufstand?

*Van der Lubbe:* Nein, das habe ich nicht verstanden.

*Dimitroff:* Hat er nicht während unserer Hauptverhandlung und während seiner eigenen Vernehmung verstanden, daß auf seine eigene Aussage hin eine solche These, eine solche Anklage gegen fünf Angeklagte hier erhoben ist, und wenn er das verstanden hat, warum hat er es nicht widerlegt, warum hat er nicht von Anfang an gesagt das, was er heute hier sagt?

*Dolmetscher:* Van der Lubbe sagt darauf: „Das übersteigt die Kräfte des Menschen. Vorhin konnte ich Ihnen“ (*dann*) „jetzt kann ich Ihnen“ (*zum Präsidenten*) „antworten“. Ich weiß nicht, ob er noch etwas sagen wollte.

*Präsident:* Sagen Sie ihm mal, er braucht nur mir zu antworten, ich werde ihm die Fragen stellen. – Van der Lubbe, ich will Sie noch mal fragen: Haben Sie das aus der Anklageschrift verstanden, daß darin steht, diese Inbrandsetzung soll ein Zeichen für einen beginnenden Aufstand sein?

*Van der Lubbe:* Nein.

*Präsident:* Die Frage von Dimitroff geht anschei-[133]nend dahin, ob sich der Angeklagte nicht gesagt hat, daß er durch diese Aussage oder durch das, was in der Anklage steht, was er ausgesagt haben soll, die anderen Angeklagten belastet. So ist Ihre Frage wohl gemeint gewesen. (*Dimitroff:* Ja, das ist es!) Van der Lubbe, haben Sie das verstanden? Haben Sie sich nicht gesagt, wie Sie nun die Anklage gesehen haben oder wie Ihnen daraus Mitteilung gemacht wurde, daß dadurch die vier anderen Angeklagten belastet wurden – keineswegs allein, meines Erachtens, daß es aber mit zu ihrer Belastung beiträgt.

*Van der Lubbe:* Das habe ich nicht gesagt. Ich habe niemals über die gesprochen.

*Dimitroff:* Hat van der Lubbe bei seiner polizeilichen Vernehmung so „deutlich“ deutsch gesprochen wie heute oder etwas anders?

*Präsident:* Darüber haben wir doch schon so viele Polizeibeamte gehört, und wenn er auch darüber etwas aussagen würde, würde es gar nichts beweisen. Wenn er „Ja“ oder „Nein“ antworten würde, würde das ja gar nichts beweisen.

*Van der Lubbe:* Ich habe ausgesagt, was ich eben gesagt habe. Ich habe alles gesagt, was man wiederum hier hören konnte.

*Präsident:* Ich halte die Frage für erledigt.

*Dimitroff:* Tatsache ist jedenfalls, daß niemand von uns, Richter und Angeklagte und Verteidiger, dieses Deutsch von van der Lubbe verstanden haben.

*Präsident:* Uns dürfen Sie nicht mit den Angeklagten zusammenfassen! So weit geht es nicht.

*Dimitroff:* Erlauben Sie, Herr Präsident, selbstverständlich nicht.

[134]

**AUS DEM STENOGRAMM DER GERICHTSVERHANDLUNG  
AM 24. NOVEMBER 1933**

*Aus der Vernehmung des Zeugen Weinberger\**

*Dimitroff:* Herr Präsident, ich möchte nicht wieder zu einem Zusammenstoß mit Ihnen kommen.

*Präsident (unterbrechend):* Diese Bemerkung ist vollkommen überflüssig. Wenn Sie sich ungehörig benehmen, dann kommt es zu einem Zusammenstoß, sonst nicht.

*Dimitroff:* Erlauben Sie mir, Herr Präsident, in diesem Zusammenhang etwas mitzuteilen. Der betreffende Referendar, dessen Namen (Wolff) ich heute das erstmal hörte, war auch bei mir in der Zelle. Er hat mit mir über verschiedene Sachen gesprochen, um das wissenschaftlich zu verwerten. Er hat mit mir auch über Gefangenenspsychologie gesprochen, wie ich als Gefangener mich fühle, jetzt und früher was ich schreibe oder schreiben möchte. Er wollte von mir vielleicht auch noch etwas anderes wissen. Ich habe ihm aber kein Material über mich gegeben. Aber ich finde es auch von mir selbst aus als nicht in der Ordnung, durch einen solchen „Wissenschaftler“ zwei Monate nach dem Beginn des Prozesses Material gegen Angeklagte zu beschaffen.

*Präsident:* Was Sie da sagen, ist eben nicht richtig-[135]tig, das hat der Herr Oberreichsanwalt bereits widerlegt.

*Dimitroff:* Herr Präsident, der Zeuge Weinberger ist, wie ich verstanden habe, am 17. November vernommen, also erst vor einigen Tagen.

*Präsident:* Ist das richtig, Zeuge Weinberger? (Weinberger: Jawohl!)

*Dimitroff:* Und jetzt ist der Zeuge gekommen. Der Prozeß dauert nun schon zwei Monate. Die Anklagevertreter können nie genug Material gegen uns vorbringen. Aber daß sie auf diesem Wege zwei Monate nach Beginn des Prozesses Material beschaffen, ist das in Ordnung? Lassen Sie mich, Herr Präsident, nur mein Erstaunen, mein Bedauern und meinen Protest über ein solches Verfahren gegen meine Mitangeklagten aussprechen!

*Präsident:* Halt! Das ist jetzt geschehen. Setzen Sie sich.

*Oberreichsanwalt Dr. Werner:* Wenn das Verfahren angegriffen wird, so bitte ich, mir die Möglichkeit zu geben, auch ein Wort dazu zu sagen. Der Zeuge hat hier erklärt, daß er am 4. November d. J. in Strafhaft überführt worden ist. In der Zeit nachher ist der Referendar Wolff zu dem Zeugen Weinberger in die Zelle gekommen und hat von ihm das erfahren, was der Zeuge hier ausgesagt hat. Deswegen konnte der Referendar Wolff mir vorher überhaupt keine Mitteilung von dieser Sache machen, weil er selbst sie vorher ja nicht kannte. Infolgedessen konnte ich auch diesen Zeugen Weinberger nicht laden, weil auch ich vorher keine Kenntnis davon haben konnte. Und infolgedessen sind alle diese Angriffe, die Herr Dimitroff hier gegen das Vorgehen der Reichsanwaltschaft erhoben hat, vollkommen ohne Grund. Es ist selbstverständlich, wenn ich morgen noch etwas erfahren gegen Sie (zu Dimitroff). dann werde ich das auch noch morgen vorbringen. [136]

*Dimitroff:* Bitte!

*Oberreichsanwalt Dr. Werner:* Ich werde mich durch Ihre Angriffe keineswegs davon abhalten lassen.

*Dimitroff:* Ich habe nichts dagegen.

*Präsident:* Schluß jetzt!

[137]

---

\* Krimineller Verbrecher, der auf Antrag des Oberreichsanwalts aus dem Gefängnis vorgeführt wurde.

**AN DEN HERRN PRÄSIDENTEN DES IV. STRAFSENATS DES  
REICHSGERICHTS, DR. BÜNGER**

25. November 1933

Sehr geehrter Herr Präsident!

*Beweisantrag*

Zur weiteren Klärung des Komplexes „Henningsdorf“ beantrage ich auch, daß folgende Zeugen vernommen werden:

1. Die von dem Zeugen Grawe genannte *Frau Korpf* darüber:

- a) ob van der Lubbe wirklich bei ihr gewesen ist;
- b) wenn ja – was van der Lubbe dort gesucht hat, was er getan hat, was er erzählt hat usw.;
- c) ob und welche Personen dabeigewesen sind;
- d) wie van der Lubbe damals ausgesehen hat (Bekleidung usw.) und wie er deutsch gesprochen hat.

2. Die von dem Zeugen Grawe genannte *Frau des Polizeiwachtmeisters* darüber:

- a) ob und wann der Friseurmeister Grawe ihr mitgeteilt hat, daß van der Lubbe bei seinem Hause im Gespräch mit einer Kommunistin gewesen ist;
- b) ob und wann sie das ihrem Manne mitgeteilt hat.

3. *Den Polizeiwachtmeister (den Gatten dieser Frau)* darüber:

- a) ob und wann ihm seine Frau diese Mitteilung gemacht hat; [138]
- b) ob und wann er das seinem Vorgesetzten mitgeteilt und was er überhaupt wegen dieser Mitteilung unternommen hat.

4. *Den Polizeiwachtmeister, der van der Lubbe im Asyl untergebracht hat, darüber:*

- a) was hat ihm van der Lubbe als Zweck seines Erscheinens in Henningsdorf und Übernachten im Asyl damals angegeben;
- b) wie van der Lubbe sich dort benommen hat;
- c) wie van der Lubbe ausgesehen hat (Bekleidung usw.);
- d) wann der andere „Wanderer“, der in derselben Nacht im Asyl gewesen ist, hingekommen ist;
- e) wie dieser „Wanderer“ ausgesehen hat und wie er sich benommen hat;
- f) haben sie sich – van der Lubbe und der „Wanderer“ – unterhalten und über was;
- g) wann haben die beiden am nächsten Morgen das Asyl verlassen – einzeln oder zusammen;
- h) sind nach dem Brand Maßnahmen getroffen worden und welche, um diesen „Wanderer“ zu ermitteln und festzustellen.

5. *Den damaligen verantwortlichen Leiter der Henningsdorfer Polizei* darüber:

- a) sind Ermittlungen *nach dem Brande* getroffen worden und welche, um festzustellen, mit wem van der Lubbe in Henningsdorf in Verbindung getreten ist, wo er gewesen ist und was er dort gemacht hat;
- b) war es ihm bekannt, daß van der Lubbe im Gespräch mit der Kommunistin bei dem Hause des Friseurmeisters Grawe gewesen ist und wenn ja – was für Ermittlungen er darüber getroffen hat.

Hochachtungsvoll  
G. Dimitroff

[139]

**AN DEN HERRN PRÄSIDENTEN DES IV. STRAFSENATS DES  
REICHSGERICHTS, DR. BÜNGER**

27. November 1933

Sehr geehrter Herr Präsident!

Meiner Meinung nach ist es bei der Würdigung der Aussage des nationalsozialistischen Presseleiters Dr. Dröscher (über meine angeblichen Gespräche mit Torgler im Reichstag) von Bedeutung, ob *Dr. Dröscher* mit dem am ersten Tage des Prozesses als Redaktionsmitglied des „Völkischen Beobachters“ bezeichneten *Job Zimmermann* wirklich identisch ist.

Wie bekannt, hat Dr. Dröscher bei der Vernehmung auf die Anfrage Dr. Teicherts geantwortet, daß er nicht mit Job Zimmermann identisch ist, daß er ihn nicht kenne und daß er ihm kein Material beschafft hat.

Da alle Umstände dafür sprechen, das Dr. Dröscher in der Tat mit dem Job Zimmermann identisch ist, bitte ich, authentisch feststellen zu lassen, ob *identisch oder nicht*.

Hochachtungsvoll  
*G. Dimitroff*

[140]

**AN DEN HERRN PRÄSIDENTEN DES IV. STRAFSENATS DES  
REICHSGERICHTS, DR. BÜNGER**

27. November 1933

Sehr geehrter Herr Präsident!

Zur Klärung der *tatsächlichen* politischen Situation in Deutschland Anfang 1933 sowie zur Zeit der Reichstagsbrandstiftung beantrage ich, daß als Zeugen vernommen werden:

1. Der ehemalige Reichskanzler *General a.D. Schleicher*;
2. Vizekanzler von *Papen*;
3. der ehemalige Reichsminister *Dr. Hugenberg*<sup>75</sup> und
4. der ehemalige Reichskanzler *Dr. Brüning*.<sup>76</sup>

Diese Herren sollen vor allem darüber vernommen werden:

1. Ob es wahr ist, daß die nationalsozialistische Führung Ende 1932 und im Januar 1933 mit dem Marsch auf Berlin gedroht hat, wenn der Reichspräsident von Hindenburg die Macht nicht an Hitler übergibt?
2. Ob es wahr ist, daß in diesem Zusammenhang auch eine Reihe terroristischer *Druckaktionen* seitens der nationalsozialistischen Führung unternommen worden sind?
3. Ob es wahr ist, daß die Schleicher-Regierung zu verschärften Maßnahmen bis zur Verhängung der Todesstrafe gegen die nationalsozialistischen Terroristen gegriffen hat? [141]
4. Ob es wahr ist, daß der nationalsozialistische Führer Hitler öffentlich zum Tode verurteilten nationalsozialistischen Terroristen – im Gegensatz zur Schleicher-Regierung – in Schutz genommen hat?
5. Ob es wahr ist, daß im Januar 1933 und am Vorabend der Bildung der sogenannten Regierung infolge des Bruderstreits im „nationalen Lager“, infolge von Differenzen und Streitigkeiten zwischen der nationalsozialistischen Führung und ihren Stoßtrupps einerseits und den Anhängern General Schleichers, von Papens, Hugenberg's andererseits die Gefahr einer unmittelbaren gewaltsamen Auseinandersetzung bestand, und ob nicht gerade diese Gefahr der unmittelbare Grund für die plötzliche Übergabe der Reichskanzlerschaft an Hitler und die Bildung der „nationalen Koalition“ gewesen ist?
6. Ob es wahr ist, daß auch nach dem 30. Januar diese Differenzen und Streitigkeiten weiterbestanden, die Beziehungen zwischen den nationalsozialistischen Stoßtrupps einerseits und dem Stahlhelm, dem Bund der Reserveoffiziere und anderen „vaterländischen“ Organisationen und Gruppen andererseits sehr gespannt waren und zu zahlreichen Zusammenstößen geführt haben?
7. Ob es wahr ist, daß einige Stahlhelmorganisationen im Februar die Verbindung mit dem Reichsbanner aufgenommen haben zwecks gemeinsamen Vorgehens gegen die geplante „Alleinherrschaft“ der Nationalsozialisten?
8. Ob es wahr ist, daß der Reichstagsbrand durch die nationalsozialistische Führung allseitig ausgenutzt worden ist zur Überwindung der für sie entstandenen Regierungsschwierigkeiten, zur Durchsetzung ihrer „Alleinherrschaft“ und zur Errichtung des sogenannten „totalen Staates“ („Drittes Reich“) – gewaltsame Auflösung aller Parteien, Organisationen, Hilfsformationen, außer der natio-

---

<sup>75</sup> ALFRED HUGENBERG (1865–1951) – einer der Führer der deutschen Reaktion, der Deutschnationalen Volkspartei, Großkapitalist und Zeitungskönig. Am 30. Januar 1933 wurde das Kabinett Hitler-Hugenberg gebildet, und am 30. Juni desselben Jahres schlossen beide einen Pakt. Die Nazis gewannen jedoch bald die Übermacht und bildeten eine selbständige Regierung.

<sup>76</sup> HEINRICH BRÜNING [1885–1970] – deutscher reaktionärer Politiker, Agent der USA-Imperialisten und des Vatikans, einer der Führer des rechten Flügels der katholischen Zentrumspartei. Die Regierung Brüning (1930–1932) bereitete die faschistische Diktatur vor.

nalsozialistischen. „Gleichschaltung“ der wirtschaftlichen, staatlichen, kulturellen, Wehr- und Sport-, Jugend-, kirchlichen und anderen Organisationen und Institutionen, der Presse, der Propaganda usw. [142]

9. Ob es wahr ist, daß in dieser Zeit (Januar und Februar 1933) die Auslösung eines unmittelbaren bewaffneten Aufstandes auf Initiative der Kommunistischen Partei ernstlich nicht erwartet worden ist und daß erst nach dem Reichstagsbrand zur Rechtfertigung der unternommenen Regierungsgehaltmaßnahmen und der Gewalttätigkeiten der SA- und SS-Formationen diese Legende verbreitet worden ist?

10. Ob es wahr ist, daß auch der Selbstmord des Vorsitzenden der deutschnationalen Reichstagsfraktion, *Oberfohren*<sup>77</sup> wie viele andere Selbstmorde und allerlei „Unfälle,“ unmittelbar im Zusammenhang steht mit diesem gewaltsamen Feldzug des Nationalsozialismus und mit den bestehenden Zerwürfnissen und inneren Kämpfen im Lager der sogenannten „nationalen Revolution“?

Hochachtungsvoll  
G. Dimitroff

[143]

---

<sup>77</sup> ERNST OBERFOHREN [1881–1933] – Politiker, gehörte der Deutschnationalen Volkspartei an; Vorsitzender ihrer Reichstagsfraktion. In seinen Memoiren, bekannt unter dem Titel „Das Memorandum Oberfohrens“, schilderte er den Streit in der Reichsregierung zwischen den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen in bezug auf die Dokumente, die im Parteihaus „Karl Liebknecht“ „gefunden“ wurden. Die Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei erklärten sich gegen die Veröffentlichung der „gefundenen Dokumente“; ihrer Meinung nach waren sie so primitiv und dumm gefälscht, daß ein politischer Skandal und eine Kompromittierung Deutschlands vor der ganzen Welt zu befürchten waren. Sie wurden auch in der Tat nicht veröffentlicht. Am 3. Mai 1933 wurde Oberfohren ermordet aufgefunden.

## AUS DEM STENOGRAMM DER GERICHTSVERHANDLUNG AM 28. NOVEMBER 1933

*Aus der Vernehmung des Zeugen Hefler\**

*Dimitroff:* Der Herr Oberreichsanwalt hat zum politischen Teil des Prozesses 37 Zeugen vorgeschlagen. Unter diesen 37 sind Kriminalbeamte – Kommissare, Sekretäre usw. –, und ungefähr 25 sind politische Gefangene in Untersuchungshaft. Einer von diesen 10 Beamten ist der gestrige und heutige Zeuge, Herr Heller. Er hat die wichtige Aufgabe hier auszuführen, einen sehr großangelegten Bericht zu erstatten. Ich nehme an, daß wir in seiner Person nicht nur einen Zeugen, sondern auch einen politischen Sachverständigen haben. Ich nehme weiter an, daß wir in Gestalt dieses Zeugen einen Berichterstatte über die sogenannte kommunistische Gefahr in Deutschland seitens der nationalsozialistischen Regierung haben. Also eine sehr kompetente Person, ein sehr kompetenter Zeuge. Deswegen möchte ich Herrn Präsidenten bitten, mir zu erlauben, in kurzen Worten verschiedene wichtige Sachen klarzustellen, nicht ich, sondern vielmehr durch verschiedene Fragen an die Zeugen.

Ich habe dieses Referat mit sehr großer Aufmerksamkeit angehört. Ich möchte zugeben, Herr Präsident und meine Herren Richter, daß die Sache trotz [144] der Langwierigkeit dieses Referats durch große Mengen von Dokumenten sehr interessant und für mich persönlich sehr nützlich war. Ich habe viele wichtige Sachen durch diesen Bericht zum erstenmal im Detail hier erfahren, und dafür bin ich sehr dankbar, im Gegensatz zu Herrn Dr. Sack. Ich bin der Meinung, daß, nachdem der Prozeß als ein politischer Prozeß aufgemacht ist, man diese politischen Hintergründe und den politischen Charakter der Sache bis zum Ende durchführen muß. Wennschon – dennschon! La guerre comme à la guerre, sagen die Franzosen.

*Präsident:* Das war nur die Einleitung, Dimitroff, nun wollen wir mal zur Sache kommen.

*Dimitroff:* Ich bin dafür, daß, obwohl es ein bißchen länger dauert, diese Sache gründlich klargestellt wird. Ich möchte den Herrn Zeugen fragen, ob ich richtig verstanden habe, daß es sich bei seinen Ausführungen handelt: erstens um Beschlüsse des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, des sogenannten XII. Plenums; zweitens um Beschlüsse der KPD, Reichsparteikonferenz, der Bezirksparteikonferenzen und anderer Instanzen.

*Präsident:* Ob was damit ist? Das habe ich nicht verstanden.

*Dimitroff:* Ob es sich bei seinen Ausführungen handelt um diese Beschlüsse.

*Präsident:* Das wissen wir schon. Das haben wir doch von ihm gehört. Das brauchen wir nicht zu wiederholen. Was wollen Sie noch wissen?

*Dimitroff:* Ich möchte nur ganz genau wissen, ob ich richtig verstanden habe. Handelt es sich um diese Beschlüsse?

*Präsident:* Ja. Es handelt sich um die Beschlüsse des EKKI-Plenums und die verschiedenen Beschlüsse, die ergangen sind von dem ZK und den Bezirkskonferenzen. Das ist doch klar.

*Dimitroff:* Zweitens handelt es sich weiter um eine Menge Dokumente, Flugblätter, Rundschreiben, Zeitungsartikel, Broschüren vor dem Brande und [145] eine Menge solcher Dokumente auch nach dem Brande. Stimmt das?

*Heller:* Jawohl!

*Dimitroff:* Drittens handelt es sich um verschiedene Nachrichten über die Tätigkeit der Kommunistischen Partei nach dem Brande, nach dem Verbot der Partei, Beweis, daß die Partei illegal tätig ist, lebt, kämpft usw. Zuletzt verschiedene Polizeiberichte über Beschlagnahmen – auch nach dem Brande – von Sprengstoffmaterial, verschiedenen Waffen, Aufzeichnungen über die Pläne zu

---

\* Polizeibeamter, der als einer der Hauptzeugen der Reichsanwaltschaft auftrat.

Sprengungen und Brandlegungen usw. Schließlich die „kommunistische Poesie“ vom Jahre 1925, dumme, unvernünftige, sehr schlecht formulierte Artikel in Gedichtform ... Also, das ist das ganze Beweismaterial.

*Präsident:* Sie haben es ganz richtig verstanden. Ich weiß nicht, warum Sie das alles noch einmal vortragen.

*Dimitroff:* Weil, wenn ich richtig verstanden habe, drei Viertel, wenn nicht vier Fünftel dieser Dokumente für meine These sprechen, nämlich die These, daß die Kommunistische Partei Deutschlands im Januar, Februar und März sich nicht die unmittelbare Aufgabe für einen bewaffneten Aufstand gestellt hat und daß die Reichstagsbrandstiftung damit absolut nichts zu tun hat. Also, dieses Material, diese interessante Ausführung hat in drei Viertel der Dokumente diese These bestätigt.

Ich möchte nur Feststellungen machen über dieses Material, über das, was hier gebracht worden ist. Ist es richtig, Herr Berichterstatter, daß Sie in dieser großen Menge von Dokumenten, die im ganzen Reich gesammelt sind, kein einziges Dokument gebracht haben, wo zu sehen ist, daß die Regierung zwischen dem 20. Februar und Ende Februar einen bewaffneten Aufstand seitens der KP erwartet hat und die bewaffneten Kräfte der Staatsmacht in dieser Beziehung in Bereitschaft gesetzt hat. Solche Dokumente haben Sie hier nicht gebracht. [146]

*Präsident:* Sie haben ja gehört, was der Zeuge gesagt hat.

*Heller:* Verzeihung, Herr Präsident, ich habe die Frage nicht ganz verstanden.

*Präsident:* Ob Sie auch Dokumente hätten, aus denen hervorgeht, daß bewaffnete Truppen oder dergleichen schon in Bereitschaft gestanden hätten, daß die Regierung bewaffnete Mannschaften beiseite gestellt habe.

*Dimitroff:* In Erwartung einer solchen Gefahr. Haben Sie ein solches Dokument?

*Heller:* Ein solches Dokument habe ich nicht verlesen, habe ich auch nicht, ist auch nicht nötig.

*Dimitroff:* Haben Sie solche Dokumente überhaupt?

*Heller:* Das kann ich hier nicht beantworten, das weiß ich nicht ...

*Dimitroff:* Also, ich frage, Herr Präsident, ob der Zeuge als Berichterstatter der für diese Sache zuständigen Stelle ein Dokument kennt, einen Befehl, ein Rundschreiben, eine Anordnung von der preußischen Regierung oder der Reichsregierung oder der Polizei über eine solche Sache.

*Präsident:* Das ist die Wiederholung Ihrer vorigen Frage, das hat der Zeuge bereits beantwortet.

[147]



**AN DEN HERRN PRÄSIDENTEN DES IV. STRAFSENATS DES  
REICHSGERICHTS, DR. BÜNGER**

29. November 1933

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantrage, den ehemaligen zweiten Vorsitzenden des Stahlhelms, *Düsterberg*, darüber zu vernehmen:

1. Ob es wahr ist, daß die Beziehungen zwischen der nationalsozialistischen Führung und dem Stahlhelm im Januar und Februar 1933 so gespannt waren, daß sie eine Gefahr der gewaltsamen Auseinandersetzung darstellten?
2. Ob es wahr ist, daß im Februar 1933, vor dem Brande, sich eine Reihe Zusammenstöße zwischen nationalsozialistischen Stoßtrupps und Stahlhelmen ereigneten?
3. Ob es wahr ist, daß eine Reihe Stahlhelmorganisationen mit dem Reichsbanner in Verbindung getreten sind, um ein gemeinsames Vorgehen gegen den nationalsozialistischen Druck und die nationalsozialistischen Bestrebungen zur „Alleinherrschaft“ anzubahnen?
4. Ob und welche Differenzen im Stahlhelm selbst dadurch entstanden sind?
5. Ob es wahr ist, daß der Reichstagsbrand als ein Ablenkungsmanöver in bezug auf innere Kämpfe im sogenannten „nationalen Lager“ ausgenutzt worden ist?

Hochachtungsvoll  
*G. Dimitroff*

[148]

**AN DEN HERRN PRASIDENTEN DES IV. STRAFSENATS DES  
REICHSGERICHTS, DR. BÜNGER**

29. November 1933

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich ersuche, an Lösche und Heller<sup>78</sup> folgende Fragen zu richten:

Gilt jede außerparlamentarische Aktion als ein Akt des bewaffneten Aufstandes?

Wie konnten Sie, ausgehend von der kommunistischen These, daß der Faschismus nicht mit Hilfe des Stimmzettels besiegt werden kann, zu der Schlußfolgerung kommen, daß die Kommunisten im Februar unmittelbar den bewaffneten Aufstand anstrebten?

Waren die nationalsozialistischen Trupps mit Waffen ausgerüstet, waren sie nicht wie Militär organisiert?

Haben Sie, sei es auch nur eine einzige vertrauenerweckende Aussage, daß die Kommunisten tatsächlich den Reichstagsbrand als ein Signal zum bewaffneten Aufstand ansahen und konkrete Versuche unternahmen, diesen Aufstand durchzuführen?

Kann man aus dem Umstand, daß die Kommunisten für die proletarische Revolution und für die Diktatur des Proletariats sind, folgern, daß sie am 27. Februar in Verbindung mit dem Reichstagsbrand einen bewaffneten Aufstand planten und vorbereiteten?

*G. Dimitroff*

[149]

---

<sup>78</sup> Die beiden faschistischen Angestellten Heller und Lösche, die auf dem Prozeß behaupteten, daß der Reichstagsbrand das Signal zu einem bewaffneten Aufstand sein sollte, beriefen sich auf die Resolution des XII. Plenums der Komintern. Zur Entlarvung dieser Faschisten wie auch zur Propagierung der Ideen einer Einheitsfront der Werktätigen, von der G. Dimitroff in seiner Erklärung sprach, stellte er den Antrag, die Redner auf dem XII. Plenum des EKKI als Zeugen vorzuladen.

## **ZEHN FRAGEN AN DIE KRIMINALBEAMTEN**

1. Dezember 1933

Eine Reihe Zeugen, besonders die nationalsozialistischen Abgeordneten haben ausgesagt, daß vor dem Brande am 25., 26. und 27. Februar die politische Lage äußerst gespannt war.

1. Wie war die Lage in Ihren Bezirken in dieser Zeit – auch äußerst gespannt?
2. In welchen konkreten Formen hat sich diese Gespanntheit ausgedrückt?
3. Ob und welche konkreten Anzeichen einer Umsturzaktion am 26. und 27. Februar sowie unmittelbar nach dem Reichstagsbrand wahrgenommen worden sind?
4. Ob und was für Anordnungen vor dem Brande von zentralen Behörden in bezug auf einen unmittelbar zu erwartenden kommunistischen Aufstand erteilt worden sind?
5. Wann und in welcher Zeit nach dem Brande die Verhaftung von kommunistischen, sozialdemokratischen und anderen oppositionellen Funktionären und Arbeitern vorgenommen worden sind?
6. Sind diese Verhaftungen durch die nationalsozialistischen Truppen ausgeführt worden oder durch die amtlichen Organe?
7. Auf meine Frage, welche Unterlagen Graf Helldorf für die Verhaftung Tausender und aber Tausender kommunistischer und sozialdemokratischer [150] Funktionäre und Arbeiter unmittelbar nach dem Brande gehabt hat, hat er geantwortet: „Unserer Auffassung nach sind Marxisten überhaupt Verbrecher.“ Waren die Massenverhaftungen in Ihren Bezirken so begründet (mit dieser „Auffassung“), oder ist ein anderer konkreter Grund angegeben worden?
8. Ob und welche Differenzen und Streitigkeiten im Januar und Februar 1933 zwischen der nationalsozialistischen Führung einerseits und dem Stahlhelm und anderen sogenannten vaterländischen Organisationen andererseits vorhanden gewesen sind?
9. Ob auch nach dem 30. Januar, nach der Bildung der „nationalen Regierung“, diese Differenzen und Streitigkeiten weiterbestanden und zu zahlreichen Zusammenstößen geführt haben?
10. Ob es wahr ist, daß gerade in dieser gespannten Situation der Reichstagsbrand ein Auftakt zu dem Vernichtungsfeldzug gegen die Arbeiterbewegung gewesen war und eines der Mittel zur Überwindung der inneren Schwierigkeiten innerhalb der „nationalen Koalition“, zur Durchsetzung der nationalsozialistischen „Alleinherrschaft“ und zur Errichtung des sogenannten „totalen Staates“, d. h. gewaltsame Auflösung aller anderen Parteien und Organisationen, „Gleichschaltung“ der wirtschaftlichen, staatlichen, kulturellen, Wehr-, Sport-, Jugend-, kirchlichen und anderen Institutionen, der Presse, Propaganda usw.?

*G. Dimitroff*

[151]

**AN DEN HERRN PRÄSIDENTEN DES IV. STRAFSENATS DES  
REICHSGERICHTS, DR. BÜNGER**

4. Dezember 1933

Sehr geehrter Herr Präsident!

In Anbetracht dessen, daß beide Hauptberichterstatter der Anklagevertretung – Herr Kriminalrat Heller und Herr Untersuchungsrichter Dr. Lösche – als Grundlage der angeblichen Umsturzpläne der KPD im Februar 1933 die Beschlüsse des XII. Plenums der KI bezeichnet haben, beantrage ich, als Zeugen den Hauptreferenten des XII. Plenums, das Präsidiumsmitglied der KI, *O. Kuusinen* (Finnland, z. Z. Moskau), sowie die Mitglieder des Präsidiums *Marcel Cachin* (Frankreich, z. Z. Paris) und *Sen Katajama*<sup>\*79</sup> (Japan, z. Z. Moskau) darüber zu vernehmen:

1. Ob es wahr ist, daß laut den Beschlüssen der Kommunistischen Internationale die unmittelbare Aufgabe der KPD Anfang 1933 und zur Zeit der Reichstagsbrandstiftung keineswegs ein bewaffneter Aufstand zum Kampf um die Macht gewesen ist, sondern die Errichtung der Einheitsfront der werktätigen Massen zur Verteidigung ihrer Lebensinteressen, ihrer Organisationen ihrer Presse, ihres Eigentums und ihrer Rechte sowie die politische Mobilisierung der Massen zur Bekämpfung des Faschismus, der Versailler Sklaverei und der imperialistischen Kriegsgefahr? [152]
2. Ob es wahr ist, daß entsprechend dieser unmittelbaren Aufgabe alle Art terroristische Angriffsaktionen als Hindernisse der Massenmobilisierung und des Massenkampfes entschieden abgelehnt worden sind?
3. Ob es wahr ist, daß die KPD an der Ausarbeitung dieser Beschlüsse der KI aktiv teilgenommen und sie als Richtlinien für ihre eigene Politik und Tätigkeit betrachtet hat?
4. Ob es wahr ist, daß die Kommunistische Internationale eine Millionen-Weltpartei und keine verschwörerische Organisation ist, daß die KI keine doppelte Buchhaltung führt und daß ihre Politik eine offene, prinzipielle und konsequente Politik ist?

G. Dimitroff

[153]

---

\* Abgeschlossen von aller Welt, hatte G. Dimitroff nicht erfahren, daß Sen Katajama einen Monat vorher in Moskau gestorben war.

<sup>79</sup> SEN KATAJAMA (1859–1933) – Organisator und Leiter der Kommunistischen Partei Japans. Als Mitglied des ZK der Gesellschaft zur Bildung von Gewerkschaften organisierte er eine Reihe von Streiks und redigierte die erste Arbeiterzeitung „Arbeiterwelt“. 1903 organisierte er antiimperialistische Kundgebungen und Demonstrationen und arbeitete aktiv für die Organisation der Sozialdemokratischen Partei in Japan.

Auf dem Internationalen Kongreß in Amsterdam 1903 schloß er sich dem linken Flügel des Kongresses an und erklärte sich gegen den russisch-japanischen Krieg. 1912 wurde er wegen revolutionärer Tätigkeit verurteilt und emigrierte in die USA, wo er an der Organisation der Kommunistischen Partei teilnahm und zum Mitglied ihres ersten ZK gewählt wurde. Seit Ende 1921 lebte er in Moskau. Auf dem III. Weltkongreß der Komintern wurde er zum Mitglied des Exekutivkomitees und seines Präsidiums gewählt.

G. Dimitroff wußte nicht, daß Sen Katajama inzwischen gestorben war (November 1933).

## FRAGEN AN DIE ARBEITERZEUGEN<sup>80</sup>

3.–5. Dezember 1933

Wurde unter den Kommunisten im Januar 1933 die Frage so gestellt:

Wenn Hitler als Reichskanzler ernannt wird, dann ruft die KPD die Massen als Antwort darauf zum unmittelbaren bewaffneten Aufstand auf?

Es war das Verbot der Partei zu erwarten. Was für Abwehrmaßnahmen sind beabsichtigt worden – Massenkampf, Proteststreiks oder bewaffneter Aufstand?

Hat der Zeuge etwas bemerkt, das darauf schließen läßt, daß die Kommunisten zur Zeit der Reichstagsbrandstiftung auf einen Parteibefehl zum bewaffneten Losschlagen gewartet haben?

Waren die Partei und die Massenorganisationen der Arbeiterschaft durch die Staatsmacht und die nationalsozialistischen Stoßtrupps verfolgt und unterdrückt und sind sie nicht dadurch in eine Abwehrlage gedrängt und zum Abwehrkampf veranlaßt worden?

Wie ist diese Abwehrkampf aufgefaßt worden?

Ist der Reichstagsbrand als Fanal, als Signal zum bewaffneten Losschlagen aufgefaßt worden?

Welche Stellungnahme haben die Parteileute nach der Meldung über den Reichstagsbrand gehabt?

Zu welchem Zweck sollten sich die Parteimitglieder am Wahlsonntag bereit halten – zur Verteidigung gegen zu erwartende nationalsozialistische Überfälle oder zu eigenen Angriffsaktionen?

Sind die sogenannten Fünfergruppen illegale Par-[154]teiformationen oder Terrorgruppen zur Ausführung terroristischer Aktionen gewesen?

Waren Waffen beschafft für einen Aufstand im Zusammenhang mit dem Reichstagsbrand?

War der Massenselbstschutz bestimmt zur Verteidigung der Versammlungen, der Organisationen, der Redner, der Klebekolonnen, des Eigentums der Arbeiterschaft, der Arbeiterwohnungen usw., oder zum unmittelbaren Aufstand im Februar und März 1933?

Hat der Zeuge am 27. Februar im Zusammenhang mit dem Reichstagsbrand Wahrnehmungen gemacht über irgendwelche Versuche seitens der Kommunisten:

- a) Polizeikasernen zu überfallen;
- b) politische Gefangene zu befreien;
- c) Waffen zu verteilen;
- d) Barrikaden zu bauen;
- e) Post und Telegraphen, Eisenbahnen, Elektrizitätswerke und öffentliche Gebäude zu besetzen;
- f) Aufforderungen an die Massen zu bewaffneten Aktionen zu richten?

Wann sind die Beschlüsse des XII. Plenums der Kommunistischen Internationale und die Beschlüsse der Reichsparteikonferenz der KPD durchgearbeitet und durchdiskutiert worden?

---

<sup>80</sup> Die faschistische Anklagevertretung legte besonderen Wert auf Aussagen von Arbeitern. Diese Zeugen holte sie meist aus den Konzentrationslagern und erpreßte einigen von ihnen während der Voruntersuchung unter Drohungen und Folterungen die vom Staatsanwalt gewünschten „Zeugenaussagen“.

G. Dimitroff stellte eine besondere Gruppe von Fragen für die Arbeiterzeugen zusammen. Das Gericht unternahm alles, um zu verhindern, daß die Fragen in der öffentlichen Sitzung in der von Dimitroff formulierten Fassung gestellt wurden. Dennoch gelang es ihm durch seinen hartnäckigen Kampf, diese Fragen in der einen oder anderen Form an die Zeugen zu richten. So deckten die Zeugenaussagen noch einmal die völlige Haltlosigkeit der faschistischen Anklage auf. Die Zeugen widerriefen ihre in der Voruntersuchung gemachten Aussagen, und obwohl sie ihren Kopf dabei riskierten, brachten sie das bestialische Regime und die Folterungen, unter denen ihnen die der Anklage notwendigen Aussagen erpreßt worden waren, zur Kenntnis der Weltöffentlichkeit.

Sind diese Beschlüsse für die Tätigkeit und die Aktionen der Partei im Februar 1933 vor dem Brand in Kraft geblieben oder sind sie geändert worden?

Was war im Februar 1933 die unmittelbare Aufgabe der Partei – die Errichtung der Einheitsfront mit den sozialdemokratischen und anderen Arbeitern gegen den Lohnraub, gegen den faschistischen Terror und die imperialistische Kriegsgefahr oder Durchführung eines unmittelbaren bewaffneten Aufstandes um die Eroberung der Macht?

Haben die nationalsozialistischen Truppen Waffen gehabt, waren sie nicht so organisiert wie eine militärische Formation?

[155]

**AN DEN HERRN PRÄSIDENTEN DES IV. STRAFSENATS DES  
REICHSGERICHTS, DR. BUNGER**

5. Dezember 1933

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantrage, den bulgarischen Dolmetscher Herrn *Tarapanov*<sup>81</sup> darüber zu vernehmen:

1. Ob es richtig ist, daß bei der polizeilichen Vernehmung der Zettel mit Anschrift „Helmut“, der Umschlag mit Name „Ferdinand“ und das Schriftstück „Nationalsozialistische Provokateure entlarvt“ mir nicht gezeigt worden sind und ich darüber überhaupt nicht befragt worden bin?
2. Ob es richtig ist, daß bei dem Abschluß der polizeilichen Vernehmung der Kriminalassistent Bauch mir alle bei mir gefundenen Schriftstücke und Aufzeichnungen gezeigt hat und von ihm notiert und nummeriert worden sind, und daß die oben erwähnten Sachen nicht vorhanden waren?
3. Ob es richtig ist, daß die Zeichen in dem Berliner Plan auf Reichstag und Schloß bei der polizeilichen Vernehmung auffallend dick gemacht und man keine Lupe brauchte, um sie zu suchen und zu sehen?
4. Ob es richtig ist, daß ich gegen den Untersuchungsrichter nie tätlich mit den Fäusten vorgegangen bin, sondern als der Untersuchungsrichter bei der Vernehmung am 13. Mai zu mir gesagt hat:  
„Sie haben alles zum Brande durch Popov und Tanev eingeleitet, und dann sind Sie nach München abge-[156]reist“, ich energisch gegen diese ungehörige Verleumdung protestiert habe?
5. Ob es richtig ist, daß der Untersuchungsrichter bei derselben Vernehmung zu Polizeibeamten gesagt hat: „Passen Sie auf Dimitroff gut auf. Er ist in Bulgarien zum Tode verurteilt und wird bald nach Bulgarien abgeschoben.“?
6. Ob es richtig ist, daß, als ich am 19. Mai erklärt habe, ich gebe meinen Kopf, daß auch Popov und Tanev nichts mit dem Reichstagsbrand zu tun haben, der Untersuchungsrichter drohend geschrien hat:  
„Sie werden sowieso Ihren Kopf abgeben müssen!“?
7. Ob es richtig ist, daß der Untersuchungsrichter schon am 3. April die Fesselung angeordnet hat, also lange vor dem Selbstmordversuch Tanevs, was der Untersuchungsrichter vor dem Gericht als Grund für die Fesselung angegeben hat?

Hochachtungsvoll  
*G. Dimitroff*

[157]

---

<sup>81</sup> Auf Grund dieses Antrags Dimitroffs wurde der bulgarische Dolmetscher Tarapanov vernommen, der während der Verhöre in der Voruntersuchung anwesend war. Er bestätigte im wesentlichen die Erklärung G. Dimitroffs über die unzulässigen Untersuchungsmethoden.

**AN HERRN DR. WERNER WILLE**<sup>82</sup>

8. Dezember 1933

Sehr geehrter Herr Doktor!

In der Sitzung vom 27. September hat Herr Untersuchungsrichter Reichsgerichtsrat Vogt, als Zeuge u.a. folgendes ausgesagt (Prot. 6, Seite 182.)

„Ich habe mit dem Rechtsanwalt Wille über diesen Punkt (gemeint ist die Handfesselung – G. D.) eingehend gesprochen und habe ihm gesagt: Herr Rechtsanwalt, ich kann nicht anders, ich muß pflichtgemäß diese Fesselung anordnen; aber ich bin sehr einverstanden, wenn Sie die Entscheidung des Reichsgerichts einholen und mir auf diese Weise gewissermaßen auch diese schwere Verantwortung abnehmen ...

*Präsident:* Wissen Sie, weshalb auf diesen Rat hin die Beschwerde nicht eingelegt worden ist? Meines Wissens ist sie nicht eingegangen.

*Reichsgerichtsrat Vogt:* Sie ist nicht eingelaufen? Ich weiß es nicht. Herr Rechtsanwalt Wille hat mir erklärt, er sehe durchaus nicht ein, daß diese Maßnahme notwendig sei, und er persönlich dächte gar nicht daran, auch nur die Entscheidung des Reichsgerichts einzuholen.

*Präsident:* Ich will dazu nur feststellen: die Fesselung ist dann nachher, je näher der Verhandlungstermin kam, von uns von Amts wegen ...

*Reichsgerichtsrat Vogt:* Wenn es erforderlich erscheint – aber es ist vielleicht gar nicht nötig –, kann ich noch sagen, daß Lubbe, wie gesagt, gegen Beamte tötlich geworden ist, nicht nur einmal, sondern zweimal, daß Tanev einen Selbstmordversuch gemacht hat und daß Dimitroff gegen mich persönlich vorgegangen ist, mit geballten Fäusten auf mich zugesprungen ist, und daß ich ihn lediglich durch sehr energisches Entgegentreten von Tätlichkeiten abgehalten habe ...“

Bei dieser ganzen Aussage interessiert mich jetzt nur, ob Sie, mein damaliger rechtlicher Vertreter, zum Untersuchungsrichter wirklich gesagt haben, [158] daß die Fesselung notwendig sei und daß Sie persönlich gar nicht daran dächten, eine Entscheidung des Reichsgerichts einzuholen.

Sie werden sich sicher erinnern können, daß ich bei unserer ersten Unterredung am 12. April Sie ersucht habe, Maßnahmen zu treffen, damit diese inquisitorische Handfesselung aufgehoben werde, was ich auch bei unserer zweiten Unterredung wiederholt habe.

Sie werden auch in Ihren Akten meine Briefe vom 27. April, 12. Mai, 23. Mai und 7. Juni haben, in denen ich fortwährend diese Frage vor Ihnen als die im Moment wichtigste Frage gestellt habe. Sie wissen auch, daß ich Ihre Aufmerksamkeit auf den Text des §116 der Strafprozeßordnung gelenkt und betont habe, daß diese Maßnahme in meinem Falle eine gesetzwidrige Maßnahme ist.

Sie haben auf meine Briefe in dieser Frage niemals eine Antwort gegeben, aber auch niemals geschrieben oder gesagt, daß die Maßnahme als notwendig oder gesetzwidrig zu betrachten ist.

Eine zweite Frage, die mich interessiert, ist die folgende:

Am 22. Juli haben Sie mir mitgeteilt, daß Sie nicht mehr in der Lage sind, meine Vertretung weiter zu übernehmen.

*Das war eine Woche vor der Zustellung der Anklageschrift.*

Ich möchte, wenn das möglich ist, wissen, aus welchen Gründen Sie die Vertretung, die Sie seinerzeit freiwillig übernommen haben, niedergelegt haben, und zwar gerade am Vorabend der Zustellung der Anklageschrift?

Ich brauche Ihre Auskunft über diese zwei Fragen, damit ich bei meiner Verteidigungsrede nicht falsche Schlußfolgerungen ziehe oder in unrichtige Auslegungen in bezug auf Ihre Haltung ver falle.

In Erwartung Ihrer Antwort  
Hochachtungsvoll  
G. Dimitroff [159]

---

<sup>82</sup> Durch Dimitroffs Fragen in die Enge getrieben und der Ungesetzlichkeit seiner Verfügung über die Fesselung überführt, berief sich der Untersuchungsrichter Vogt in der Sitzung vom 27. September darauf, daß Rechtsanwalt Wille mit dieser Maßnahme angeblich einverstanden gewesen sei.

Um diese Behauptung zu prüfen und um aufzuklären, aus welchen Gründen der Rechtsanwalt die Verteidigung niedergelegt hatte, schrieb ihm Dimitroff den hier veröffentlichten Brief.



## CHARAKTERISTIK DER ANKLAGEIEUGEN<sup>83</sup>

### 1. Hauptzeugen:

Nationalsozialistische Abgeordnete:

Karwahne, Frey

Österreichischer Nationalsozialist: Kroyer

Nationalsozialistische Presseleute:

Major Weberstedt

Dr. Dröscher (alias Job Zimmermann)

Nationalsozialistischer Kellner (Agent der Geheimpolizei): Hellmer

Nationalsozialist: Major a. D. Schröder

Nationalsozialistischer Abgeordneter: Dr. Ruppin

Deutschnationaler Journalist: Willi Zimmermann

Deutschnationale: Lange, Panknin

Lebermann (Dieb und Morphinist)

Kunzack (Dieb)

Krause (Dieb)

Wilde (Falschmünzer)

Kämpfer (Dieb)

Weinberger (verurteilt wegen Bestechung)

Hintze (Dieb)

Grothe (Psychopath)

2. Gefangene Arbeiter (22)

3. Kriminalbeamte (8)

4. Kriminalbeamte zum politischen Teil (und Heller) (12)

5. Zwei Untersuchungsrichter: Dr. Vogt, Dr. Lösche

6. Renegat Maurer Paul Pucks u.a. (11+ 8 + 22 + 8 + 12 + 2 + 2 = 65)

[160]

---

<sup>83</sup> In der Gerichtsverhandlung am 31. Oktober entlarvte G. Dimitroff durch seine Fragen den Zeugen der faschistischen Staatsanwaltschaft Lebermann (einen Dieb und Morphinisten).

Georgi Dimitroff machte in dieser Sitzung den Zwischenruf, daß der Kreis der Zeugen der Anklagevertretung geschlossen sei, angefangen mit nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten und beendet mit einem Dieb.

Diesen Gedankengang drückte Dimitroff am gleichen Tage in Form einer Zeichnung aus, in der die den Zeugen von der Staatsanwaltschaft zugeteilten Rollen dargestellt waren. Diese Zeichnung nannte er den „Teufelskreis“. Die Zeichnung kam dem Rechtsanwalt, vielen ausländischen Journalisten und sogar den Mitgliedern des Gerichtshofes in die Hände.

## AUFZEICHNUNG ZUR SCHLUSSREDE VOR GERICHT<sup>84</sup>

### 1. Meine Stellung zur offiziellen Verteidigung:

Am 28. September habe ich an den Herrn Präsidenten folgenden Brief gerichtet: ...\*

Nachdem auch Marcel Wilard abgelehnt wurde, war ich berechtigt, mir zu sagen: „Ich will weder den Honig noch das Gift der offiziellen Verteidigung haben“, und habe mich die ganze Zeit allein verteidigt.

*Es ist ganz klar, daß ich mich auch jetzt in keiner Hinsicht durch die Verteidigungsrede des Dr. Teichert engagiert fühle. Maßgebend für meine Verteidigung ist nur das, was ich bis jetzt vor dem Gericht gesagt habe und das, was ich jetzt ausführen werde.*

Jetzt kann ich auch offen sagen, daß ich es vorziehe, unschuldig zum Tode verurteilt zu werden, als eine Freisprechung durch solche Verteidiger, wie es z.B. Herr Dr. Sack ist, zu erreichen.

2. *Meine Sprache ist eine ziemlich scharfe Sprache.* Ja, mein Leben und mein Kampf sind auch sehr hart gewesen. Diese Sprache ist aber eine *offene und aufrichtige Sprache*. Ich pflege die Dinge beim rechten Namen zu nennen.. Man darf auch nicht vergessen, daß ich *kein Rechtsanwalt* bin, der *seinen Mandanten pflichtgemäß verteidigt*.

Ich verteidige meine eigene Person als angeklagter Kommunist;

[161] ich verteidige meine eigene kommunistische, revolutionäre Ehre:

ich verteidige meine Ideen, meine kommunistische Gesinnung;

ich verteidige den Sinn und den Inhalt meines Lebens! Deswegen ist jeder von mir vor dem Reichsgericht ausgesprochene Satz *sozusagen Blut von meinem Blut und Fleisch von meinem Fleisch*.

Jedes Wort ist der Ausdruck meiner tiefsten Entrüstung über die ungerechte Anklage, über die Tatsache, daß ein antikommunistisches Verbrechen auf das Konto der Kommunisten geschrieben wird.

3. *Mir wurde oft vorgeworfen, daß ich das höchste deutsche Gericht nicht ernst nehme. Das ist absolut unberechtigt!*

Es ist wahr, daß für mich als Kommunisten das *höchste Gesetz das Programm der Kommunistischen Internationale* ist und das höchste Gericht die Kontrollkommission der Kommunistischen Internationale.

Aber für mich als Angeklagten ist das Reichsgericht eine Instanz, die sehr ernst zu nehmen ist. Nicht nur, weil die Mitglieder des Reichsgerichts von besonders hoher Qualifikation sind, sondern weil dieses Gericht ein sehr wichtiges Organ der Reichsgewalt, der herrschenden Gesellschaft ist – eine Instanz, die in endgültiger Form die höchste Strafe erteilen kann.

Und ich kann mit ruhigem Gewissen sagen, daß ich vor dem Reichsgericht und damit auch vor der Öffentlichkeit in allen Fragen nur die Wahrheit ausgesagt habe!

4. *Ich muß auch entschieden die Behauptung in Abrede stellen.* daß ich propagandistische Zwecke verfolgt habe. Daß meine Verteidigung vor dem Reichsgericht auch eine propagandistische Auswirkung hatte, das mag sein. Daß mein Verhalten vor Gericht als ein Vorbild für den angeklagten Kommunisten dienen kann, auch das ist anzunehmen. Aber das war nicht der unmittelbare Zweck meiner Verteidigung.

---

<sup>84</sup> Am 16. Dezember wurde G. Dimitroff das „Schlußwort des Angeklagten“ erteilt. Die Schlußrede war die Zusammenfassung und der Höhepunkt des Kampfes, den er während des Prozesses gegen den Faschismus geführt hat. Juristisch und durch Tatsachen begründet, entlarvte er die provokatorische faschistische Anklage und verknüpfte damit eine vorbildliche Verteidigung und Darlegung der Politik der Kommunistischen Internationale, der Politik der Vereinigung aller Kräfte der Werktätigen für den Kampf gegen den Faschismus.

G. Dimitroff hat ausführliche Aufzeichnungen zu seiner Rede vor Gericht gemacht.

\* Siehe Brief S. 81.

Meiner Auffassung nach haben auch die Reden der Herren Göring und Goebbels bestimmt eine ge-[162]wisse propagandistische Auswirkung zugunsten der Kommunisten gehabt, aber dafür sind diese Herren keineswegs verantwortlich!

5. Ich bin nicht nur reichlich durch die Presse beschimpft worden – das ist mir gleichgültig –, aber hier wurde auch mein bulgarisches Volk als „rabiāt“ und „barbarisch“ bezeichnet, und das kann ich nicht mit Schweigen übergehen.

Es ist wahr, daß *der bulgarische Faschismus* sehr rabiāt und barbarisch ist, was man eigentlich auch vom Faschismus in anderen Ländern sagen kann.

Die bulgarische Arbeiterschaft und Bauernschaft, die bulgarische Volksintelligenz sind aber gar nicht rabiāt und barbarisch.

Die materielle Kultur auf dem Balkan ist bestimmt nicht so hoch wie in anderen Ländern, aber geistig und politisch stehen unsere Volksmassen nicht auf niedrigerem Niveau als die Massen in anderen Ländern Europas.

Das bulgarische Volk hat während 500 Jahren fremden Jochs seine Nationalität und Sprache nicht verloren, und es hat ununterbrochen für seine Befreiung gekämpft. Ich habe nicht den geringsten Grund, mich zu schämen, daß ich ein Bulgare bin. Ich bin stolz darauf, daß ich ein Sohn der bulgarischen Arbeiterklasse bin, die so tapfer gegen den Faschismus und für den Kommunismus kämpft.

6. *Der Charakter dieses Prozesses wurde durch die These bestimmt, daß der Reichstagsbrand ein Werk der Kommunistischen Partei Deutschlands, sogar des Weltkommunismus gewesen ist.*

Oberreichsanwalt Dr. Werner:

„... Die Anklage steht deshalb ja auch auf dem Standpunkt, daß dieser verbrecherische Anschlag das Fanal, das Signal sein sollte für die Feinde des Staates, die nunmehr ihren Generalangriff gegen das Deutsche Reich eröffnen wollten, um das Deutsche Reich zu zertrümmern und an dessen Stelle die Diktatur des Proletariats, einen Sowjetstaat von Gnaden der Dritten Internationale zu setzen ...“

Es ist aber nicht zum ersten Male, daß solche Verbrechen auf die Rechnung der Kommunisten geschrieben werden.

[163] Ich möchte nur an einige Beispiele erinnern:

1. *Provokatorische Attentate:*

- a) Eisenbahnattentat bei Jüterbog – ein ungarischer Psychopath und Provokateur;
- b) Ermordung des französischen Präsidenten Doumer<sup>85</sup> durch Gorgulow<sup>86</sup>
- c) Attentat auf die Kathedrale in Sofia – 2000 aktive Kommunisten ermordet;
- d) Bombenattentate des Polizeipräsidenten Prutkin in Sofia gegen die kämpfende Arbeiterschaft;
- e) Brandstiftungen in Deutschland (Mitteilung des „Völkischen Beobachters“ vom 12. Oktober 1933):

*Die Brandstiftungen in Pommern restlos aufgeklärt\*.*

Vierzig Unternehmer von der Kriminalpolizei festgenommen.

Die Stettiner Kriminalpolizei hat eine Brandstifteraffäre aufgedeckt, die in der deutschen Kriminalgeschichte ohne Beispiel ist. In der Provinz Pommern sind im Laufe der letzten Jahre Millionenwerte durch Brandstiftungen zerstört worden ...

<sup>85</sup> PAUL DOUMER (1857–1932) – französischer Staatsmann, Präsident der Französischen Republik (1931–1932). Am 6. Mai 1932 wurde er von dem Weißgardisten Gorgulow, einem Agenten der französischen Geheimpolizei, tödlich verwundet. Mit dem Mord an Doumer wollte man eine für die Pläne der Reaktion im Zusammenhang mit den im Mai 1932 stattfindenden Parlamentswahlen günstige Situation schaffen und die Verhandlungen über den Abschluß eines sowjetisch-französischen Nichtangriffspaktes abbrechen sowie einen Krieg gegen die UdSSR provozieren. Die Pläne der Organisatoren des Mordes scheiterten dank den Bemühungen der demokratischen Kräfte in Frankreich, die um die KPF vereinigt waren.

<sup>86</sup> Siehe Anmerkung 85.

\* gekürzter Auszug

Es ist nun aufgeklärt worden, daß diese Verbrechen zu einem großen Teil von Bauunternehmern ausgeführt worden sind, die Häuser, Gehöfte und Scheunen durch eine Brandlegerbande in Brand setzen ließen...

Bis jetzt sind in dieser Affäre 40 Unternehmer, darunter ein Ziegeleibesitzer, sechs Landwirte und neun Mitglieder der Brandlegerbande festgenommen worden...

Der Verbrecherbande kam man auf die Spur, als in den Abendstunden des 22. April die Scheune eines Besitzers in Bonn niederbrannte. Als Täter wurde der landwirtschaftliche Arbeiter Emil Fechtner ermittelt.

Fechtner legte ein Geständnis ab und gab 50 Brandstiftungen zu, aber das Motiv zur Tat lag noch völlig im Dunkeln. Dem Verhafteten entschlüpfte dann bei einem Verhör die Bemerkung, daß die niedergebrannten Häuser doch wieder aufgebaut werden müßten und daß dadurch Handwerker und Erwerbslose Arbeit bekämen. Nun war die Polizei auf der richtigen Spur.

Das Haupt des Brandstifterkomplotts war der Ziegeleibesitzer Ernst Spörke in Bonn. Dieser stand in Verbindungen mit mehreren Bauunternehmern und Besitzern. Spörke nahm die Aufträge zum Brandlegen entgegen und übermittelte sie weiter an die Bande, die im Dienst dieser Leute stand. Der Ziegeleibesitzer Spörke hatte seine Taxe sehr niedrig angesetzt. Wenn möglich, zahlte er für eine Brandstiftung nicht mehr als drei Mark, trotzdem er großen Vorteil hatte, denn er konnte seinen Absatz an Dachziegeln, Zement und Mauersteinen erheblich vergrößern.“ [164]

## 2. Zu politischen Zwecken – Fälschungen:

a) Sinowjewbrief in England 1926;

b) Fälscheratelier russischer Weißgardisten in Berlin – Drushelowski: Komintern-Dokumente

## 3. Bismarcks Telegramm im Jahre 1870;

Der Krieg zwischen Frankreich und Deutschland!

## 7. Görings These:

„Die Kommunisten waren gezwungen, etwas zu unternehmen – Jetzt oder nie!“

Oberreichsanwalt Dr. Werner:

„... Deswegen war für die Kommunistische Partei damals die Situation gegeben, daß sie entweder den Kampf aufgeben mußte oder daß sie, auch ohne daß die Vorbereitungen restlos bereits erfüllt waren, den Kampf aufnehmen mußte. Das war die einzige Chance, die sie unter Umständen noch haben konnte. Entweder kampfloses Aufgeben des Zieles oder eine gewisse Verzweiflungstat, ein Vabanquespielen, das konnte unter Umständen die Situation noch retten. Es konnte auch schief gehen; aber damit war die Situation ja auch nicht schlechter für sie als bei einem Aufgeben des Kampfes, ohne eine Schlacht zu liefern.“

Wer einen Gegner richtig bekämpfen will, der sollte doch diesen Gegner gut kennen. Verbot der Partei, Auflösung der Massenorganisationen, Verlust der Legalität sind gewiß schwere Schläge für die revolutionäre Bewegung. *Das bedeutet aber bei weitem nicht, daß damit alles verloren ist.*

Die KPD wußte, daß die Kommunistischen Parteien in einer Reihe von Ländern auch illegal leben und kämpfen (Polen, Italien, Bulgarien usw.).

Die KPD wußte, daß die russischen Bolschewiki die siegreiche Oktoberrevolution im Jahre 1917 als illegale und blutig verfolgte Partei organisiert und durchgeführt und die Macht erobert haben.

*Die Kommunisten sind glücklicherweise nicht so kurzsichtig wie ihre Gegner! Und verlieren die Nerven auch bei schwierigsten Situationen nicht!*

Die Kommunistische Partei Deutschlands kann auch illegal die proletarische Revolution vorbereiten und durchführen. Das kostet viele Opfer, aber die Partei wird gestählt, gekräftigt. Ein Beispiel: Bulgarien.

*Der Prozeß – ein Glied in der Kette der Ausrottung des Kommunismus.*

[165] Was ist eigentlich die Kommunistische Internationale?

Eine Weltpartei mit Millionen Mitgliedern und Anhängern.

Ihre erste und größte Sektion ist eine *regierende* Partei und sie regiert das größte Land der Welt.

Eine solche Weltpartei spielt auch nicht mit Worten und Taten.

Eine solche Partei kann nicht zu ihren Millionen Anhängern offiziell eines sagen und gleichzeitig im geheimen das Entgegengesetzte tun.

Eine solche Partei führt keine doppelte Buchführung.

Und diese Millionenpartei hat im Februar 1933 die deutschen Kommunisten aufgerufen:

*Massenarbeit. Massenkampf. Massenwiderstand. Einheitsfront. keine Abenteuer!* (EKKI-Beschlüsse, Aufruf der KI, Alpha und Omega der kommunistischen Taktik!)

8. *Was hat die Beweisaufnahme erbracht?*

a) *Die Legende*, daß der Reichstagsbrand ein Werk der Kommunisten sei, ist vollständig zusammengebrochen.

b) Kein Signal, kein Fanal, kein Auftakt zum bewaffneten Aufstand! Niemand hat einen kommunistischen Aufstand Ende Februar 1933 erwartet.

Niemand hat im Zusammenhang mit dem Reichstagsbrand irgendwelche Taten, Akte, Versuche zum Aufstand bemerkt.

Niemand hat davon damals etwas gehört. Alle diesbezüglichen Erzählungen sind viel späteren Datums.

c) Die Arbeiterschaft setzte sich zu jener Zeit gegen den angreifenden Faschismus zur Wehr.

Die KPD versuchte den Widerstand der Massen, die Verteidigung zu organisieren.

Es ist aber bewiesen worden, daß der Reichstagsbrand ein Anlaß, ein Auftakt, ein *Signal* zum groß angelegten Vernichtungsfeldzug gegen die Arbeiterschaft und ihre Vorhut – die KPD – gewesen ist. [166]

9. *Wer brauchte eigentlich den Reichstagsbrand Ende Februar?*

Die Situation:

a) Innere Kämpfe im nationalen Lager – Nationalsozialistische Alleinherrschaft oder „nationale Koalition“?

(Thyssen-Krupp-Vorherrschaft.)

b) Einheitsfrontbewegung innerhalb der Arbeiterschaft zum Widerstand gegen die faschistische Diktatur. Wels<sup>87</sup>, Leipart, Severing, Braun<sup>88</sup> wurden von den sozialdemokratischen Arbeitern immer mehr verlassen.

Riesiges Wachstum des Einflusses der KPD.

*Die nationalsozialistische Führung brauchte:*

a) Ein Ablenkungsmanöver in bezug auf die inneren Schwierigkeiten – ein Mittel zur Durchsetzung ihrer Hegemonie im nationalen Lager;

b) Die Sprengung der entstehenden Einheitsfront der Arbeiterschaft;

c) einen imponierenden Anlaß zur Massenverfolgung der KPD und der ganzen Arbeiterbewegung;

d) einen Beweis, daß die Nationalisten die Retter Deutschlands vor der bolschewistischen, kommunistischen Gefahr sind.

*Notverordnung des Reichspräsidenten zum Schutz*

von

*Volk und Staat (28. Februar 1933)*

---

<sup>87</sup> OTTO WELS (1873–1939) – einer der Führer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Als Kommandant von Berlin war er aktiver Teilnehmer an der Niederschlagung der Januarkämpfe im Jahre 1919 und Organisator der Stoßtrupps für den Überfall auf kommunistische Versammlungen.

<sup>88</sup> OTTO BRAUN (1872–1955) – gehörte dem extrem rechten Flügel der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands an, Verfechter der faschistischen Politik der Bourgeoisie.

*Ausnahmezustand.*

1. Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reiches werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Anordnungen von Haussuchungen und von Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig. [167]

10. *Van der Lubbe ist nicht allein gewesen.*

*Parrisius:* „Von der Beantwortung dieser Frage hängt das Schicksal der anderen Angeklagten ab!“  
Nein! Tausendmal nein!

Der Plenarsaal ist von anderen Leuten in Brand gelegt worden. Die Brandstiftung durch Lubbe und der Brand im Plenarsaal fallen nur zeitlich zusammen, sind aber sonst grundverschieden. Am wahrscheinlichsten ist Lubbe das unbewußt mißbrauchte Werkzeug dieser Leute. *Lubbe ist aber kein Kommunist.*

*Er ist ein rebellierender Lumpenproletarier.*

*So ist aus einem verdeckten Zweibund von politischer Verrücktheit und politischer Provokation der Reichstagsbrand entstanden.*

Der Bundesgenosse seitens der politischen Verrücktheit sitzt auf der Anklagebank. Die Bundesgenossen seitens der politischen Provokation sind verschwunden. Also der klägliche Faust ist da – der schlaue *Mephisto* aber fehlt.

11. *Wie ist es dazu gekommen, daß unschuldige Kommunisten als Brandstifter angeklagt wurden?*

Ich lasse die Tatsachen sprechen:

a) *Görings Erklärung* am 28. Februar.

Kommunistisches Parteimitgliedsbuch bei Lubbe.

Torgler und Lubbe.

Ein Werk der Kommunisten!

b) Henningsdorf beiseitegelassen; keine Untersuchung!

c) *Schlafkameraden von Lubbe* im Henningsdorfer Asyl nicht gesucht und bis jetzt nicht zu finden.

d) *Der Zivilist*, der der Brandenburger Wache die erste Meldung über den Reichstagsbrand gebracht hat, nicht gesucht, nicht festgestellt, bis heute unbekannt geblieben.

e) Dr. Albrecht (Naziabgeordneter).

*Ganz verkehrte Strategie der Untersuchung: Man sucht die Reichstagsbrandstifter dort, wo sie nicht zu finden sind! Als Komplizen van der Lubbes muß man um jeden Preis Kommunisten feststellen!*

[168] Die Hauptverantwortung dafür trägt *Göring selbst!*

12. *Die Ankläger haben sich die Aufgabe ziemlich leicht gemacht.*

Die Beamten von der Brandkommission sagten sich: die richtigen Komplizen fehlen – also ist Ersatz zu schaffen; und nach der eingeschlagenen Linie sollten Kommunisten diese Ersatz-Reichstagsbrandstifter sein!

„Die Natur duldet keinen leeren Raum!“

*Entscheidender Kreis von Zeugen:*

Karwahne – Lubbe mit Torgler;

Frey – Torgler mit Popov;

Major Weberstedt – Tanev mit Lubbe;

Dr. Dröscher – Torgler mit Dimitroff;  
Hellmer – Lubbe mit Dimitroff und Popov  
(Dr. Dröscher identisch mit Job Zimmermann!)

13. *Heller hat ein kommunistisches Gedicht vom Jahre 1925 zitiert, um zu beweisen, daß der Reichstagsbrand von 1933 ein Werk der Kommunisten ist.*

Ich zitiere den größten deutschen Dichter Goethe:

„Lerne zeitig klüger sein.  
Auf des Glückes großer Waage  
Steht die Zunge selten ein;  
Du mußt steigen oder sinken,  
Du mußt herrschen und gewinnen  
Oder dienen und verlieren,  
Leiden oder triumphieren,  
Amboß oder Hammer sein.“

*Ja. wer nicht Amboß sein will. der muß Hammer sein!*

Diese Wahrheit hat die deutsche Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit im Jahre 1918 nicht verstanden; im Jahre 1923 auch nicht, ebenso nicht im Juli 1932. Sozialdemokratische Führer – Wels, Severing, Braun, Leipart und Graßmann – sind schuld daran. Jetzt werden die deutschen Arbeiter das wohl verstehen können!

#### 14. *Über Rechtsprechung.*

Ich möchte meine hohen Richter keineswegs [169] kränken. Ich muß aber offen sagen, daß ich ebensowenig an die blinde *Themis* glauben kann wie an die *Existenz eines Gottes*.

Und in dieser Beziehung habe ich auch einen selbst für das Reichsgericht sehr maßgebenden Zeugen. Das ist der Justizminister Herr Kerrl. Dieser sehr aufrichtige und tapfere Kerl hat im April d. J. öffentlich folgendes erklärt (28. April – „Montagspost“):

„... Das Vorurteil des formal-liberalistischen Rechtes ist, daß Götze der Rechtsprechung die *Objektivität* sein muß: Jetzt sind wir auch zu einer Quelle der Entfremdung zwischen *Volk und Justiz* vorgedrungen, und an dieser Entfremdung ist letzten Endes *immer schuld die Justiz*. Was ist denn Objektivität im Augenblick des Lebenskampfes eines Volkes? Kennt der kämpfende Soldat, kennt das siegende Heer Objektivität? Der Soldat und das Heer kennen nur eines, eine *Richtschnur*, eine Frage: Wie rette ich Freiheit und Ehre? Wie rette ich die Nation?

So ist es einmal eine Selbstverständlichkeit, daß *die Justiz* eines auf Tod und Leben kämpfenden Volkes nicht *tote Objektivitätsanbetung* betreiben kann. *Die richterlichen, staatsanwaltschaftlichen und rechtsanwaltschaftlichen Maßnahmen müssen sich von einer einzigen Richtschnur leiten lassen: Was frommt dem Leben der Nation? Was rettet das Volk?* Nicht richtungslose Objektivität, die Stillstand und damit Verknöcherung, die Volksfremdheit bedeutet, darf herrschen, nein, alle Handlungen, alle Maßnahmen der Gesamtheit und des einzelnen müssen den Lebensbelangen des Volkes, der Nation untergeordnet sein!“

Das sind goldene Worte! Gesetz und Hochverrat sind sehr relative Begriffe, vollständig von der Zeit und den Umständen abhängig.

Was in Rußland z. B. gesetzlich ist, wird in Deutschland als gesetzwidrig verfolgt, und umgekehrt.

Was vor einem Jahr in Deutschland gesetzlich war, ist heute gesetzwidrig.

In Deutschland regiert vorläufig der Nationalsozialismus; in Österreich und in der Tschechoslowakei werden die Nationalsozialisten vorübergehend verfolgt und sind illegal; sie müssen sich mit falschen Pässen unter falschen Namen und mit chiffrierten Adressen betätigen.

*Tendenzprozesse und Tendenzurteile.*

15. *Im 17. Jahrhundert stand Galileo Galilei vor dem strengen Inquisitionsgericht und sollte als [170] Ketzer zum Tode verurteilt werden. Er hat mit tiefster Überzeugung und Entschlossenheit ausgerufen:*

„*Trotzdem, sie – die Erde – dreht sich doch!*“

Und diese wissenschaftliche These wurde später zum Gemeingut der ganzen Menschheit.

*Wir Kommunisten können heute nicht weniger entschlossen als der alte Galilei sagen:*

*Und dennoch dreht sie sich! Das Rad der Geschichte dreht sich nach vorwärts – nach einem Sowjeteuropa nach einem Weltbund der Sowjetrepubliken! Und dieses Rad, getrieben durch das Proletariat unter Führung der Kommunistischen Internationale, wird durch keine Ausrottungsmaßnahmen, durch keine Zuchthausstrafen und Todesurteile aufgehalten werden. Es dreht sich und wird sich drehen bis zum endgültigen Sieg des Kommunismus!*

16. Der Herr Oberreichsanwalt hat beantragt, die bulgarischen Angeklagten „wegen Mangel an Beweisen“ freizusprechen. Damit bin ich aber gar nicht zufrieden. So einfach ist die Sache nicht. Wir Bulgaren sowie Torgler müssen freigesprochen werden nicht wegen Mangel an Beweisen, sondern weil wir, als Kommunisten, mit dieser *antikommunistischen Tat* nichts zu tun *gehabt haben* und nichts zu tun haben konnten.

Ich beantrage:

1. daß das Reichsgericht unsere Unschuld an dieser Tat und die Anklage als unberechtigte Anklage anerkennt;
2. van der Lubbe als mißbrauchtes Werkzeug der Feinde der Arbeiterklasse zu betrachten;
3. die an der unberechtigten Anklage gegen uns Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen;
4. uns auf Rechnung dieser Schuldigen die entsprechende Entschädigung für die verlorene Zeit und Gesundheit und für die ertragenen Leiden zuzuerkennen.

Es wird noch eine Zeit kommen, wo solche Anträge mit Zinsen durchgeführt werden.

[171]



## STENOGRAMM DER SCHLUSSREDE VOR GERICHT

am 16. Dezember 1933

*Dimitroff:* Auf Grund des § 258 der Strafprozeßordnung habe ich das Recht sowohl als Verteidiger wie auch als Angeklagter zu sprechen.

*Präsident:* Sie haben das Recht auf das letzte Wort, und Sie können jetzt davon Gebrauch machen.

*Dimitroff:* Auf Grund der Strafprozeßordnung habe ich das Recht, mit der Anklage zu polemisieren und sodann das letzte Wort zu ergreifen.

Meine Herren Richter, meine Herren Ankläger, meine Herren Verteidiger! Schon zu Beginn dieses Prozesses, vor drei Monaten richtete ich als Angeklagter einen Brief an den Vorsitzenden. In diesem Brief schrieb ich, es täte mir leid, daß mein Auftreten zu Zusammenstößen führte. Aber ich lehne entschieden die Auslegung ab, daß ich das Recht der Fragestellung und das Recht auf Abgabe von Erklärungen absichtlich für propagandistische Ziele mißbrauchte. Da ich nun einmal unschuldig angeklagt war, versuchte ich, mich mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln zu verteidigen.

„Ich gebe zu“, schrieb ich, „daß verschiedene Fragen meinerseits dem Zeitpunkt und der Form nach nicht immer richtig gestellt worden sind. Das aber läßt sich nur daraus erklären, daß ich mit dem deutschen Recht nicht vertraut bin. Ferner beteilige ich mich in meinem Leben zum erstenmal an einer solchen gerichtlichen Hauptverhandlung. Hätte ich einen *Wahlverteidiger* gehabt, so hätte ich bestimmt solche für meine eigene Verteidigung nachteilige Vorkommnisse zu vermeiden gewußt.

[172] Ich erinnere aber daran, daß alle meine Anträge auf Wahlverteidiger (Rechtsanwälte Detschev, Moro Giafferi, Campinchi, Torrès, Grigorov, Leo Gallagher und Dr. Lehmann-Saarbrücken) einer nach dem anderen, unter verschiedenen Begründungen von dem Reichsgericht abgelehnt worden sind und dem Herrn Detschev sogar – wie es scheint – eine Eintrittskarte verweigert worden ist.

Ich habe gegenüber Herrn Dr. Paul Teichert als Person und Rechtsanwalt kein persönliches Mißtrauen, aber ich kann hinsichtlich seiner Rolle als offizieller Verteidiger unter den heutigen Zuständen in Deutschland nicht das nötige Vertrauen haben, und deswegen versuche ich mich selbst zu verteidigen, wobei ich bestimmt manchmal juristisch unrichtige Schritte mache.

Im Interesse meiner Verteidigung vor dem Reichsgericht sowie – glaube ich – auch im Interesse des normalen Verlaufes der Hauptverhandlung, wende ich mich noch einmal – und zum letztenmal – an das Reichsgericht mit der Bitte, dem von meiner Schwester neuerdings beauftragten Rechtsanwalt *Herrn Marcel Willard* die Erlaubnis zu erteilen, an meiner Verteidigung mitarbeiten zu dürfen.

Sollte bedauerlicherweise auch dieser mein letzter Antrag abgelehnt werden, dann bleibt mir nichts übrig, als mich, so wie ich es kann und wie ich es verstehe, selbst zu verteidigen.“

Nachdem dieser Vorschlag abgelehnt wurde, habe ich mich entschlossen, mich selbst zu verteidigen. Ich will weder den Honig noch das Gift eines aufgedrungenen Verteidigers und habe mich die ganze Zeit allein verteidigt.

Es ist klar, daß ich mich auch jetzt in keiner Hinsicht durch die Verteidigungsrede des Dr. Teichert engagiert fühle. Maßgebend für meine Verteidigung ist nur das, was ich bis jetzt vor dem Gericht gesagt habe, und das, was ich jetzt anführen werde. Ich möchte Torgler nicht kränken, nachdem er meiner Meinung nach schon von seinem Verteidiger genug gekränkt worden ist, aber lieber würde ich mich vom Reichsgericht unschuldig zum Tode verurteilen lassen, als eine Freisprechung durch eine solche Verteidigung, wie sie z.B. Herr Dr. Sack für Torgler führte, zu erreichen.

*Präsident (unterbricht Dimitroff):* Es ist nicht Ihre Sache, hier Kritik zu üben.

*Dimitroff:* Ich gebe zu, meine Sprache ist sehr scharf und hart. Mein Kampf und mein Leben waren auch immer scharf und hart. Diese Sprache ist aber [173] eine offene und aufrichtige Sprache. Ich pflege die Dinge beim richtigen Namen zu nennen. Ich bin kein Rechtsanwalt, der hier seinen Mandanten pflichtgemäß verteidigt.

Ich verteidige meine eigene Person als angeklagter Kommunist.

Ich verteidige meine eigene kommunistische, revolutionäre Ehre.

Ich verteidige meine Ideen, meine kommunistische Gesinnung.

Ich verteidige den Sinn und den Inhalt meines Lebens.

Deswegen ist jeder von mir vor dem Reichsgericht ausgesprochene Satz sozusagen *Blut von meinem Blut und Fleisch von meinem Fleisch*. Jedes Wort ist der Ausdruck meiner tiefsten Entrüstung über die ungerechte Anklage, über die Tatsache, daß ein antikommunistisches Verbrechen auf das Konto der Kommunisten geschoben wird. Mir wurde oft vorgeworfen, daß ich das höchste deutsche Gericht nicht ernst nehme. Das ist absolut unberechtigt.

*Es ist wahr, daß für mich als Kommunisten das höchste Gesetz das Programm der Kommunistischen Internationale ist und das höchste Gericht die Kontrollkommission der Kommunistischen Internationale.*

Aber für mich als Angeklagten ist das Reichsgericht eine Instanz, die sehr ernst zu betrachten ist. Und nicht nur, weil die Mitglieder des Reichsgerichts von besonders hoher Qualifikation sind, sondern weil dieses Gericht ein sehr wichtiges Organ der Reichsgewalt, der herrschenden Gesellschaftsordnung ist – eine Instanz, die in endgültiger Form die höchste Strafe erteilen kann. Ich kann mit ruhigem Gewissen sagen, daß ich vor dem Reichsgericht und damit auch vor der Öffentlichkeit in allen Fragen nur die Wahrheit gesagt habe. Über meine illegale Partei habe ich jede Aussage verweigert. Ich habe immer ernst gesprochen und aus meiner tiefsten Überzeugung.

*Präsident:* Ich dulde nicht, daß Sie hier in diesem [174] Saale kommunistische Propaganda treiben. Das haben Sie die ganze Zeit getan. Wenn Sie so fortfahren, werde ich Ihnen das Wort entziehen.

*Dimitroff:* Ich muß entschieden die Behauptung in Abrede stellen, daß ich propagandistische Zwecke verfolgt habe. Daß meine Verteidigung vor dem Reichsgericht auch eine propagandistische Auswirkung hatte, das mag sein. Daß mein Verhalten vor Gericht als ein Vorbild für den angeklagten Kommunisten dienen kann – auch das ist anzunehmen. Aber das war nicht der Zweck meiner Verteidigung. Mein Ziel bestand darin, die Anklage zu widerlegen, daß Dimitroff, Torgler, Popov und Tanev, daß die KPD und die Kommunistische Internationale irgend etwas mit dem Brand zu tun haben.

Ich weiß, daß in Bulgarien niemand an unsere angebliche Teilnahme an der Brandstiftung glaubt. Ich weiß, daß im Ausland überhaupt kaum jemand daran glaubt. Aber in Deutschland sind andere Zustände, hier könnte solchen Behauptungen Glauben geschenkt werden. Deshalb wollte ich beweisen, daß die Kommunistische Partei nichts mit der Teilnahme an einem solchen Verbrechen zu tun hatte und nichts damit zu tun hat. Spricht man von Propaganda, so trugen viele Äußerungen hier einen solchen Charakter. Auch das Auftreten Goebbels' und Görings übte eine indirekte propagandistische Wirkung zugunsten des Kommunismus aus, aber niemand kann sie dafür verantwortlich machen, daß ihr Auftreten eine solche propagandistische Wirkung hatte. (*Bewegung und Heiterkeit im Saal.*)

Ich wurde nicht nur reichlich durch die Presse beschimpft – das ist mir gleichgültig –, aber durch mich wurde auch mein bulgarisches Volk als „rabiät“ und „barbarisch“ bezeichnet, man nannte mich eine „dunkle Balkanfigur“, und das kann ich nicht mit Schweigen übergehen.

Es ist wahr, daß der bulgarische *Faschismus* sehr rabiät und barbarisch ist. Die bulgarische Arbeiterschaft und Bauernschaft, die bulgarische Volksintelligenz sind aber gar nicht rabiät und barbarisch. Die [175] materielle Kultur auf dem Balkan ist bestimmt nicht so hoch wie in anderen europäischen Ländern, aber geistig und politisch stehen unsere Volksmassen nicht auf niedrigerem Niveau als die Massen in anderen Ländern Europas. Unser politischer Kampf, unsere politischen Bestrebungen sind in unserem Lande nicht niedriger als in anderen Ländern. Ein Volk, das 500 Jahre unter einem fremden Joch lebte, ohne seine Sprache und seine Nationalität zu verlieren, unsere „Arbeiterklasse und Bauernschaft, die gegen den bulgarischen Faschismus und für den Kommunismus kämpften und kämpfen – ein solches Volk ist nicht barbarisch und wild. Barbarisch und wild ist in Bulgarien nur der Faschismus. Aber ich frage Sie, Herr Präsident: *In welchem Land ist der Faschismus nicht barbarisch und wild?*

*Präsident (unterbricht Dimitroff):* Sie wollen doch nicht auf die Verhältnisse in Deutschland anspielen?

*Dimitroff: (mit einem ironischen Lächeln)* Natürlich nicht, Herr Vorsitzender ...

In der Zeit, als der „deutsche“ Kaiser Karl V. zu sagen pflegte, daß er nur mit seinen Pferden deutsch spricht, als die deutschen Adligen und die deutsche Intelligenz nur Latein schrieben und sich der deutschen Sprache schämten, haben im „barbarischen“• Bulgarien die Apostel Kyrill und Methodius die altbulgarische Schrift geschaffen und verbreitet.

Das bulgarische Volk hat mit allen Kräften und hartnäckig gegen das fremde Joch gekämpft. Deshalb protestiere ich gegen diese Angriffe auf das bulgarische Volk. Ich habe keinen Anlaß, mich dessen zu schämen, daß ich Bulgare bin, und ich bin stolz darauf, ein Sohn der bulgarischen Arbeiterklasse zu sein.

Bevor ich auf die Hauptfrage eingehe, muß ich noch folgendes erklären: Uns wurde von Dr. Teichert vorgeworfen, daß wir uns selbst in diese Lage als angeklagte Reichstagsbrandstifter gebracht haben. Darauf muß ich antworten, daß seit dem 9. März, als man uns verhaftete, bis zum Beginn dieses Prozesses [176] sehr viel Zeit verging. In dieser Zeit hätte man alle Verdacht erweckenden Momente untersuchen können. Während der Voruntersuchung sprach ich mit Beamten der sogenannten Brandkommission über den Reichstagsbrand. Diese Beamten sagten mir, daß die Bulgaren an der Brandstiftung nicht schuld sind. Man warf uns nur unsere Pässe, unsere angenommenen Namen, unsere unrichtigen Adressen usw. vor.

*Präsident:* Was Sie jetzt sagen, ist im Prozeß nicht zur Sprache gekommen. Sie haben deshalb kein Recht, hier davon zu sprechen

*Dimitroff:* Herr Vorsitzender! Während dieser Zeit hätten alle Angaben untersucht werden müssen, um uns rechtzeitig von dieser Anklage zu befreien. Im Anklageakt wird darauf hingewiesen, daß Dimitroff, Popov und Tanev erklären, bulgarische Emigranten zu sein; es müsse jedoch im Gegensatz dazu als bewiesen gelten, daß sie sich zwecks illegaler Arbeit in Deutschland aufhielten. Sie sind, heißt es im Anklageakt, Sendlinge der Kommunistischen Partei aus Moskau zur Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes.

Seite 83 der Anklageschrift heißt es, daß, obschon Dimitroff erklärte, vom 25. bis zum 28. Februar nicht in Berlin gewesen zu sein, dies nichts an der Sachlage ändert und ihn, Dimitroff, nicht von der Anklage der Mittäterschaft an der Reichstagsbrandstiftung enthebt. Das zeigt sich, heißt es weiter in der Anklageschrift, nicht nur aus den Aussagen Hellmers auch andere Tatsachen sprechen dafür, daß ...

*Präsident (unterbrechend)* Sie können hier nicht die ganze Anklageschrift verlesen, die uns übrigens hinreichend bekannt ist.

*Dimitroff* Ich muß schon sagen, daß drei Viertel alles dessen, was die Ankläger und Verteidiger hier vor Gericht sagten, allgemein seit langem bekannt ist. Aber sie haben es hier wieder vorgebracht. *(Heiterkeit und Bewegung im Saal).* Hellmer erklärte, daß Dimitroff und van der Lubbe im Restau- [177]rant Bayernhof waren. Weiter lese ich in der Anklageschrift: „Wenn auch Dimitroff nicht am Tatort gefaßt wurde, so nahm er doch an der Vorbereitung zur Reichstagsbrandstiftung teil. Er fuhr nach München, um sich ein Alibi zu sichern. Die bei Dimitroff gefundenen Broschüren zeigen, daß er an der kommunistischen Bewegung in Deutschland teilnahm.“

Das bildete die Grundlage dieser übereilten Anklage, die eine Fehlgeburt ist. *(Der Präsident unterbricht Dimitroff und erklärt, daß er diesen Ausdruck über die Anklage nicht verwenden dürfte.)*

*Dimitroff:* Ich werde einen anderen Ausdruck suchen.

*Präsident:* Aber kein derart unzulässiges Wort.

*Dimitroff:* Ich kehre zu den Methoden der Anklage und zur Anklageschrift in einem anderen Zusammenhang zurück.

Der Charakter dieses Prozesses wurde durch die These bestimmt, daß der Reichstagsbrand eine Sache der Kommunistischen Partei Deutschlands, ja sogar des Weltkommunismus gewesen ist. Dieser antikommunistische Akt, die Reichstagsbrandstiftung, wurde den Kommunisten in die Schuhe geschoben und zu einem Signal für den kommunistischen Aufstand erklärt, zu einem Fanal für die Änderung der deutschen Verfassung. Mit Hilfe dieser These wurde dem ganzen Prozeß ein anti-kommunistischer Charakter gegeben. In der Anklageschrift heißt es:

„... Die Anklage steht deshalb ja auch auf dem Standpunkt, daß dieser verbrecherische Anschlag das Fanal, das Signal sein sollte für die Feinde des Staates, die nunmehr ihren Generalangriff gegen das Deutsche Reich eröffnen wollten, um das Deutsche Reich zu zertrümmern und an dessen Stelle die Diktatur des Proletariats, einen Sowjetstaat von Gnaden der III. Internationale, setzen ...“

Meine Herren Richter. Nicht zum erstenmal wird ein solches Attentat den Kommunisten zugeschrieben. Ich kann hier nicht alle Beispiele dieser Art anführen. Ich erinnere an das Eisenbahnattentat hier in Deutschland bei Jüterbog, das von einem Psychopathen, einem Abenteurer, einem Provokateur begangen wurde. Damals wurde nicht nur in Deutschland, [178] sondern auch in anderen Ländern Wochen hindurch die Behauptung aufgestellt, das Attentat sei von der KPD begangen worden, sei ein terroristischer Akt von Kommunisten. Dann stellte sich heraus, daß der Psychopath und Abenteurer Matuschka der Täter war. Er wurde verhaftet und verurteilt.

Ich erinnere an ein anderes Beispiel – an die Ermordung des französischen Präsidenten durch Gorgulow. Auch damals wurde in allen Ländern Wochen hindurch behauptet, daß hier die kommunistische Hand im Spiele war. Gorgulow wurde als Kommunist, als Sowjetagent dargestellt. Und was ergab sich? Das Attentat war von Weißgardisten organisiert worden, und Gorgulow war ein Provokateur, der die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Frankreich zum Bruch bringen wollte.

Ich erinnere auch an das Attentat auf die Sofioter Kathedrale. Dieses Attentat wurde nicht von der Kommunistischen Partei Bulgariens organisiert. Aber die Kommunistische Partei wurde dafür verfolgt. Zweitausend Arbeiter, Bauern und Intellektuelle sind bestialisch durch faschistische Banden ermordet worden unter dem Vorwand, daß die Kommunisten die Kathedrale gesprengt hätten. Diese Provokation mit der Sprengung der Sofioter Kathedrale wurde organisiert von der Bulgarischen Polizei. Bereits 1920 hat der Sofioter Polizeipräsident Prutkin während des Eisenbahnerstreiks selbst Bombenattentate organisiert, als provokatorische Maßnahme gegen die bulgarischen Arbeiter.

*Präsident (unterbricht Dimitroff):* Das gehört nicht zum Prozeß.

*Dimitroff:* Der Polizeibeamte Heller sprach hier von kommunistischer Brandstiftungspropaganda usw. Ich fragte ihn, ob ihm nicht Fälle bekannt seien, daß Brandstiftungen, die von den Unternehmern selbst ausgeführt wurden, dann den Kommunisten zur Last gelegt wurden. Im „Völkischen Beobachter“ vom 5. Oktober heißt es, daß die Polizei in Stettin ...

*Präsident:* Dieser Artikel wurde nicht während der Gerichtsverhandlung vorgelegt. [179] (*Dimitroff versucht fortzufahren.*)

*Präsident:* Wagen Sie nicht, hier davon zu sprechen, wenn das im Prozeß nicht zur Sprache gebracht wurde.

*Dimitroff:* Eine ganze Reihe von Bränden ...

(*Präsident unterbricht ihn aufs neue.*)

*Dimitroff:* Das war der Gegenstand der Untersuchung, weil hier eine ganze Reihe von Bränden den Kommunisten zur Last gelegt wurde. Dann stellte es sich heraus, daß die Unternehmer die Brände gelegt haben – „zwecks Arbeitsbeschaffung“! Ich erinnere noch an ein Moment: an die Dokumentenfälschungen. Es gibt eine große Zahl Fälschungen, die gegen die Arbeiterklasse ausgenutzt wurden. Ihre Zahl ist Legion. Ich erinnere nur an den sogenannten Sinowjew-Brief. Er war gefälscht. Diese Fälschung wurde von den englischen Konservativen gegen die Arbeiterklasse ausgenutzt. Ich erinnere an eine Reihe von gefälschten Dokumenten, die hier in Deutschland eine Rolle spielten ...

*Präsident:* Das liegt außerhalb des Gebietes, das hier zur Verhandlung steht.

*Dimitroff:* Hier wurde behauptet, daß die Reichstagsbrandstiftung als Fanal zum bewaffneten Aufstand dienen sollte. Man versuchte, das in folgender Weise zu begründen:

Göring erklärte hier vor Gericht, daß die KPD in dem Augenblick, als Hitler an die Macht kam, genötigt war, ihre Massen anzufeuern und irgend etwas zu unternehmen. Er sagte: „Die Kommunisten waren gezwungen, etwas zu unternehmen – jetzt oder nie.“ Er sagte, daß die Kommunistische Partei schon Jahre hindurch zum Kampf gegen den Nationalsozialismus aufrief und daß der KPD im Augenblick der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten kein anderer Ausweg übrigblieb, als jetzt oder nie loszuschlagen. Der Oberreichsanwalt versuchte, diese These genauer und noch „klüger“ zu formulieren.

*Präsident:* Ich werde nicht zulassen, daß Sie hier das Reichsgericht beleidigen.

[180] *Dimitroff (fährt fort):* Das, was Göring als oberster Ankläger behauptete, wurde von dem Oberreichsanwalt entwickelt. Oberreichsanwalt Dr. Werner sagte:

„... Deswegen war für die Kommunistische Partei damals die Situation gegeben, daß sie entweder den Kampf aufgeben mußte oder daß sie, auch ohne daß die Vorbereitungen restlos erfüllt waren, den Kampf aufnehmen mußte. Das war die einzige Chance, die sie unter Umständen noch haben konnte. Entweder kampfloses Aufgeben des Zieles oder eine gewisse Verzweiflungstat, ein *Vabanquespiel*, das konnte unter Umständen die Situation noch retten. Es konnte auch schiefgehen; aber damit war die Situation ja auch nicht schlechter für sie als bei einem Aufgeben des Kampfes, ohne eine Schlacht zu liefern.“

Die hier aufgestellte und der Kommunistischen Partei zugeschriebene These ist keine kommunistische These. Eine solche Annahme zeigt, daß die Feinde der KPD diese schlecht kennen. Wer einen Gegner richtig bekämpfen will, der sollte doch diesen Gegner gut kennen. Verbot der Partei, Auflösung der Massenorganisationen, Verlust der Legalität sind gewiß schwere Schläge für die revolutionäre Bewegung. *Das bedeutet aber bei weitem nicht, daß damit alles verloren ist.*

Im Februar 1933 drohte der KPD ein Verbot. Die kommunistische Presse war verboten, und das Verbot der Kommunistischen Partei wurde erwartet, die KPD rechnete damit. Davon war die Rede in Flugblättern und Zeitungen. Die KPD wußte sehr wohl, daß die kommunistischen Parteien in vielen Ländern verboten sind, daß sie aber trotzdem ihre Arbeit und ihren Kampf fortsetzten. Die kommunistischen Parteien sind in Polen, Bulgarien, Italien und manchen anderen Ländern verboten.

Ich kann davon auf Grund der Erfahrungen der Kommunistischen Partei Bulgariens berichten. Nach dem Aufstand im Jahre 1923 wurde die Kommunistische Partei verboten, aber sie arbeitete, obwohl das viele Opfer kostete, sie wurde stärker als sie bis 1923 war. Das versteht jeder kritisch denkende Mensch.

*Die KPD kann, auch wenn sie illegal ist, in einer entsprechenden Situation die Revolution durch-*  
[181]*führen.* Das zeigt die Erfahrung der russischen Kommunistischen Partei. Die Kommunistische Partei in Rußland war illegal, sie wurde blutig verfolgt; aber dann kam die Arbeiterklasse mit der Kommunistischen Partei an ihrer Spitze – an die Macht. Die führenden Köpfe der KPD konnten nicht so denken, daß alles verloren ist und daß die Frage „entweder – oder“ gestellt ist: entweder Aufstand oder Untergang. Solche dummen Gedanken konnte die Führung der KPD nicht haben. Die KPD wußte genau, daß die illegale Arbeit zahlreiche Opfer kosten wird, daß sie Selbstverleugnung und Mut erfordert, aber sie wußte auch, daß ihre revolutionären Kräfte sich stärken werden und daß sie fähig sein wird, die ihr gestellten Aufgaben zu meistern. Deshalb ist es ganz ausgeschlossen, daß die KPD in der damaligen Periode ein *Vabanquespiel* machen sollte. *Die Kommunisten sind glücklicherweise nicht so kurzsichtig wie ihre Gegner. Und sie verlieren auch bei den schwierigsten Situationen die Nerven nicht.*

Es muß hinzugefügt werden, daß die KPD und die anderen kommunistischen Parteien Sektionen der Kommunistischen Internationale sind. Was ist die Kommunistische Internationale? Ich zitiere hier das Statut der Kommunistischen Internationale (Paragraph I):

„Die Kommunistische Internationale – die internationale Arbeiterassoziation – ist die Vereinigung der kommunistischen Parteien der verschiedenen Länder zu einer einheitlichen kommunistischen Weltpartei. Als Führer und Organisator der revolutionären Bewegung des Weltproletariats, als Träger der Prinzipien und der Ziele des Kommunismus

kämpft die Kommunistische Internationale um die Mehrheit der Arbeiterklasse und der breiten Schichten der armen Bauern, für die Aufrichtung der Weltdiktatur des Proletariats, für die Errichtung einer Weltunion sozialistischer Sowjetrepubliken, für die völlige Beseitigung der Klassen und für die Verwirklichung des Sozialismus, dieser ersten Stufe der kommunistischen Gesellschaft.“

In dieser nach Millionen zählenden Welpartei der Kommunistischen Internationale ist die Kommunistische Partei der Sowjetunion die stärkste Partei. Sie ist die regierende Partei der Sowjetunion, des größten Staates der Welt. Die Komintern, die kommu-[182]nistische Welpartei, beurteilt die politische Lage gemeinsam mit der Führung der kommunistischen Parteien aller Länder.

Die Kommunistische Internationale, der alle Sektionen direkt verantwortlich sind, ist keine Verschwörerorganisation, sondern eine Welpartei. *Eine solche Welpartei spielt nicht mit dem Aufstand und der Revolution.* Eine solche Partei kann nicht zu ihren Millionen Anhängern offiziell eines sagen und gleichzeitig im geheimen *das entgegengesetzte tun.* Eine solche Partei, mein lieber guter Dr. Sack, kennt keine doppelte Buchhaltung!

*Dr. Sack:* Na, schön, treiben Sie nur ruhig Ihre kommunistische Propaganda.

*Dimitroff:* Eine solche Partei geht ernst und mit völliger Erkenntnis ihrer Verantwortung vor, wenn sie sich an die Millionenmassen des Proletariates wendet, wenn sie die Beschlüsse über ihre Taktik und ihre nächsten Aufgaben faßt. Ich zitiere aus den Beschlüssen des XII. EKKI-Plenums da diese Beschlüsse hier vor Gericht zitiert wurden, habe ich das Recht, sie hier zu verlesen.

Laut diesen Beschlüssen bestand die Hauptaufgabe der KPD in folgendem:

„Mobilisierung der Millionenmassen der werktätigen zur Verteidigung ihrer Lebensinteressen gegen die Ausplünderung durch das Monopolkapital, gegen den Faschismus, gegen die Notverordnungen, gegen den Nationalsozialismus und Chauvinismus und Heranführung der Massen durch Auslösung wirtschaftlicher und politischer Streiks, durch den Kampf für den proletarischen Internationalismus durch Demonstrationen an den politischen Generalstreik; Eroberung der ausschlaggebenden sozialdemokratischen Massen, energische Ausmerzung der Schwächen der Gewerkschaftsarbeit. Die Hauptlosung, die die KPD der Losung der faschistischen Diktatur („Drittes Reich“) ebenso wie der Losung der Sozialdemokratischen Partei („Zweite Republik“) gegenüberstellen muß, ist die Losung der *Arbeiter- und Bauernrepublik*, d. h. die Losung des sozialistischen Sowjetdeutschlands, die auch die Möglichkeit eines freiwilligen Anschlusses des österreichischen Volkes und anderer deutscher Gebiete gewährleistet.“

*Massenarbeit, Massenkampf, Massenwiderstand, Einheitsfront, keine Abenteuer* – das ist das Alpha und Omega der kommunistischen Taktik.

Man fand bei mir einen Aufruf des Exekutivkomitees der Komintern; ich nehme an, daß ich ihn auch zitieren kann. In diesem Aufruf sind zwei Punkte besonders wichtig. Es ist dort die Rede von Demonstrationen in verschiedenen Ländern im Zusammenhang mit den Ereignissen in Deutschland. Es ist darin von den Aufgaben der Kommunistischen Partei im Kampf gegen den nationalsozialistischen Terror sowie von der Verteidigung der Organisation und der Presse der Arbeiterklasse die Rede. In diesem Aufruf heißt es u. a.:

„Das Haupthindernis auf dem Wege der Bildung der Einheitskampffront der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter war und ist die von den sozialdemokratischen Parteien – die heute das internationale Proletariat den Schlägen des Klassenfeindes ausgesetzt haben – betriebene Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie. Diese Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie, bekannt als sogenannte Politik des ‚kleineren Übels‘, führte in Deutschland praktisch zum Triumph der faschistischen Reaktion.

Die Kommunistische Internationale und die kommunistischen Parteien aller Länder haben wiederholt ihre Bereitschaft zum gemeinsamen Kampf mit den sozialdemokratischen Arbeitern gegen die Kapitaloffensive, politische Reaktion und Kriegsgefahr erklärt. Die kommunistischen Parteien waren die Organisatoren des gemeinsamen Kampfes der kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter, trotz der Führer der sozialdemokratischen Parteien, die die Einheitsfront der Arbeitermassen systematisch gesprengt haben.

Noch am 20. Juli vorigen Jahres schlug die KPD, nach der Verjagung der preußischen sozialdemokratischen Regierung durch Papen, der SPD und dem ADGB die Organisation eines gemeinsamen Streiks gegen den Faschismus vor. Doch SPD und ADGB bezeichneten mit Billigung der gesamten Zweiten Internationale diesen Vorschlag der Organisation eines gemeinsamen Streiks als Provokation. Die KPD wiederholte ihren Vorschlag des gemeinsamen Vorgehens im Augenblick, als Hitler die Macht ergriff, sie forderte den Parteivorstand der SPD und den Vorstand des ADGB zur Organisation der Abwehr gegen den Faschismus auf, erhielt aber auch diesmal eine Absage. Ja, noch mehr. Als im November vorigen Jahres die Berliner Verkehrsarbeiter einmütig gegen Lohnabbau streikten, sprengte die SPD die Einheitskampffront. Die ganze Praxis der internationalen Arbeiterbewegung ist voll ähnlicher Beispiele.

Nun veröffentlichte das Büro der SAI am 19. Februar dieses Jahres eine Erklärung über die Bereitschaft der dieser Internationale angehörenden sozialdemokratischen Parteien, mit den Kommunisten eine Einheitsfront zum Kampf gegen die faschistische Reaktion in Deutschland zu bilden. Diese Erklärung steht im schärfsten Widerspruch zum ganzen bisherigen Vorgehen der SAI und der sozialdemokratischen Parteien. Die ganze bisherige [184] Politik und Tätigkeit der SAI berechtigen die Kommunistische Internationale und die kommunistischen Parteien, der Aufrichtigkeit der Erklärung des SAI-Büros, das diesen Vorschlag in einem Augenblick macht, wo in einer Reihe von Ländern und vor allem in Deutschland die Arbeitermassen die Organisation der Einheitskampffront selbst in die Hand nehmen, keinen Glauben zu schenken.

Dessen ungeachtet fordert das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, angesichts des gegen die Arbeiterklasse Deutschlands vorstoßenden, alle Kräfte der Weltreaktion entfesselnden Faschismus, alle kommunistischen Parteien auf, noch einen Versuch zur Herstellung der Einheitskampffront mit den sozialdemokratischen Arbeitermassen durch Vermittlung der sozialdemokratischen Parteien zu machen. Das EKKI macht diesen Versuch in der festen Überzeugung, daß die Einheitsfront der Arbeiterklasse auf dem Boden des Klassenkampfes die Offensive des Kapitals und des Faschismus zurückzuschlagen und das unausbleibliche Ende jeder kapitalistischen Ausbeutung außerordentlich zu beschleunigen vermöchte.

Mit Rücksicht darauf, daß kraft der Eigenart der Verhältnisse sowie der Verschiedenheit der vor der Arbeiterklasse in jedem einzelnen Lande stehenden konkreten Kampf aufgaben ein Abkommen zwischen den kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien zu bestimmten Aktionen gegen die Bourgeoisie am erfolgreichsten im Rahmen einzelner Länder durchgeführt werden kann, empfiehlt das EKKI den kommunistischen Parteien der einzelnen Länder, an die Zentralvorstände der der SAI angehörenden sozialdemokratischen Parteien mit Vorschlägen über gemeinsame Aktionen gegen den Faschismus und gegen die Offensive des Kapitals heranzutreten. Doch den Verhandlungen zwischen den ein diesbezügliches Abkommen schließenden Parteien müssen die elementarsten Voraussetzungen des gemeinsamen Kampfes zugrunde gelegt werden. Ohne konkrete Aktionsprogramme gegen die Bourgeoisie wäre jegliches Abkommen zwischen den Parteien gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichtet.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, das vor dem Angesicht der internationalen Arbeiterklasse diese Vorschläge macht, fordert alle kommunistischen Parteien, in erster Linie die KPD auf, unverzüglich, ohne die Resultate der Verhandlungen und der Abkommen über einen gemeinsamen Kampf mit der Sozialdemokratie abzuwarten, die Organisation gemeinsamer Kampfleitungen sowohl mit den sozialdemokratischen Arbeitern als auch mit den Arbeitern aller anderen Richtungen in Angriff zu nehmen.

Die Kommunisten haben durch ihren langjährigen Kampf bewiesen, daß sie nicht in Worten, sondern in der Tat in den vordersten Reihen des Kampfes um die Einheitsfront in den Klassenaktionen gegen die Bourgeoisie standen und stehen werden.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hat den festen Glauben, daß die sozialdemokratischen und die parteilosen Arbeiter ohne Rücksicht darauf, wie sich die sozialdemokratischen Führer zur Schaffung der Einheitsfront stellen [185] werden, alle Hindernisse überwinden und gemeinsam mit den Kommunisten die Einheitsfront nicht in Worten, sondern in der Tat herstellen werden.

Gerade heute, wo der deutsche Faschismus zur Zerschlagung der Arbeiterbewegung in Deutschland eine unerhörte Provokation – Inbrandsetzung des Reichstages, Falschdokumente über Aufstand usw. – organisiert hat, muß jeder Arbeiter seine Klassenpflicht im Kampfe gegen Kapitalsoffensive und faschistische Reaktion erkennen ...“

In diesem Aufruf ist nichts von dem unmittelbaren Kampf um die Macht zu lesen. Diese Aufgabe wurde weder von der KPD noch von der Komintern gestellt. Aber ich kann sagen, daß der Aufruf der Kommunistischen Internationale den bewaffneten Aufstand vorsieht.

Das Gericht hat daraus den Schluß gezogen, daß, nachdem die Kommunistische Partei sich einmal den bewaffneten Aufstand zum Ziel stellt, dieser Aufstand also unmittelbar vorbereitet wurde und ausbrechen mußte. Aber das ist unlogisch, unrichtig, um kein stärkeres Wort zu gebrauchen. Ja, natürlich, der Kampf für die Diktatur des Proletariats ist Aufgabe der kommunistischen Parteien der ganzen Welt. Das ist unser Prinzip und unser Ziel. Aber das ist ein bestimmtes Programm, für dessen Entwicklung es der Kräfte nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch anderer Schichten der Werktätigen bedarf.

Allen ist bekannt, daß die KPD für die proletarische Revolution war, aber nicht das ist die Frage, die dieser Prozeß zu entscheiden hat. Die Frage lautet vielmehr, ob der Aufstand zur Ergreifung der Macht tatsächlich auf den 27. Februar im Zusammenhang mit dem Reichstagsbrand festgesetzt war.

Was hat die gerichtliche Untersuchung ergeben, meine Herren Richter? Die Legende, daß der Reichstagsbrand eine kommunistische Sache ist, ist vollständig zusammengebrochen. Ich werde hier nicht viele Zeugenaussagen zitieren, wie das andere Verteidiger taten. Aber diese Frage kann als für jeden Menschen mit normalem Verstand völlig geklärt gelten. Der Reichstagsbrand steht in keinerlei Verbindung mit der Tätigkeit der KPD, und zwar nicht nur nicht mit [186] einem Aufstand, sondern

auch mit keiner Demonstration, mit keinem Streik, mit überhaupt nichts dieser Art. Das wurde durch die gerichtliche Beweisaufnahme *vollauf* bewiesen. Der Reichstagsbrand wurde von niemandem – ich spreche nicht von Verbrechern oder Psychopathen – als Fanal zum Aufstand aufgefaßt. Niemand hat im Zusammenhang mit dem Reichstagsbrand irgendwelche Taten, Akte, Versuche zum Aufstand bemerkt. Niemand hat damals etwas davon gehört. Die Erzählungen in dieser Richtung sind viel späteren Datums. Die Arbeiterschaft war in dieser Zeit in Abwehr gegen den angreifenden Faschismus. Die KPD versuchte, den Widerstand der Massen, die Verteidigung zu organisieren. Es ist aber bewiesen worden, daß *der Reichstagsbrand ein Anlaß, ein Auftakt zum großangelegten Vernichtungsfeldzug gegen die Arbeiterschaft und ihre Vorhut, die KPD, gewesen ist.*

Es ist unwiderlegbar bewiesen, daß die verantwortlichen Regierungsvertreter am 27. und 28. Februar gar nicht an einen bevorstehenden kommunistischen Aufstand dachten. Ich habe hierüber den vorgeladenen Zeugen viele Fragen gestellt. Ich fragte vor allem Heller, den berühmten Karwahne (*Gelächter im Saal*), Frey, Graf Helldorf und die Polizeibeamten. Trotz der verschiedenen Variationen antworteten sie alle, daß sie nichts wissen, nichts davon hörten, daß ein kommunistischer Aufstand bevorstände. Das heißt, daß absolut keinerlei Maßnahmen seitens der Regierungskreise ergriffen wurden. (*Der Präsident weist darauf hin, daß dem Gericht eine Aussage des Führers der Polizei der Westabteilung hierüber vorgelegt wurde.*)

*Dimitroff:* Der Polizeiführer berichtet in seiner Mitteilung, daß Göring ihn zu sich berief und ihm mündlich Anweisungen für den Kampf gegen die KPD gab, das heißt für den Kampf gegen kommunistische Versammlungen, Streiks, Demonstrationen, Wahlkampagnen usw. Aber selbst dieser Bericht spricht nicht von der Ergreifung der Maßnahmen gegen einen unmittelbar bevorstehenden kommunistischen Aufstand.

Gestern sprach auch der Verteidiger Seuffert hierüber. Seuffert zog die Schlußfolgerung, daß in den regierenden Kreisen niemand in diesem Augenblick den Aufstand erwartete. Er berief sich auf Goebbels, wobei er darauf hinwies, daß dieser der Mitteilung vom Reichstagsbrand keinen Glauben schenkte. Ob das tatsächlich so gewesen ist, ist eine andere Frage.

In dieser Beziehung ist auch die Notverordnung der deutschen Regierung vom 28. Februar 1933 ein Beweis. Sie wurde sogleich nach dem Brande erlassen. Lesen Sie dieses Dokument. Was steht dort? Dort heißt es, daß diese und jene Verfassungsartikel, nämlich die Artikel über die Freiheit der Organisationen, die Unverletzbarkeit der Person, der Wohnung usw. aufgehoben werden. Das ist das Wesen der Notverordnung, ihres zweiten Paragraphen – ein Feldzug gegen die Arbeiterklasse.

*Präsident: (unterbricht Dimitroff)* Nicht gegen die Arbeiterklasse, sondern gegen die Kommunisten.

*Dimitroff:* Ich muß sagen, daß auf Grund dieser Notverordnung nicht nur Kommunisten, sondern auch sozialdemokratische und christliche Arbeiter verhaftet wurden, deren Organisationen man auflöste. Ich möchte unterstreichen, daß diese Notverordnung nicht allein gegen die KPD gerichtet war, wenn auch natürlich an erster Stelle gegen sie, sondern auch gegen andere oppositionelle Parteien und Gruppen. Dieses Gesetz war zur Erklärung des Ausnahmezustandes notwendig. Und es steht in unmittelbarem und organischem Zusammenhang mit dem Reichstagsbrand.

*Präsident:* Wenn Sie die deutsche Regierung angreifen, entziehe ich Ihnen das Wort.

*Dimitroff:* In diesem Prozeß ist eine Frage völlig ungeklärt geblieben.

*Präsident:* Sie müssen zu den Richtern sprechen und nicht in den Saal hinein; sonst könnte Ihre Rede als Propaganda betrachtet werden.

*Dimitroff:* Eine Frage ist weder von der Anklage [188] noch von den Verteidigern geklärt worden. Das verwundert mich nicht, daß sie das nicht für nötig hielten. Sie haben große Angst vor dieser Frage. Es ist dies die Frage, wie die politische Lage in Deutschland im Februar 1933 war. Ich muß hier auf diese Frage eingehen. Ende Februar war die politische Lage so, daß innerhalb des Lagers der nationalen Front ein Kampf im Gange war.

*Präsident:* Sie begeben sich auf ein Gebiet, dessen Berührung ich Ihnen wiederholt verboten habe.



*Dimitroff:* Ich möchte das Gericht an meinen Vorschlag erinnern, eine Reihe Zeugen zu laden: Schleicher, Brüning, Papen, Hugenberg, den zweiten Vorsitzenden des Stahlhelm, Düsterberg, und andere.

*Präsident:* Das Gericht hat aber die Ladung dieser Zeugen abgelehnt. Sie dürfen deshalb nicht darauf eingehen.

*Dimitroff:* Ich weiß das und ich weiß, weshalb.

*Präsident:* Es ist mir unangenehm, Sie ständig in Ihrem letzten Wort zu unterbrechen, aber Sie müssen sich an meine Anordnungen halten.

*Dimitroff:* Dieser innere Kampf im nationalen Lager stand in Verbindung mit dem Kampf, der hinter den Kulissen im Lager der deutschen Wirtschaftskreise vor sich ging. Einerseits die Kreise Thyssen und Krupp (Kriegsindustrie), die viele Jahre hindurch die nationalsozialistische Bewegung finanzierten, und andererseits ihre Konkurrenten, die in die zweite Linie zurückgedrängt werden sollten.

Thyssen und Krupp wollten im Lande das Prinzip der Alleinherrschaft und der absoluten Herrschaft unter ihrer praktischen Führung errichten, die Lebenshaltung der Arbeiter entscheidend herabdrücken, und deshalb mußte das revolutionäre Proletariat niedergeschlagen werden. Die Kommunistische Partei war in dieser Periode bemüht, die Einheitsfront zu schaffen, um die Kräfte zur Verteidigung gegen die Versuche der Vernichtung der Arbeiterbewegung seitens der Nationalsozialisten zusammenzufassen. Ein Teil der sozialdemokratischen Arbeiter fühlte die Notwendigkeit der Einheitsfront der Arbeiterschaft [189] und verstand das. Tausende und aber Tausende sozialdemokratische Arbeiter sind zur KPD übergetreten. Aber im Februar und März bedeutete die Aufgabe der Herstellung der Einheitsfront keineswegs den Aufstand und dessen Vorbereitung, sondern bedeutete nur die Mobilisierung der Arbeiterklasse gegen den räuberischen Feldzug der Kapitalisten und gegen die Gewalt der Nationalsozialisten.

*Präsident (unterbricht Dimitroff):* Sie haben immer betont, daß Sie sich nur für die politische Lage in Bulgarien interessierten. Aber Ihre jetzigen Äußerungen beweisen, daß Sie ein sehr großes Interesse an den politischen Fragen in Deutschland hatten.

*Dimitroff:* Herr Vorsitzender, Sie machen mir einen Vorwurf. Ich kann Ihnen darauf folgendes erwidern: Als bulgarischer Revolutionär interessiere ich mich für die revolutionäre Bewegung in der ganzen Welt. So zum Beispiel interessiere ich mich unter anderem auch für die südamerikanischen politischen Fragen und kenne sie vielleicht nicht schlechter als die deutschen, obgleich ich nie in Amerika gewesen bin. Das soll übrigens nicht heißen, daß wenn in Südamerika ein Parlamentsgebäude etwa abbrennt, ich dann der Schuldige bin. Während der gerichtlichen Untersuchung hier im Prozeß habe ich vieles gelernt. Und dank meiner politischen Einfühlungsfähigkeit sind mir viele Einzelheiten klargeworden.

In der politischen Situation jener Periode gab es zwei Hauptmomente. Das erste war das Streben der Nationalsozialisten nach der Alleinherrschaft, das zweite war als Gegengewicht dazu die Tätigkeit der Kommunistischen Partei, die darauf gerichtet war, die Einheitsfront der Arbeiter zu schaffen. Meiner Meinung nach zeigte sich das auch während der gerichtlichen Untersuchung im Prozeß.

Die Nationalsozialisten brauchten ein Ablenkungsmanöver, um die Aufmerksamkeit von den Schwierigkeiten innerhalb des nationalen Lagers abzulenken und die Einheitsfront der Arbeiter zu durchbrechen. Die „nationale Regierung“ brauchte einen imponierenden Vorwand für die Herausgabe ihrer Notverordnung vom 28. Februar, die die Freiheit der Presse und der Person abschaffte und ein System der Polizeiverfolgungen, der Konzentrationslager und anderer Kampfmittel gegen die Kommunisten errichtete.

*Präsident:* Sie haben die äußerste Grenze erreicht, Sie machen Anspielungen.

*Dimitroff:* Ich möchte nur die politische Lage in Deutschland am Vorabend des Reichstagsbrandes, so wie ich sie verstehe, beleuchten.

*Präsident:* Hier ist nicht der Platz für Anspielungen an die Adresse der Regierung und für Behauptungen, die schon lange widerlegt sind.

*Dimitroff:* Die Arbeiterklasse mußte sich mit aller Kraft verteidigen, und deshalb versuchte die KPD, die Einheitsfront zu organisieren gegen den Widerstand von Wels und Breitscheid, die jetzt im Ausland so hysterisch schreien.

*Präsident:* Sie müssen zu Ihrer Verteidigung übergehen, wenn Sie das wollen. Sonst haben Sie dafür nicht die genügende Zeit.

*Dimitroff:* Ich erklärte schon vorhin, in einem Punkt mit der Anklageschrift einig zu sein. Jetzt muß ich meine Übereinstimmung mit diesem Punkt wiederholen. Es handelt sich um die Frage, ob Lubbe allein den Brand legte, oder ob er Mithelfer hatte. Der Anklagevertreter erklärte hier, das Schicksal der Angeklagten hänge von der Beantwortung der Frage ab, ob Lubbe Komplizen hatte oder nicht. Ich antwortete darauf: nein und tausendmal nein, diese Schlußfolgerung des Anklägers ist unlogisch. *Ich bin der Ansicht, daß Lubbe tatsächlich nicht allein den Reichstag in Brand setzte.* Auf Grund der Sachverständigengutachten sowie der Angaben der gerichtlichen Untersuchung komme ich zu dem Schluß, daß der Brand im Plenarsaal des Reichstages anderer Art war als die Brandstiftung im Restaurant, im unteren Stockwerk usw. Der Plenarsaal ist von anderen Leuten und durch andere Mittel in Brand gesetzt worden. Lubbes eigene Brände und der Brand im Plenarsaal sind nur zeitlich gleich – sonst grundver-[191]schieden. Am wahrscheinlichsten ist Lubbe das unbewußt mißbrauchte Werkzeug dieser Leute. Van der Lubbe sagt hier nicht alles. Er beharrt auch jetzt in seinem Schweigen. Die Lösung dieser Frage entscheidet nicht das Schicksal der Angeklagten. Lubbe war nicht allein, aber mit ihm waren weder Torgler noch Popov oder Tanev oder Dimitroff.

Sicherlich traf Lubbe am 26. Februar in Henningsdorf einen Menschen und erzählte ihm von seinen Brandstiftungsversuchen im Rathaus und im Schloß. Dieser Mensch sagte ihm, daß alle diese Brandstiftungen nur kindische Spielereien wären. Die Brandstiftung im Reichstag während der Wahlen wäre das Wahre. So ist durch einen verdeckten Zweibund zwischen politischer Provokation und politischer Verrücktheit der Reichstagsbrand entstanden. Der Bundesgenosse seitens der politischen Verrücktheit sitzt auf der Anklagebank. Die Bundesgenossen seitens der politischen Provokation sind in Freiheit. Der dumme van der Lubbe konnte nicht wissen, daß zu der Zeit, als er seine ungeschickten Brandstiftungsversuche im Restaurant, im Korridor und im unteren Stockwerk machte, der Unbekannte unter Verwendung der Brandflüssigkeit, von der Dr. Schatz sprach, die Brandstiftung im Plenarsaal durchführte.

*(Van der Lubbe beginnt zu lachen. Seine ganze Gestalt wird von einem lautlosen Lachen geschüttelt. Die Aufmerksamkeit des ganzen Saales und der Richter, ebenso der Angeklagten, gilt in diesem Augenblick van der Lubbe)*

*Dimitroff (auf Lubbeweisend):* Der unbekannte Provokateur hat für alle Vorbereitungen der Brandstiftung gesorgt. Spurlos hat dieser „Mephisto“ zu verschwinden gewußt. Und nun sitzt hier das dumme Werkzeug, der armselige „Faust“ aber, „Mephistopheles“ ist verschwunden. In Henningsdorf wurde am wahrscheinlichsten die Brücke zwischen Lubbe und den Vertretern der politischen Provokation, den Agenten der Feinde der Arbeiterklasse, geschlagen.

Der Oberreichsanwalt Werner sagte hier, van der Lubbe sei Kommunist. Er sagte weiter, daß er, selbst [192] wenn er nicht Kommunist ist, seine Sache doch im Interesse der Kommunistischen Partei und in Verbindung mit ihr machte. Das ist eine falsche Behauptung.

Was ist van der Lubbe? Ein Kommunist? – Keineswegs. Ein Anarchist? – Nein! Er ist ein deklassierter Arbeiter, ein rebellischer Lumpenproletarier, eine mißbrauchte Kreatur, die gegen die Arbeiterklasse ausgespielt wurde. Nein, er ist kein Kommunist! Kein Anarchist. Kein Kommunist in der ganzen Welt, kein Anarchist wird sich vor Gericht so halten wie van der Lubbe. Die wirklichen Anarchisten begehen sinnlose Sachen, aber vor Gericht stehen sie Antwort und erklären ihre Ziele. Wenn irgendein Kommunist etwas dergleichen täte, so würde er vor Gericht nicht schweigen, wenn

Unschuldige auf der Anklagebank sitzen. Nein, Lubbe ist kein Kommunist, ist kein Anarchist, er ist ein mißbrauchtes Werkzeug des Faschismus.

Mit diesem Menschen, mit dem Werkzeug, daß mißbraucht wurde, das zum Schaden des Kommunismus verwandt wurde – mit ihm hat der Vorsitzende der kommunistischen Reichstagsfraktion, haben die bulgarischen Kommunisten nichts gemein.

Ich muß hier daran erinnern, daß Göring am Morgen des 28. Februar eine Mitteilung über den Brand veröffentlichte. In dieser Mitteilung hieß es, Torgler und Koenen seien um 10 Uhr abends aus dem Reichstagsgebäude fortgelaufen.

Das wurde im ganzen Lande verbreitet. In dieser Mitteilung hieß es, Kommunisten hätten die Brandstiftung begangen. Gleichzeitig untersuchte man die Spuren Lubbes in Henningsdorf nicht. Der Mensch, der mit van der Lubbe im Henningsdorfer Polizeiasyl nächtigte, wurde nicht ausfindig gemacht.

*Präsident:* Wann beabsichtigen Sie, Ihre Rede zu beenden?

*Dimitroff:* Ich möchte noch eine halbe Stunde sprechen. Ich muß meine Meinung über diese Frage äußern.

*Präsident:* Sie können nicht endlos sprechen. [193]

*Dimitroff:* Während der drei Monate, die der Prozeß gedauert hat, haben Sie, Herr Präsident, mir unzählige Male mit der Versicherung, daß ich am Schluß des Prozesses ausführlich zu meiner Verteidigung sprechen könnte, Schweigen auferlegt. Das Ende ist nun gekommen, aber entgegen Ihren Versprechungen beschränken Sie mich in meinem Recht zu sprechen.

Die Frage Henningsdorf ist überaus wichtig. Die Person, die mit van der Lubbe übernachtete, Waschinski, wurde nicht gefunden; mein Vorschlag, ihn zu suchen, wurde als zwecklos bezeichnet. Die Behauptung, daß Lubbe mit Kommunisten in Henningsdorf zusammen gewesen ist, ist eine Lüge, die hier durch den nationalsozialistischen Zeugen, Friseurmeister Grawe, konstruiert wurde. Wäre Lubbe in Henningsdorf mit Kommunisten zusammen gewesen, so wäre das schon längst untersucht worden, Herr Vorsitzender! Niemand interessiert sich dafür, Waschinski ausfindig zu machen.

Der Zivilist, der der Brandenburger Wache die erste Meldung über den Reichstagsbrand gebracht hat, wurde nicht gesucht, wurde nicht festgestellt, ist bis heute unbekannt geblieben. Die Untersuchung wurde in der falschen Richtung geführt. Der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Albrecht, der unmittelbar nach dem Brand den Reichstag verlassen hat, ist nicht vernommen worden. Man suchte die Brandstifter nicht dort, wo sie waren, sondern dort, wo sie nicht waren. Man suchte sie in den Reihen der Kommunistischen Partei, und das war falsch, das gab den richtigen Brandstiftern die Möglichkeit zu verschwinden. Man entschloß sich: Da man die wirklichen Brandstifter nicht bekommen hat und bekommen durfte, so muß man andere nehmen, sozusagen Ersatz-Reichstagsbrandstifter.

*Präsident:* Ich verbiete Ihnen das, ich gebe Ihnen noch zehn Minuten.

*Dimitroff:* Ich habe das Recht, meine Vorschläge für die Urteilsfällung vorzubringen und zu begründen. Der Oberreichsanwalt betrachtete in seiner [194] Rolle alle Zeugenaussagen von Kommunisten als nicht glaubwürdig. Ich stelle mich nicht auf einen solchen Standpunkt. Ich kann zum Beispiel nicht behaupten, daß alle nationalsozialistischen Zeugen Lügner sind. Ich glaube, daß es unter den Millionen von Nationalsozialisten auch ehrliche Leute gibt.

*Präsident:* Ich verbiete Ihnen solche boshaften Ausfälle.

*Dimitroff:* Aber ist es nicht bezeichnend, daß alle Hauptzeugen der Anklage nationalsozialistische Abgeordnete, Journalisten und Anhänger des Nationalsozialismus sind? Der nationalsozialistische Abgeordnete Karwahne hat doch gesagt, daß er Torgler mit van der Lubbe im Reichstagsgebäude sah. Der nationalsozialistische Abgeordnete Frey erklärte, Popov zusammen mit Torgler im Reichs-

tagsgebäude gesehen zu haben. Der nationalsozialistische Kellner Hellmer sagte aus, er habe Lubbe zusammen mit Dimitroff gesehen. Der nationalsozialistische Journalist Weberstedt hat Tanev mit Lubbe gesehen. Was ist das? Ein Zufall? Der hier als Zeuge vernommene Dr. Dröschner, der als Mitarbeiter des „Völkischen Beobachters“ Zimmermann heißt (*Präsident ruft dazwischen*: Das ist nicht bewiesen!), behauptete, Dimitroff sei der Organisator des Attentats auf die Sofioter Kathedrale gewesen, was widerlegt wurde, und hat mich angeblich mit Torgler im Reichstag gesehen! Ich erkläre mit hundertprozentiger Gewißheit, daß Dröschner und Zimmermann identisch sind.

*Präsident*: Ich lehne das ab, das ist nicht bewiesen.

*Dimitroff*: Der Polizeibeamte Heller hat hier ein kommunistisches Gedicht aus einem 1925 erschienen Buch zitiert, um zu beweisen, daß die Kommunisten 1933 den Reichstag in Brand gesetzt haben. Ich erlaube mir, hier auch ein Gedicht, aber von dem größten deutschen Dichter, Goethe, zu zitieren:

Lerne zeitig klüger sein.  
Auf des Glückes großer Waage  
Steht die Zunge selten ein;  
Du mußt steigen oder sinken,  
Du mußt herrschen und gewinnen [195]  
Oder dienen und verlieren,  
Leiden oder triumphieren,  
Amboß oder Hammer sein.

*Ja, wer nicht Amboß sein will, der muß Hammer sein!*

Diese Wahrheit hat die deutsche Arbeiterschaft in ihrer *Gesamtheit* weder 1918 noch 1923 noch am 20. Juli 1932 noch im Januar 1933 verstanden. Die sozialdemokratischen Führer, die Wels, Severing, Braun, Leipart und Graßmann, sind schuld daran. Jetzt werden die deutschen Arbeiter das wohl verstehen können!

Hier wurde viel über das deutsche Recht gesprochen, und ich möchte auch meine Meinung dazu äußern. Auf die Beschlüsse eines Gerichts wirken sich zweifellos immer die politischen Konstellationen des jeweiligen Augenblicks aus sowie auch die herrschenden politischen Tendenzen.

Der Justizminister Kerrl ist ein maßgebender Zeuge für das Gericht. Ich zitiere:

„Das Vorurteil des formal-liberalistischen Rechtes ist es, daß der Götze der Rechtsprechung die *Objektivität* sein muß. Jetzt sind wir auch zu einer *Quelle der Entfremdung* zwischen *Volk und Justiz* vorgedrungen, und an dieser Entfremdung ist letzten Endes *immer schuld die Justiz*. Was ist denn *Objektivität* im Augenblick des Lebenskampfes eines Volkes? Kennt der kämpfende Soldat, kennt das ringende Heer *Objektivität*? Der Soldat und das Heer kennen nur eines, *eine Richtschnur*, eine Frage: Wie rette ich Freiheit und Ehre? Wie rette ich die Nation?

So ist es einmal eine Selbstverständlichkeit, daß die *Justiz* eines auf Tod und Leben kämpfenden Volkes nicht tote *Objektivitätsanbetung* betreiben kann. *Die richterlichen, staatsanwaltschaftlichen und rechtsanwaltschaftlichen Maßnahmen müssen sich von einer einzigen Richtschnur* leiten lassen: Was frommt dem Leben der Nation?

Nicht richtungslose Objektivität, die Stillstand und damit Verknöcherung, die Volksfremdheit bedeutet, darf herrschen. nein, alle Handlungen, alle Maßnahmen der Gesamtheit und des einzelnen gehören zu den Lebensbelangen des Volkes, sind der Nation untergeordnet.“

Das Recht ist also ein relativer Begriff.

*Präsident*: Das gehört nicht zum Thema. Sie müssen jetzt Ihre Anträge stellen.

*Dimitroff*: Der Herr Oberreichsanwalt hat beantragt, die bulgarischen Angeklagten wegen Mangels [196] an Beweisen freizusprechen. Damit bin ich aber gar nicht zufrieden. So einfach ist die Sache nicht. Das würde den Verdacht nicht beseitigen. Nein, während des Prozesses wurde bewiesen, daß wir mit der Reichstagsbrandstiftung nichts gemein haben, und deshalb gibt es keinen Platz für irgendeinen Verdacht. Wir Bulgaren sowie Torgler müssen freigesprochen werden nicht wegen Mangels an Beweisen, sondern weil wir als Kommunisten mit dieser antikommunistischen Tat nichts zu tun haben und nichts zu tun haben konnten.

Ich beantrage folgenden Beschluß:

1. daß das Reichsgericht unsere Unschuld an dieser Tat und die Anklage als unberechtigte Anklage anerkennt; das bezieht sich auf alle, auch auf Torgler, Popov und Tanev;
2. van der Lubbe als mißbrauchtes Werkzeug der Feinde der Arbeiterklasse zu betrachten;
3. die Schuldigen an der unberechtigten Anklage gegen uns zur Verantwortung zu ziehen;
4. uns auf Rechnung dieser Schuldigen die entsprechende Entschädigung für die verlorene Zeit, für die geschädigte Gesundheit und für die ertragenen Leiden zuzuerkennen.

*Präsident:* Diese Ihre sogenannten Anträge wird das Gericht bei der Beratung des Urteils berücksichtigen.

*Dimitroff:* Es kommt eine Zeit, wo diese Anträge mit Zinsen durchgeführt werden. Was die volle Klärung des Reichstagsbrandes betrifft und die Feststellung der wirklichen Brandstifter, so bleibt dies natürlich dem Volksgericht der zukünftigen proletarischen Diktatur vorbehalten.

Im 17. Jahrhundert stand der Begründer der Physik, *Galileo Galilei*, vor dem strengen Inquisitionsgericht und sollte als Ketzer zum Tode verurteilt werden. Er hat mit tiefster Überzeugung und Entschlossenheit ausgerufen:

*Trotzdem, sie, die Erde – dreht sich doch!*“

Und diese wissenschaftliche These wurde später zum Gemeingut der ganzen Menschheit.

[197] (*Der Präsident unterbricht Dimitroff schroff, steht auf, nimmt die Akten und will gehen.*)

*Dimitroff (fährt fort):* Wir Kommunisten können heute nicht weniger entschlossen als der alte Galilei sagen:

*Und dennoch dreht sie sich!*

*Das Rad der Geschichte dreht sich vorwärts –nach einem Sowjeteuropa, nach einem Weltbund der Sowjetrepubliken!*

*Und dieses Rad, getrieben durch das Proletariat unter Führung der Kommunistischen Internationale, wird durch keine Ausrottungsmaßnahmen, durch keine Zuchthausstrafen und Todesurteile aufgehalten werden. Es dreht sich und wird sich drehen bis zum endgültigen Sieg des Kommunismus!*

(*Die Polizei packt Dimitroff und setzt ihn mit Gewalt auf die Anklagebank. Das Gericht zieht sich zur*

*Beratung zurück, ob Dimitroff weitersprechen darf.*

*Es erscheint, um zu verkünden, daß Dimitroff das*

*Wort endgültig entzogen wird.)*

[198]

**AN HERRN DR. PAUL TEICHERT**

*Rechtsanwalt, Leipzig*

Leipzig, 18. Dezember 1933

Sehr geehrter Herr Doktor!

Ich bin mir dessen bewußt, daß Sie Gründe genug haben, mit mir unzufrieden zu sein, jedoch möchte ich hoffen, daß Sie trotzdem nicht mit mir persönlich böse sind. Unsere Zusammenstöße waren ja leider unvermeidlich. Zwei *verschiedene* Positionen haben wir – als Angeklagter und Verteidiger – in der dreimonatigen Hauptverhandlung gehabt; zwei *verschiedene* Auffassungen von dem Charakter und der Methode der Verteidigung selbst; dabei gehören wir ideologisch auch zwei *verschiedenen* Welten an.

Ich fühle mich aber verpflichtet, offen anzuerkennen, daß Sie Ihren Mandanten von Amts wegen *pfllichtgemäß, gewissenhaft verteidigt*, obwohl Sie ebenso oft pflichtgemäß meine selbstständige politische Verteidigung zu fesseln versucht haben. Für alles das habe ich das notwendige Verständnis und mir liegt es ganz ferne, Ihnen irgendwelche Vorwürfe darüber zu machen. Im Gegenteil, ich muß meine *persönliche Achtung* vor Ihnen als *Person* und *tüchtigem deutschen Rechtsanwalt* besonders unterstreichen. Ich kann ruhig sagen, daß, wenn ich zwischen Ihnen als *offiziell*em Verteidiger und Herrn Dr. Sack als *Wahlverteidiger* wählen müßte, *hätte ich zweifellos Sie und nicht Dr. Sack gewählt*. Denn während Sie sich hauptsächlich auf eine sachmäßige Verteidigung der bulgarischen Angeklagten konzentrierten, war Dr. Sack, meiner Auffassung nach, 2/3 Verteidiger seiner Partei und nur 1/3 Verteidiger seines Man-[199]danten. Und was bestimmt noch schlimmer ist: er hat die schwere unglückliche Lage seines Mandanten im Interesse seiner parteipolitischen Pläne mißbraucht. Sein Auftreten war das eines nationalsozialistischen *Politikers* und nicht eines *nationalistischen* Rechtsanwalts, der einen angeklagten *Kommunisten* zu verteidigen hat. Entschuldigen Sie mich, bitte, daß ich mich in dieser Frage über einen Ihrer Kollegen so frei~ auslasse. Das war auch der Sinn meines Satzes vor dem Gericht: „Ich ziehe es vor, eher unschuldig als Reichstagsbrandstifter zum Tode verurteilt zu werden, als einen Verteidiger wie Herrn Dr. Sack zu haben.“

Es ist nicht endgültig klar, ob ich nach der Beendigung dieses Prozesses frei komme. Das Regierungsorgan „Völkischer Beobachter“ hat schon *indirekt* für eine neue Anklage wegen Hochverrats gegen die Bulgaren plädiert. Obgleich das schwer möglich ist, muß ich es doch nicht für ganz ausgeschlossen halten.

Angenommen aber, daß ich wirklich frei komme, *dann möchte ich direkt nach Bulgarien zurückkehren*. Dort wird mein letztes Urteil entweder amnestiert, oder eine neue Hauptverhandlung angesetzt. So oder so, ich möchte endlich mit dieser Last der Vergangenheit liquidieren.

*Daher bitte ich Sie, so gut zu sein, einen Antrag bei der bulgarischen Gesandtschaft in Berlin so bald wie möglich für einen Paß oder Passavant zur Einreise nach Bulgarien in meinem Namen zu stellen.*

Wenn Sie das – was ich nicht glauben will –nicht machen wollen oder nicht können, *dann bitte ich Sie, auf schnellstem Wege mich benachrichtigen zu wollen.*

Hochachtungsvoll  
G. Dimitroff

P. S. Die Protokolle werde ich Ihnen am Sonnabend übergeben; ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir die Möglichkeit geben würden, auch die letzten Protokolle durchzusehen.

[200]

## NOTIZEN ZUM URTEIL<sup>89</sup>

*(Notizen zu einer vor Gericht nicht gehaltenen Rede)*

23. Dezember 1933

Die schwere Aufgabe des Gerichts: der Wolf sollte satt und das Schaf nicht gefressen werden. Das Urteil ist der mißglückte Versuch, dies& unlösbare Aufgabe zu lösen.

Die Feststellung und Verurteilung der Urheber und Hintermänner, des „Mephisto“, bleibt dem Gericht der kommenden proletarischen Diktatur vorbehalten.

Die Reichsanwaltschaft befand sich in der Lage einer Mutter, die eine Fehlgeburt hat.

Warum ein „Fehlurteil“?

Weil die formale Verurteilung des Kommunismus als Urheber in der Tat der indirekten Feststellung gleichkommt, daß die Nationalsozialisten die Urheber sind!

Wenn van der Lubbe Mittäter gehabt hat, und wenn diese nicht Torgler und die anderen Mitangeklagten gewesen sind, dann ...?

Dann bleibt die Frage: Warum sind während der fünf monatigen Voruntersuchung und der dreimonatigen Hauptverhandlung die tatsächlichen Mittäter nicht gefunden worden?

Weiter: Diese Mittäter müssen „interne“ Leute gewesen sein, d.h. Leute, die mit der Lage und Anordnung des Reichstages vertraut waren; sonst hätte auch Lubbe die Tat nicht ausführen können. Wer [201] aber konnte zu jener Zeit mit diesen Dingen so vertraut sein, wenn nicht die Nationalsozialisten selbst?

Wer konnte zu einer Zeit, wo alle Kommunisten streng beobachtet und verfolgt wurden, sicher und ungestört im Reichstag ein und aus gehen?

Und dann:

Henningsdorf – Asyl? Andere Schlafburschen? Junger Mann in Spandau?

Unbekannter Zivilist?

Der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Albrecht?

Legende über Besprechung in Neukölln? Karwahne, Frey, Kroyer? Fanal? Signal? Aber wozu? Zur „nationalen Revolution“, zum Vernichtungsfeldzug gegen die Arbeiterbewegung und die KPD!

Zur Errichtung des „totalen Staates“, der nationalsozialistischen Alleinherrschaft!

„Hochverrat“? Nein!

Volksverrat, d.h. Verrat am deutschen Volk!

Faschistische Diktatur – Diktatur des Thyssen-Krupp-Kapitals!

[202]

---

<sup>89</sup> In ihrem Bestreben, einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden, in die sie im Ergebnis der Niederlage der Anklage geraten waren, behaupteten die faschistischen Machthaber im Urteil, daß die Kommunistische Partei Deutschlands die Verantwortung für den Reichstagsbrand trage und in ihren Reihen die Schuldigen zu suchen seien. Am 23. Dezember fällt das Gericht gegen die Bulgaren und Torgler ein freisprechendes Urteil, das mit „Mangel an Beweisen“ motiviert wurde.

Van der Lubbe wurde zum Tode verurteilt.

Nach der Urteilsverkündung und der Rede, mit der sie der Gerichtspräsident abschloß, stand G. Dimitroff auf und bat um das Wort. Aus Angst vor dieser neuen Rede, die den Faschismus sicherlich noch mehr entlarvt hätte, raffte der Gerichtspräsident in voller Hast seine Papiere zusammen und verließ, ohne ein Wort zu sagen, fluchtartig den Sitzungssaal.

**AN DEN HERRN PRASIDENTEN DES IV. STRAFSENATS DES  
REICHSGERICHTS, DR. BÜNGER**

24. Dezember 1933

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich erlaube mir, mein Erstaunen und Bedauern darüber auszusprechen, daß ich auf meinen Brief vom 8.12., in dem ich über die von mir auch in der Sitzung vom 6.12. gestellte Frage bezüglich freien Verkehrs mit meinen bulgarischen Mitangeklagten nachgesucht habe, bis heute keine Antwort erhalten habe.

Merkwürdigerweise bin ich auch jetzt nach der Verkündung des Urteils immer noch von Tanev und Popov streng isoliert.

Hochachtungsvoll  
*G. Dimitroff*

[203]



**AN DEN HERRN PRASIDENTEN DES IV. STRAFSENATS DES  
REICHSGERICHTS, DR. BÜNGER**

25. Dezember 1933

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich bitte Sie, anordnen zu wollen, daß mir eine Abschrift des Urteils im Wortlaut (inbegriffen der Begründung selbst) ausgehändigt wird.

Wenn es nicht anders möglich ist, dann bitte ich, das auf meine Kosten zu machen.

Hochachtungsvoll  
*G. Dimitroff*

[204]

**AN DEN HERRN POLIZEIPRASIDENTEN VON LEIPZIG<sup>90</sup>**

Leipzig, 28. Dezember 1933

Sehr geehrter Herr Präsident!

Am 23. Dezember, gleich nach der Verkündung des Urteils des Reichsgerichts, wurde mir Ihr Befehl ausgehändigt, wonach über mich „bis auf weiteres“ Schutzhaft verhängt worden ist.

Da bis heute weder eine Anordnung über meine Freilassung noch die tatsächlichen Gründe für meine weitere Haft bekannt sind, erlaube ich mir, mich an Sie zu wenden und um Auskunft zu bitten:

1. Aus welchen Gründen ist diese Haft verhängt worden?
2. Wer trägt die Verantwortung für diese Maßnahme?
3. Wie lange wird diese Schutzhaft dauern?
4. An wen soll ich mich wenden, um die Aufhebung der verhängten Schutzhaft zu verlangen?

Als vom höchsten deutschen Gericht freigesprochener Ausländer glaube ich, daß ich berechtigt bin, zu verlangen, mich unverzüglich nach der Tschechoslowakei oder nach Frankreich auszuweisen, wo die Möglichkeit meiner Rückkehr nach meiner Heimat, Bulgarien, geklärt werden kann. Wenn die Rückkehr momentan noch nicht möglich sein wird, dann will ich nach Moskau abreisen, wo ich auch früher als bulgarischer politischer Emigrant mit den Rechten eines sowjetrussischen Bürgers gelebt habe.

[205] In Erwartung Ihrer baldigen Auskunft direkt an mich oder an meine Mutter und Schwester und in Erwartung der entsprechenden Anordnungen Ihrerseits

Hochachtungsvoll  
*G. Dimitroff*

P.S. Bei meiner Verhaftung am 9. März sind mir verschiedene Sachen, darunter auch 350 Mark und 10 Dollar, meine Privatbibliothek und zwei Reisekoffer beschlagnahmt worden.

Ich bitte, diese Sachen freizugeben und sie zu meiner Verfügung zu stellen.

[206]

---

<sup>90</sup> Trotz des Freispruchs wurde G. Dimitroff nicht aus der Haft entlassen. Die faschistischen Machthaber händigten ihm die Anordnung aus, daß er „bis zu weiterer Verfügung im Untersuchungsgefängnis zu halten“ sei. Das Gefängnisregime wurde nach dem Freispruch ungemein scharf. Nach kurzem Aufenthalt im Leipziger Gefängnis wurde er in das Berliner Gefängnis der Gestapo übergeführt.

Die hier veröffentlichten Dokumente, die an den Senatspräsidenten, den Polizeipräsidenten, von Leipzig, und den Reichsinnenminister adressiert sind, veranschaulichen den Kampf Dimitroffs nach dem Prozeß für seine Befreiung aus der faschistischen Gefangenschaft wie auch gegen das von der Gefängnisbehörde eingeführte Regime.

Die faschistischen Machthaber hielten G. Dimitroff noch über zwei Monate nach dem Freispruch im Gefängnis. Jenseits der Gefängnismauer entfaltete sich eine breite Kampagne der antifaschistischen Bewegung für die Befreiung des Helden des Leipziger Prozesses.

**AN HERRN DR. BOLOTNER<sup>91</sup>, KISLOWODSK (UdSSR)**

Leipzig 29. Dezember 1933

Lieber Herr Dr. Bolotner!

Ich habe Ihren Brief vom 5. Dezember erst gestern erhalten. Vielen Dank! Meine Lage ist vorläufig sonderbar: von dem höchsten deutschen Gericht freigesprochen und doch nicht frei!

Noch schlimmer ist, daß meine Gesundheit ziemlich erschüttert ist. Ich bin am Ende aller meiner Gesundheitsvorräte. Seit einigen Wochen bin ich fast fortwährend krank. Besonders plagt mich die Bronchitis.

Hoffentlich gibt es keine schwere Komplikation, bevor ich Gelegenheit bekomme, mich einer richtigen Kur zu unterziehen.

Herzliche Grüße an alle Freunde und Bekannten, an Sie und Ihre Frau besonders

*G. Dimitroff*

[207]

---

<sup>91</sup> Diesen Brief nutzte G. Dimitroff als die bequemste Form, eine Verbindung zur UdSSR herzustellen. Der Brief informiert darüber, daß ihn die faschistischen Gefängnisbehörden nach dem Freispruch weiterhin gefangen hielten und daß er, obwohl er krank war, keine ärztliche Hilfe erhielt.

**TELEGRAMM AN DEN MINISTERPRASIDENTEN MUSCHANOV**

*Sofia*

30. Dezember 1933

Da ich beabsichtige, wieder in meiner Heimat zu leben und mich politisch zu betätigen, wiederhole ich meine öffentliche Erklärung vor dem Reichsgericht, nämlich nach Beendigung des Reichstagsbrandprozesses zurückzukehren und für Liquidierung meiner Urteile wegen Septemberaufstandes 1923 zu kämpfen. Verlange dafür freies Geleit, persönliche Sicherheit und Öffentlichkeit der Hauptverhandlung. Bitte um Entscheidung der Regierung.

*Georgi Dimitroff*  
Gefangenenanstalt Leipzig

[208]

**AN DAS VERTEIDIGUNGSKOMITEE FÜR DEN  
REICHSTAGSBRANDPROZESS**

*Paris*

30. Dezember 1933

Nachdem ich im Reichstagsbrandprozeß freigesprochen bin, will ich nun endlich auch die Liquidierung meines Urteils wegen des Septemberaufstandes 1923 in Bulgarien unmittelbar auf die Tagesordnung stellen.

Daher habe ich heute an den Ministerpräsidenten Muschanov das folgende Telegramm gerichtet: \*

Gleichzeitig habe ich Dr. Djugmedshiev, Sofia ersucht, wenn es ihm möglich ist, meine Vertretung in dieser Sache zu übernehmen.

Ich habe die hiesige zuständige Behörde ersucht, mich unverzüglich nach der Tschechoslowakei oder Frankreich auszuweisen, wo die Möglichkeit für meine Rückkehr nach Bulgarien geklärt werden kann, und wenn diese Rückkehr momentan noch nicht möglich sein sollte, dann will ich von dort nach Moskau abreisen, wo ich früher als bulgarischer Politischer Emigrant mit den Rechten eines sowjetischen Bürgers gelebt habe.

Ich erwarte täglich die Klärung meiner Lage als vorübergehenden Gefangener (nachdem ich von dem höchsten deutschen Gericht freigesprochen worden bin) und meine Ausweisung aus Deutschland.

Ich hoffe, daß das Komitee meinen Antrag an die bulgarische Regierung entsprechend unterstützen wird.

[209]

---

\* Siehe Telegramm S. 207.

**AN DEN HERRN REICHSMINISTER DR. FRICK**

Leipzig, 2. Januar 1934

Sehr geehrter Herr Innenminister!

Am 23. Dezember, gleich nach der Verkündung des Urteils des Reichsgerichts, wurde mir ein Schutzhaftbefehl des Polizeipräsidiums Leipzig ausgehändigt, wonach über mich „bis auf weiteres“ Schutzhaft verhängt worden ist.

Bis heute (2. Januar!) sind mir weder eine Anordnung für meine Freilassung noch die tatsächlichen Gründe für die weitere Schutzhaft bekannt geworden.

Als vom höchsten deutschen Gericht freigesprochener Ausländer glaube ich, das Recht zu haben, eine unverzügliche Ausweisung nach der Tschechoslowakei oder Frankreich zu verlangen, wo die Möglichkeit für das Zurückkehren nach meiner Heimat (Bulgarien) geklärt werden kann, und wenn das momentan noch nicht möglich ist, so will ich dann nach Moskau abreisen, wo ich auch früher eine Zeit als bulgarischer Emigrant mit den Rechten eines sowjetrussischen Bürgers gelebt habe.

Soll ich aber, trotz aller Erwartungen, nicht freigelassen werden, so bitte ich, mir Auskunft geben zu wollen:

1. Aus welchen konkreten, tatsächlichen Gründen diese Schutzhaft verhängt worden ist.
2. Wie lange wird die Schutzhaft dauern?
3. Wer trägt die direkte Verantwortung für diese Maßnahme?

Hochachtungsvoll  
*G. Dimitroff*

[210]

**AN DEN HERRN POLIZEIPRASIDENTEN VON LEIPZIG**

4. Januar 1934

Sehr geehrter Herr Polizeipräsident!

Da ich seit 10 Monaten keine Zeitungen aus meiner Heimat erhalten konnte, bitte ich Sie jetzt, nach der Beendigung des Prozesses, mir durch meine Schwester den Empfang der bulgarischen Zeitungen „Sname“, „Sarja“, „Slowo“ (alle Regierungs- oder der Regierung nahestehenden Zeitungen) genehmigen zu wollen.

Hochachtungsvoll  
*G. Dimitroff*

[211]

**AN DEN HERRN POLIZEIPRÄSIDENTEN VON LEIPZIG**

Leipzig, 6. Januar 1934.

Sehr geehrter Herr Präsident!

Seit einigen Tagen konnten meine Mutter und Schwester mich nicht sprechen.

Die Gründe dafür und auf wessen Anordnung das geschehen ist, sind mir leider unbekannt.

Da aber die Ablehnung der Sprechstunde besonders für meine alte Mutter sehr schmerzhaft ist, bitte ich Sie, Herr Präsident, anordnen zu wollen, daß meine Mutter und Schwester mich wie früher besuchen können.

Angenommen, daß es jemandem notwendig erscheint, mich persönlich zu quälen, so ist es doch nicht angebracht, einer alten Frau, die so viel gelitten hat, durch solche Maßnahmen neue, ganz überflüssige Leiden zu bereiten.

Hochachtungsvoll  
*G. Dimitroff*

[212]



**AN LJUBTSCHO BARAMOV – RATSCHLÄGE,  
WIE ER DIE ZEIT IM GEFÄNGNIS NUTZEN  
SOLL, UM ZU LERNEN UND SICH THEORETISCH AUSZUBILDEN**

Leipzig, den 8. Januar 1934

Lieber Ljubtscho!

Mit besonderer Freude erfuhr ich von Deiner Mutter, daß Du Dich während der Untersuchungshaft und vor dem Gericht so benommen hast, wie es unserer kämpferischen\* Familie eigen ist, und daß Du auch jetzt genauso würdig das Schicksal eines Häftlings erträgst.

Das ist selbstverständlich lobenswert, doch es reicht bei weitem nicht aus. Du mußt *auf jede Art und Weise* die Zeit im Gefängnis nutzen, um Deinen Willen noch mehr zu stärken und Dich mit den für das Leben und den Kampf notwendigen soliden Kenntnissen auszurüsten. *Man muß lernen, lernen und immer wieder lernen!*

Aus eigener Erfahrung weiß ich, was ein Leben im Gefängnis bedeutet. Leicht und angenehm ist es selbstverständlich nicht. Das Gefängnis ist kein *Kloster* und noch weniger ein *Sanatorium*. Seine eigentliche Bestimmung ist, ein *Folterinstrument*, eine Art „Fegefeuer“ zu sein.

Es ist für einen Menschen schwierig, sich schwerere Haftbedingungen vorzustellen als die, denen ich [213] in den fünf ersten Monaten meiner Haft ausgesetzt war. Und doch kann ich getrost sagen, daß man auch unter den schwersten Bedingungen – soweit der Häftling einen starken Willen und die Fähigkeit besitzt – vieles lernen, viel für seine Weiterbildung und -entwicklung tun kann.

Nirgends kann man sich – trotz aller Unbequemlichkeiten und Qualen – so in sich konzentrieren, seine Gedanken auf die wichtigen und entscheidenden Probleme richten, wie in der Gefängniszelle.

Neben der sorgsamten Erhaltung der Gesundheit (Turnen, kalte Abreibungen, Nutzung der kurzen Spaziergänge für tiefes und richtiges Atmen usw.) richte Deine Hauptaufmerksamkeit auf zwei Punkte: 1. gründliches, kritisches Studium der *Geschichte* – der bulgarischen, europäischen und Weltgeschichte – sowie Erlernung von *Fremdsprachen*; 2. *selbständige* Erörterung und Analyse der großen Probleme unserer Zeit sowie der laufenden aktuellen Fragen.

Das gründliche Studium der Geschichte und die Anwendung ihrer großen Lehren auf unsere Zeit, die Ausnutzung dieser Lehren für die richtige Orientierung unter den Bedingungen und in den Problemen des heutigen und morgigen Tages ist von entscheidender Bedeutung. Da man sich im Gefängnis nur schwer echt wissenschaftliche historische Literatur verschaffen kann, muß man die vorhandene Tendenzliteratur um so kritischer studieren. Nutze die historischen Tatsachen, die Dir diese Literatur gibt, und bemühe Dich, anhand unserer marxistischen, dialektischen Methode die Philosophie (Erklärung) dieser Tatsachen selbst zu geben.

*Und Sprachen!* Wie ich bereits erfahren habe, kannst Du Englisch schon gut. Befasse Dich dann mit dem Studium des *Russischen* und *Deutschen*! Angesichts der künftigen Gesellschaftsentwicklung sind diese beiden Sprachen von besonderer Wichtigkeit.

Laß übrigens keinen Augenblick Deiner Zeit verstreichen, ohne ihn rationell auszunutzen! Bleib keinen Augenblick untätig! So werden die Tage einfach fliegen, und aus dem Gefängnis wirst Du geistig und [214] Politisch erstarkt, mit Kenntnissen ausgerüstet und von dem Willen zu tatsächlich schöpferischer Arbeit und zum Kampf beflügelt herauskommen!

Ich wünsche Dir Gesundheit und Mut

Dein Onkel  
Georgi

[215]

---

\* Das Wort „kämpferischen“ steht für das durchgestrichene „revolutionären“.

**AN DEN HERRN PRASIDENTEN DES IV. STRAFSENATS DES  
REICHSGERICHTS, DR. BÜNGER\***

11. Januar 1934

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich möchte an meinen Brief vom 25. Dezember 1933 erinnern, wo ich Sie ersucht habe, anordnen zu wollen, daß mir eine Abschrift des Urteils im Wortlaut (inbegriffen der Begründung selbst) ausgefolgt werde.

Ich glaube, als freigesprochener Angeklagter das Recht zu haben, das Urteil zu besitzen. Das Urteil des Reichsgerichts ist ja, nachdem es öffentlich verkündet worden ist, kein Geheimnis mehr!

Hochachtungsvoll  
*G. Dimitroff*

[216]

---

\* Auf diesen Brief erhielt Dimitroff keine Antwort.

## BRIEF AN OSTERREICHISCHE ARBEITER

*Karl-Marx-Hof, Wien*<sup>92</sup>

Leipzig, 15. Januar 1934

Liebe Freunde!

Ich habe heute Euren Freundesbrief vom 7. Dezember v. Js. erhalten und mit großer Freude und Dankbarkeit gelesen. Was meine Haltung vor Gericht anbetrifft, so war ich nur bestrebt, meine proletarische Pflicht zu erfüllen und meiner heroischen Klasse bis zum letzten treu zu bleiben.

Mitbrüderlichem Kampfgruß  
*G. Dimitroff*

[217]

---

<sup>92</sup> Am 15. Januar 1934 erhielt G. Dimitroff von einer Gruppe sozialdemokratischer Arbeit aus Wien einen Brief, der ihn unter Umgehung der faschistischen Zensur im Gefängnis erreichte.

**AN DEN HERRN POLIZEIPRÄSIDENTEN VON LEIPZIG**

Leipzig, 24. Januar 1934

Sehr geehrter Herr Polizeipräsident‘

Es scheint, daß im Auslande sowie in Deutschland verschiedene unrichtige Nachrichten über meine Lage verbreitet worden sind.

Ich bitte, mir die Möglichkeit zu geben, vor den ausländischen und deutschen Journalisten unmittelbar eine Erklärung über meine tatsächliche Lage abzugeben.

Hochachtungsvoll  
*G. Dimitroff*

[218]

**AN DEN HERRN REICHSINNENMINISTER DR. FRICK<sup>93</sup>**

Leipzig, 25. Januar 1934

Am 2. Januar habe ich einen Brief\* an Sie gerichtet und um Bescheid ersucht, aus welchen Gründen ich in Schutzhaft genommen worden bin, nachdem ich vom Reichsgericht – dem höchsten Gericht Deutschlands – freigesprochen bin, und wann ich als Ausländer in ein Nachbarland (Tschechoslowakei, Österreich, Schweiz, Frankreich oder Holland) ausgewiesen werde.

Am 13. Januar habe ich auch ein Telegramm über dieselbe Frage geschickt.

Am 16. Januar ist meine Mutter im Reichsinnenministerium gewesen, und ihr wurde versprochen, daß nach einer Woche die Frage endgültig geklärt werden würde.

Bis heute (25. Januar) habe ich leider keine Antwort erhalten, und mir ist keine Anordnung über meine Freilassung und Ausweisung bekannt.

Ich bitte endlich um eine klare und kategorische Antwort, da ich wenigstens ein Recht habe, damit zu rechnen.

Hochachtungsvoll  
*G. Dimitroff*

[219]

---

<sup>93</sup> Die faschistischen Machtorgane antworteten nicht auf die dringenden Forderungen G. Dimitroffs, ihn freizulassen und in ein anderes Land auszuweisen. Die mündliche Erklärung einiger Beamten, an die sich G. Dimitroff mit der Frage wandte, aus welchen Gründen er weiterhin festgehalten wurde widersprachen sich.

\* Der Brief hat annähernd denselben Inhalt wie der am 28. Dezember an den Leipziger Polizeipräsidenten gerichtete.

## INTERVIEW MIT DIMITROFF

*„Göring wünscht, man möge mich exekutieren!“*

London, 7. Februar 1934

Der „Daily Express“ veröffentlichte ein Interview mit Dimitroff. Die Unterredung fand im Büro des Kriminalrates Heller statt, das sich im Gebäude der Geheimen Staatspolizei in Berlin befindet.

„Eine Tür öffnet sich“ schreibt der Korrespondent, „und Dimitroff tritt ein, begleitet von einem Wärter ... Seine ersten Worte zeigten mir, daß er deprimiert war.

„Körperlich geht es mir gut“, sagte er. „Gewiß, ich rauche zu viel – aber geistig, nun gut, Sie können verstehen. Fünf Monate in Ketten, drei Monate vor Gericht und schließlich dies. Nein, ich bin nicht in guter Form. Die Einkerkierung bekommt einem Menschen wie mir schlecht ... Warum läßt man mich nicht frei? Ich kann verstehen, daß Göring wünscht, mich hinrichten zu lassen. Ich würde wie er fühlen, wenn ich Mitglied der deutschen Regierung wäre, aber daß man einen Menschen nach einem Freispruch im Gefängnis hält – das kann ich nicht verstehen. Ich protestiere dagegen und ich hoffe, daß auch Sie für mich protestieren werden.““

„Für einen Augenblick“, schreibt der Korrespondent, „stand der alte Dimitroff vor mir, den Richtern, Anwälten und Zeugen trotzend ... ein Mensch, der um sein Leben kämpft.

„Wenn ich befreit bin“ – erklärte Dimitroff, „werde ich nicht nach Rußland gehen. Rußland ist die Heimat jedes Revolutionärs, aber ich habe meine bulgarische Staatsangehörigkeit nicht verloren, und ich will in mein eigenes Land gehen. Ich habe einen Brief an den bulgarischen Ministerpräsidenten Muschanov gesandt, aber ich zweifle nicht daran, daß er mich an der Grenze verhaften lassen wird“ ...“

Auf die Frage des Journalisten, ob er nach einer Freilassung etwa nach Amerika gehen werde, um Filme zu machen, erklärte Dimitroff lächelnd: „Selbstverständlich nicht. Ich werde für meine kommunistischen Ideale weiterkämpfen. Ich bin ein Kommunist, ein echter Kommunist, und werde immer ein Kommunist sein.“

Rundschau Nr. 15

S. 549, 1934

[221]

## INTERVIEW AN DIE SOWJET- UND AUSLANDSPRESSE<sup>94</sup>

Bei dem am Abend des 27. Februar stattgefundenen Interview der Vertreter der Sowjet- und Auslandspresse mit Dimitroff, waren fast hundert Korrespondenten ausländischer und sowjetrussischer Zeitungen und Telegraphenagenturen anwesend.

Genosse Dimitroff berichtete, wie seine und seiner beiden Genossen Befreiung vor sich ging. „Wir sind natürlich ein wenig müde“, erklärte er. „Wir wurden heute früh um 5 Uhr ganz plötzlich von Beamten der geheimen preußischen Staatspolizei mit dem Kommando geweckt ‚Aufstehen, packen!‘, und zwar ohne jede Erklärung wozu, wohin, weswegen, warum. In letzter Minute erklärte man uns, daß wir aus Deutschland ausgewiesen seien und heute noch im Flugzeug an die Sowjetgrenze gebracht würden. Unser Verlangen, einen Vertreter der Sowjetgesandtschaft kommen zu lassen, blieb erfolglos. Wir vermuteten, daß unsere, die sowjetisch Gesandtschaft über diese sozusagen erfreuliche Ausweisung nicht informiert war. Ich ersehe hier aus der Berliner Information, daß die sowjetrussische Gesandtschaft nicht wußte, daß wir heute im Flugzeug direkt von Berlin nach Moskau gebracht werden sollten.“

Das erste, was wir sagen müssen, ist unsere grenzenlose Dankbarkeit dem internationalen Proletariat, den breiten Schichten der Werktätigen aller Länder, den ehrlichen Intellektuellen, die für unsere Befreiung gekämpft haben und unseren heißen Dank vor allem dem Proletariat, den Arbeitern und Bauern [222] der Sowjetunion, unseres sozialistischen Staates. Ich kann mit voller Überzeugung erklären: Ohne die Mobilisierung der internationalen öffentlichen Meinung gegen den deutschen Faschismus, wären wir heute nicht frei in Moskau. Die Faschisten wollten uns noch im letzten Moment behalten, an uns Rache nehmen und uns unter verschiedenen Vorwänden physisch und moralisch vernichten. Die riesige Blamage des Reichstagsbrandprozesses mußte durch die Rache an uns kompensiert werden.

Von dieser Kampagne im Ausland und in der ganzen Welt haben meine Genossen und ich leider erst sehr spät erfahren. Wir waren isoliert, bekamen keine Informationen von unseren Leuten und durften sogar von unseren Verwandten nichts bekommen. Wir waren streng isoliert. Erst jetzt, einige Stunden nach unserem Eintreffen hier, erfahren wir im Gespräch mit den Genossen vieles von dem, was um uns vor sich ging. Ich bin fest überzeugt, daß diese Kampagne ein Mittel zur Rettung Hunderter und Tausender revolutionärer Arbeiter war. Nicht nur wir vier, die drei Bulgaren und Torgler, wurden gerettet, sondern auch Hunderte und Tausende führende Genossen, die zur Vernichtung bestimmt waren, wie es Göring selbst bei seinen Zeugenaussagen vor Gericht offen erklärte. Diese Kampagne nahm den Faschisten die Möglichkeit, eine neue Provokation zur Ausrottung der führenden Kader des revolutionären Proletariats in Deutschland ins Werk zu setzen.

Ich glaube, daß die Genossen und unsere Freunde im Ausland sich in dieser Beziehung die Bedeutung dieser ausländischen Kampagne nicht genau vorstellen können, so wie wir nicht die Bedeutung dieser Kampagne von außen für unsere eigene Befreiung einschätzen konnten.

Weiter muß gesagt werden, was ich als Angeklagter vor Gericht wiederholt erklärte, was man heute, am 27. Februar, dem Jahrestag des Reichstagsbrandes, in die ganze Welt hinausschreien muß, daß der Reichstagsbrand das Werk des deutschen Faschismus war, der diesen unglücklichen Lubbe

---

<sup>94</sup> Die neue Einkerkelung G. Dimitroffs nach dem Freispruch entfesselte einen Sturm der Empörung in der gesamten antifaschistischen Weltöffentlichkeit.

Am 15. Februar 1934 faßte die Regierung der UdSSR den Beschluß, G. Dimitroff die sowjetische Staatsbürgerschaft zu verleihen, und forderte von der deutschen Regierung seine Freilassung. Diese Maßnahme spielte für die Befreiung G. Dimitroffs aus der faschistischen Gefangenschaft eine entscheidende Rolle.

Am 27. Februar morgens erteilten die Gefängnisbehörden G. Dimitroff die Anweisung, seine Sachen zu packen, und er wurde anschließend zum Flughafen gebracht. Dort wurde ihm mitgeteilt, daß er in die UdSSR ausgewiesen wird. Die ganze Prozedur der Ausweisung ging aus Angst vor antifaschistischen Demonstrationen in äußerster Hast in aller Heimlichkeit vor sich. Am gleichen Tag verließ G. Dimitroff mit einem Sonderflugzeug Berlin. Am Abend traf er in Moskau ein, wo er von Vertretern der Kommunistischen Internationale und Arbeiterdelegationen, die von seiner Ankunft erfahren hatten, mit Freude begrüßt wurde.

Sein erstes Gespräch mit den Journalisten fand am Abend seiner Ankunft statt.

als Werk-[223]zeug benutzte. Die wahren Organisatoren und Inspiratoren nehmen zweifellos regierende Stellen in Deutschland ein. Diese Tatsachen, diese Wahrheit sind nicht nur dem Ausland klar geworden. Ich meine, daß in Deutschland, diesem riesengroßen vielartigen Gefängnis, die große Masse und selbst diejenigen, die früher daran glaubten, die Kommunisten hätten den Reichstag in Brand gesteckt, heute nicht mehr daran glauben. Im Gegenteil, es gibt viele Anzeichen dafür daß nicht wenige Nationalsozialisten wissen und überzeugt sind, daß der Reichstagsbrand das Werk der nationalsozialistischen Führung war und daß sie es als Schande für die nationalsozialistische Partei empfinden.

Der Prozeß sollte das Mittel zur Rehabilitierung der wirklichen Reichstagsbrandstifter sein. Nachdem die richtigen Reichstagsbrandstifter nicht vor Gericht gestellt werden durften, mußte dies mit anderen, zufällig verhafteten, sozusagen Ersatzbrandstiftern getan werden. Das war Torgler, das waren wir, die bulgarischen Kommunisten. Ich bin überzeugt davon, hätten die Regierenden Deutschlands früher gewußt, daß der Prozeß so einen Ausgang haben wird, so hätten sie uns Bulgaren bestimmt nicht mit hineingezogen. Sie hatten einen Brei gekocht, der später scheußlich schmeckte. Meinem verehrten Ankläger, Herrn Dr. Werner, sagte ich dies einmal. Wir wurden freigesprochen, nicht weil wir unschuldig sind, sondern weil es nicht anders möglich war – wegen der ausländischen Kampagne, wegen der Mobilisierung des Auslands, wegen den Enthüllungen vor Gericht selbst. Das faschistische ‚Gericht‘ konnte uns nicht verurteilen. Bei dieser Entwicklung des Prozesses war das ausgeschlossen.

Freigesprochen, aber nicht freigelassen! Freigesprochen, aber im Gefängnis geblieben. Von einem Gefängnis ins andere geschleppt. Je weiter, desto schwerer das Gefängnis. In den ersten Februartagen wurden wir nach Berlin ins Gefängnis der Geheimen Preußischen Staatspolizei überführt, das ist ein solches Gefängnis, daß ich möchte, die faschistischen [224] Henker des deutschen Proletariats säßen in den Zellen dieser Katakomben ... Dies war die kleine Abteilung für besondere Fälle, für solche politische kommunistische Gefangene, die unter verschärften Bedingungen gehalten werden. Im Vergleich mit dieser Abteilung ist selbst Moabit ein Sanatorium, ein Paradies. Die Zellen liegen unter der Erde, keine Sonne kommt hinein. Selbstverständlich ist es feucht, weil die Zellen in der Erde gebaut sind. Wenn jemand in diesen Katakomben einige Monate verbringt, so ist er, davon bin ich überzeugt, erledigt und invalid für sein ganzes Leben.

Es ist für uns kein Geheimnis, warum dies getan wird. Wenn jemand dort hinein kommt und ein Schwächling ist, wird er in einigen Tagen oder Wochen vor dem Faschismus kapitulieren, oder er wird ohne Kapitulation erledigt. Das ist ein solcher Platz – unsere heutige Überführung lieferte den Beweis dafür –, aus dem die Gefangenen unbemerkt, ungesehen, herauskommen, weggeschleppt und eventuell, falls die Faschisten dies für nützlich erachten, beseitigt werden können.

Manchmal, aber selten, besuchten uns ausländische Korrespondenten. Ich vermutete, daß dies im Zusammenhang mit der Aufsehen erregenden Kampagne im Ausland stand. Sie stellten Fragen nach unserer Gesundheit und danach, wie wir behandelt wurden, in letzter Zeit auch besonders danach, ob die Behandlung menschlich sei. ‚Sie sind doch nicht gefoltert oder geschlagen worden?‘ fragte einmal der Reuter-Korrespondent. In diesem Zusammenhang ist zu sagen, daß unter der Auswirkung der ausländischen Kampagne die Behandlung menschlich war. Aber überhaupt ist dort ein *raffiniertes System moralischer Folterungen* an der Tagesordnung. Ich möchte noch betonen, daß, während sich die einfachen Polizisten und SA-Männer im Gefängnis uns gegenüber im allgemeinen menschlich verhielten, gerade die Gefängnisärzte der Gestapo sich grob und unkorrekt benahmen. In den letzten zwei Wochen kam ein Arzt nach dem anderen. Zuerst ein Arzt in SA-Uniform [225] und dann zwei Ärzte in Zivil. Keiner von ihnen wollte uns untersuchen, als besonders Popov in der letzten Zeit schwere Magenbeschwerden hatte. Einer dieser Ärzte sagte, der Auswurf Popovs werde untersucht; er ging jedoch weg, ohne daß etwas geschah und ohne Heilmittel zu verschreiben. Ich verwies einen dieser Ärzte darauf, daß eine solche Behandlung unerklärlich und unbegreiflich sei, um so mehr, als wir unschuldig und vom höchsten deutschen Gericht freigesprochen wären. Der Arzt antwortete darauf mit einem höhnischen Lachen und ging fort. So wurden wir weder untersucht noch ärztlich behandelt.



Ich muß hierbei den Unterschied zu der Behandlung im Untersuchungsgefängnis Moabit und in Leipzig erwähnen, wo die Ärzte – ich muß das betonen – nicht grob und nachlässig waren und sich nicht wie Feinde benahmen. Die Ärzte der ersten Art sind an solchen Gefängnissen wie das frühere Militärgefängnis in Tempelhof tätig, wo Hunderte von Kommunisten und andere politische Gefangene sitzen. Ich stelle mir vor: Wenn diese Ärzte uns so behandelten, wie behandelten sie dann erst die anderen Kommunisten, kranke und sterbende deutsche Kommunisten.

Wir sind glücklich, daß wir in unser Vaterland gekommen sind. Wir verließen Deutschland heute früh; Haß hegen wir nur gegen den Faschismus, aber für das deutsche Proletariat, für die revolutionären deutschen Arbeiter, für die deutschen Kommunisten empfinden wir eine große und tiefe proletarische Sympathie. Wie diese deutschen Arbeiter die Verfolgungen ertragen und wie sie gegen den Faschismus kämpfen, konnten wir im einzelnen wegen unserer Isolierung nicht erfahren, aber wir spürten hundert- und tausendmal vor Gericht, außerhalb des Gerichtes und im Gefängnis, daß die große, die einheitliche Kommunistische Partei Deutschlands trotz der schwersten Schläge auf ihrem Posten steht. Das war aus der Stimmung und aus den Aussagen der Zeugen zu ersehen, und diese Zeugen hatten acht oder zehn Monate in Konzentrationslagern gesessen. Welch eine Treue zur Partei, welch eine Hingabe an die Sache [226] des Kommunismus, an die Sache des deutschen Proletariats, welch eine würdige Haltung vor Gericht! Das konnte von den nationalsozialistischen Zeugen, etwa von dem nationalsozialistischen Abgeordneten Karwahne, von Grothe oder anderen Provokateuren und Dieben nicht behauptet werden. Die kommunistischen Zeugen waren echte, starke proletarische Kämpfer, die die Haltung von Revolutionären zeigten. Wir erhielten eine Reihe Zeichen von Sympathie und Liebe, und zwar sowohl als Angeklagte während des Prozesses, als auch nach dem Prozeß im Gefängnis, beim Transport und wo immer wir waren. Zahlreiche einfache Mitglieder der nationalsozialistischen Partei sind sogar überzeugt, daß die Brandstiftung das Werk der faschistischen Führer ist.

Unsere Entrüstung und unser Haß beim Verlassen Deutschlands waren gegen den Faschismus gerichtet und von tiefer Sympathie und Dankbarkeit dem deutschen Proletariat gegenüber begleitet, das für unsere Befreiung kämpfte. Hunderte und Tausende sitzen in den Konzentrationslagern und in den Gefängnissen Deutschlands. Hunderte von Prozessen werden geführt, Todesstrafe wird verhängt und vollstreckt und eine Reihe neuer Prozesse steht auf der Tagesordnung.

*Der Kampf gegen den deutschen Faschismus und für die Befreiung der eingekerkerten Antifaschisten muß weitergeführt werden, um Hunderttausende revolutionäre Arbeiter und kämpferische Elemente vor dem Faschismus zu retten.* Das deutsche Proletariat, das von der verfluchten Bürokratie der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften verkauft und verraten wurde, braucht auf jedem Schritt in seinem Kampf die internationale Hilfe.

Ich glaube, keinen Fehler gemacht zu haben, als ich heute beim Abschied in Königsberg dem Vertreter der Geheimen Staatspolizei, der den Wunsch äußerte, ich solle im Ausland objektiv sein ... (Zwischenruf: Wie heißt dieser Beamte? Dimitroff: Kriminalrat Heller. – Zwischenruf: Ein ehemaliger Sozialdemokrat? Dimitroff: Ja.) ... Ich antwortete: [227] Ich werde natürlich objektiv sein. Dann fügte ich hinzu, daß ich hoffe, nach Deutschland zurückzukehren, aber als Gast der sowjetischen Regierung.“ (Stürmischer Beifall.)

Auf Bitten der Anwesenden ging Dimitroff, der bis dahin deutsch gesprochen hatte, zum Russischen über. Die Vertreter der bürgerlichen Presse stellten ihm eine Reihe Fragen: „Was denken Sie über Göring?“

„Meine Meinung,“ antwortete Dimitroff, – „die ich bei der persönlichen Begegnung vor Gericht geäußert habe, habe ich nicht zu ergänzen.“

„Was werden Sie hier tun?“ wurde Dimitroff gefragt. Seine Antwort lautete:

„Was ich hier tun werde, ist ganz klar. Ich bin Soldat der proletarischen Revolution, Soldat der Komintern. In diesem Sinn bin ich auch vor Gericht aufgetreten. Hier werde ich meine Pflicht als solcher Soldat erfüllen, ich werde sie weiter und bis zum letzten Atemzug erfüllen.“

Der Vertreter der *New York Times* bat Dimitroff, seine Meinung über den Prozeß kurz zu formulieren. Dimitroff erwiderte ihm: „Der Prozeß war, kurz gesagt, eine Provokation wie auch die Reichstagsbrandstiftung. Durch den Prozeß sollten die wahren Brandstifter getarnt werden. Man wollte die eigene Schuld auf andere schieben. Doch nach den Gesetzen der Dialektik, nach den Gesetzen des Klassenkampfes schlug der Prozeß in sein Gegenteil um. Aus dem antikommunistischen Prozeß wurde eine grandiose antifaschistische Demonstration und ein schmachvolles Fiasko des Faschismus. Durch die Brandstiftung sollte das deutsche Volk davon überzeugt werden, daß Kommunisten Brandstifter seien; der Prozeß überzeugte es vom Gegenteil.“

Ein Vertreter der deutschen kommunistischen Presse stellte Dimitroff folgende Fragen: „Haben Sie im Gefängnis erfahren, daß der Führer der Kommunistischen Partei Deutschlands, Genosse Thälmann, in das Gefängnis der Geheimen Staatspolizei über-[228]führt worden ist?“ Dimitroff: „Ja, das ist mir bekannt, doch weiß ich nichts Näheres.“

Auf die Frage, ob er im Gefängnis davon erfahren habe, daß führende Genossen der KPD, so die Genossen Scheer, Schönhaar und eine Reihe anderer ermordet wurden, antwortete Dimitroff: „Ich habe leider erst heute davon erfahren. Wir wußten nichts davon.“

Die nächste Frage des Vertreters der deutschen kommunistischen Presse lautete: „Die bürgerliche Presse hat eine Fotografie veröffentlicht, die Sie mit Popov und Tanev in einer Gefängniszelle der Geheimen Staatspolizei zeigt. Sie halten eine dicke Zigarre. Dieses Foto wurde verbreitet, um zu beweisen, wie herrlich die im Leipziger Prozeß Freigesprochenen im Gefängnis leben. Wissen Sie, wie das Foto zustande kam und kennen Sie es?“

Dimitroff: „Selbstverständlich kennen wir dieses Foto. Wir protestierten gegen diese Geschichte. Zu uns kam ein amerikanischer Korrespondent, angeblich ein Vertreter der ‚New York Times‘. Ich sage angeblich, weil dieser Mann sehr gut deutsch sprach und wie ein Deutscher aussah. Er sagte, er wolle eine Aufnahme machen. Wir schwankten zuerst und machten dann den Fehler, es zu erlauben. Wir erklärten uns einverstanden, weil wir glaubten, daß nicht nur das Foto, sondern auch unsere Erklärung, unser entschiedener Protest gegen die Festhaltung im Gefängnis nach dem Freispruch, gegen diese ganze unerhörte Geschichte veröffentlicht werden würden. Das war selbstverständlich ein Fehler. ‚Völkischer Beobachter‘ veröffentlichte die Aufnahme und schrieb dazu, er hätte einen amerikanischen Korrespondenten geschickt, um diese Aufnahme zu machen, und zwar als Beweis dafür, daß unser Zustand gut sei. Das war aber nicht im Gefängnis der Geheimen Staatspolizei, sondern in Leipzig. Am gleichen Tag kam unser sogenannter Offizialverteidiger und ‚interessierte‘ sich dafür, wie es uns geht. Er fragte: ‚Noch gesund?‘ Wir antworteten: ‚Ja.‘ Er fragte weiter: ‚Zu essen haben Sie?‘ – ‚Ja.‘ [229] ‚Schach spielen Sie?‘ – ‚Ja!‘ Ein oder zwei Tage vorher hatten wir Schach gespielt. Nachher sagte uns der Offizialverteidiger, das Deutsche Nachrichtenbüro habe den deutschen und ausländischen Zeitungen erklärt, wir seien in bester Gesundheit und hätten die beste Behandlung. Wir protestierten gegen die Fotografie und gegen diese Schwindelei.“

Verschiedene bürgerliche Auslandskorrespondenten wollten wissen: „Wie kommt es, daß Göring erklärte, er werde mit Ihnen abrechnen und doch nichts tat?“

Dimitroff zuckte die Schulter: „Es geht nicht alles nach Wunsch. Göring brachte die geheimsten Wünsche der faschistischen Oberschicht zum Ausdruck, aber es gibt auch ein internationales Proletariat, es gibt noch Moskau. Unsere Richter haben wir gut kennengelernt. Diese Richter, die durchaus nicht alle rassenreine politische Arier waren, mußten die Aufgabe so lösen, daß sowohl die Wölfe satt wurden, aber auch die Schafe heil blieben. Diese Aufgabe konnte seinerzeit auch der weise Salomo nicht lösen. Daher faßten unsere Richter das Urteil sehr schlecht ab. Sie mußten uns aber freisprechen, es ging nicht anders. Hätte man uns verurteilt, so wäre das die Verurteilung des Faschismus gewesen. Die Schafe blieben heil – bis wann, werden morgen die Ärzte sagen. Doch die Wölfe sind nicht satt, da sie uns freisprechen mußten. So kam es, daß wir mit dem Prozeß unzufrieden sind und Hitler und Göring auch.“

Auf den Prozeß zurückkommend, erklärte Dimitroff, die Angeklagten hätten keinen richtigen Rechtsbeistand gehabt. „Auf Grund der deutschen Gesetze hatten wir das Recht, uns Verteidiger zu

wählen doch man gab uns Officialverteidiger. Hätte ich ihm die Verteidigung überlassen, so wäre ich heute eine politische Leiche. Er hätte mich kompromittiert und mich politisch vernichtet.“

Auf Ersuchen der ausländischen Korrespondenten schilderte Dimitroff ausführlich *die Bedingungen während der Voruntersuchung*:

„Während des Prozesses waren wir voneinander [230] isoliert. Gegen Ende der Beweisaufnahme bestand ich ausdrücklich vor dem Vorsitzenden darauf, uns eine Erklärung dafür zu geben, warum man uns isoliert hielt. Ich sagte ihm, daß ich damit nicht einverstanden sei, und daß ich jetzt nach Schluß der Beweisaufnahme verlange, mich mit meinen Kameraden zu treffen. Auch nach dem Prozeß waren wir isoliert. Erst am 16. oder 17. Januar wurden wir in eine Zelle zusammengebracht. Nach der Überführung nach Berlin waren wir ebenfalls zunächst einige Tage isoliert. Die Faschisten haben uns, trotz unserer Unschuld, in diesen Prozeß hineingezogen und behielten uns nach dem Freispruch im Gefängnis. *Fünf Monate lang vor dem Prozeß* waren uns *Tag und Nacht* die Hände gefesselt. Niemand, der dies nicht durchgemacht hat, kann sich vorstellen, was das bedeutet. Fünf Monate lang Tag und Nacht so zu schlafen; nur eine Viertelstunde am Tag zum Anziehen und zum Essen die Hände frei. Fünf Monatelang die ganze Nacht die Hände in diesen verfluchten Fesseln. Und dann sagt man, man hätte uns menschlich behandelt und wir seien in bester Gesundheit. In dieser Zeit habe ich keine einzige Nacht richtig geschlafen. Jede Nacht bin ich zwanzig, dreißig und fünfzig Mal vor Schmerzen aufgewacht. Das hängt alles von diesem Polizeibeamten ab. Wenn die Fesseln etwas enger gemacht werden, verspürt man heftige Schmerzen. Ich und meine Genossen mußten an das Gericht und an den Untersuchungsrichter mit gefesselten Händen schreiben. Im Zusammenhang mit dieser Behandlung möchte ich folgendes sagen: Unser Genosse Tanev konnte kein Wort deutsch. Seine Lage war noch viel schwerer als unsere. Seine Nerven waren so kaputt, daß er einen Selbstmordversuch machte. Glücklicherweise ist er nicht gelungen. Aber diese Fesseln, dieser monatelange moralische Terror konnten das zur Folge haben. Er erhält die Anklageschrift und versteht kein Wort! Wochen hindurch! Er verlangt einen Übersetzer. Ein solcher wird ihm erst kurz vor dem Prozeß gestellt. Dieser Dolmetscher [231] übersetzte Popov und Tanev nur Teile der Anklageschrift.“

Die lebhafteste Unterhaltung wurde angesichts der vorgerückten Stunde und der Müdigkeit Dimitroffs unterbrochen.

Prawda Nr. 59  
vom 28. Februar 1934  
Rundschau Nr. 20  
vom 8. März 1934

[232]

## EIN SIEG DER PROLETARISCHEN SOLIDARITAT\*

Der Reichstagsbrand war als das Signal zum Terrorfeldzug des deutschen Faschismus gegen die revolutionäre Bewegung des Proletariats gedacht und hat tatsächlich auch als solches gedient. Die faschistische Provokation vom 27. Februar 1933 sollte das Signal zur „Vernichtung des Marxismus“ sein, wobei unter Marxismus die revolutionäre Bewegung des Proletariats in Deutschland verstanden wurde. Die faschistischen Hanswürste wollten alle konterrevolutionären und sowjetfeindlichen Kräfte aufmarschieren lassen und die „historische Rolle“ des deutschen Faschismus demonstrieren, die Rolle eines Gendarmen gegen die proletarische Revolution im kapitalistischen Europa.

Die provokatorische Inbrandsetzung des Reichstags durch die Faschisten war die Einleitung zu zahllosen Greueln, zu den blutigen Märztagen 1933 in Deutschland, die die ganze werktätige Menschheit gegen die faschistische Diktatur in Front brachten.

Der provokatorische Prozeß in Leipzig – der größte derartige Prozeß in der politischen Geschichte der jüngsten Zeit – war von der faschistischen Führung ausgeheckt worden, um vor der ganzen Welt den Beweis zu führen, daß die faschistischen Henker Ende Februar 1933 „Europa vom Bolschewismus errettet haben“.

[233] Der deutsche Faschismus wollte in Leipzig die allgemeine Anerkennung als „Retter“ erlangen. Aus der Anklageschrift, die sowohl während des Prozesses wie während der dreimonatigen Voruntersuchung streng geheimgehalten wurde, geht klar hervor, daß der Prozeß sich nicht allein gegen den Kommunismus in Deutschland richtete.

Die faschistische deutsche Presse hielt es zu Beginn des Prozesses nicht einmal für nötig, daraus ein Geheimnis zu machen. Mir und meinen Genossen wurde zur Last gelegt – wie dies auch in der Anklageschrift offen gesagt wird –, wir seien „Beauftragte der russischen Kommunistischen Partei in Moskau“ zur Organisierung eines bewaffneten Aufstandes in Deutschland, der durch die Inbrandsetzung des Reichstags eingeleitet werden sollte und sich das Ziel setzte, ganz Deutschland zu sowjetisieren. Die von der Staatsanwaltschaft herbeigeschafften falschen Zeugen sagten während der Voruntersuchung in voller Übereinstimmung mit den Wünschen der Faschisten aus, daß „dieser Aktion“, d. h. der Reichstagsbrandstiftung, ähnliche Brandstiftungen in Warschau, Wien und Prag folgen sollten, um „den Brand über ganz Europa auszubreiten.“

Welche konkreten Aufgaben stellte sich der deutsche Faschismus, als er den Leipziger Prozeß in Szene setzte?

*Erstens*, die faschistischen Brandstifter und Henker innerhalb des Landes und vor dem Auslande zu rehabilitieren, die wirklichen Schuldigen zu verheimlichen und die Schuld auf die Kommunisten abzuwälzen.

*Zweitens*, den barbarischen Terror und die ungeheuerlichen Verfolgungen des revolutionären Proletariats zu rechtfertigen. In den Augen der Weltöffentlichkeit die barbarische Vernichtung enormer Kulturwerte, den Feldzug gegen die Wissenschaft, die rücksichtslose Vernichtung sogar des linksbürgerlichen „Freidenkertums“, die Massenspogrome, Ermordungen usw. zu rechtfertigen.

[234] *Drittens*, der Prozeß sollte den Stoff für eine neue antikomunistische Kampagne liefern. Er sollte als Grundlage für einen neuen „Monsterprozeß“ gegen die Kommunistische Partei Deutschlands dienen.

*Viertens*, der Prozeß sollte beweisen, daß die faschistische Regierung „siegreich“ den Weltkommunismus bekämpft und Europa von der kommunistischen Gefahr rechtzeitig errettet hat. Die Köpfe der vier angeklagten Kommunisten wurden von den Faschisten bei dem bevorstehenden weiteren Kuhhandel mit den imperialistischen Ländern als Scheidemünze betrachtet, wofür diese als Entgelt für die „Gleichberechtigung“ in den Rüstungen etc. Zugeständnisse machen sollten. *Die deutschen Faschisten maßten diesem Prozeß eine außerordentlich große außenpolitische Bedeutung bei.*

---

\* Auszug aus Dimitroffs Artikel in der „Prawda“ vom 4. März 1934.

Die Vorbereitungen für den Prozeß waren ungewöhnlich breit angelegt. Die Faschisten setzten alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel in Bewegung. Der gesamte Apparat wurde mobil gemacht – sowohl der Polizei – wie der Gerichtsapparat, der Zentralapparat der Nationalsozialisten und der kolossale, weitverzweigte Apparat des Propagandaministeriums. Und das alles wurde in Szene gesetzt, nicht nur, um die Anklageschrift zu fabrizieren, *sondern vor allem – koste es, was es wolle – , um „Passende“ Zeugen zu finden.* Über der krampfhaften und verzweifelten Suche nach Zeugen verging ungefähr ein halbes Jahr.

Die Faschisten waren sehr daran interessiert, die von ihnen gewünschten Zeugen gerade in Arbeiterkreisen unter Kommunisten und führenden Funktionären der kommunistischen Bewegung zu finden. Diese Zeugen sollten nach dem Plan der faschistischen Brandstifter aussagen, daß die Kommunistische Partei Deutschlands und der Rote Frontkämpferbund im Februar/März 1933 einen bewaffneten Aufstand vorbereiteten, daß sie entsprechende Direktiven erteilt haben und daß der Reichstagsbrand das Signal zu diesem Aufstand gewesen war. Die Faschisten machten vor keinem Verbrechen halt, [235] um solche Zeugen zu beschaffen. *Tausende und aber Tausende Kommunisten und revolutionäre Arbeiter wurden in den Gefängnissen und Konzentrationslagern den ungeheuerlichsten moralischen und körperlichen Foltern ausgesetzt, um sie zu gefügigen Zeugen zu machen,* die bereit wären, alles zu bestätigen, was die Thesen der provokatorischen Anklageschrift verlangten.

Aber die Faschisten erlitten ein vollständiges Fiasko. Trotz aller Bemühungen waren die vom Standpunkt der Anklage entscheidenden Zeugen *ausschließlich nationalsozialistische Abgeordnete, faschistische Journalisten, kriminelle Verbrecher, Banknotenfälscher, Gewohnheitsdiebe und Morphinisten.*

*Es war den Faschisten nicht gelungen, auch nur einen einzigen Zeugen vor Gericht zu bringen, der den Kreisen der Arbeiter entstammte, aktiver Teilnehmer der proletarischen Bewegung in Deutschland oder verantwortlicher Funktionär der Kommunistischen Partei gewesen wäre. Und das war die Achillesferse der Anklage. Andererseits wurde durch diese Tatsache vor dem Angesicht der ganzen Welt auf das glänzendste die Unbeugsamkeit, Treue und grenzenlose Hingabe der deutschen Arbeiter an die Sache der proletarischen Revolution, des Kommunismus und der Kommunisten demonstriert.*

Der Leipziger Prozeß war das erste Debüt des Faschismus als europäischer Gendarm gegen den Kommunismus. Dieses Debüt endete für die Faschisten mit einer Katastrophe. In Anlehnung an ein bekanntes bulgarisches Sprichwort kann man wohl sagen, daß der deutsche Faschismus sich nach Leipzig stolz wie ein Löwe begeben hatte, aber von dort von Kopf bis Fuß bespuckt abgezogen ist.

Der Prozeß war ein Prüfstein für die Kommunistische Partei und für die Arbeiterklasse, deren beste Leute in den Konzentrationslagern und anderen faschistischen Kerkern schmachteten. Und er wurde zu einer glänzenden Demonstration der Treue zu [236] ihrem Banner, der rückhaltlosen Pflichterfüllung und der proletarischen Disziplin.

Die heißen Sympathien, die die deutschen Arbeitermassen während des Prozesses uns entgegenbrachten, die Solidarität mit meinem Auftreten, durch das die faschistischen Brandstifter entlarvt wurden, die Sympathien, die ich im Gerichtssaal und überall, wo ich mich unter Bewachung zeigte, und selbst im Gefängnis fühlte, die Sympathien, die sich in den Briefen, Grüßen und Solidaritätsbezeugungen äußerten und die, auf mir völlig unbegreiflichen Wegen, durch alle Polizeisperren hindurch zu mir drangen – das alles ist ein unwiderlegliches Zeugnis dafür, daß die deutsche Arbeiterklasse trotz der furchtbaren Schläge, die sie infolge des Verrats der Sozialdemokratie erhalten hat, nicht den Kopf verlor, nicht den Kampfgeist einbüßte und unter den unerhört schwierigen Bedingungen ihren Kampf fortsetzt.

Der Prozeß zeigte ferner, welch gewaltige Kraft die internationale Solidarität der Massen darstellt.

Der Faschismus und besonders der „klassische“ deutsche Faschismus ist ein zügelloser kriegerischer Nationalismus und Chauvinismus. Sein Banner ist der Krieg, der Krieg gegen das Proletariat im eigenen Lande und der Krieg für neue Eroberungen außerhalb des Landes. Die gesamte ideolo-

gische Arbeit der Nationalsozialisten – und sie ist kolossal – setzt sich das Ziel, die internationale Solidarität in der deutschen Arbeiterklasse auszurotten und zu vernichten. Doch der Prozeß und das, was jenseits der Mauern des Gerichts in der ganzen Welt vorging, hat gezeigt, daß *die internationale Solidarität lebt und eine gewaltige Kraft darstellt*. Durch den Einsatz aller Bemühungen der Arbeitermassen Deutschlands und des Weltproletariats sowie der Arbeiterklasse der Sowjetunion, alles dessen, was in der Weltöffentlichkeit ehrlich fühlt, wurde der Prozeß in Leipzig zu einem Schlachtfeld, und der gegen den Kommunismus geführte Schlag fiel mit verheerender Wucht auf den deutschen Faschismus zurück.

Diese internationale Solidarität kam anschaulich [237] im Kampf des deutschen Proletariats während des Prozesses zur Geltung. Sie fand auch in anderen Ländern Ausdruck. Sie schuf nicht nur die Voraussetzung für den Sieg über den Faschismus in Leipzig in dem Sinne, daß Kommunisten, die für die Guillotine bestimmt waren, für den Kampf gerettet wurden, *sondern sie versetzte den weiteren Provokationsplänen des Faschismus einen tödlichen Schlag*.

Zwischen der Anklagebank, von der aus wir gegen den Faschismus kämpften, und dem Kampf des Proletariats in Deutschland und in anderen Ländern bestand eine ständige unlösliche Verbindung, die wir fühlten. Davon zeugt nicht nur der Widerhall, den unser Kampf in der ganzen Welt fand, und die Sympathie, die man uns in anderen Ländern entgegenbrachte. *Durch uns Angeklagte auf dem Prozeß kämpfte das revolutionäre deutsche Proletariat gegen den Faschismus, und sein Kampf brachte das Proletariat der ganzen Welt in Bewegung*. Er inspirierte den Kampf der österreichischen Arbeiter gegen den Faschismus, den Kampf der französischen

Arbeiter: *Er war ein Anstoß für die Verschärfung des Kampfes gegen den Faschismus in der ganzen Welt*. Ebenso wie wir Angeklagten auf dem Prozeß aus dem Bewußtsein, daß uns Millionen Arbeiter in und außerhalb Deutschlands unterstützten, Kraft und Zuversicht schöpften, schöpften die Arbeiter in Deutschland und in der ganzen Welt Kraft und Zuversicht angesichts unseres Kampfes, den wir gegen den Faschismus vom Gerichtssaal aus führten.

*Aber der Kampf geht weiter und muß verstärkt werden*. Die antifaschistische Weltöffentlichkeit darf sich nicht mit diesem Sieg zufriedengeben. *Der Kampf um die Befreiung Ernst Thälmanns, des Führers der revolutionären Arbeiter Deutschlands, der Kampf um die Befreiung von tausend anderen Opfern des Faschismus ist für die internationale antifaschistische Bewegung eine Ehrensache*.

G. Dimitroff

[238]

## BRIEF AN ROMAIN ROLLAND UND HENRI BARBUSSE

Moskau, 10. März 1934

Mein lieber Kamerad Romain Rolland!

Mein lieber Kamerad Henri Barbusse!

Nachdem ich jetzt Gelegenheit hatte, die Dokumente der großen Massenbewegung zu studieren, die der Reichstagsbrandprozeß in der ganzen Welt ausgelöst hat, fühle ich das Bedürfnis, mich mit einigen Worten an Sie zu wenden. Diese Zeilen richten sich sowohl persönlich an Sie, deren mutiges Auftreten gegen den imperialistischen Krieg und den Faschismus ich stets mit größter Aufmerksamkeit und Sympathie verfolgt habe, wie auch an die vielen Hunderte und Tausende von Dichtern, Künstlern und Wissenschaftlern, die sich im Laufe der Bewegung in aller Öffentlichkeit auf unsere Seite gestellt haben.

Ich weiß, daß Ihr und Ihrer Freunde Auftreten während des Prozesses nicht nur mir persönlich und meinen mitangeklagten Freunden galt. Wir haben an dem Frontabschnitt, an dem wir uns befunden haben, gegen den barbarischen Faschismus und für den Kommunismus, für die Kommunistische Internationale gekämpft, deren Befreiungskampf wir unser Leben gewidmet haben. Die Tatsache, daß auch im Zusammenhang mit den großen Kämpfen der werktätigen Massen, die sich in den letzten Wochen in Frankreich und Österreich abgespielt haben, Intellektuelle in großer Zahl die Partei der kämpfenden Arbeiter gegen die faschistische Reaktion ergriffen haben, bestärkt mich in der Auffassung, daß es Ihnen und Ihren Freunden vor allem um die große Sache des Proletariats geht.

Der Faschismus will das Rad der Weltgeschichte zurückdrehen. Er zerstört systematisch die Fundamente des kulturellen Fortschritts. Er erhält und vergrößert das Elend der werktätigen Massen. Er kämpft gegen die Technik und predigt offen die Rückkehr zur Barbarei. Was können die Intellektuellen von diesem Regime erwarten als einen weiteren Zerfall der Grundlagen der Forschung, des künstlerischen Schaffens und der Technik und damit der Existenzbedingungen der Intelligenz selbst!

Die proletarische Revolution befreit die Massen von der Ausbeutung, öffnet ihnen die Tore zu einem schnellen Aufstieg, entfaltet die Herrschaft des Menschen über die Natur mit Hilfe der vom Menschen beherrschten Technik und schafft so die Voraussetzungen für eine ungeahnte Entfaltung der schöpferischen Kräfte. Das, was ich in der kurzen Zeit seit meiner Rückkehr in die Sowjetunion von den Erfolgen des sozialistischen Aufbaus habe sehen können, ist ein neues, unbestreitbares Zeugnis von den gewaltigen Perspektiven, die der Sieg der proletarischen Revolution vor der Menschheit eröffnet.

Die Bourgeoisie wird alles tun, um Verwirrung in die Reihen der zum Sozialismus strebenden Intelligenz zu tragen. Sie wird vor keiner Verleumdung und Verdrehung zurückschrecken. Der Reichstagsbrandprozeß hat genug Beispiele geliefert. Und dabei wird die herrschende Masse von der Politik der Sozialdemokratie unterstützt werden, die vorgibt, auch den Sozialismus zu wollen, die aber grundsätzlich auf seiten der bürgerlichen Ideologie steht und in allen entscheidenden Momenten praktisch der Front der revolutionären Arbeiterklasse entgegentritt. Die Schwierigkeiten sollen und werden uns, Sie und Ihre Freunde selbstverständlich nicht schrecken. Ein großes Ziel ist jedes Einsatzes wert. Und unsere Befreiung aus den Krallen der deutschen Faschisten [240] zeigt, daß bei Anspannung aller Kräfte in gemeinsamer Front auch wirklich große Schwierigkeiten siegreich überwunden werden können.

Es gilt jetzt, sich mit allen Kräften für die Befreiung der noch in den Krallen der Nationalsozialisten befindlichen antifaschistischen Kämpfer einzusetzen. Ich denke dabei besonders an Ernst Thälmann, den Führer der deutschen Kommunisten, den besten und klarsten Kopf des deutschen Proletariats, dessen Schicksal mich während meiner Gefangenschaft und während des ganzen Prozesses beunruhigt hat und den ich heute keinen Augenblick vergessen kann. Sie haben so viel für uns getan – jetzt ist es notwendig, mehr, viel mehr für ihn zu tun; denn ihn zu befreien wird natürlicherweise eine viel schwerere Aufgabe sein.

Ihnen, mein lieber Romain Rolland, mein lieber Barbusse, und allen, die im Laufe dieses Jahres so hilfsbereit zu uns gestanden haben, spreche ich in unserem Namen und im Namen unserer Internationale Dank aus und freue mich auf die Tage, wo wir von neuem Schulter an Schulter dem gemeinsamen Feinde gegenüberstehen werden.

Ihr

*G. Dimitroff*

[241]



## BRIEF AN HENRI BARBUSSE

Moskau, 29. März 1934

Mein lieber Henri Barbusse!

Beim Durchlesen der während meines Gefängnisaufenthalts erschienenen Presse habe ich bemerkt, daß man inzwischen Ihren 60. Geburtstag gefeiert hat. Ich bin bestimmt Ihr letzter Gratulant. Aber, glauben Sie mir, ich bin es nur im Sinne der Zeit. Ich wäre gern einer der ersten gewesen.

Lange bevor ich die große Freude hatte, Ihre persönliche Bekanntschaft zu machen, kannte ich Sie, wie so viele andere Menschen auf der ganzen Welt, als Autor des unvergeßlichen „Feuer“. Ich bewunderte den großen und mutigen Dichter dank dieses schönen und kämpferischen Buches und der anderen Werke, die ihm gefolgt sind. Aber bald hatte ich auch Gelegenheit, Sie als Kämpfer gegen jede Unterdrückung und Ungerechtigkeit kennenzulernen. Das war anlässlich Ihrer großartigen Kampagne zugunsten der Balkanvölker und in erster Linie meines bulgarische~ Volkes. Ich habe später aus der Nähe Ihre Arbeit und Ihren Kampf gegen den imperialistischen Krieg und den Faschismus verfolgt.

Als ich erfuhr, daß Sie mir als einer der ersten ins Gefängnis geschrieben hatten – ich erhielt davon nur Kenntnis durch eine lakonische Notiz der Gefängnisverwaltung die mir das Eintreffen des [242] Briefes mitteilte, der mir jedoch nicht ausgeliefert werden konnte und dessen Inhalt mir auch nicht übermittelt wurde, weil er „die Gefängnisordnung gefährdete“ –, wußte ich: Barbusse wird sicher wie schon so oft verstehen, eine ganze Bewegung der öffentlichen Meinung zu unseren Gunsten zu mobilisieren, und ich habe mich nicht getäuscht. Heute weiß ich, wieviel Sie zu unserer Befreiung beigetragen haben.

Kann ich Ihnen zu Ihrem Geburtstag einen besseren Wunsch aussprechen, als daß es Ihnen noch recht lange vergönnt sein möge, Ihren Kampf, unseren Kampf für unsere gemeinsame Sache fortzusetzen? Sie wissen so gut wie ich – ich habe es schon in meinem letzten Brief gesagt –, daß es übermenschlicher Anstrengungen bedürfen wird, um meinen lieben Freund Ernst Thälmann und die große Zahl der antifaschistischen Kämpfer, die in den Kasematten der Nazis schmachten, sowie die tapferen österreichischen Revolutionäre, die unter grausamster Verfolgung der Dollfusser Banden<sup>95</sup> geschult wurden, aus den Krallen der Faschisten zu befreien. Sie werden, davon bin ich überzeugt, alles tun, was in Ihrer Kraft steht, um auch dieses schwere Problem erfolgreich zu lösen!

Werde ich bald das Vergnügen haben, Sie zu sehen und persönlich zu begrüßen? Ich hoffe es sehnüchtig.

Sehr freundschaftlich Ihr

*G. Dimitroff*

P. S. Ich schreibe Ihnen deutsch, weil ich leider noch nicht die wunderschöne französische Sprache so gut beherrsche, um französisch schreiben zu können.

[243]

---

<sup>95</sup> ENGELBERT DOLLFUSS (1892–1934) – österreichischer reaktionärer Staatsmann, einer der Führer der faschistisch-katholischen Christlich-sozialen Partei. Seit Mai 1932 Bundeskanzler und Außenminister; er errichtete eine faschistische Diktatur in Österreich und orientierte sich in seiner Außenpolitik nicht auf Deutschland, sondern auf das faschistische Italien. Am 25. Juli 1934 wurde er während des Putsches der österreichischen Nationalsozialisten von den Agenten Hitlerdeutschlands ermordet.

## DIE PROLETARISCHE EINHEITSFRONT

*Aus einer Unterredung Dimitroffs mit dem Rundschau-Sonderberichterstatter in Moskau*

*Frage:* Genosse Dimitroff! Erhielten Sie in Ihrer Gefängniszelle irgendwelche Nachrichten über den Kampf, den die gesamte werktätige Öffentlichkeit der Welt für Ihre Befreiung und für die Befreiung Ihrer Mitangeklagten führte?

*Dimitroff:* Vieles erfuhr ich davon erst hier aus der vorjährigen Presse, die ich jetzt ausführlich verfolgen konnte. Ich war im Gefängnis von der Außenwelt fast hermetisch isoliert. Und doch fühlte ich instinktiv aus zahlreichen Meinen Anzeichen die Sympathie und Liebe der Werktätigen zur Sache, für die wir in Leipzig und in Berlin kämpften. Wir fühlten das auf dem Prozeß selbst aus dem Verhalten der proletarischen Zeugen, bei der Überführung aus einem Gefängnis ins andere und bei manchen anderen Gelegenheiten.

*Frage:* Und Briefe erhielten Sie nicht?

*Dimitroff:* Man hat mir eine große Menge von Briefen geschickt. Aber diese Briefe blieben fast alle in der Gefängniskanzlei liegen, und ich wurde in den ersten Monaten nicht einmal darüber verständigt, daß meine Briefe beschlagnahmt wurden. Dann, als ich gegen eine solche heimliche Unterschlagung meiner Korrespondenz energischen Protest erhob, erhielt ich Briefe, aber solcher Art: [244]

„Reichsgericht, Geschäftsstelle des IV Strafsenats, Berlin NW, 14. Oktober 1933.

An den Schriftsteller Herrn G. Dimitroff, Berlin, Alt-Moabit Sie werden benachrichtigt, daß die Aushändigung eines von Ungenannt für Sie eingegangenen Briefes nicht genehmigt wurde.“

Oder ein anderer Brief vom 7. Oktober

„Auf Anordnung wird Ihnen mitgeteilt, daß ein von Romain Rolland, Henri Barbusse, André Gide unterzeichnetes Telegramm nicht ausgehändigt wird, da durch Aushändigung eine Gefährdung der Ordnung im Gefängnis zu besorgen ist.“

Vom 31. Oktober 1933 datiert, erhielt ich folgende Verständigung

„Auf Anordnung wird Ihnen mitgeteilt, daß die Aushändigung eines Schreibens der Fédération Unitaire des Travailleurs du Livre et du Papier in Paris an Sie nicht genehmigt wurde. Das Schreiben enthält kommunistische Propaganda und ist daher geeignet, die Ordnung im Gefängnis zu gefährden.“

Während des monatelangen Prozesses habe ich täglich beobachtet, wie dem Vorsitzenden des Reichsgerichts eine Menge für mich bestimmte Korrespondenz übergeben wurde. Aber alle diese Tausende von Briefen wurden mir nicht ausgehändigt, und solche offizielle Mitteilungen wie die obenerwähnte über die Beschlagnahme bekam ich nur in vereinzelten Fällen. Während aber die Behörden Briefe von Schriftstellern mit Weltnamen, von parteilosen Arbeiterorganisationen, teilweise auch Briefe gänzlich unpolitischen Inhalts wegen „Gefährdung der Ordnung“ in dem von Hunderten bewaffneten SA- und SS-Leuten beschützten Gefängnis nicht zuließen, fanden doch einige Briefe in einer auch mir selbst unbekannten Weise den Weg in meine Gefängniszelle. Sie sehen (Dimitroff zeigt auf den mit Briefen und Telegrammen bedeckten Tisch), ich konnte meine Korrespondenz, die ich teilweise bis zum letzten Augenblick zu sichern vermochte, noch nicht ordnen, aber sehen Sie sich als Beispiel diese Briefe bzw. Postkarten an, die ich von Verfassern verschiedener Parteizugehörigkeit noch im Gefängnis erhalten habe.

Eine Postkarte in Berlin aufgegeben – lautet einfach „Georgi Dimitroff! Wir sind mit Dir!“

Eine andere Postkarte mit Stuttgart als Absendungsort trägt die Worte: [245]

„Dimitroff! Die bulgarische Arbeiterklasse kann stolz auf Dich sein. Es lebe die Weltrevolution!“

Inhalt und Stil dieser Karten läßt auf klassenbewußte Arbeiter schließen. Das hier ist aber der Brief eines parteilosen Intellektuellen aus Ludwigshafen:

„17. Dezember 1933. Sehr verehrter Herr Dimitroff! Die Stunde der Freiheit liegt nicht mehr ferne. Sie werden wohl Deutschlands Staub von den Füßen schütteln. Vergessen Sie aber bitte nicht, daß Sie hier auch Freunde erworben ha-

ben, die sich für Ihr ferneres Schicksal interessieren. Ich bin weder Kommunist noch sonst Parteiangehöriger, sondern nur ein rechtlich denkender Mensch ...“

Das hier (*Dimitroff zieht einen Brief hervor und sieht ihn lange gerührt an, bevor er sich von ihm trennt*) ... Karl-Marx-Hof

Wien, am 7. Dezember 1933

Lieber Genosse Dimitroff!

Im Namen vieler übermitteln wir Dir unsere heißesten Grüße. Millionen horchen hin auf Deine mutigen Worte. Millionen gibst Du neue Kraft damit.

Dein Kampf wird nicht umsonst sein; er ist auch unser Kampf. Die große Armee des bewußten Proletariats steht geschlossen hinter Dir.

Mit proletarischem Freiheitsgruß:

(drei Unterschriften)\*

Dies ist nicht der einzige Brief von Wiener Arbeitern. Viele schrieben mir einzeln, aber auch ganze Arbeiterorganisationen sind unter den Briefschreibern. Hier ist z. B. der Brief eines reformistischen Gewerkschaftsverbandes.

Unter den Briefen, die mich auf mir unbekanntem Wege erreichten, waren viele aus England, Holland, der Schweiz, Schweden usw. Hier sehen Sie eine Reihe solcher Solidaritätspostkarten. Ein englischer Arbeiter hat es sogar für möglich befunden, seinen Gruß in das faschistische Gefängnis für „Comrade [246] Dimitroff“ zu adressieren. Diese und einige andere wenige Zeilen, besonders der Brief der späteren sozialdemokratischen Barrikadenkämpfer des Karl-Marx-Hofes waren die in meine Gefängniszelle eingedrungenen Strahlen einer lebendigen Einheitsfront. Sie zeigen, wie richtig der Gedanke der Einheitsfront ist, so wie er von unserer Kommunistischen Internationale durchgeführt wird. Es kommt jetzt darauf an, die Sympathien für unsere Sache in eine wirkliche Einheit des revolutionären Kampfes zu verwandeln. Ich möchte bei dieser Gelegenheit meinen Wunsch und Appel an die sozialdemokratischen Arbeiter aussprechen:

Sie mögen die Schlußfolgerungen aus dem Bankrott der sozialdemokratischen Führung ziehen, die Richtigkeit der kommunistischen Politik endgültig einsehen, Hand in Hand mit der kommunistischen Partei den Kampf führen für den Sturz des Faschismus und für die revolutionäre Er kämpfung des Sozialismus.

Es ist nicht nur eine Hoffnung, sondern meine feste Überzeugung, daß das Weltproletariat und alle ehrlich denkenden Menschen noch eifriger den Kampf um die Befreiung der vielen Tausenden revolutionären Kämpfern und in erster Linie des Führers des deutschen Proletariats, des Genossen Thälmann, fortsetzen werden. Ich kann es nicht oft genug wiederholen, daß ich Thälmanns Befreiung als Ehrensache der internationalen Arbeiterklasse betrachte.

Rundschau Nr. 21

vom 15. März 1934

[247]

---

\* Die Unterschriften werden aus verständlichen Gründen in Zusammenhang mit der heutigen Lage in Österreich nicht gegeben. (Red. „Rundschau“)

## **WELCHES ZIEL VERFOLGTEN DIE NATIONALSOZIALISTEN MIT DER INSZENIERUNG DES REICHSTAGSBRANDPROZESSES?**

Der Begriff „*Braunbuch*“ ist mit der Geschichte unseres Prozesses untrennbar verbunden.

Ich habe dieses Buch erst in Moskau zum ersten Mal in der Hand gehabt. Aber ich wußte von seiner Existenz lange vorher. Denn dieses Buch war mehr als ein „Buch“. Es war eine Waffe, es war ein Stück jenes großen Kampfes zweier Welten selbst, der sich um den Reichstagsbrandprozeß abgespielt hat. Seine Wirkung ging weit über die eines gewöhnlichen literarischen Erzeugnisses hinaus.

Während der Untersuchung erfuhr ich zum ersten Mal aus der nationalsozialistischen Presse, der einzigen, die ich in jener Zeit zu Gesicht bekam, von der Existenz eines geheimnisvollen „Hetzdokuments“, daß den Nazis offensichtlich ein Dorn im Auge war. Später erfuhr ich dann auch den Titel des Buches und einiges aus dem Inhalt: Und schließlich bekam ich diesen unbekannten Verbündeten auch von Angesicht zu sehen.

Das „*Braunbuch*“ hielt seinen Einzug in den Gerichtssaal von der ersten Sitzung an. Es wurde sozusagen der sechste Angeklagte. Viele Stunden lang war dieses ärgerliche Ding Gegenstand der Verhandlungen. Unsere sogenannten „Verteidiger“ hatten es furchtbar eilig, von ihm, dessen sie sich hätten bedienen können, wenn sie uns hätten ernsthaft verteidigen wollen, abzurücken. Wie brannte ich darauf, [248] es selbst in die Hand zu bekommen. Aus seiner Wirkung hatte ich verstanden, daß es in meiner Hand mir unschätzbare Dienste in meinem Kampf leisten könnte. Wie bekannt, habe ich das Buch auf Grund der Strafprozeßordnung vom Gericht verlangt. Das Gericht hatte aber begreiflicherweise kein Interesse, in meine Hände eine solche Waffe zu geben. Und mein Antrag, dieses „Pamphlet“ – wie sich der unglückliche Oberreichsanwalt ausdrückte – mir auszuhandigen, wurde gesetzwidrig glatt abgelehnt.

Doch hat mir das „*Braunbuch*“ dadurch, daß Reichsanwaltschaft, „Verteidigung“ und das Gericht selbst ständig gezwungen waren, es zu „widerlegen“, indirekt große Dienste geleistet. Das konnte es tun dank seiner Eigenschaft als ein Stück gewordene internationale Solidarität, jene Solidarität, die ich die ganze Zeit hindurch, schon während der Untersuchung und insbesondere während des Prozesses, ja geradezu im Prozeß-Saal, mich umwehen fühlte.

Jetzt erscheint der zweite Band des „*Braunbuches*“. Er wird nicht der letzte sein. Der Kampf geht weiter. Noch sitzt Ernst Thälmann im Gefängnis, der stärkste und klarste Kopf des deutschen Proletariats, der Führer der heldenhaften Kommunistischen Partei Deutschlands, die durch ihre außerordentliche Tätigkeit während des Prozesses so viel zu unserer Befreiung beigetragen hat. Thälmann ist einer der besten meiner Kampfgenossen und persönlichen Freunden. Noch sitzen gleich ihm Hunderte und Tausende anderer unerschrockener Kämpfer. Sie alle müssen heraus, und ich betrachte es als meine vornehmste Aufgabe in dieser Stunde, alle, die mir und meinen bulgarischen Kameraden geholfen haben, aufzurufen, sich ebenso energisch für die Befreiung Thälmanns einzusetzen. Das zweite „*Braunbuch*“. und wenn es nötig ist, weitere „*Braunbücher*“, werden auch in diesem Kampf eine große Rolle zu spielen haben. [249]

### *Das Signal für die Generaloffensive gegen den Marxismus*

In dem jetzt erscheinenden zweiten Band möchte ich eine erste zusammenfassende *Einschätzung* des Reichstagsbrandprozesses geben. Eine umfangreiche *Darstellung* des ganzen Prozesses, wie ich ihn erlebt habe, wird als besonderes Buch erscheinen, das ich in diesem Augenblick bereits zu schreiben begonnen habe.

Was war, was bedeuteten der Prozeß und sein Ausgang?

Die Anzündung des Reichstages sollte dienen und diente auch in der Tat als Auftakt zu einem Feldzug, einem Generalangriff der deutschen Faschisten gegen die revolutionäre Bewegung des deutschen Proletariats. Der „Marxismus“, d.h. die gesamte revolutionäre Bewegung, sollte „vernichtet“ werden. Die faschistischen Narren wollten sich vor aller Welt als Gendarmen gegen die proletarische Revolution im kapitalistischen Europa darstellen.

Der Prozeß seinerseits, dieser größte politische Prozeß der modernen Geschichte, sollte beweisen, daß im Februar 1933 die nationalsozialistischen Henker Europa vor dem Bolschewismus gerettet haben. Aus den Anklageakten, deren Text während der dreimonatigen Hauptverhandlung sorgfältig geheim gehalten wurde, geht deutlich hervor, daß der Prozeß ursprünglich nicht nur gegen die kommunistische Bewegung in Deutschland, sondern hauptsächlich gegen die Kommunistische Internationale und gegen die Sowjetunion gerichtet war.

Die deutsche faschistische Presse hat es am Anfang nicht einmal für nötig gehalten, diese Absicht zu verbergen. Ich und meine Mitangeklagten wurden beschuldigt, „Beauftragte der russischen kommunistischen Partei in Moskau“ zur Organisation des bewaffneten Aufstandes in Deutschland mittels der Anzündung des Reichstages zu sein, mit dem Ziel, ganz Europa zu sowjetisieren. Die von dem Reichsanwalt präparierten falschen Zeugen sagten schon in [250] dem Voruntersuchung aus, daß „nach dieser Aktion“, d.h. nach der Anzündung des Reichstages in Berlin, ähnliche Brandstiftungen in Warschau, Wien, Prag geplant seien. Ganz Europa sollte so in Flammen gesetzt werden.

Das waren die agitatorischen Ziele der Inszenierung dieses ganzen Provokationsprozesses. Sie sind des großen Geistes des kleinen Herrn Goebbels (klein nicht nur der Statur nach!) durchaus würdig. Berlin ist ihm zu eng geworden.

#### *Die Aufgaben des Prozesses Was verfolgten die Nazis aber praktisch?*

Es kam ihnen darauf an, die faschistischen Brandstifter – denn die ganze Welt war längst im klaren darüber, wo die Anzünder zu suchen seien – zu rehabilitieren, und zwar sowohl im Lande selbst als auch jenseits der Grenzen, und die Schuld dem Kommunisten, „gerichtsnotorisch“ zu machen.

Sie wollten einen Vorwand für die ungeheuerlichen Verfolgungen der revolutionären Elemente und für den grausamen Terror schaffen. Diese Verfolgungen, die barbarische Zerstörung großer Kulturgüter, das Wüten gegen die Wissenschaft und Kunst, ja selbst gegen einfache „Freigeisterei“, die Massenspogrome, „Selbstmorde“ usw. haben im In- und Ausland viel böses Blut gemacht. Durch die Konstruktion eines Vorwandes wollten die Faschisten sich von dieser Schuld reinwaschen.

Der Prozeß sollte auch Stoff für eine neue Hetzkampagne gegen die Kommunisten liefern. Er war gedacht als Vorläufer für einen „Monsterprozeß“ gegen die Kommunistische Partei Deutschlands.

Dazu kommt schließlich die außenpolitische Aufgabe. Die Köpfe der Angeklagten sollten das Wechselgeld bei dem bevorstehenden Kuhhandel mit den imperialistischen Mächten sein. Für seine „historischen Verdienste“ wollte Hitler im Austausch Entgegenkommen in den Fragen der Rüstungsgleichheit [251] usw. finden. Dieser außenpolitischen Seite des Prozesses haben die Faschisten sogar ganz besondere Bedeutung beigemessen.

#### *Es werden Zeugen gesucht*

Ein Riesenapparat wurde in Bewegung gesetzt, um die Erreichung dieser Ziele zu sichern. Nicht nur der ganze Polizei- und Justizapparat, sondern auch der riesige Zentralapparat der nationalsozialistischen Partei und der weitverzweigte Apparat des Propagandaministeriums wurden mobilisiert. Und alles das mußte nicht nur dazu herhalten, um den Anklageakt zu fabrizieren, sondern hauptsächlich dazu, „passende“ Zeugen zu finden und sie herzurichten. Das fieberhafte und verzweifelte Suchen nach diesen Zeugen hat fast acht Monate beansprucht. Und auch nachher, bis zu den letzten Tagen der Beweisaufnahme im Prozeß, suchte man diese Zeugen.

Es kam den Faschisten besonders darauf an, solche Zeugen in Arbeiterkreisen, unter den Kommunisten, oder gar unter den Funktionären der revolutionären Bewegung zu finden. Diese Zeugen sollten nach den Plänen der faschistischen Brandstifter aussagen, daß die KPD und der Rote Frontkämpferbund gerade für Februar/März 1933 den bewaffneten Aufstand vorbereiteten, daß ihnen dementprechende Direktiven gegeben worden seien und daß der Reichstagsbrand das Signal zu diesem Aufstand sein sollte. Die Faschisten haben vor nichts Halt gemacht, um solche Zeugen zu „machen“. Tausende und Abertausende von gefangenen Kommunisten und revolutionären Arbeitern hat man im Gefängnis und in den Konzentrationslagern den ärgsten moralischen und physischen Foltern unterzogen, um aus ihren Reihen solche gefügigen Zeugen zu fabrizieren.

Aber diese Pläne sind kläglich gescheitert. Ungeachtet aller Anstrengungen erwiesen sich als im Sinne der Anklage brauchbare Zeugen nur national-[252]sozialistische Abgeordnete, faschistische Journalisten, Kriminalverbrecher, Falschmünzer, rückfällige Diebe, Psychopathen und Morphinisten. Es ist den Nazis nicht gelungen, auch nur einen für sie verwendbaren Zeugen aus den Reihen der Arbeiter oder der Funktionäre der revolutionären Bewegung zu bekommen. Und das war die Achillesferse der Anklage. Zugleich aber hat dieser Mißerfolg vor der ganzen Welt einen glänzenden Beweis der Festigkeit, Treue und unerschütterlichen Ergebenheit der deutschen Arbeiter für die Sache der proletarischen Revolution, des Kommunismus, der Kommunistischen Internationale geliefert.

Das Debüt des deutschen Faschismus auf der europäischen Bühne in der Rolle des Gendarmen der „europäischen Kultur“ gegen den Bolschewismus hat mit einem kläglichem Reinfall geendet. Nach einem alten bulgarischen Sprichwort variierend, kann man sagen: Stolz wie ein Löwe ist der Nationalsozialismus in Leipzig eingezogen, aber beschmutzt von oben bis unten ist er von dort herausgekommen.

### *Sieg der Solidarität*

Für die revolutionäre Arbeiterschaft Deutschlands war der Prozeß eine Feuerprobe. Sie ist ruhmbedeckt aus dieser Probe hervorgegangen. Nach den Beweisen von Treue und Hingabe, die die in den Prozeß hineingezogenen revolutionären Kämpfer der deutschen Bewegung gegeben haben, kann man voller Zuversicht in die Zukunft des Befreiungskampfes der deutschen Arbeiterklasse gegen den Faschismus blicken. Alle die Beweise von Sympathie, die mich während der langen Monate überall, wo ich mich unter Bewachung zeigte, bei meinem Auftreten und selbst im Gefängnis erreichten, die in Gestalt zahlloser – auf oft mir unerklärliche Weise in meine Zelle gelangenden – Briefe, Begrüßungen, Vertrauenskundgebungen zu mir kamen – alles das ist der unwiderlegliche Beweis dafür, daß die deutsche [253] Arbeiterklasse trotz der schweren Schläge, die im Gefolge des sozialdemokratischen Verrats auf sie niedersausen, nicht den Kopf verloren hat, nicht den Mut sinken lassen, sondern unter den schwersten Bedingungen den Kampf fortsetzt.

Und noch eins hat *der Prozeß gezeigt: Was für eine Macht, was für eine lebendige Macht die internationale Solidarität ist!* Der Faschismus und insbesondere der „klassische“ deutsche Faschismus ist ein prononcierter, aggressiver Nationalismus und Chauvinismus. Alle Anstrengungen des Faschismus auf ideologischem Gebiet – und hier ist er äußerst aktiv – sind darauf gerichtet, den Geist der internationalen Solidarität in der deutschen Arbeiterklasse zu zerstören und mit Stumpf und Stiel auszurotten. Für jeden Faschismus ist die internationale Solidarität ebensosehr Giftgas, wie sie für die Arbeiterbewegung Lebenselement ist. Das ist auch einer der Hauptgründe für den Haß der Nazis gegen die Kommunistische Internationale.

Der Prozeß und alles, was außerhalb der Mauern des Gerichtssaals in der ganzen Welt vor sich ging, haben gezeigt, daß die internationale Solidarität lebt und eine gewaltige Kraft darstellt. Die Mobilisierung der Massen in Deutschland und in der ganzen Welt und alles dessen, was es an ehrlichen Elementen in der internationalen öffentlichen Meinung gibt, hat den Leipziger Prozeß zu einem Schlachtfeld gemacht, und der Schlag, der den internationalen Kommunismus treffen sollte, ist schwer auf den deutschen Faschismus zurückgefallen.

Man hat mich nach unserer Befreiung öfters gefragt, ob ich während des Prozesses daran geglaubt habe, daß wir frei kommen werden. Ich muß gestehen, daß ich mir diese Frage eigentlich nie recht vorgelegt habe. Ich war und bin zutiefst überzeugt, daß die Sache, für die ich gekämpft habe und mein ganzes Leben lang kämpfen werde, siegen wird. Diese Überzeugung, die die Frucht jener tieferen Einsicht in den Gang der historischen Ereignisse ist, die uns der Marxismus-Leninismus gibt, hat mir [254] ja die Kraft im Kampfe gegeben. Das Bestreben, an jeder Stelle, wo ich auch stehe, das Beste zur Beschleunigung des geschichtlich unvermeidlichen Triumphes der sozialistischen Revolution zu tun, hat alle Gedanken an den eventuellen Ausgang des Prozesses hinsichtlich meiner Person in den Hintergrund gedrängt.

Das, was sich in den letzten Wochen unserer Gefangenschaft in der Welt abgespielt hat, war eine deutliche Bestätigung dieser meiner Grundüberzeugung. Schon im Gefängnis erhielt ich Kunde von

den großen Aktionen des französischen Proletariats und den heroischen Kämpfen der österreichischen Arbeiter. Über den XVII. Parteitag der bolschewistischen Partei, auf dem sich das gewaltige Bild der Erfolge des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion entrollte, wurde ich durch einige Nummern der „Prawda“ orientiert, die ich glücklicherweise, trotz strenger Zensur, während einiger Tage zugestellt erhielt. Sonst hatten wir ja nur die nationalsozialistische Presse als Lektüre. In ihrem ganzen Umfang habe ich aber die Vorgänge in Frankreich und in Österreich erst in Moskau studieren können. Das Herz hat mir im Leibe gelacht bei diesem Studium. Aber ebenso stark wie die Freude über diese gewaltigen Kämpfe gegen den Faschismus waren meine Entrüstung über die schändliche Rolle, die auch bei dieser Gelegenheit wieder die Sozialdemokratie gespielt hat, und mein Haß gegen die Bourgeoisie, die in ihrem Niedergang um sich schlägt wie eine Bestie. Und ich möchte, daß alle die, die in den langen Monaten der Untersuchung und des Prozesses zu uns gestanden haben, meine Gedanken und Gefühle gegenüber den Ereignissen dieser letzten Wochen teilen.

Jetzt sind wir, ich und meine bulgarischen Freunde und Schicksalsgenossen, im Lande des siegreichen Sozialismus, dessen Regierung mit unserer Aufnahme in die Sowjetbürgerschaft der großen Weltaktion für unsere Befreiung die Krone aufgesetzt hat. Die Herren Nationalsozialisten, die als Zeugen im Prozeß [255] gegen uns aufgetreten sind, haben es gewagt, dieses Land zu schmähen. Dieselben Herren haben sich schließlich vor seiner Macht beugen müssen. Ihre schmutzigen Bemerkungen fallen ebenso auf sie zurück wie ihre ganze Provokation. Auch das ist ein Ereignis von historischer Bedeutung. In ihm ist der Ausgang des gewaltigen Kampfes zweier Welten symbolisiert, in dem wir mitten drin stehen.

Die Schlacht, die der Faschismus in Leipzig verloren hat, ist ein Sieg des internationalen Sozialismus, ein Sieg der Kommunistischen Internationale. Das sollten alle die verstehen, die sich für uns eingesetzt haben, und die entsprechenden Konsequenzen daraus für den weiteren Kampf gegen den Faschismus, den schlimmsten und niederträchtigsten Feind des Proletariats, der wirklichen Kultur, Wissenschaft und Kunst der gesamten fortschrittlichen Menschheit ziehen.

*Georgi Dimitroff*

Moskau, den 18. März (am Jahrestag der Pariser Kommune) 1934

[256]

## EINE UNTERREDUNG AUSLÄNDISCHER JOURNALISTEN MIT DIMITROFF

*Eine Gruppe ausländischer Journalisten hatte dieser Tage Gelegenheit, G. Dimitroff aufzusuchen. Unser Korrespondent berichtet über diesen Besuch folgendes:*

Moskau, Ende April

Georgi Dimitroff empfing uns in dem Sanatorium in der Umgebung von Moskau, das ihm gegenwärtig zum Aufenthalt dient.

Unsere erste Frage galt natürlich dem Prozeß:

„Jetzt, wo Sie frei sind und Gelegenheit haben, das ganze Material noch einmal durchzudenken, können Sie sich ja freier und präziser ausdrücken, als es Ihnen auf dem Prozeß möglich war. Welches ist jetzt Ihre endgültige Meinung über van der Lubbe?“

Dimitroff überlegte einen Augenblick:

„Durch den Prozeß ist meiner Meinung nach die These, die ich mir über van der Lubbe aufgestellt hatte, bestätigt worden. Das ist für mich ganz klar, seitdem ich hier verschiedenes Material aus verschiedenen Quellen durchstudiert habe. Grundsätzlich habe ich an meinem Standpunkt nichts zu ändern: Lubbe ist ein unbewußtes mißbrauchtes Werkzeug in den Händen der Nazis gewesen, die sich seiner für ihre politische Provokation bedient haben.“

„Wie beurteilen Sie die Kampagne, die man aus Anlaß des Prozesses geführt hat?“ fragte ich interessiert.

[257] „Schon während der Untersuchungshaft und des Prozesses bemerkte ich, daß man sich im Ausland sehr für uns einsetzte. Inzwischen habe ich gesehen, daß in vielen Ländern unter der Leitung unserer Parteien eine ganze Massenbewegung in Gang gekommen ist. Daß die Kampagne wirklich breit war, beweist, daß an ihr sowohl die Arbeiter als auch die Mittelschichten und die Intelligenz teilgenommen haben.“

„Ich glaube“, warf ich ein, „eine so breite Kampagne aus einem internationalen Anlaß hat es wohl selten vorher gegeben. Wie, meinen Sie, ist das zu erklären?“

„Ich denke“, erwiderte Dimitroff, „diese Solidarität beweist, daß man sich nicht nur für die Personen der Angeklagten interessiert hat. Die starke Anteilnahme der Arbeiter und auch anderer Schichten war der Ausdruck einer Genugtuung über unseren Kampf gegen den Faschismus in Deutschland und des Willens, an diesem Kampf selbst aktiv teilzunehmen.“

„Ich glaube, Ihre mutige Haltung hat dazu besonders viel beigetragen.“

„Es ist wahr, daß ich vor dem Gericht scharf, konsequent und bis zum Ende rücksichtslos gekämpft habe. Sie sprechen von Mut, heldenhafter Haltung vor dem Gericht, keine Angst vor dem Tode. Wissen Sie, das ist kein persönliches Heldentum, das ist im Grunde eine Eigenschaft des Kommunismus, des revolutionären Proletariats, eben der Bolschewiki. Die bürgerliche Klasse ist nicht mehr in der Lage, aus ihren Reihen wirklichen Mut und Heldentum an den Tag zu legen. Sie ist eine Klasse, die untergeht und keine Perspektive mehr hat.“

„Sie wissen wahrscheinlich, daß in allen Ländern auch eine große Zahl von sozialdemokratischen Arbeitern von Ihrem Auftreten begeistert war.“

„Ja, sie haben viel beigetragen zu unserer Befreiung. Diese sozialdemokratischen Arbeiter sollten sich jetzt aber eine Frage stellen: Warum hat die Sozialdemokratie keine heldenhaften Führer? Wie kommt das? Es gibt nur eine Erklärung: Die Sozialdemokratie befindet sich im Schlepptau der Bourgeoisie, sie ist durch ihre Theorie und Praxis ein Werkzeug der bürgerlichen Diktatur. Deshalb kann sie, genau wie die Bourgeoisie selbst, keine wirklich heldenhaften und mutigen Führer haben.“



„Welche Schlußfolgerung muß man, Ihrer Meinung nach, daraus ziehen?“

„Eine der wichtigsten Schlußfolgerungen ist, daß die sozialdemokratischen Arbeiter nur im gemeinsamen Kampf mit den kommunistischen Arbeitern den Kampf gegen die Bourgeoisie erfolgreich führen können. Bis jetzt sind viele der sozialdemokratischen Arbeiter bei der Sympathie für uns stehen geblieben. Aber Sympathie ist nicht genug. Sie muß in einen aktiven Kampf gegen die Bourgeoisie und den Faschismus verwandelt werden, einen geschlossenen, einheitlichen Kampf, den sozialistische, christliche und parteilose Arbeiter gemeinsam mit den kommunistischen Arbeitern führen. Aber sagen Sie Ihren Arbeitern eines: Kampf gegen den Faschismus bedeutet gleichzeitig und vor allen Dingen Kampf gegen den Faschismus im eigenen Lande. Es ist unbestreitbar, daß in jedem Land eigene Hitler, Göring und Goebbels im Werden sind. Es genügt nicht, nur Kräfte zu sammeln und auf einen bestimmten Moment zu warten, an dem es dann schon zu spät ist loszuschlagen. Der Kampf muß schon jetzt geführt werden. Gegen alle faschistischen Erscheinungen muß man täglich, stündlich kämpfen, in den Betrieben, auf der Straße, bei den Arbeitslosen, auf den Versammlungen muß man den Faschisten den Weg versperren. Alle Arbeiter sollen in dieser Frage ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, dem Faschismus keine Möglichkeit zu geben, zu wachsen und Arbeiter und Bauern unter seinen Einfluß zu bekommen. Schritt um Schritt, Schlag um Schlag muß man gegen den Faschismus vorgehen.“

„Sie sind also überzeugt, daß der Faschismus verhindert werden kann?“

„Ja, ganz bestimmt! Wenn die sozialdemokratischen Arbeiter in Deutschland rechtzeitig mit den [259] kommunistischen Arbeitern zusammen gegen den Faschismus vorgegangen wären, Schritt um Schritt, wenn sie nicht so blind ihren Führern gefolgt wären, dann hätten wir jetzt bestimmt keine faschistische Diktatur. Das deutsche Beispiel ist lehrreich für die Arbeiter in allen Ländern. Die Lehre aus diesem Beispiel muß man aber schon jetzt ziehen.“

„Das werden wir ausrichten. Was kann man aber zugleich für die deutschen Antifaschisten direkt tun?“

„Hunderte und Tausende der besten Arbeiter und Kämpfer des deutschen Proletariats sind in Deutschland heute in Gefängnissen und Konzentrationslagern in ständiger Lebensgefahr. Das gilt vor allem von dem Führer der deutschen revolutionären Arbeiterklasse, Ernst Thälmann. Ich werde nie müde zu wiederholen, daß es eine Ehrensache des Proletariats aller Länder ist, alles daran zu setzen, alle Kräfte anzustrengen, damit der Führer der deutschen Arbeiterklasse, Ernst Thälmann, aus den Händen der faschistischen Henker befreit wird.“

„Wissen Sie etwas Genaues darüber, wie es Thälmann geht?“

„Ich habe Thälmann während meiner Haft dreimal gesehen, zweimal konnte er mich nicht sehen, aber das dritte Mal, im Oktober, während des Berliner Stadiums des Prozesses, hat er mich auch erblickt. Ich sah ihn vom Korridor aus in seiner Zelle. Ich habe ihn begrüßt und er hat mir geantwortet. Er war sehr mutig. Trotz seiner schweren Haft. Die letzten Nachrichten über seine Behandlung sind sehr bedenklich.“

„Was, denken Sie, wird mit ihm geschehen.“

„Man wird jedenfalls versuchen, ihn körperlich und geistig zu vernichten. Man muß sich vor Augen halten, daß die Befreiung Thälmanns und anderer deutscher Genossen viel schwieriger sein wird als unsere Befreiung.“

Dimitroffs Augen funkelten, er hob seine Stimme: „Es ist notwendig, klar zu zeigen, daß Thälmann der klarste und beste Kopf des deutschen Proletariats ist, [260] einer der besten Führer des internationalen Proletariats, außerordentlich wertvoll für die werktätige Menschheit. Sagen Sie es überall: Es ist eine Frage der Ehre für alle Menschen, die für Kunst, Wissenschaft und Kultur, wahre Kultur, sind. Wer jetzt sitzt und keinen Finger rührt für die Rettung Thälmanns, der nimmt die Mitverantwortung für sein Schicksal auf sich. Hitler und Göring, die faschistischen Henker, haben sich in unserem Falle zurückziehen müssen. Thälmann kann man retten nur durch eine riesige, moralische

und politische Kampagne in der ganzen Welt, die den eigenen Kampf des deutschen Proletariats stärkt. Ich bin überzeugt, daß zu unserer Befreiung die innere Stimmung in Deutschland besonders viel geholfen hat. Es wurde eine solche Stimmung geschaffen, die bis tief in die Reihen der Nazis gedrungen ist. Schließlich war der Druck von außen und von innen so groß, daß die Nazis uns nicht weiter festhalten konnten. Im Kampf um die Befreiung Thälmanns ist das noch mehr notwendig.“

„Sie haben von geistiger und körperlicher Vernichtung gesprochen. Wie haben die Nazis Sie selbst im Gefängnis behandelt?“

„Die Anweisungen von oben, vom Untersuchungsrichter, waren sehr scharf. Man wollte auch uns physisch und moralisch zugrunde richten. Zu diesem Zweck wurde besonders die Fesselung angeordnet. Ich war fünf Monate, vom 3. April bis zum 31. August, Tag und Nacht gefesselt. Die Fesseln bestanden in schweren stählernen Armbändern, die durch zwei Kettenglieder eng aneinander gebunden waren. Die Nazibehörden haben in diesem Punkt direkt gesetzwidrig gehandelt. In der Strafprozeßordnung, Paragraph 116, heißt es deutlich, daß die Handfesselung nur zulässig ist, wenn ein Gefangener den Versuch unternommen hat, zu flüchten oder Selbstmord zu begehen, und wenn er anderen Personen gegenüber gefährlich wird. Keiner dieser drei Fälle traf bei mir zu. Diese Fesselung ist etwas, was sich nicht beschreiben läßt. Man muß das erlebt haben, um begreifen zu können, was es bedeutet, monatelang in Hand-[261]fesseln zu sein. Ich möchte fast sagen, daß eine Hinrichtung leichter zu ertragen ist als diese Handfesselung.“

„Und wie haben Sie es gemacht, daß Sie trotzdem ausgehalten haben und mit solcher Kraft im Prozeß auftreten konnten?“

Dimitroff lächelte: „Wissen Sie, ein Revolutionär, ein Bolschewik, darf nicht sterben, er muß auf alle Fälle leben und kämpfen. Wer von diesem Gedanken erfüllt ist, der kann auch die schärfsten Maßnahmen aushalten. Und man muß nicht nur aushalten, man muß auch versuchen, die Zeit im Gefängnis, selbst mit Handfesseln, möglichst gut auszunutzen. Man weiß ja nicht, ob man nicht in zwölfter Stunde doch noch freikommt. Für diesen Fall muß man sich vorbereiten, um nicht als Invalide, sondern mit verstärkten Kräften in den neuen Kampf zu gehen. An dieser Einstellung habe ich festgehalten von Anfang an.“

Dimitroff zeigte auf einen Berg blaugebundener Hefte: „Sehen Sie,“ sagte er, „das sind meine Auszüge und Aufzeichnungen während meiner Lektüre im Gefängnis. Ich habe täglich etwa zehn Stunden gearbeitet, habe ganz besonders deutsche Geschichte und Weltgeschichte studiert.“

„Dachten Sie denn sogar daran, freizukommen?“

„Die Aussicht, freizukommen, war für mich ein großes Fragezeichen. Wenn ich es prozentual angeben soll, so kann ich sagen, daß die Möglichkeit freizukommen für mich längere Zeit nur etwa 1 Prozent betrug.“

„Wen haben Sie eigentlich als Hauptgegner vor dem Gericht empfunden?“

Der Hauptgegner war die nationalsozialistische Regierung. Ihr Beauftragter war die Reichsanwaltschaft. Aber meine Wut richtete sich viel weniger gegen Dr. Werner und Dr. Parrisius, die direkten Beauftragten von Hitler, Göring, Goebbels, als gegen die sogenannten Verteidiger, besonders Dr. Sack. Die Staatsanwälte haben einfach als ‚brave‘ Beamte ihre Aufgabe erledigt. Aber Dr. Sack, der ein Rechtsan-[262]walt und Verteidiger sein sollte, war vor Gericht der direkte politische Agent der faschistischen Henker. Er hat die schwierige Lage seines Klienten Torgler niederträchtig ausgenutzt, ja mißbraucht für seine schmutzigen, politischen Zwecke, für die Rechtfertigung der Nazis, der wirklichen Reichstagsbrandstifter, und für die Diskreditierung des Kommunismus. Ich kann ganz offen sagen: Ich habe während der Gefangenschaft wegen der Handfesselung und raffinierter Schikanen große seelische und körperliche Schmerzen gelitten. Aber das bleibt weit zurück hinter den moralischen Leiden, die mir die Tatsache bereitet, daß ein Kommunist durch einen Mann verteidigt wurde wie dieser Dr. Sack. Dieser Umstand hat meine richtige politische Verteidigung vor Gericht, die ja auch den anderen Angeklagten galt, sehr erschwert.

„Man hat allgemein Ihre Art der Verteidigung bewundert. Viele Leute waren der Meinung, daß Sie ein ungeheuer belesener und gebildeter Mann sind.“

„Gewiß habe ich viel studiert. Jeder Revolutionär soll das tun. Aber es genügt nicht, nur theoretische Bildung zu besitzen. Es ist unbedingt notwendig für unsere kommunistischen Führer, daß sie gut den Marxismus-Leninismus, die Schriften von Lenin studieren. Aber das theoretische Studium allein genügt nicht, es ist besonders notwendig, daß man sich im ständigen Kampf in den Reihen der Massen, in legaler und illegaler Tätigkeit, in ständiger Überwindung von Schwierigkeiten und Gefahren des täglichen Kampfes stählt und so einen festen revolutionären Charakter und Willen schmiedet. Die Interessen der revolutionären Klasse, der Kommunismus müssen unser Fleisch und Blut sein.“

„Manche Korrespondenten, die auf dem Prozeß waren, haben sich gewundert, daß Sie so gar nicht an die Verteidigung und Rettung Ihrer Person gedacht haben.“

„Es kann nicht nur keinen Widerspruch, sondern überhaupt keinen Unterschied zwischen der Sache und der Person des Revolutionärs geben. Ich konnte [263] z. B. nicht sagen: Als ‚Mensch‘ soll mich Dr. Teichert verteidigen, als Kommunisten verteidige ich mich selbst. Ich kann mich nicht halbiert vorstellen: einmal als Menschen und das andere Mal als Kommunisten. Nein, so etwas gibt es nicht. Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ schrieben einmal: „Dimitroff ist das Fleisch gewordene Programm der Kommunistischen Internationale“. Ich kann mir kein besseres Photo von mir denken. Das soll das Ziel jedes Kommunisten sein.“

Nach diesen Worten nahmen wir Abschied vom Genossen Dimitroff.

Rundschau Nr. 29  
vom 30. April 1934

[265]

## CHRONOLOGIE

1933-1934

1933

- |                        |                                                                                                                 |
|------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Januar (30.)           | Georgi Dimitroff in Wien                                                                                        |
| 5.– 8. Februar         | Georgi Dimitroff nimmt an der Konferenz der Kommunistischen Parteien Italiens und Jugoslawiens in München teil. |
| 9. Februar             | Georgi Dimitroff kehrt aus München nach Wien zurück.                                                            |
| 13. Februar            | Georgi Dimitroff kommt nach Berlin und wohnt bei Mansfeld, Klingsorstraße 96.                                   |
| 26. Februar<br>morgens | Georgi Dimitroff trifft in München ein.                                                                         |
| 26.–27. Februar        | Georgi Dimitroff nimmt an der Konferenz der Kommunistischen Partei Jugoslawiens in München teil.                |
| 27. Februar<br>morgens | Georgi Dimitroff fährt nach Berlin. Im Zug erfährt er vom Reichstagsbrand.                                      |

*Berlin – 28. Februar bis 28. März*

- |                   |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                             |
|-------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 9. März           | Georgi Dimitroff wird auf Befehl der deutschen Kriminalpolizei im Restaurant Bayernhof, Berlin, Potsdamerstraße 10, mit einem Schweizer Personalaus-[266]weis auf den Namen des Schweizer Schriftstellers Dr. Rudolf Hediger verhaftet.<br><br>Georgi Dimitroff wird sofort in den Bismarck-Saal des Reichstagsgebäudes geführt und vom Kommissär der Kriminalpolizei Dr. Branvitz verhört.                 |
| 9. März<br>abends | Georgi Dimitroff wird in das Gefängnis des Berliner Polizeipräsidiiums zur Untersuchungshaft eingeliefert. Er beginnt ein Tagebuch zu schreiben, das er bis zum Ende des Prozesses führt.                                                                                                                                                                                                                   |
| 10. März          | Georgi Dimitroff schreibt aus dem Untersuchungsgefängnis in Berlin einen Brief an den Rechtsanwalt Rosenfeld in Leipzig, in dem er ihn bittet, seine Verteidigung zu übernehmen.                                                                                                                                                                                                                            |
| 12.–18. März      | Georgi Dimitroff wird von der Untersuchungskommission im Reichstagsgebäude verhört, wo die Voruntersuchung in Zusammenhang mit dem Reichstagsbrand stattfindet. Schon beim ersten Verhör weigert sich Georgi Dimitroff, das Untersuchungsprotokoll zu unterschreiben, und protestiert gegen jeden Verdacht, gemeinschaftlich mit van der Lubbe vorsätzlich das Reichstagsgebäude in Brand gesetzt zu haben. |
| 20. März          | Georgi Dimitroff weist in einer Erklärung an die polizeiliche Untersuchungsbehörde in Berlin eine Beteiligung der Kommunisten an der Brandstiftung des Reichstagsgebäudes energisch zurück. [267]                                                                                                                                                                                                           |

*Berlin – Moabit, 28. März bis 17. September*

- |           |                                                                                                                                                                                                                             |
|-----------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 28. März  | Die polizeilichen Verhöre sind abgeschlossen. Georgi Dimitroff wird aus der Untersuchungshaft nach Moabit überführt, wo er unter Nummer 8085 eingetragen wird.                                                              |
| 3. April  | Georgi Dimitroff erhält eine schriftliche Mitteilung vom Untersuchungsrichter Vogt vom 31. März 1933, in der er vom Reichsgericht zum ersten Mal offiziell der Reichstagsbrandstiftung beschuldigt wird.                    |
| 4. April  | Auf Verordnung des Untersuchungsrichters Vogt vom 3. April wird Georgi Dimitroff in Fesseln gelegt. (Er bleibt 5 Monate lang gefesselt – vom 4. April bis 31. August.)                                                      |
| 5. April  | Georgi Dimitroff schreibt einen Brief an Henri Barbusse, Paris, in dem er ihm seine Verhaftung und die schweren Bedingungen im Gefängnis mitteilt und ihn bittet, darüber auch Romain Rolland zu informieren.               |
| 11. April | Georgi Dimitroff wird zum zweiten Mal vom Untersuchungsrichter Vogt verhört. Während des Verhörs besteht Georgi Dimitroff darauf, daß ihm ein Verteidiger genehmigt und die Fesselung aufgehoben wird, was Vogt verweigert. |

20. April Georgi Dimitroff schreibt einen Brief an den Untersuchungsrichter Vogt, in dem er sich weigert, das Protokoll der [268] Gegenüberstellung mit unbekannten Personen vom 19. April zu unterzeichnen.
22. April Georgi Dimitroff schreibt einen Brief an Marcel Cachin, Paris, in dem er ihm seine Verhaftung mitteilt und die schweren Bedingungen im Gefängnis beschreibt.
25. April Georgi Dimitroff protestiert vor dem Untersuchungsrichter Vogt gegen die Beschlagnahme seiner Briefe.
10. Mai Georgi Dimitroff schreibt einen Brief an seine Mutter und seine Schwester Magdalena Baramova, in dem er sie bittet, ihm Bücher über politische und wirtschaftliche Fragen in Bulgarien zu schicken.
12. Mai Georgi Dimitroff wird zum dritten Mal von den Untersuchungsbehörden verhört.
13. Mai Georgi Dimitroff wird zum vierten Mal von den Untersuchungsbehörden verhört.
19. Mai Georgi Dimitroff wird zum fünften Mal von den Untersuchungsbehörden verhört.
20. Mai Georgi Dimitroff wird zum sechsten Mal von den Untersuchungsbehörden verhört. Er protestiert, daß er in Zusammenhang mit einem Verbrechen verhaftet wurde, mit dem er nichts zu tun hat. [269]
27. Mai In Moskau stirbt die Gefährtin und treue Mitarbeiterin Georgi Dimitroffs, Ljuba Ivošević, die eine aktive Teilnehmerin an der revolutionären Bewegung in Bulgarien und Jugoslawien und begabte Dichterin war.
20. Juli Georgi Dimitroff sendet eine Vollmacht an den Rechtsanwalt Stefan Detschew, Paris.
22. Juli Georgi Dimitroff erhält einen Brief vom Rechtsanwalt Dr. Werner Wille mit der Mitteilung, daß er nicht imstande sei, weiterhin sein Verteidiger zu sein.
31. Juli Georgi Dimitroff erhält die Verordnung des IV. Strafsenats des Reichsgerichts in Berlin vom 25. Juli, laut der der Rechtsanwalt Dr. Teichert aus Leipzig zum Officialverteidiger Dimitroffs bestellt wird. Georgi Dimitroff erhält einen Brief von seiner Schwester, Elena Dimitrova, aus Paris, in dem sie ihm mitteilt, daß sich die französischen Rechtsanwälte Giafferi, Campinchi und Torrès sowie der bulgarische Rechtsanwalt Detschew dazu bereit erklärt haben, ihn zu verteidigen.
3. August Georgi Dimitroff erhält die Anklageschrift, in der er der Reichstagsbrandstiftung bezichtigt wird.
11. August Georgi Dimitroff erhält die Absage des IV. Strafsenats des Reichsgerichts bezüglich der Zulassung Stefan Detschews als Verteidiger. [270]
12. August Georgi Dimitroff schreibt einen Brief an seinen Officialverteidiger Dr. Teichert, in dem er ihn warnt, daß er nur auf seine persönliche Veranlassung oder mit seinem Einverständnis Schritte unternehmen und Anträge stellen darf.
18. August Georgi Dimitroff schreibt einen Brief an seinen Officialverteidiger Dr. Teichert mit der Bitte, dem Schriftsteller Romain Rolland seinen aufrichtigen Dank für seine Tätigkeit zur Verbreitung der Wahrheit über die Unschuld Dimitroffs auszurichten.
19. August Georgi Dimitroff erhält die Verordnung des IV. Strafsenats des Reichsgerichts in Berlin vom 14. August, in der der amerikanische Rechtsanwalt Arthur Hays und der französische Moro Giafferi als Wahlverteidiger abgelehnt werden.
23. August Georgi Dimitroff wird von seinem Officialverteidiger Dr. Teichert besucht. Während dieses Treffens kommt es zum Streit im Zusammenhang mit dem Charakter und der Methode der Verteidigung. Teichert ist gegen den Vorschlag, Zeugen aus Bulgarien, Paris und Moskau zuzulassen, wie auch gegen die Anführung neuer Beweise.
24. August Georgi Dimitroff schreibt einen Brief an Romain Rolland nach Luzern, sendet ihm Auszüge aus der Anklageschrift und teilt ihm mit, daß er gefesselt ist. [270]
31. August Unter dem Druck der Weltöffentlichkeit werden Georgi Dimitroff die Fesseln abgenommen.

Georgi Dimitroff schreibt einen weiteren Brief an Romain Rolland und benachrichtigt ihn, daß der Prozeß auf den 21. September anberaumt ist.

3. September Georgi Dimitroff erhält einen Brief vom Officialverteidiger Dr. Teichert. Er rät ihm, sich auf die eigene Verteidigung zu beschränken und die Verteidigung der Kommunistischen Partei und der kommunistischen Ideen aufzugeben.
6. September Georgi Dimitroff antwortet schriftlich auf das Schreiben Dr. Teicherts vom 3. September und gibt deutlich zu verstehen, daß er die Selbstverteidigung vorzieht, da keine Einmütigkeit zwischen Verteidiger und Angeklagtem vorhanden ist.
11. September Georgi Dimitroff erhält die Anklageschrift.
14. September Georgi Dimitroff schreibt einen Brief an den IV. Strafsenat des Reichsgerichts, in dem er das in der Anklageschrift Vorgebrachte widerlegt.

*Leipzig – 18. September bis 8. Oktober*

18. September Georgi Dimitroff wird von Berlin – Moabit ins Reichsgericht in Leipzig überführt.
20. September Der Internationale Juristische Untersuchungsausschuß erklärt Georgi Dimitroff für unschuldig an der Reichstagsbrandstiftung. [272]
21. September 9.15 Uhr Georgi Dimitroff wohnt der ersten Gerichtsverhandlung bei, auf der der Hauptangeklagte Marinus van der Lubbe verhört wird.
22. September Georgi Dimitroff verfolgt mit großem Interesse die Fortsetzung des Verhörs des Hauptangeklagten van der Lubbe auf der zweiten Gerichtsverhandlung.
23. September 10 Uhr Georgi Dimitroff hält auf der dritten Gerichtsverhandlung seine erste historische Rede, in der er den antikommunistischen Charakter der Reichstagsbrandstiftung entlarvt, die ein Werk der Feinde des Kommunismus ist und mit der die kommunistische Bewegung nichts zu tun hat.
25. September Auf der vierten Gerichtsverhandlung wird die Schwester Georgi Dimitroffs, Elena Dimitrova, verhört. Georgi Dimitroff richtet einen Brief an seinen Officialverteidiger Dr. Teichert, in dem er darauf besteht, daß ihm die notwendigen Unterlagen, Artikel und das „Braunbuch“ zur Verfügung gestellt werden.
26. September Auf der fünften Gerichtsverhandlung wohnt Georgi Dimitroff den Aussagen der Zeugen gegen van der Lubbe bei. Georgi Dimitroff protestiert beim Präsidenten gegen die verfälschte Wiedergabe seiner Rede in der deutschen Presse und erklärt, daß er den ihm bestimmten Officialverteidiger nicht anerkennt und es vorzieht, sich selbst zu [273] verteidigen. Er stellt eine Reihe von Fragen an van der Lubbe.
27. September Auf der sechsten Gerichtsverhandlung hört sich Georgi Dimitroff die Aussagen der Zeugen gegen van der Lubbe an. Er äußert vor dem Gericht seine Meinung, daß das ganze Gerichtsverfahren tendenziös ist.
28. September Auf der siebenten Gerichtsverhandlung hört Georgi Dimitroff die Aussagen der Nazispitzel, denen er ununterbrochen Fragen stellt und die er entlarvt. Georgi Dimitroff sendet einen Brief an den Präsidenten des IV. Strafsenats des Reichsgerichts, Dr. Bün-ger, in dem er ihm mitteilt, daß er auf seinen Officialverteidiger Dr. Teichert verzichtet und darauf besteht, daß er durch den französischen Rechtsanwalt Marcel Willard ersetzt wird.
29. September Auf der achten Gerichtsverhandlung hört sich Georgi Dimitroff die Aussagen der Zeugen gegen van der Lubbe an, die er mit geschickt gestellten Fragen widerlegt.
30. September Georgi Dimitroff protestiert beim Präsidenten des IV. Strafsenats, Dr. Bün-ger, daß seine Rede vom 23. September in der Presse verfälscht wiedergegeben ist.
4. Oktober Auf der neunten Gerichtsverhandlung entlarvt Georgi Dimitroff die Aussagen der falschen Zeugen und richtet eine Reihe Fragen an van der Lubbe. [274]
6. Oktober Auf der elften Gerichtsverhandlung entlarvt Georgi Dimitroff das Fälschen und Unterschieben fremder Dokumente seitens der polizeilichen Behörden bei der Beschlagnah-

me der in seiner Wohnung gefundenen Papiere. (Der Gerichtspräsident schließt Dimitroff von der Verhandlung aus.)

7. Oktober Auf der zwölften Gerichtsverhandlung hält Georgi Dimitroff eine Rede, in der er hervorhebt, daß ihm die Möglichkeit gewährleistet werden muß, sich als Kommunisten und schuldlosen Angeklagten frei zu verteidigen.

*Berlin – 8. Oktober bis 20. November*

8. Oktober Georgi Dimitroff wird nach Berlin überführt, damit er dem zweiten Teil des Reichstagsbrandprozesses, der Beweisaufnahme, beiwohnt.
10. Oktober Georgi Dimitroff lehnt im Gericht seinen Verteidiger Dr. Teichert offiziell ab.
12. Oktober Georgi Dimitroff protestiert beim Präsidenten des IV. Strafsenats dagegen, daß er grundlos von den Verhandlungen ausgeschlossen wird, was ihn daran hindert, den ganzen Prozeß zu verfolgen.
17. Oktober Auf der neunzehnten Gerichtsverhandlung besteht Georgi Dimitroff darauf, daß ihm das „Braunbuch“ zur Verfügung gestellt wird, weshalb er wieder mit Entfernung aus dem Sitzungssaal bedroht wird. [275]
18. Oktober Georgi Dimitroff stellt während des Verhörs Fragen an den Vorsteher der Leibwache Görings, Weber, und entreißt ihm das Geständnis, daß er während des Reichstagsbrandes auf Befehl Görings im Keller des Gebäudes war.
27. Oktober Georgi Dimitroff schreibt einen Brief an den Präsidenten des IV. Strafsenats, Dr. Bün-ger, in dem er darauf besteht, daß ihm die Stenogramme der Gerichtsverhandlungen zur Verfügung gestellt werden, worauf er als Verteidiger ein Recht hat.
30. Oktober Auf der siebenundzwanzigsten Gerichtsverhandlung entlarvt Georgi Dimitroff beharr-lich die falschen Aussagen der verschiedenen Zeugen, und der Präsident entzieht ihm das Wort.
1. November Auf der neunundzwanzigsten Gerichtsverhandlung entlarvt Georgi Dimitroff die Aus-sagen der Zeugen und wird deswegen von der Verhandlung ausgeschlossen.
3. November Georgi Dimitroff richtet einen Brief an den Präsidenten des IV. Strafsenats des Reichs-gerichts, Dr. Bün-ger, in dem er darauf besteht, daß der Vorsitzende der Kommunisti-schen Partei Hollands, Lois de Visser, als Zeuge vorgeladen wird.  
Auf der dreißigsten Gerichtsverhandlung entlarvt Georgi Dimitroff den Gerichtspräsi-denten bei der Entstellung [276] des Zivilrechts der Sowjetunion und wird deswegen von der Verhandlung ausgeschlossen.
4. November Obwohl Georgi Dimitroff ausgeschlossen ist, wird er zur einunddreißigsten Gerichts-verhandlung, auf der Göring vernommen wird, zugelassen. Auf dieser Verhandlung entlarvt Georgi Dimitroff Göring als den tatsächlichen Brandstifter des Reichstagsge-bäudes und wird deswegen zum fünften Mal von der Verhandlung ausgeschlossen.
7. November Georgi Dimitroff erhält von Vassil Kolarov aus Moskau die gewünschten Dokumente. Georgi Dimitroff findet in seiner aus der Gefängniswäscherei zurückgebrachten Wä-sche einen Zettel, auf dem „Grüße“ steht.
8. November Georgi Dimitroff bekommt ein Päckchen mit Zigaretten und einem Zettel mit den Wor-ten, „Wir sind mit Dir!“. Auf der vierunddreißigsten Gerichtsverhandlung entlarvt Georgi Dimitroff die Lügen des nationalsozialistischen Propagandaministers Goebbels.
11. November Auf der sechsunddreißigsten Gerichtsverhandlung widerlegt Georgi Dimitroff mit ent-larvenden Fragen die Aussagen der Zeugen der Anklage.
13. November Auf der siebenunddreißigsten Gerichtsverhandlung besteht Georgi Dimitroff vor dem Gericht darauf, daß wegen Veröffentlichung unwahrer Angaben in Zu-[277]sammenhang mit seiner revolutionären Tätigkeit die entsprechenden Stellen zur Verantwortung ge-zogen werden.

15. November Auf der neununddreißigsten Gerichtsverhandlung besteht Georgi Dimitroff darauf, daß ihm die Möglichkeit gegeben wird, sich selbst zu verteidigen, sowie auf der Aushändigung aller Papiere, Protokolle u.a. Unterlagen.
16. November Georgi Dimitroff richtet einen Brief an das Reichsgericht mit der Forderung, daß der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Deutschlands, Ernst Thälmann, als Zeuge vernommen wird. Georgi Dimitroff wird im Gefängnis des Reichsgerichts von seiner Mutter und seiner Schwester Magdalena besucht (ihr erstes Wiedersehen nach zehnjähriger Trennung).
18. November Mit der einundvierzigsten Gerichtsverhandlung in Berlin wird der zweite Teil des Prozesses – die Beweisaufnahme – abgeschlossen.
- Leipzig – 20. November bis Anfang Februar 1934*
20. November Georgi Dimitroff wird von neuem nach Leipzig überführt.  
Georgi Dimitroff richtet einen Brief an den Präsidenten des IV. Strafsenats des Reichsgerichts, Dr. Bünger, und besteht darauf, daß seine Mutter und seine Schwester vernommen werden.
27. November Georgi Dimitroff richtet ein Gesuch an den Präsidenten des IV. Strafsenats, Dr. Bünger, und verlangt, daß führende [278] Persönlichkeiten der früheren deutschen Regierung vor Gericht geladen werden, die die politische Lage Deutschlands am Vorabend der Brandstiftung charakterisieren sollen.
28. November Auf der sechsendvierzigsten Gerichtsverhandlung besteht Georgi Dimitroff darauf, daß der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Deutschlands, Ernst Thälmann, und andere kommunistische Funktionäre vorgeladen werden, die bezeugen können, daß die Kommunistische Partei Deutschlands in keiner Weise einen bewaffneten Aufstand vorbereitet und daß sie mit dem Brand im Reichstag nichts zu tun hat.
2. Dezember Auf der neunundvierzigsten Gerichtsverhandlung wird Georgi Dimitroff das Recht entzogen, Fragen an die Zeugen zu stellen.
4. Dezember Georgi Dimitroff richtet einen Brief an den Präsidenten des IV. Strafsenats mit der Forderung, daß der Finne O. Kuusinen, Referent des XII. Plenums der Komintern, der Franzose Marcel Cachin und der Japaner Sen Katajama als Zeugen verhört werden, um die Aufgaben, die die Kommunistische Internationale Anfang 1933 der Kommunistischen Partei Deutschlands auferlegt hatte, zu erläutern.
5. Dezember Auf der einundfünfzigsten Gerichtsverhandlung stellt Georgi Dimitroff Fragen an kommunistische Zeugen und führt [279] faktisch die Vernehmung, wobei er die unmittelbaren Aufgaben unterstreicht, die vor der Kommunistischen Partei Deutschlands in der Zeit vor der Reichstagsbrandstiftung entsprechenden Beschlüssen des XII. Plenums der Komintern standen: die Bildung der Einheitsfront aller Werktätigen gegen den faschistischen Terror und gegen die Gefahr eines imperialistischen Krieges.
6. Dezember Mit der zweiundfünfzigsten Gerichtsverhandlung wird die gerichtliche Untersuchung abgeschlossen.
11. Dezember Georgi Dimitroff erkrankt an Bronchitis infolge der schweren Bedingungen im Gefängnis.
14. Dezember Auf der vierundfünfzigsten Gerichtsverhandlung beantragt der Oberreichsanwalt, Dr. Werner, Georgi Dimitroffs Freisprechung wegen Mangel an Beweisen.  
Georgi Dimitroff ist mit einer solchen Motivierung seitens des Oberreichsanwalts nicht einverstanden und besteht darauf, daß er als völlig unschuldig und an der Reichstagsbrandstiftung nicht beteiligt freigesprochen wird.
16. Dezember Auf der sechsendfünfzigsten Gerichtsverhandlung hält Georgi Dimitroff seine Schlußrede.  
Georgi Dimitroff entrollt das Programm der Kommunistischen Internationale für die Bildung einer Einheitsfront aller Werktätigen im Kampf gegen den Fa-[280]schismus und den imperialistischen Krieg und gibt eine Analyse der wirtschaftlichen und politi-



schen Lage Deutschlands am Vorabend der faschistischen Provokation. Er weist die Anklage in der Gerichtsakte zurück, verlangt, daß das Reichsgericht seine Unschuld an dieser Tat anerkennt und besteht auf der Bestrafung der Schuldigen. (Der Gerichtspräsident unterbricht dauernd die Rede Georgi Dimitroffs.)

23. Dezember  
21 Uhr Auf der letzten Gerichtsverhandlung wird Georgi Dimitroff wegen Mangel an Beweisen für seine Teilnahme an der Reichstagsbrandstiftung vom Reichsgericht freigesprochen.
23. Dezember Georgi Dimitroff erhält den Befehl des Polizeipräsidenten von Leipzig, wonach er bis auf weiteres in Schutzhaft bleibt. Georgi Dimitroff wird von neuem im Gefängnis des Reichsgerichts in Leipzig, in derselben Zelle und unter denselben Bedingungen wie vor dem Freispruch inhaftiert.
24. Dezember Georgi Dimitroff richtet einen Brief an den Präsidenten des IV. Strafsenats des Reichsgerichts, Dr. Büniger, mit der Forderung, ihm den freien Besuch seiner Angehörigen zu genehmigen.
25. Dezember Georgi Dimitroff richtet ein Gesuch an den Präsidenten des IV. Strafsenats des Reichsgerichts, Dr. Büniger, in dem er darauf besteht, eine Abschrift des Urteils zu erhalten. [281]
28. Dezember Georgi Dimitroff richtet einen Brief an den Polizeipräsidenten von Leipzig, in dem er gegen die Schutzhaft nach seiner Freisprechung protestiert. Er verlangt nach der Tschechoslowakei, Frankreich oder der Sowjetunion ausgewiesen zu werden.
30. Dezember Georgi Dimitroff sendet ein Telegramm an den Ministerpräsidenten Bulgariens, N. Muschanov, und ersucht um die Genehmigung, nach Bulgarien zurückkehren zu dürfen. (Seine Bitte bleibt unbeantwortet.) Georgi Dimitroff schreibt einen Brief an das Verteidigungskomitee in Paris mit der Bitte, daß das Komitee seinen Antrag bei der bulgarischen Regierung unterstützt und ihm seine Rückkehr nach Bulgarien genehmigt wird. Georgi Dimitroff schreibt einen Brief an L. Djugmedshiev in Sofia und bittet ihn, alles mögliche zu unternehmen, damit er von der bulgarischen Regierung die Genehmigung erhält, nach Bulgarien zurückzukehren.
2. Januar Georgi Dimitroff richtet ein Schreiben an die Geheime Staatspolizei, in dem er die Zurrückerstattung seiner beschlagnahmten Koffer und Bücher verlangt. Georgi Dimitroff richtet einen Brief an den Reichsinnenminister, Dr. Frick, und ersucht ihn, da er vom Reichsgericht freigesprochen ist, um Ausweisung nach Österreich, der Tschechoslowakei oder Holland. [282]

#### 1934

11. Januar Georgi Dimitroff sendet einen Brief an den Präsidenten des IV. Strafsenats des Reichsgerichts, Dr. Büniger, in dem er darauf besteht, eine Abschrift des Urteils zu erhalten.
13. Januar Georgi Dimitroff protestiert in einem Schreiben an den Polizeipräsidenten von Leipzig, daß seine Korrespondenz nicht oder nicht rechtzeitig ausgehändigt wird.
15. Januar Georgi Dimitroff erhält einen Brief von einer Gruppe österreichischer Arbeiter vom Karl-Marx-Hof, in dem sie ihn zu seinem Mut vor dem faschistischen Gericht beglückwünschen.  
Georgi Dimitroff antwortet auf den Brief der österreichischen Arbeiter vom Karl-Marx-Hof in Wien.
25. Januar Georgi Dimitroff sendet einen Brief an den Reichsinnenminister, Dr. Frick, mit der Forderung, daß sofort ein Befehl für seine Befreiung und Ausweisung erteilt wird.
28. Januar Georgi Dimitroff wird nach Berlin in die Katakomben der Gestapo überführt. In allen Ländern finden stürmische Arbeiterdemonstrationen für Georgi Dimitroffs Freilassung statt.
7. Februar In der „Rundschau“, Nr. 15 vom 15. Februar, wird das Interview Georgi Dimitroffs mit Vertretern des „Daily Express“ unter dem Titel „Göring wünscht, man möge mich exekutieren!“ veröffentlicht. [283]

15. Februar Die sowjetische Regierung faßt den Beschluß, Georgi Dimitroff die sowjetische Staatsangehörigkeit zu verleihen und stellt ihm einen sowjetischen Paß aus.
27. Februar Georgi Dimitroff erhält Papiere eines sowjetischen Staatsbürgers.  
Am frühen Morgen wird Georgi Dimitroff, ohne vorher davon benachrichtigt zu werden, aus dem Gefängnis der Gestapo freigelassen und mit einem Flugzeug in unbekannter Richtung fortgebracht. Auf dem Flughafen in Königsberg grüßt er die deutsche Arbeiterschaft auf eigenartige Weise mit den Worten: „Wir kommen wieder nach Sowjetdeutschland zurück“.
- Am abend Georgi Dimitroff kommt in Moskau an, wo er von den Werktätigen begeistert empfangen wird.  
Georgi Dimitroff gibt unmittelbar nach seiner Ankunft ein Interview für die Vertreter der sowjetischen und ausländischen Presse in Moskau.